

HEINZ BREITFELD

**DAS SCHWEIZER
REVISIONSWESEN**

1959

Das Schweizer Revisionswesen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät

der Ludwig-Maximilian-Universität

zu München

vorgelegt von

Heinz Breiffeld

1958



Referent: Prof. Dr. Otto Hintner

Korreferent: Prof. Dr. Edmund Heinen

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Dezember 1959

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung

A. Das Berufsrecht

I. Die Entwicklung des Revisionswesens	9
1. Im allgemeinen	9
2. In der Schweiz	10
II. Der Berufsschutz	14
III. Der Titelschutz	19
IV. Die Berufsorganisation	22
1. Die Schweizerische Kammer für Revisionswesen	22
2. Der Verband Schweizerischer Bücherexperten	26
3. Die Vereinigung Schweizerischer Treuhand- und Revisionsgesellschaften	32
4. Die Revisionsverbände der Banken und Sparkassen	34
V. Die Aufgabengebiete des Bücherexperten	38

B. Gesetzlich geregelte Prüfungen

I. Die Buchführungsbestimmungen	41
1. Allgemeines	41
2. Die allgemeinen Buchführungsbestimmungen des Obligationenrechts	41
a) Die Verpflichtung zur Buchführung	41
b) Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	43
c) Bilanz- und Bewertungsvorschriften	45
3. Spezielle Buchführungsvorschriften	50
a) Nach der Unternehmungsform	50
aa) Die Aktiengesellschaft	50
bb) Die Kommanditaktiengesellschaft	62
cc) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	62
dd) Die Genossenschaft	63
ee) Personalgesellschaften	63
ff) Die Einzelunternehmung	63
b) Nach dem Wirtschaftszweig	63
aa) Banken und Sparkassen	63
bb) Versicherungen	64
cc) Kreditkassen mit Wartezeit	64
dd) Eisenbahnen	65

	Seite
II. Die Prüfung der Aktiengesellschaft	66
1. Die Entwicklung der aktienrechtlichen Prüfungsbestimmungen	66
2. Das Prüfungsorgan	71
a) Die Organisation der Aktiengesellschaft in der Schweiz und in Deutschland	71
b) Die rechtliche und wirtschaftliche Identität der Organe	73
c) Wahl und Wählbarkeit der internen Kontrollstelle	75
d) Notwendigkeit und Stellung der Kontrollstelle	79
3. Die Aufgaben der Kontrollstelle	80
a) Die Prüfung der Rechnungslegung	80
b) Grundsätze der Prüfungstechnik	85
c) Einsichtsrecht der Kontrollstelle, Auskunftspflicht der Verwaltung	87
d) Die Prüfung der Geschäftsführung und des Geschäftsberichtes	89
e) Der Prüfungsbericht	92
f) Sonstige Rechte und Pflichten der Kontrollstelle	99
4. Die Haftbarkeit der Kontrollstelle	100
a) Haftung aus Vertrag	101
b) Haftung aus unerlaubter Handlung	106
c) Strafrechtliche Verantwortlichkeit	106
III. Die Prüfung der Kommanditaktiengesellschaft	107
IV. Die Prüfung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	109
V. Die Prüfung der Genossenschaft	110
VI. Die Prüfung der Aktiengesellschaft nach Artikel 723 OR	114
1. Voraussetzungen	114
2. Die Person des Prüfers	116
3. Die Aufgaben der externen Kontrollstelle	118
4. Die Stellung der Revisionsstelle nach Artikel 723 OR	121
VII. Die Prüfung der Kapitalherabsetzung	122
1. Arten und Zweck der Kapitalherabsetzung	122
2. Die Durchführung der Kapitalherabsetzung	123
3. Die Revisionsstelle im Kapitalherabsetzungsverfahren	125
4. Die Aufgaben der Revisionsstelle im Kapitalherabsetzungsverfahren	125
5. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung	127
6. Die Kapitalherabsetzung bei anderen Unternehmungsformen	129

	Seite
VIII. Die Prüfung der Banken und Sparkassen	129
1. Allgemeines	129
2. Der Geltungsbereich des Bankengesetzes	130
3. Das Prüfungsorgan	132
4. Die Aufgaben der Revisionsstelle	136
a) Die Prüfung der Jahresrechnung und sonstige Aufgaben	136
b) Der Prüfungsbericht	139
5. Die Haftbarkeit der Revisionsstelle	142
6. Außerordentliche Prüfungen von Bankunternehmungen	143
a) Die außerordentliche Revision	143
b) Die Kapitalherabsetzung	143
c) Verfahren für notleidende Banken	144
aa) Der Fälligkeitsaufschub	144
bb) Das Stundungsverfahren	145
cc) Das Nachlaßverfahren	146
dd) Das Sanierungsverfahren	146
IX. Sonstige in Gesetzen vorgesehene Prüfungen	147
1. Die Sitzverlegung ausländischer Aktiengesellschaften	147
2. Die Gläubigergemeinschaft bei Anlehensobligationen	148
3. Die Prüfung auf Grund des Seeschiffahrtsgesetzes	149
4. Die Prüfung auf Grund des Bundesgesetzes über die Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft	151
5. Die Prüfung im Rahmen der Alters- und Hinterlassenen- versicherung	153
Quellenverzeichnis	159
Lebenslauf	165

Einleitung

Das Thema dieser Arbeit ist sehr umfassend gestellt. Aus diesem Grunde ist es ein utopisches Unterfangen, die einzelnen zu behandelnden Teilgebiete voll ausschöpfen zu wollen. Dies liegt nicht im Sinn dieser Abhandlung. Sie soll vielmehr ein abgerundetes Bild, eine Gesamtübersicht über das Schweizer Revisionswesen schlechthin geben, die geschichtliche Entwicklung und künftige Möglichkeiten aufzeigen und die gegenwärtigen Verhältnisse klarstellen.

Da es angezeigt schien, das Schweizer Revisionswesen nicht isoliert darzustellen, wurden gelegentliche Hinweise auf die deutschen Gegebenheiten angeführt. Selbstredend konnten diese Vergleiche nicht auf allen Gebieten gezogen werden, wohl aber beim Kernstück dieser Seiten, bei der Prüfung der Aktiengesellschaft.

Diese Arbeit setzt verschiedene Begriffe als bekannt und eindeutig geklärt voraus. Andererseits mußten besonders im letzten Kapitel einige mit den Prüfungen nicht im direkten Zusammenhang stehende Erörterungen gegeben werden, da dies zum besseren Verständnis der Materie notwendig erschien.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, für das mir bewiesene Entgegenkommen und die Hilfsbereitschaft maßgebender Persönlichkeiten der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und ihrer angeschlossenen Gruppen zu danken, wodurch mir diese Arbeit erst ermöglicht wurde. Desgleichen wurden mir während meines Studiums an der Handelshochschule St. Gallen wertvolle Anregungen zuteil, für die ich dem dortigen Lehrkörper meinen Dank sagen möchte.

A. Das Berufsrecht

I. Die Entwicklung des Revisionswesens

1. Im allgemeinen

Der Beruf des Büchersachverständigen ist nicht künstlich geschaffen und zu einem beliebigen Zeitpunkt eingesetzt worden, er hat sich vielmehr auf Grund vorliegender Bedürfnisse entwickelt. Allerdings lassen sich die Anfänge des Revisionswesens zeitlich nicht genau fixieren, nicht zuletzt aus dem Grund, weil Buchhaltungs- und Revisionswesen anfangs auch in der äußeren Gestaltung sehr eng zusammenhingen. Daher läßt sich kaum feststellen, wann zum erstenmal von einem besonderen Revisions- und Treuhandwesen gesprochen werden kann¹. Es ist sicher nicht unrichtig, wenn gesagt wird, daß es sich bei der Bücherrevision um eine Tätigkeit handelt, die so alt ist wie der Handel selbst – wenn man von dessen primitivsten Anfängen absieht – oder die Institution der Vermögensverwaltung. Die damalige Kontrolltätigkeit ist mit der heutigen jedoch kaum mehr zu vergleichen.

Der moderne Revisorenberuf hat seinen geschichtlichen Ausgangspunkt in Italien, wo der selbständige Revisor schon im 11. Jahrhundert bei der Durchführung von Kontrollarbeiten, insbesondere im Dienste der Kirche, des Staates und der Gemeinden eine bedeutsame Rolle spielte. Der erste geschichtlich bekannte Revisorenverband wurde im Jahre 1581 in Venedig unter der Bezeichnung „Collegio dei Raxonati“ gegründet, wobei an die Qualifikation der Mitglieder bereits relativ hohe Anforderungen gestellt wurden².

Während sich in Italien in der Folgezeit eine gewisse Rückentwicklung bemerkbar machte, nahm das Revisionswesen in Großbritannien einen enormen Aufschwung, so daß man es mit Recht als das klassische Land dieses Berufes bezeichnen kann. Der qualifizierte, selbständige Büchersachverständige trat schon vor weit über einhundert Jahren unter der Berufsbezeichnung „Accomptant“ (Accountant) oder „Accountant“ in

1 vgl. Voß, Wilhelm, Handbuch für das Revisions- und Treuhandwesen, Stuttgart 1930, Seite 4f.

2 Graner, Paul, Die Revision, Überwachung und Kontrolle nach revidiertem Obligationenrecht und Bankengesetz, Zürich 1938, Seite 9

Erscheinung und genoß großes Ansehen. Die seriösen Revisoren schlossen sich zu Verbänden zusammen, als erste die schottischen zur „Society of Accountants in Edinburgh“ im Jahre 1854. Das Gründungsdatum des „Institute of Chartered Accountants in England und Wales“ fällt in das Jahr 1880. Acht Jahre später wurde der irische Verband gegründet. Sämtlichen Verbänden wurde durch eine Royal Charter die Rechte einer juristischen Person verliehen. Die Entwicklung des Revisionswesens auf der Insel wurde durch die Gesetzgebung, zum Beispiel durch den Companies Act von 1844, begünstigt.

Nach 1880 vereinigten sich die Büchersachverständigen auch in anderen Ländern zu Verbänden, beispielsweise³:

- 1885 The Institute of Accountants in South Australia
- 1881 Société Académique de Comptabilité in Frankreich
- 1895 Nederlandsch Institut van Accountants in Holland
- 1899 Svenska Revisor Samfundet in Schweden (oder Sömfundet)
- 1880 The Association of Accountants in Montreal in Kanada
- 1894 The Institute of Accountants and Auditors in the South African Republic.

Die eigentliche Entwicklung des Berufes nahm in Deutschland erst nach der letzten Jahrhundertwende ihren Aufschwung. Die erste Treuhandgesellschaft wurde 1890 mit der „Deutschen Treuhandgesellschaft“ ins Leben gerufen. Der „Verband Deutscher Bücherrevisoren“ wurde 1896, der Verband deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften 1919 gegründet. Durch die Einführung der aktienrechtlichen Pflichtprüfung wurde das Berufsrecht in Deutschland auf völlig neue Grundlagen gestellt, der Titel Wirtschaftsprüfer wurde 1931 geschaffen und die neue Berufsgruppe 1932 in dem Institut der Wirtschaftsprüfer vereint.

2. In der Schweiz

Der Beruf der Bücherrevisoren ist in der Schweiz verhältnismäßig spät entstanden. Der Begriff der Kontrolle war zwar schon vor der Herausbildung des Berufsstandes bekannt, bezog sich aber auf die interne Revision, die vor allem das Bankengewerbe seit einigen Jahrzehnten anwandte. So hat beispielsweise die „Schweizerische Kreditanstalt“ kurz nach ihrer Gründung im Jahre 1859 eine interne Kontrolle eingerichtet und nach und nach entsprechend ausgebaut⁴.

Vor 1900 gab es nur wenige Personen, die sich als „Bücherrevisoren“ betätigten. Ihr Aufgabenbereich ging selten über die Einrichtung und Nach-

3 Sillen, Internationaler Überblick über das Revisions- und Treuhandwesen, in Grundriß der Betriebswirtschaftslehre, Band X, zitiert bei Voß a. a. O. Seite 7

4 Kaderli, J., Die Entwicklung des Revisionswesens im schweizerischen Bankengewerbe, in „Der Bücherexperte in der Schweiz“, Zürich 1939, Seite 78

führung kleinerer Buchhaltungen bei Handwerkern und Gewerbetreibenden hinaus. Bei dieser Gelegenheit wollten und konnten die Revisoren Geschäftsbücher verkaufen, eine Tätigkeit, die oft zum Hauptzweck wurde. Da sich dem Revisionswesen außerdem eine Anzahl gestrandeter Existenzen zuwandte, standen die „Bücherhändler“ jener Zeit in keinem guten Ruf. Erst als das Revisionswesen im Ausland immer mehr an Bedeutung zunahm, als man die erfolgreiche Tätigkeit, vor allem der englischen Büchersachverständigen beobachten konnte, traten auch in der Schweiz seriöse Persönlichkeiten zu dem neuen Beruf über. Sie erfuhren durch das Aufkommen neuartiger Büroorganisationen mit Vertikal- und Kartotheksystemen eine willkommene Bereicherung ihres Aufgabengebietes⁵.

Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß die Angestellten der zu prüfenden Gesellschaft dem Bücherexperten in den ersten Jahren ablehnend gegenüberstanden und ihm nur widerwillig oder überhaupt nicht Auskunft gaben. Diese Haltung ist psychologisch durchaus verständlich. Der Buchhalter, der oft seit Jahren in der gleichen Firma pflichtbewußt und ordentlich seinen Dienst erfüllte, fühlte sich gegenüber einem Revisor zurückgesetzt, der vielleicht eine ähnliche Grundausbildung genossen hatte wie er. Dazu kam manchmal das Gefühl, daß die Vorgesetzten seinen Handlungen nicht mehr trauten und deswegen einen Fremden zu Rate zögen. Es war eine schwierige Aufgabe des Büchersachverständigen, dieses Mißtrauen zu beseitigen und in ein Vertrauensverhältnis umzuwandeln, eine Aufgabe, die nur kraft einer überlegenen Sachkenntnis und menschlichen Integrität durchzuführen war⁶.

Nachdem um die Jahrhundertwende die ersten Treuhandgesellschaften entstanden waren, schlossen sich eine Anzahl der selbständigen Büchersachverständigen, darunter auch einige Akademiker, am 6. Juli 1913 in Zürich zum „Treuhandverband Schweizerischer Bücherrevisoren“ zusammen. Diese wenig glückliche Bezeichnung wurde bereits nach Jahresfrist in „Verband Schweizerischer Bücherrevisoren“ abgeändert. Der Hauptzweck des Verbandes sollte in der Förderung des Revisionswesens liegen, der Bücherhandel wurde verboten. Die Mitglieder übernahmen die Verpflichtung, sich der in den Statuten vorgesehenen Prüfung zu unterziehen. Infolge der Kriegswirren wurde diese Revisorenprüfung erst im Herbst 1916 in Olten abgehalten. Der Verband kann mit Stolz darauf zurückblicken, daß diese Prüfung, der schon Vertreter der eidgenössischen Behörden und der großen wirtschaftlichen Verbände beiwohnten, von sämtlichen Verbandsmitgliedern erfolgreich bestanden wurde.

Die Geschäftsstelle des Verbandes suchte sofort Kontakt mit der Öffentlichkeit. Vereinheitlichte Reklame, aufklärende Vorträge über aktuelle

5 Giroud, Emil, Vor 25 Jahren, in Bulletin des VSB, 1939, Seite 68

6 Giroud, Emil, Handbuch der Buch- und Bilanzprüfung in der Schweiz, 3. Auflage, Zürich 1944, Seite 3

Buchhaltungs- und Bilanzfragen sollten die Berufsorganisation den Wirtschaftskreisen näher bringen und damit den Verbandsmitgliedern neue Aufgaben zuführen. Das Sekretariat fand Verbindung mit den einzelnen Behörden, so hatte zum Beispiel eine Umfrage bei den Kantonsregierungen betreffs Zulassung der Verbandsmitglieder zu den Sparkassenprüfungen Erfolg.

Im Jahre 1916 wurde die „Chambre d'experts-comptables“ in Genf gegründet, die in der Folge als Genfer Gruppe in den Verband übertrat. Ein Teil der außerhalb des Verbandes stehenden Büchersachverständigen wurde in dem am 28.10.1923 ins Leben gerufenen „Verband praktizierender Bücherrevisoren“ zusammengefaßt. Auch diese Vereinigung löste sich in den inzwischen in „Verband Schweizerischer Bücherexperten“ umbenannten Fachverband auf⁷. Dreizehn Jahre nach den Einzelrevisoren schlossen sich die Revisions- und Treuhandgesellschaften zu der „Vereinigung Schweizerischer Revisions- und Treuhandgesellschaften“ zusammen, die auch heute noch unter dem gleichen Namen besteht. In die Zeit um den ersten Weltkrieg fällt die Gründung der ersten Revisionsverbände.

Nationalrat Hirter hatte zwar schon zwanzig Jahre früher Schritte zur Gründung eines Sparkassenverbandes unternommen, mußte die Angelegenheit aber mangels Interesse der Beteiligten einstellen. Durch den Zusammenbruch einiger Kreditinstitute in den Jahren 1910 - 1914, die große Verluste der Einleger mit sich brachten, wurde die Sache wieder aktuell. Das wichtigste Gründungsmotiv für Revisionsverbände bestand darin, daß sich in ihnen verschiedene Kreditinstitute zum Zwecke einer mindestens jährlichen, unabhängigen Prüfung vereinigten. Bis zum Jahre 1920 entstanden folgende Revisionsverbände⁸:

1. Revisionsverband bernischer Banken und Sparkassen; der am 16. 10. 1910 ins Leben gerufene Verband gab seinen Gründungszweck in Artikel 1 der Verbandsstatuten wie folgt an: „Hebung und Förderung des Sparkassenwesens, die Errichtung eines Inspektorates und die Wahrung der gemeinsamen Interessen.“ Dieser Revisionsverband kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, auf dem Gebiete des Revisionswesens bahnbrechend vorgegangen zu sein. Der Vorstand des Verbandes hatte dafür zu sorgen, daß bei jedem angeschlossenen Mitglied jährlich mindestens eine nicht angekündigte Prüfung des Geschäftsbetriebes vorgenommen wurde. Leider setzte eine weitere Vorschrift diese Bestimmung teilweise außer Kraft. Sie besagte nämlich, daß sich das Verbandsinspektorat bei Instituten, die bereits ein Berufsinspektorat besitzen oder ein solches später einrichten und richtig

⁷ vgl. Rusterholz, G., 25 Jahre im Revisionswesen, Affoltern a. A., Seite 39 ff.

⁸ Kaderli, J., a. a. O., Seite 80 ff.

durchführen, darauf beschränken könne, die richtige Funktion dieses Berufsinspektorates wenigstens einmal im Jahr zu kontrollieren. Dieser Artikel widersprach dem Sinn einer unabhängigen Prüfung und wurde nach Inkrafttreten des Bankengesetzes hinfällig.

2. Revisionsverband Zürcherischer Spar- und Leihkassen; wurde am 22. 1. 1913 von neun Instituten gegründet.
3. Revisionsverband der Geldinstitute des Kantons Schaffhausen; gegründet 1919 unter dem Patronat der Schaffhauser Kantonalbank.
4. Revisionsverband aargauischer Banken und Sparkassen; gegründet am 2. 7. 1913. Die Verbandsrevision wurde von Revisions- und Treuhandgesellschaften durchgeführt, mit denen der Verband zu diesem Zweck Verträge abgeschlossen hatte.
5. Revisionsverband der öffentlichen ländlichen Geldinstitute des Kantons St. Gallen; gegründet am 24. 8. 1913.
6. Verband luzernischer Lokalbanken; gegründet am 9. 3. 1915.
7. Verband schweizerischer Lokalbanken, Spar- und Leihkassen; gegründet 1920.
8. Verband schweizerischer Darlehenskassen; diese genossenschaftlichen Spar- und Darlehenskassen nach dem System Raiffeisen schlossen sich bereits 1902 zu einem Verband zusammen. Damit wurden die Raiffeisenkassen neben der internen Revision der obligatorischen Revision des Verbandes unterstellt.

Die Statuten der später aufgeführten Verbände glichen grundsätzlich denjenigen des Revisionsverbandes bernischer Banken und Sparkassen. Daneben ließen sich verschiedene außenstehende Banken von Revisions- und Treuhandgesellschaften revidieren, so daß verhältnismäßig bald ein großer Teil der Schweizer Kreditinstitute fachmännisch geprüft wurde.

Anläßlich der Beratung der Entwürfe zum Obligationsrecht traten die einzelnen Revisorenkreise immer häufiger in Verbindung. Bei diesen Gelegenheiten wurden auch Fragen des Berufes erörtert. Vor allem herrschte Einigkeit darüber, daß die Einrichtung von Fachprüfungen für Büchersachverständige ein Mittel zur Hebung des Revisionswesens war. Als Erfolg der Verhandlungen innerhalb des Berufsstandes war schließlich im Jahre 1925 die Gründung eines Dachverbandes, nämlich der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, zu verzeichnen, der folgende Gruppen angliedert wurden:

1. Verband Schweizerischer Bücherrevisoren,
2. Vereinigung Schweizerischer Treuhand- und Revisionsgesellschaften,
3. Revisionsverbände der Banken und Sparkassen.

Die Durchführung der Revisorenprüfungen wurde der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen übertragen, die diese Tätigkeit noch heute ausübt. Trotz des Bestehens dieser Fachverbände entwickelte sich das Re-

visionswesen in der Schweiz sehr langsam. Das lag einmal daran, daß den Büchersachverständigen jeder staatliche Berufsschutz versagt blieb, zum anderen waren die ungenügenden Prüfungsbestimmungen des Obligationenrechts der allgemeinen Anerkennung des Berufes nicht gerade förderlich. Es brauchte seine Zeit, bis die einzelnen Kreise Vertrauen zum Bücherexperten faßten und bis sich die Geschäftsinhaber daran gewöhnt hatten, ihre wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Außenstehenden anzuvertrauen.

II. Der Berufsschutz

In der Schweiz gab und gibt es keine gesetzliche Regelung für den Berufsstand. Das entspricht durchaus der liberalen Einstellung des Schweizlers, der gegen alle gesetzlichen Eingriffe in die persönliche Freiheit, und dazu können wir die Freiheit der Berufsausübung zählen, eine Abneigung hat. Es darf aber nicht verkannt werden, daß das Fehlen einer staatlichen Berufsordnung viele Nachteile hat – für den Revisionsfachmann und für die Wirtschaft – und daß dadurch die Entwicklung des Revisionswesens stark gehemmt wurde.

Es ist verständlich, wenn vor allem die selbständigen Bücherexperten eine staatliche Regelung ihres Berufes wünschten. Da der Revisorenberuf ein freier Beruf war und auch heute noch ist, konnten sich viele ungeeignete Elemente einen geeigneten Titel zulegen. Die Bestrebungen nach einem gesetzlich verankerten Berufsschutz waren demgemäß stark.

Die ersten Versuche, zu einer gesetzlichen Regelung zu kommen, wurden meistens auf kantonaler Basis vorgenommen und waren deshalb von vornherein nicht ausreichend. Im Entwurf zu einem bernischen Gewerbegesetz vom Jahre 1914, das wegen des Kriegsausbruches nicht zur Volksabstimmung kam, war eine staatliche Bewilligung für den Beruf des Bücherrevisors vorgesehen. Die 1922 neuerdings vorgesehene Konzessionierung im „Gesetz über Handel und Gewerbe“ wurde vom Berner Volk abgelehnt. Im Jahre 1927 wurde seitens des Kantons Basel-Stadt ein Gesetzesentwurf über die „Ausübung des Gewerbes eines Bücherrevisoren und Treuhänders“ aufgestellt. Dieser Entwurf war ungenügend und wurde sowohl von Handel und Industrie als auch von den Fachkreisen abgelehnt. Daraufhin zog der Regierungsrat den Entwurf mit der Begründung zurück, diese heikle Materie könne nicht auf kantonaler Grundlage geregelt werden. Ein ähnlicher Versuch wurde im Jahre 1928 im Kanton Bern durchgeführt. Hier wurde auf Initiative des bernischen Gewerbeverbandes die Regierung aufgefordert, Schutzmaßnahmen gegenüber den Geschäftspraktiken gewissenloser „Auch-Bücherrevisoren“ zu treffen. Die kantonale Handels- und Gewerbekammer stellte im Auftrag der Regierung eine „Ver-

ordnung betreffend die Bücherexperten und Bücherrevisoren“ auf, die dem Basler Gesetz nachgebildet war und die gleichen Schwächen aufwies. Der Entwurf widersprach der notwendigen Freizügigkeit des Revisionswesens, da man den Beruf als Gewerbe proklamieren und damit dem „Gesetz über das Gewerbewesen“ unterstellen wollte. Die maßgebenden Stellen des Verbandes Schweizerischer Bücherrevisoren sowie deren Ehrenmitglied Professor Dr. Hans Töndury wiesen in verschiedenen Eingaben darauf hin, daß der Beruf der Bücherrevisoren ein freier Beruf sei und ein solcher bleiben müsse, womit auch diese Möglichkeit einer Berufsregelung entschunden war¹.

Von dem „Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung“ vom 26. 6. 1930, das die staatliche Anerkennung von höheren Fachprüfungen und den Titelschutz vorsieht, hatten die Revisorenkreise einen Berufsschutz erwartet. Diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt, da sich bei der Aufstellung eines Prüfungsreglementes zeigte, daß sich der Beruf nicht in den Rahmen eines für das Gewerbe zugeschnittenen Gesetzes einspannen ließ. Allerdings gewann dieses Gesetz für die Durchführung der Revisorenprüfungen Bedeutung.

Ein staatlicher Berufsschutz wäre auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht ohne weiteres zu erreichen. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit steht auf dem umstrittenen Standpunkt, daß der Beruf des Bücherexperten zwar liberal sei, aber trotzdem zu den Gewerben zähle (?). Nach dieser Ansicht stünde einer staatlichen Regelung des Berufes die in der Verfassung verankerte Handels- und Gewerbefreiheit entgegen. Dieser gesetzliche Tatbestand könnte jedoch auf Grund von Sonderbestimmungen umgangen werden, nämlich dann, wenn der Beruf des Bücherfachverständigen als ein wissenschaftlicher Beruf deklariert würde. Diesen Weg zeigte der damalige Sekretär des Verbandes Schweizerischer Bücherexperten, Hermann Flury², unter Hinweis darauf, daß die Revisionstätigkeit eine solche Entwicklung genommen hatte, daß umfassende betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche und rechtliche Kenntnisse zur gewissenhaften Ausübung des Berufes notwendig seien. Den Vorwurf, daß es sich beim Revisorenberuf in erster Linie um die Ausübung einer Technik handle, suchte Flury durch Hinweis auf die Studienpläne der Universität Basel und der Handelshochschule St. Gallen zu entkräften, die innerhalb ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät besondere Revisorenabteilungen eingerichtet hatten. Darüber hinaus verwies Flury auf andere Berufe, deren Ausübung ebenfalls größtenteils auf technischen Fertigkeiten beruht, die aber im Interesse der Allgemeinheit geschützt seien wie Zahn-

1 Zulauf, E., Zur Frage der gesetzlichen Regelung unseres Berufes, in Bulletin, 13. Jahrgang, Nr. 5, Seite 71 ff.

2 Flury, Hermann, Probleme des Revisions- und Treuhandwesens in der Schweiz, in Bulletin, 21. Jahrgang, Nr. 13, Seite 163

arzt, Grundbuchgeometer, Lebensmittelchemiker oder Forstbeamter. Dieser an sich gutgemeinte Vorschlag wurde von dem Verband Schweizerischer Bücherexperten jedoch nicht weiter verfolgt. Eine Regelung auf dieser Basis brächte ohnehin keine befriedigende Lösung, da die gesetzliche Verankerung der sogenannten wissenschaftlichen Berufe Angelegenheit der Kantone und nicht des Bundes ist (Art. 33 Bundesverfassung).

Das Verlangen nach einem staatlichen Berufsschutz nahm im Verlaufe der Jahre in dem Maß ab, wie das Ansehen der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und ihrer angeschlossenen Gruppen stieg. Gegenwärtig wird in Verbandskreisen eine gesetzliche Regelung des Berufes nicht mehr oder nur unter bestimmten Voraussetzungen gewünscht – sie ist allerdings in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten –, weil man dadurch eine Beeinträchtigung der für den Beruf absolut notwendigen Freizügigkeit befürchtet. Gerade in einer Zeit der zunehmenden staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft will man es vermeiden, selbst staatliche Hilfe anzurufen³.

Die maßgeblichen Persönlichkeiten des schweizerischen Revisionswesens sind sich durchaus darüber im klaren, welche Schwierigkeiten eine durch den Bund sanktionierte Berufsordnung mit sich brächte. Auf kurze Sicht wäre in keinem Falle viel zu gewinnen, da mindestens für die bereits bestehenden Revisionsunternehmungen, seien sie nun qualifiziert oder nicht, erleichterte Übergangsbestimmungen geschaffen werden müßten. Durch diese zu erwartende Maßnahme könnte der größte Teil der bestehenden Firmen ohne große Komplikationen weiter existieren. Außerdem fehlen weitgehend die strengen gesetzlichen Voraussetzungen, die an die Person des Prüfers sowie an Art und Umfang der Revision gestellt werden. Beispielsweise ist praktisch jeder geschäftsfähige Eidgenosse berechtigt, die Bilanz einer Aktiengesellschaft zu prüfen. Solange aber diese wichtigste Prüfung im heutigen Wirtschaftsleben von Laien ausgeführt werden kann, hätte ein staatlicher Berufsschutz wenig Sinn. Daß sich aber der Gesetzgeber gleichzeitig zu einer Revision der betreffenden aktienrechtlichen Vorschriften entschließt, ist nicht anzunehmen.

Daß eine großzügige Auslegung der freien Berufswahl auch übertrieben werden kann, mögen folgende Beispiele zeigen. Bei den im Jahre 1946 als Treuhandbureau oder Treuhandgesellschaften ins Handelsregister eingetragenen 42 Einzelfirmen, 11 Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften⁴ sowie 11 Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung waren insgesamt 5 Personen tätig, die im Besitze des eidgenössischen Diploms für Bücherexperten waren. Selbstredend war der weitaus größte Teil dieser Firmen nicht an eine Gruppe der Schweizerischen Kammer für

3 Zulauf, E., Ist ein Berufsschutz für das Revisions- und Treuhandwesen notwendig oder erwünscht? in Bulletin, 23. Jahrgang, Nr. 12, Seite 190

4 Die Kollektivgesellschaft entspricht der deutschen OHG.

Revisionswesen angeschlossen. Die extensive Interpretation des Begriffes Firmenwahrheit durch das Bundesgericht gibt manchen Unternehmen die Möglichkeit, sich als Treuhandfirma einzutragen, obwohl die offizielle Zweckbestimmung diesem Attribut widerspricht. So konnten bei eingetragenen Treuhand- und Revisionsfirmen folgende Unternehmungszwecke festgestellt werden:

- Handel mit Vertretungen in Waren aller Art;
- Handel mit Immobilien und Hypotheken;
- Vermittlung von Liegenschaften, Überbauung von Grundstücken;
- Vertrieb von Buchhaltungsmaterial;
- Import und Export sowie Transithandel von Waren aller Art⁵.

Die angegebenen Geschäftstätigkeiten widersprechen einem der wichtigsten Grundsätze von Treuhandunternehmungen: „Keine Geschäfte auf eigene Rechnung.“ Eine weitere Illustration, welche Auffassung manche Treuhandbüros von ihrer Aufgabe haben, bietet folgender im „Schweizerischen Handelsamtsblatt“ vom 13. 8. 1954 veröffentlichter Registerantrag: „Diese Firma betreibt nicht mehr Engros-Handel mit Strumpfwaren, sondern ein Buchhaltungs-, Revisions-, Steuerberatungs- und Inkassobüro⁶.“ Schließlich sei noch die Stellungnahme des Bundesgerichtes zur Eintragungsmöglichkeit beziehungsweise -fähigkeit in das Handelsregister angeführt⁷. In einem bis vor das höchste Schweizer Gericht gezogenen Rechtsfall, bei dem die unteren Instanzen die Eintragung der Bezeichnung „Treuhand“ mit der Begründung verweigerten, daß diese Firmierung der Wahrheit nicht entspreche und zu Täuschungen Anlaß gebe, gab das Bundesgericht dem Rekurrenten recht und gestattete ihm, die Firmenbezeichnung Treuhand-Bureau zu führen. Das wichtigste Argument lautete, daß ein Fähigkeitsausweis nicht gefordert werde und daß die Prüfung der persönlichen und moralischen Eignung nicht auf dem Umweg über das Handelsregister erfolgen dürfe. Zweifellos hat das Bundesgericht insofern recht, als ein Schutz der Berufsbezeichnung in der Schweiz nicht besteht. Ob mit diesem Urteil aber dem Grundsatz der Firmenwahrheit gedient wird, bleibt fraglich.

Diese Auswüchse in der Berufsbezeichnung sind es, die einen Berufsschutz als erwünscht erscheinen lassen, und zwar in erster Linie im Interesse der Wirtschaft – denn der tüchtige Bücherexperte wird auch ohne staatliche Regelung seine Beschäftigung finden –, da eine große Anzahl der in Frage kommenden Klienten den Unterschied zwischen dem gehobenen

5 Freuler, Adam, Treuhänderfrühling, in Neue Züricher Zeitung, 12./13. 7. 1947, abgedruckt Bulletin 21. Jahrgang, Seite 117

6 Viel, J., Auswüchse der Handels- und Gewerbefreiheit, in Der Schweizer Treuhänder, 28. Jahrgang, Nr. 12, Seite 190

7 Freuler, Adam, a. a. O., Seite 116

Berufsstand und den weniger geeigneten „Treuhandbureaus“ nicht oder erst sehr spät erkennt.

Einen gewissen Schutz der Wirtschaft hielt aber auch der Gesetzgeber für nötig, indem er bei einzelnen Revisionen an die Person des Prüfers besondere Anforderungen stellte. So können nur vom Bundesrat anerkannte Revisionsstellen Kapitalherabsetzungsprüfungen oder Prüfungen im Zusammenhang mit der Sitzverlegung ausländischer Aktiengesellschaften in die Schweiz vornehmen. Die Revisionen von Banken und Sparkassen dürfen nur von Revisionsstellen ausgeführt werden, die als solche von der eidgenössischen Bankkommission anerkannt sind. Prüfungen im Rahmen der Alters- und Hinterlassenenversicherung, des Bundesgesetzes über die Seeschifffahrt unter der Schweizer Flagge und des Bundesgesetzes über die Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft bleiben grundsätzlich Mitgliedern der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen vorbehalten, deren führende Stellung im Rahmen des Schweizer Revisionswesens ihre indirekte staatliche Bestätigung findet. Die zusätzliche Prüfung nach Artikel 723 OR für bestimmte Aktiengesellschaften durch Büchersachverständige möchten wir dagegen nicht in diese Aufzählung einreihen, da es auch weniger qualifizierten Fachleuten freisteht, sich als Sachverständige zu bezeichnen⁸.

Trotz dieser Ansätze im Sinne eines Berufsschutzes liegt eine gesetzliche Regelung des gesamten Revisionswesens in weiter Ferne. Es ist daher Aufgabe der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und ihrer Untergruppen, von sich aus die Anerkennung ihrer Organisation innerhalb des Wirtschaftslebens zu erreichen und zu festigen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß ein wesentlicher Teil dieses Vorhabens bereits gelungen ist, eine Tatsache, die vor allem auf die vereinten Anstrengungen aller Gruppenmitglieder zurückgeführt werden muß. Durch die ständige Hebung des Berufsniveaus hat die Klientschaft die Gewähr, durch die der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen angeschlossenen Treuhand- und Revisionsfirmen in allen einschlägigen Gebieten die bestmögliche Betreuung zu erhalten. Allerdings sind ohne staatliche Regelung ungeeignete „Büchersachverständige“ nie restlos auszuschalten. Die verschärften Haftungsbestimmungen des Obligationenrechts, das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und die Strafbestimmungen der Steuergesetze berechtigen jedoch zu der Hoffnung, daß wenigstens ein Großteil der unwürdigen Außenseiter aus dem Beruf eliminiert wird. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt werden, daß alle fähigen Fachleute in der Organisation der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen erfaßt sind. Zweifellos gibt es auch außerhalb der-

8 Nähere Einzelheiten zu den angegebenen Gesetzen werden im 2. Teil dieser Arbeit gegeben.

selben tüchtige Sachverständige, deren Vorhandensein – schon aus Kostengründen bei kleineren Arbeiten – nicht abzulehnen ist. Jedoch sollte es Ziel der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen bleiben, ihre Organisation als einzige Vertretung eines gehobenen Berufsstandes der gesamten Schweizer Wirtschaft bekanntzumachen, was vor allem bei den großen Auftraggebern erfreulicherweise längst geschehen ist. Die weitere Entwicklung kann nur durch ständiges Vorwärtstreben und unbedingte Selbstdisziplin der Kammermitglieder den gewünschten und erhofften Verlauf nehmen.

III. Der Titelschutz

Wenn der Staat auch dem Stand des Bücherexperten als solchem keinen generellen Berufsschutz angedeihen läßt, eröffnet er interessierten Personen doch die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten auf dem Gebiete des Revisionswesens in einer Prüfung mit staatlichem Charakter zu beweisen. Die ersten Revisorenprüfungen wurden noch unter dem Verband Schweizerischer Bücherrevisoren in den Jahren 1916, 1918 und 1923 vorgenommen. Nach der Gründung der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen wurde diese mit der Durchführung der Prüfungen beauftragt. Die unter ihrer Hoheit von 1926 - 1933 jährlich abgehaltenen Prüfungen waren allerdings auch noch privater Natur. Erst mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung vom 26. 6. 1930 und der Verordnung I zum genannten Bundesgesetz vom 23. 12. 1932 erhielten die seitdem im Rahmen des angeführten Gesetzes durchgeführten Prüfungen einen offiziellen Status. Artikel 42 des Gesetzes gestattet es den Berufsverbänden, gesetzlich anerkannte Meisterprüfungen oder andere höhere Fachprüfungen zu veranstalten. Mit der Ausrichtung der Fachprüfungen für Bücherexperten wurde die Schweizerische Kammer für Revisionswesen betraut, die das gesetzlich vorgeschriebene Prüfungsreglement per 12. 4. 1935 aufstellte. Das Reglement wurde am 18. 9. 1946 abgeändert und erhielt seine gegenwärtig geltende Fassung am 6. 7. 1957. Dieses Reglement wurde am 16. 9. 1957 vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement genehmigt.

Die Fachprüfungen für Bücherexperten, die sich aus einer Vorprüfung und einer Schlußprüfung zusammensetzen, werden zur Zeit jedes zweite Jahr von der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen unter Oberaufsicht des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit abgehalten. Sie haben den Zweck festzustellen, ob der Kandidat die zur selbständigen Ausübung des Berufes eines Bücherexperten notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt und sollen darüber hinaus Wirtschaft und Verwaltung die Auswahl tüchtiger und vertrauenswürdiger Sachverständiger erleichtern (Artikel 2 Reglement). Zur Vorbereitung der Kandidaten veranstaltet der

Verband Schweizerischer Bücherexperten seit einigen Jahren Vorträge und Kurse in den einzelnen Fachgebieten.

Für die Durchführung der Prüfungen wird jeweils eine Prüfungskommission bestellt, deren Amtsdauer vier Jahre beträgt. In diese Kommission ordnen ab (Artikel 4 Reglement):

- a) Jede Mitgliedergruppe der Kammer, nämlich:
Verband Schweizerischer Bücherexperten,
Vereinigung Schweizerischer Treuhand- und Revisionsgesellschaften,
Revisionsverbände der Banken und Sparkassen,
ihren Präsidenten und je zwei weitere Mitglieder;
- b) der Schweizerische Handels- und Industrieverein,
die Schweizerische Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen,
der Verband der Finanzkontrollbeamten öffentlicher Verwaltungen,
die mit der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen in Verbindung stehenden Hochschulen,
der Schweizerische Kaufmännische Verein,
die Fédération Romande employés
je ein Mitglied.

Der Präsident der Prüfungskommission und das Sekretariat werden von der Delegiertenversammlung der Kammer gewählt. Die Prüfungsleitung besteht aus dem Präsidenten der Prüfungskommission und den drei Präsidenten der Mitgliedergruppen der Kammer. Zu den Prüfungen können weitere Sachverständige als Examinatoren herangezogen werden, die in den betreffenden Sitzungen der Kommission Sitz und Stimme haben (Art. 5/II Reglement).

Zu den Prüfungen werden nur vertrauenswürdige, gut beleumundete Personen zugelassen, die im Besitz des Fähigkeitszeugnisses der Lehrabschlußprüfung als kaufmännischer oder Verwaltungsangestellter oder eines gleichwertigen Ausweises sind. Außerdem müssen die Kandidaten eine mindestens dreijährige kaufmännische oder administrative Praxis in einem Handels-, Industrie-, Bankbetrieb und dergleichen oder auf einer Verwaltung (Treuhand- und Revisionsunternehmen, Rechts-, Versicherungsbüro, Verwaltung eines wirtschaftlichen Verbandes, öffentliche Verwaltung usw.) nach abgeschlossener Lehrzeit oder gleichwertiger Ausbildung geleistet haben. Davon haben wenigstens zwei Jahre auf Revisionstätigkeit zu entfallen (Art. 10 Reglement).

Die Vorprüfung zerfällt in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil. Die schriftliche Prüfung besteht aus einer Klausurarbeit aus dem Gebiet des betrieblichen Rechnungswesens, zu deren Anfertigung der Kandidat eine Frist von höchstens sechs Stunden eingeräumt erhält. Die Themen werden dem Kandidaten bei Klausurbeginn schriftlich mitgeteilt. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf:

- a) Betriebswirtschaftslehre,
- b) Organisation, Kalkulation, Statistik und Budget,
- c) Buchhaltung und Bilanzlehre,
- d) Revisionstechnik,
- e) allgemeine Rechtskenntnisse für den Revisorenberuf,
- f) mit der Bilanz und Buchhaltung zusammenhängende Steuerfragen.

Die Prüfungszeit für die einzelnen Fächer beträgt nach Festlegung durch die Prüfungsleitung zwanzig bis vierzig Minuten. Kandidaten mit abgeschlossener Hochschulbildung kann auf Begehren die mündliche Prüfung in den Fächern erlassen werden, die bereits Gegenstand des Hochschulexamens waren. Für Inhaber des Diploms der vom Schweizerischen Kaufmännischen Verein durchgeführten Buchhalterprüfungen beschränkt sich die mündliche Prüfung auf die Betriebswirtschaftslehre, Revisionstechnik und die mit der Buchhaltung und der Bilanz zusammenhängenden Steuerfragen (Art. 18 Reglement).

Der Schlußprüfung kann sich unterziehen, wer die Vorprüfung mit Erfolg bestanden hat und außer der angeführten dreijährigen Praxis noch mindestens eine weitere dreijährige Revisionspraxis nachweisen kann, die sich auf die wesentlichen Gebiete des Revisionswesens zu erstrecken hat. Die Schlußprüfung kann nicht gleichzeitig mit der Vorprüfung abgelegt werden.

Für die Schlußprüfung hat jeder Kandidat eine umfassende Hausarbeit über ein selbstgewähltes Thema aus dem Gebiet des Revisionswesens einzureichen, die sich auch mit Geschäftsorganisation, Kalkulation und Statistik beschäftigen muß. Die schriftlichen Arbeiten sollen den Nachweis erbringen, daß der Kandidat die theoretischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen zur selbständigen Revisionstätigkeit und Berichterstattung besitzt. Zur weiteren Prüfung werden Kandidaten zugelassen, deren Hausarbeit mit mindestens 2,5 benotet wurde. Als schriftliche Prüfung ist eine höchstens siebenstündige Klausurarbeit abzulegen, wobei ein oder mehrere Themen aus dem Gebiet des Bücherexperten zu bearbeiten sind. Die mündliche Prüfung setzt sich zusammen aus einer zwei- bis zweieinhalbstündigen Besprechung der Hausarbeit und der Klausurarbeit (Kolloquium) sowie einer etwa eine Stunde dauernden Prüfung im Fach Steuerberatung. In diesem Fach wird die Kenntnis der eidgenössischen und von zwei vom Kandidaten gewählten kantonalen Steuergesetze sowie die Behandlung der damit zusammenhängenden Bilanz- und Buchhaltungsfragen verlangt (Art. 20 Reglement).

Wer die Schlußprüfung mit Erfolg bestanden hat, erhält das eidgenössische Diplom als Bücherexperte und ist berechtigt, den Titel

Diplomierter Bücherexperte

expert-comptable diplômé, perito contabile diplomato

zu führen.

Die Namen der Diplominhaber werden veröffentlicht und in ein jedermann zur Einsicht offenes, vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit geführtes Register eingetragen (Art. 49 Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung). Diese Eintragung erfolgt in das sogenannte Register A, während das Register B jene Personen enthält, die vor Inkrafttreten des Gesetzes über die berufliche Ausbildung die gleichwertige Prüfung der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen bestanden haben (Verordnung I). Das Register B ist also ein Aussterberegister.

Zur Führung des Titels „Diplomierter Bücherexperte“ ist nur berechtigt, wer ihn durch eine Prüfung im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung oder durch die Kammer (von 1926 bis 1935) erworben hat und im Register A oder B eingetragen ist. Wer sich den Titel anmaßt, ohne im Besitz des Diploms zu sein, macht sich strafbar (Art. 26 Reglement, Artikel 48 und 57 lit. e Bundesgesetz). Dieser gesetzliche Titelschutz ist aber geringer, als es im ersten Moment scheint. Geschützt ist nämlich nur der Titel „Diplomierter Bücherexperte“, mit Betonung auf dem „Diplomiert“. Dagegen kann sich auch heute jedermann Bücherexperte oder ähnlich nennen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Dieser „kleine“ Unterschied in der Berufsbezeichnung wird bei weitem nicht von allen in Frage kommenden Personen beachtet.

Darüber hinaus besteht ein weiterer Nachteil darin, daß ein erworbenes Diplom nicht wieder entzogen werden kann, so daß ein diplomierter Bücherexperte trotz großer Verfehlungen sein Diplom behält und bis zu seinem Tode auf dem Register figuriert, da das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit der Auffassung ist, bei dem Diplom handle es sich um einen Fähigkeitsausweis, nicht aber um einen Ausweis der Zutrauenswürdigkeit. Aus diesem Grunde ist die Zugehörigkeit zu einer Kammergruppe höher als der Diplombesitz einzuschätzen, da hier neben den fachlichen auch moralische Anforderungen an die Mitglieder gestellt werden.

IV. Die Berufsorganisation

1. Die Schweizerische Kammer für Revisionswesen

Die Möglichkeit einer freien Berufsausübung behindert selbstverständlich nicht die Bildung von Fachverbänden. Gerade im Revisionswesen, wo Personen mit derart verschiedener Vorbildung tätig sind, kann durch die Zugehörigkeit zum führenden Berufsverband eine Auslese hinsichtlich des gehobenen Prüferstandes getroffen werden. In der Schweiz ist dies insofern geschehen, als die Mehrzahl der qualifizierten Revisoren innerhalb der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen stehen, der nur eine ver-

hältnismäßig geringe Anzahl von ebenso geeigneten Fachleuten nicht angeschlossen ist.

Die Schweizerische Kammer für Revisionswesen ist keine Vereinigung, der die einzelnen Bücherexperten direkt angegliedert sind. Sie ist vielmehr ein Dachverband für das gesamte Schweizer Revisionswesen, zu dem sich die folgenden drei Mitgliedergruppen zusammengeschlossen haben:

Gruppe I: Verband Schweizerischer Bücherexperten,

Gruppe II: Vereinigung Schweizerischer Treuhand- und Revisionsgesellschaften,

Gruppe III: Revisionsverbände der Banken und Sparkassen.

In den einzelnen Gruppen haben sämtliche in der Schweiz möglichen Prüfer beziehungsweise Prüfungsorgane, nämlich persönlich haftender Revisor, Treuhand- oder Revisionsgesellschaft und Revisionsverbände, Berücksichtigung gefunden. Die Doppelspurigkeit Kammer – Untergruppen beruht auf der empirischen Entwicklung des Revisionswesens und wurde seitdem aufrechterhalten. Für den Außenstehenden ist es nicht gerade einleuchtend, warum in der Schweiz mit dem verhältnismäßig kleinen Mitgliederstand ein Dachverband und drei angegliederte Gruppen nötig sind. Zweifellos würde die Zusammenfassung in einem einzigen Verband gewisse Vereinfachungen und Erleichterungen bringen, zum Beispiel nur ein Sekretariat, das alle anfallenden Arbeiten erledigt; nur eine Vertretung nach außen – bei ausländischen Fachtagungen sind zur Zeit die Kammer oder der Verband Schweizerischer Bücherexperten vertreten – und auch sonstige bürokratische Vorteile. Mit dieser Entwicklung, die auch von einzelnen Persönlichkeiten des Schweizer Revisionswesens positiv beurteilt wird, ist in der nächsten Zeit kaum zu rechnen. Die gegenwärtigen Bestrebungen gehen dahin, die Stellung der Kammer zu stärken und auszubauen. Besonders im Verkehr mit außerhalb der Berufsorganisation stehenden Stellen soll die Kammer und nicht einzelne Gruppen tätig sein, um dadurch die Belange des Berufsstandes im Inland und Ausland besser zur Geltung zu bringen¹.

Die Schweizerische Kammer für Revisionswesen ist als Verein im Sinne des Artikel 60 des Zivilgesetzbuches errichtet. Ihre in den Statuten angegebenen Zwecke liegen in der Wahrung der mit dem Revisions- und Treuhandwesen zusammenhängenden, gemeinsamen Interessen und in der Durchführung der Prüfungen für Bücherexperten. Eine wichtige Aufgabe fällt der Kammer auch innerhalb der Ehrengerichtbarkeit zu.

Die Schweizerische Kammer für Revisionswesen besteht aus drei Organen: Delegiertenversammlung, Vorstand und Kontrollstelle. In die Delegiertenversammlung werden von jeder Mitgliedergruppe drei Delegierte

1 vgl. Jahresberichte des Verbandes Schweizerischer Bücherexperten 1955/56, 1956/57

abgestellt und gleichzeitig dieselbe Anzahl von Stellvertretern bestimmt. Die Delegierten werden auf drei Jahre gewählt, und zwar in der Weise, daß alljährlich die Delegierten von einer der drei **Kammergruppen neu** bestimmt werden. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die ordentliche Delegiertenversammlung wird in jedem Jahr einmal abgehalten. Eine zusätzliche Zusammenkunft ist im Bedürfnisfalle möglich auf Anordnung des Vorstandes oder des Kammerpräsidenten oder auf Begehren der Kontrollstelle oder einer Mitgliedergruppe der Kammer beziehungsweise des Präsidenten und mindestens zweier Mitglieder der betreffenden Gruppe (Artikel 6 der Kammerstatuten vom 21. 2. 1936).

Die Delegiertenversammlung bestellt den Vorstand der Kammer, die Kontrollstelle, die Mitglieder des Ehrengerichts sowie den Präsidenten und das Sekretariat der Prüfungskommission. Sie ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der statutenmäßig zu bestellenden Delegierten anwesend sind. Soweit Beschlüsse über Statutenänderungen, Auflösung der Kammer, sowie endgültige Beschlußnahme über neue gemeinsame Institutionen gefaßt werden, ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der vollzählig vertretenen Delegierten erforderlich. Sollte die erste Delegiertenversammlung nicht beschlußfähig sein, so entscheidet eine zweite, innerhalb eines Monats einzuberufende Versammlung mit zwei Dritteln der anwesenden Stimmen (Artikel 7 Statuten).

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, die gleichfalls in der Delegiertenversammlung vertreten sein müssen, darunter den Kammerpräsidenten und Vizepräsidenten, die in dieser Eigenschaft zugleich als Präsident und Vizepräsident der Delegiertenversammlung vorstehen. Die Amtszeit des Vorstandes beträgt drei Jahre. Der Vorstand stellt das exekutive Organ der Kammer dar, die nach außen durch den Kammerpräsidenten vertreten wird. Die Sitzungen des Vorstandes werden nach dem Vorliegen notwendiger Geschäfte abgehalten, wobei Beschlüsse mit absolutem Mehr gefaßt werden.

Als Mitglieder der Kontrollstelle werden jeweils zwei Personen gewählt, die der Delegiertenversammlung nicht angehören dürfen. Die Kontrollstelle prüft die Jahresrechnung und beantragt bei der Delegiertenversammlung die Genehmigung derselben.

Neben diesen zwingend vorgeschriebenen Organen kann die Delegiertenversammlung ein Sekretariat bezeichnen, das die anfallenden Arbeiten, unter anderem die Protokoll- und Rechnungsführung, den Vollzug von Beschlüssen der Delegiertenversammlung, erledigt. Die anfallenden Ausgaben der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen werden in erster Linie durch festgesetzte Jahresbeiträge der Gruppen gedeckt.

Da es seit jeher zu den vornehmsten Zielen der Kammer zählt, innerhalb ihrer Organisation nur fachlich und moralisch einwandfreie Mitglieder zu

führen, war die Aufstellung einer entsprechenden Ehrengerichtsordnung unerlässlich. Die heute gültige Ehrengerichtsordnung, der sämtliche Mitglieder der einzelnen Gruppen unterstellt sind, wurde am 24. 6. 1949 von der ordentlichen Delegiertenversammlung der Kammer genehmigt. Sie hat den Zweck, die Ehre und das Ansehen der Kammer zu wahren. Aufgabe des Ehrengerichtes ist es, die in dieser Richtung notwendigen Beschlüsse zu treffen. Mit zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen befaßt sich das Ehrengericht nicht.

Einer durch das Ehrengericht auszusprechenden Sanktion setzt sich aus (§ 3 Ehrengerichtsordnung):

- a) wer selbst, oder durch seine Organe oder Arbeitnehmer Handlungen vorgenommen hat, die geeignet sind, das Ansehen der Kammer, einer Kammergruppe oder eines einer Kammergruppe angeschlossenen Mitgliedes zu beeinträchtigen,
- b) wer selbst, durch seine Organe oder Arbeitnehmer in der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit – und zwar gleichgültig gegenüber wem – in einer Weise vorgeht, die gegen die Grundsätze von Treu und Glauben verstößt.

Als ein solcher Verstoß gelten beispielsweise

der Gebrauch unrichtiger oder irreführender oder ehrverletzender Ausdrücke oder Behauptungen;

Die Vornahme von Handlungen, die geeignet sind, Verwechslungen, Irreführungen Dritter oder Verletzungen der Ehre eines Mitgliedes einer Kammergruppe oder eines Arbeitnehmers eines solchen herbeizuführen;

- c) wer selbst, durch seine Organe oder Arbeitnehmer sich grobe Fahrlässigkeit in der Durchführung der übernommenen Aufträge hat zuschulden kommen lassen,
- d) wer durch unehrenhafte Berufsausübung, die für einen Bücherexperten oder Treuhänder erforderliche Vertrauenswürdigkeit verloren hat.

Die vom Ehrengericht festzusetzenden Sanktionen können bestehen in:

- a) leichter oder schwerer Verweis,
- b) Buße bis zu höchstens Fr. 10 000.–,
- c) Antrag an die zuständige Kammergruppe auf Ausschluß aus der Gruppe. Diese Sanktionen können miteinander verbunden werden. (§ 4 Ehrengerichtsordnung).

Beklagter ist in jedem Falle das angezeigte Mitglied – Anzeigen können von Mitgliedern und Nichtmitgliedern erstattet werden –, und zwar auch für die Handlungen seiner Arbeitnehmer. Trifft einzelne Organe oder Arbeitnehmer eines Beklagten ein Verschulden, so kann das Gericht neben oder an Stelle der Sanktionen gegenüber dem Mitglied diesem die Auflage machen, selbst angemessene Sanktionen gegenüber den Fehlbaren

zu treffen oder sie aus seinen Diensten zu entlassen. Für die Qualität aller innerhalb der Kammer stehenden Mitglieder spricht die Tatsache, daß sich das Ehrengericht nur selten in Aktion zu setzen braucht. Vor allem sind praktisch keine Fälle anzutreffen, die den Ausschluß eines Mitgliedes zur Folge haben. Sollte tatsächlich einmal ein gravierender Ausschlußgrund vorliegen, wird die Elimination bereits von der einzelnen Gruppe vollzogen. Die geschilderte Art der Handhabung der Ehrengerichtsordnung läßt klar erkennen, daß die Mitgliedschaft bei einer Gruppe der Kammer höher zu werten ist als der Besitz des eidgenössischen Diploms für Bücherexperten.

2. Der Verband Schweizerischer Bücherexperten

Der Verband Schweizerischer Bücherexperten (VSB) ist als Gruppe I der Kammer angegliedert. Er stellt die älteste und wohl auch aktivste Gruppe dar. Für den VSB, der gleichfalls als ein Verein im Sinne des Artikel 60 ZGB errichtet wurde, gelten gegenwärtig die Statuten vom 18. 10. 1952. Nach Art. 1 dieser Statuten bezweckt der VSB (= Association Suisse des Experts Comptables = Associazione Svizzera dei Periti Contabili):

- a) den Zusammenschluß der berufstätigen Bücherexperten und Bücherrevisoren und die Vertretung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen;
- b) die Wahrung des Ansehens, der Ehre und der Unabhängigkeit des Standes;
- c) die Pflege des kollegialen Geistes unter seinen Mitgliedern;
- d) die Förderung der betriebswirtschaftlichen Lehre und Praxis, insbesondere aller mit dem Revisions- und Treuhandwesen zusammenhängenden Fragen.

Zur Erreichung der Verbandsziele verpflichten sich die Mitglieder (Art. 3):

- a) Zur Verwirklichung des Verbandszweckes beizutragen, insbesondere das Ansehen des Berufsstandes und die Kollegialität im Verband zu wahren;
- b) ihren Beruf nach strengster Rechtlichkeit und Unabhängigkeit auszuüben, insbesondere sich keiner Tätigkeit zu widmen, welche die unparteiische Stellungnahme gegenüber den Auftraggebern beeinträchtigt, Aufträge abzulehnen, die sich nicht mit dem ernsthaften Charakter des Berufs vertragen, keine Geschenke und Vergünstigungen entgegenzunehmen, die das objektive Urteil trüben könnten und das Berufsgeheimnis zu wahren;
- c) sich jeder aufdringlichen Form öffentlicher Ankündigung zu enthalten und sich im beruflichen Wettbewerb keiner unlauteren Mittel zu bedienen;

- d) sich an die von den Ortsgruppen aufgestellten und vom Vorstand genehmigten Honorarordnungen zu halten, soweit es sich nicht um ideale oder gemeinnützige Zwecke handelt;
- e) Aufträge, die sie nicht selbst ausführen können, in erster Linie Verbandskollegen zuzuweisen.

Zweifellos sind diese Grundsätze der Berufsausübung etwas allgemein umschrieben. Um diesem Umstand abzuhelpen, tauchte der Gedanke auf, ein Berufsreglement zu schaffen, das die in Artikel 3 der Statuten genannten Grundsätze näher präzisieren sollte. Diese Möglichkeit wurde den Mitgliedern erstmals anlässlich der Generalversammlung 1955 in der Präsidialansprache eröffnet und durchwegs positiv aufgenommen. Inzwischen wurde vom Vorstand ein Entwurf einer Berufsordnung aufgestellt, der als Diskussionsgrundlage gedacht ist. Eine endgültige Regelung wurde noch nicht getroffen. Die Besprechungen werden fortgesetzt, und es ist zu erwarten, daß eine Berufsordnung in absehbarer Zeit in Kraft tritt.

Dem VSB sind Ehren-, Aktiv-, Passiv- und Gönnermitglieder angeschlossen. Zu Ehrenmitgliedern können von der Generalversammlung Personen ernannt werden, die sich um den Verband oder das Revisionswesen im allgemeinen verdient gemacht haben. Mit der Verleihung dieser Würde wird sehr sparsam umgegangen.

Als Aktivmitglieder können Personen aufgenommen werden, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) Besitz des eidgenössischen Diploms für Bücherexperten,
- b) die Schweizer Staatsangehörigkeit (Ausnahmen sind zulässig, wo Gegenrecht gehalten wird),
- c) Vertrauenswürdigkeit und unbescholtener Leumund.

Demnach ist zur Erwerbung der Aktivmitgliedschaft des VSB, in Übereinstimmung mit Artikel 3 der Kammerstatuten, der Besitz des Bücherexpertendiploms grundsätzlich notwendig. In außerordentlichen Fällen können unter Vorbehalt der Genehmigung des Vorstandes der Kammer berufstätige Passivmitglieder auf schriftliches Gesuch hin zu den Aktivmitgliedern übergeteilt werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a) einwandfreie Berufsausübung nach den genannten Grundsätzen eines ehrenhaften Bücherexperten,
- b) Ausweis über umfassende Fachkenntnisse,
- c) fünfjährige ununterbrochene Passivmitgliedschaft,
- d) zurückgelegtes 35. Lebensjahr.

Diese Ausnahmeregelung war in erster Linie für ältere, bewährte Fachleute gedacht, die ihre Fähigkeiten in vielen Jahren ihrer beruflichen Betätigung bewiesen hatten. Seitdem trachtete die Schweizerische Kammer für Revisionswesen danach, nur in besonderen Ausnahmefällen eine Versetzung ohne Diplombesitz zu gestatten. In diesem Sinne handelte auch

der VSB, indem er nur noch in wenigen, voll begründeten Fällen eine Überteilung unter die Aktivmitglieder bei der Kammer befürwortete. In letzter Zeit wurde von dieser Sonderregelung innerhalb der Gruppe I kaum Gebrauch gemacht. Die Aktivmitglieder haben das Recht, sich „Bücherexperte VSB“ zu nennen und sich auf Drucksachen des beim Verbandssekretariat erhältlichen Verbandszeichens zu bedienen. Den Passiv- und Gönnermitgliedern ist das nicht gestattet. Dem Verband sind sowohl selbständige, auf eigene Rechnung praktizierende Bücherexperten angeschlossen als auch solche, die im Angestelltenverhältnis bei Treuhandfirmen tätig sind.

Als Passivmitglieder können dem Verband Personen beitreten, die, ohne im Besitz des Fachdiploms zu sein, seit mindestens drei Jahren ununterbrochen eine selbständige oder unselbständige Tätigkeit in der Treuhand- und Revisionsbranche oder einschlägige Funktionen in der öffentlichen Verwaltung oder in privat- oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen ausüben. Ferner müssen sie Schweizer Staatsangehörige sein (Ausnahmen sind zulässig, sofern Gegenrecht gehalten wird), über einen unbescholtenen Leumund und Vertrauenswürdigkeit verfügen sowie das 25. Lebensjahr überschritten haben. Die Aufnahme von Aktiv- und Passivmitgliedern sowie die ausnahmsweise Versetzung von Passiv- zu Aktivmitgliedern beantragt der Vorstand unter Bekanntgabe im Verbandsorgan oder durch Rundschreiben an die Mitglieder, nachdem er die berufliche Eignung und charakterlichen Eigenschaften geprüft hat und sich eine allenfals bestehende Ortsgruppe zu dem Fall geäußert hat. Aufnahmegesuche ungeeigneter Anwärter kann der Vorstand aus eigener Machtbefugnis abweisen. Erheben die Mitglieder binnen dreißig Tagen nach der Bekanntgabe keine begründeten schriftlichen Einsprachen gegen die beantragten Neuaufnahmen oder Versetzungen, gelten diese als genehmigt; Versetzungen natürlich unter dem Vorbehalt, daß sie von der Kammer gutgeheißen werden.

Personen, die ein Interesse am Verbandszweck haben, können diesem als Gönnermitglieder beitreten. Es kommen in Frage: Einzelpersonen, Firmen, Verbände und Verwaltungen. Gönnermitglieder haben bei der Generalversammlung kein Stimmrecht.

Die Mitglieder können unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist am Ende jedes Rechnungsjahres austreten. Bei Unwürdigkeit kann die Generalversammlung auf Antrag des Vorstandes den Ausschluß eines Mitgliedes beschließen. Als Ausschließungsgründe gelten insbesondere (Art. 9 Statuten):

- a) Verstoß gegen die Bestimmungen der Verbandsstatuten oder Verletzung der vom Verband aufgestellten beziehungsweise gutgeheißenen Vorschriften und Tarifnormen;

- b) Nichtbezahlung der Beiträge oder anderer Schulden an den Verband sechs Monate nach Verfall und nach zweimaliger schriftlicher Aufforderung, wenn nicht unverschuldete Notlage vorliegt;
- c) Ausschließungsantrag des Ehrengerichtes der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, gestützt auf ein gefälltes Urteil.

Der Mitgliederstand betrug am Ende des Rechnungsjahres 1956/57 (30. 6. 1957):

Ehrenmitglieder	7
Aktivmitglieder	218
Passivmitglieder	148
Gönnermitglieder	36
insgesamt	409

Die Organe des VSB sind die Generalversammlung, der Vorstand, die Rechnungsrevisoren und die Delegierten. Die ordentliche Generalversammlung findet jährlich, in der Regel innerhalb von vier Monaten nach Schluß des Rechnungsjahres statt. Ort und Datum werden den Mitgliedern mindestens einen Monat im voraus bekanntgegeben. Die Einladungen ergehen wenigstens zehn Tage vor der Versammlung unter Bekanntgabe der Tagesordnung. Erst bei der Versammlung vorgebrachte, in der Einladung nicht aufgeführte Verhandlungsgegenstände kann der Vorstand zur Prüfung entgegennehmen. Außerordentliche Versammlungen sind dann einzuberufen, wenn der Vorstand sie für notwendig erachtet, oder wenn die Rechnungsrevisoren oder der zehnte Teil der stimmberechtigten Mitglieder sie verlangen.

Die Generalversammlung bestimmt über (Artikel 14 Statuten):

1. Wahl des Präsidenten, des Sekretärs und der übrigen Vorstandsmitglieder;
2. Wahl der Rechnungsrevisoren und der Delegierten;
3. Ernennung von Ehrenmitgliedern;
4. Abnahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;
5. Genehmigung des Voranschlages und Festsetzung der Mitgliederbeiträge und Eintrittsgelder;
6. Erlaß allgemeinverbindlicher reglementarischer Bestimmungen und Genehmigung von Beschlüssen der Ortsgruppen, welche die Verbandsinteressen berühren;
7. Beschlußfassung über periodische Publikationen oder Veranstaltungen, die Schaffung von Institutionen und Werken im Rahmen des Vereinszweckes, der Beitritt zu solchen Institutionen und die Bezeichnung des Verbandsorganes;
8. Entscheid über Einsprachen gegen die vom Vorstand beantragten Aufnahmen;
9. Entscheid über den Ausschluß von Mitgliedern;

10. Abänderung der Statuten;
11. Beschlußfassung über sonstige Anträge des Vorstandes, der Ortsgruppen oder einzelner Mitglieder. Solche Anträge von Ortsgruppen oder Einzelmitgliedern müssen dem Verbandssekretariat spätestens 14 Tage vor der Generalversammlung eingereicht werden;
12. Auflösung des Verbandes.

Jede statutenmäßig einberufene Versammlung ist beschlußfähig. Ausnahmen gelten lediglich bei der Abstimmung über die Auflösung des Verbandes. Die Generalversammlung beschließt grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Bei Beschlüssen über Statutenänderungen ist eine drei Viertel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Aktiv- und Passivmitglieder haben das gleiche Stimmrecht. Bei Fragen, die ausschließlich die Berufsausübung der selbständig praktizierenden Mitglieder berühren, entscheiden diese allein.

Der Vorstand bildet das geschäftsführende Organ des Verbandes. Er besteht aus sieben bis neun Mitgliedern, von denen die Mehrheit selbständig erwerbende Aktivmitglieder und in der Regel Diplominhaber sein müssen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem Präsidenten, je einem Vizepräsidenten und je einem Sekretär für das deutsche und das französische Sprachgebiet sowie zwei bis vier Beisitzern. Die Mitglieder des Vorstandes werden auf drei Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist statthaft. Der Vorstand vertritt den Verband nach außen und erledigt die laufenden Verbandsgeschäfte. Seine Tagungen werden nach den anfallenden Vorfällen einberufen. Über die Vorstandssitzungen werden Protokolle geführt, die vom Vorsitzenden und vom Sekretär zu unterzeichnen sind. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die beiden Rechnungsrevisoren und ein Ersatzmann werden von der Generalversammlung gestellt. Ihre Aufgabe liegt in der Prüfung der Jahresrechnung samt den Belegen. Sie berichten der Generalversammlung über ihren Befund schriftlich und stellen gleichzeitigen Antrag auf Abnahme der Jahresrechnung. Die Rechnungsrevisoren haben Anspruch auf Spesenersatz sowie eine vom Vorstand festzusetzende Entschädigung.

Die Generalversammlung wählt auf die Dauer von drei Jahren zur Vertretung des VSB in der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen folgende Abordnungen (Artikel 23 Statuten):

- a) die Delegierten und Ersatzmänner in die Delegiertenversammlung der Kammer;
- b) die Delegierten und Ersatzmänner in die Prüfungskommission;
- c) Delegierte und Ersatzmänner in das Ehrengericht.

Der Verbandspräsident ist von Amtes wegen Delegierter in der Delegiertenversammlung und in der Prüfungskommission.

Der Verband finanziert seine Ausgaben aus:

- a) den Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern (Ehrenmitglieder und Vorstandsmitglieder während ihrer Amtszeit sind beitragsfrei);
- b) allfälligen Überschüssen aus Publikationen, Drucksachen, Veranstaltungen und aus besonderen Verbandsgeschäften;
- c) Schenkungen und Zuwendungen.

Die erstgenannte Position dieser Aufzählung macht den weitaus größten Teil der Verbandseinnahmen aus.

Um den Kontakt zwischen den Mitgliedern zu pflegen, aber auch um verschiedene Probleme in kleinerem Kreise durchzuberaten, wurden innerhalb des Gesamtverbandes Ortsgruppen in Bern, Biel, Genf, Graubünden, St. Gallen, Waadt und Zürich gebildet. Wenn auch die Inanspruchnahme durch die berufliche Tätigkeit nicht allzuviel Zeit für zahlreiche Zusammenkünfte der einzelnen Ortsgruppen ließ, waren die von ihnen durchgeführten Tagungen und Vorträge ein voller Erfolg. Die Ortsgruppen sahen sich darüber hinaus veranlaßt, mit staatlichen Instanzen in Verbindung zu treten und konnten auf diese Weise mancher Eingabe zum Erfolg verhelfen. Das Hauptgesprächsthema der letzten Zeit war die Schaffung einer neuen Berufsordnung.

Der VSB besitzt seit 1936 ein ständiges Sekretariat, dessen Sitz in Zürich liegt. Das monatlich erscheinende Verbandsorgan trägt den Namen „Der Schweizer Treuhänder“ (früher Bulletin, Fiducia) und beschäftigt sich mit allen fachlichen und berufsrechtlichen Problemen. Die Tätigkeit des Verbandes erstreckt sich auch auf die Abhaltung von Vortragsreihen und Revisorenkursen, die in erster Linie der Vorbereitung auf die eidgenössische Prüfung für Bücherexperten dienen. Der Verband schloß bereits 1930 eine Berufshaftpflichtversicherung auf Grund eines Kollektivvertrages mit einer schweizerischen Lebensversicherungsgesellschaft ab, dem allerdings nur ein Teil der auf eigene Rechnung praktizierenden Bücherexperten beiträt². In der neuen Berufsordnung soll die Berufshaftpflichtversicherung für sämtliche Mitglieder obligatorisch erklärt werden. Schließlich wurde vom VSB eine Revisionsverband GmbH gegründet. Auf diese Weise ist es auch Mitgliedern des VSB möglich, Kapitalherabsetzungsprüfungen durchzuführen, da diese Prüfungen in der Schweiz nur Revisionsverbänden und Treuhandgesellschaften vorbehalten sind und Einzelprüfer nicht zugelassen werden.

² Zulauf, E., 25 Jahre Berufsorganisation im VSB, in „Der Bücherexperte in der Schweiz“, Zürich 1939, Seite 31

3. Die Vereinigung Schweizerischer Treuhand- und Revisionsgesellschaften

In der Gruppe II der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen sind die als juristische Personen konstituierten Treuhand- und Revisionsgesellschaften zusammengefaßt. Sie können erst dann Mitglied der Vereinigung Schweizerischer Treuhand- und Revisionsgesellschaften (VST) werden, wenn sie seit mindestens zwei Jahren im Handelsregister eingetragen sind. Weitere Voraussetzungen für die Mitgliedschaft sind (Artikel 2 der Statuten):

1. Allgemeine Vertrauenswürdigkeit und Befähigung der leitenden Persönlichkeiten in moralischer, beruflicher und persönlicher Hinsicht.
2. Ein Gesellschaftskapital von mindestens Fr. 100.000.—, wovon mindestens 50 % einbezahlt sein müssen.
3. Jährlich ist dem Präsidenten eine veröffentlichte oder im Druck herausgegebene Jahresrechnung einzusenden. Wo solche nicht vorliegen, haben die Mitglieder dem Präsidenten alljährlich eine unterzeichnete Jahresrechnung einzureichen.
4. Die Mitglieder der Vereinigung verpflichten sich, außer ihrer Treuhand- und Revisionstätigkeit alle Geschäfte auf eigene Rechnung bzw. jegliches Handeln auf eigenes Risiko zu unterlassen, soweit es sich nicht ausschließlich um die zu ihrer Tätigkeit nötigen Geschäfte (Betriebsmittel, Anlage der eigenen Mittel usw.) handelt. Die Mitglieder sollen bei der Ausübung ihrer Berufstätigkeit die allgemein anerkannten Grundsätze eines seriösen Treuhänders befolgen und es ist darauf zu achten, daß die anvertrauten Aufträge nach bestem Wissen und Gewissen und nach Gesetz und Wahrheit ausgeführt werden.
5. Die Mitglieder der Vereinigung sind gemäß Art. 3 der Kammerstatuten verpflichtet, als verantwortliche Revisoren, worunter namentlich leitende und unterschriftsberechtigte Mitarbeiter zu verstehen sind, nur solche Personen zu ernennen, welche im Besitze des Eidg. Bücherexperten diploms sind. Der Kammervorstand hat das Recht, in außerordentlichen Fällen Ausnahmen zu gestatten. Die Ernennungen und Beförderungen von Revisoren sind dem Präsidenten der Vereinigung zu Händen des Vorstandes der Gesamtkammer zu melden.
Unterschriftsberechtigte, welche sich nicht mit Revisionen, sondern mit juristischen- oder Steuerberatungen, Vermögensverwaltungen oder internen Angelegenheiten, Buchhaltung der Mitglieder usw., beschäftigen, fallen nicht unter diese Bestimmung.

Die Zeichnungsberechtigung bei einer Gesellschaft innerhalb der VST ist die Parallele zur Aktivmitgliedschaft des VSB. Bei beiden ist der Besitz des eidgenössischen Diploms für Bücherexperten vorgesehen und bei beiden sind Ausnahmen zulässig. Es ist das Ziel der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, die Beförderung zu einem Aktivmitglied bezie-

ungsweise zu einem leitenden und unterschiftsberechtigten Mitarbeiter ohne Diplombesitz auf ein Minimum zu reduzieren und nach Möglichkeit ganz auszuschalten. In den letzten Jahren wurde von dieser Ausnahmeregelung in immer geringerem Umfange Gebrauch gemacht. Einerseits ist es verständlich, wenn die Treuhandgesellschaften begabte, fähige Mitarbeiter durch Verleihung der Zeichnungsberechtigung an die Gesellschaft binden wollen, andererseits muß die Kammer in Übereinstimmung mit Artikel 3 der Kammerstatuten darauf bedacht sein, daß nur noch diplomierte Bücherexperten in verantwortliche Positionen gelangen.

Die als Verein im Sinne des Artikel 60 ZGB errichtete VST bezweckt die Wahrung der gemeinsamen beruflichen Interessen im Rahmen der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, wobei sich die Mitglieder insbesondere über Fragen ihrer beruflichen Tätigkeit, Honoraransätze, Reklame, Fachprüfungen für Bücherexperten usw. beraten und verständigen sollen. Die Organe der Vereinigung sind die Versammlung der Mitglieder, der Vorstand und die Revisionsstelle. Die Versammlung der Mitglieder wird normalerweise alljährlich vom Präsidenten durch eingeschriebenen Brief an sämtliche Mitglieder einberufen. Bei dieser Gelegenheit wird die Tagesordnung bekanntgegeben. Versammlungen sind auch dann anzusetzen, wenn es mindestens zwei Mitglieder verlangen. Den Vorsitz der Versammlung führt der Präsident, in dessen Verhinderungsfalle der Vizepräsident. Die Beschlüsse der Versammlung werden, soweit die Statuten nichts anderes vorschreiben, mit absoluter Mehrheit der an der Versammlung anwesenden beziehungsweise auf dem Zirkularwege erzielten Mitgliederstimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Präsidenten doppelt. Zu den wesentlichen Befugnissen der Mitgliederversammlung zählen (Artikel 6 Statuten):

1. Wahl des Präsidenten;
2. Wahl der Vertreter in die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und deren Ersatzmänner;
3. Wahl der Vertreter in die Prüfungskommission und deren Ersatzmänner;
4. Wahl der Vertreter in das Ehrengericht und deren Ersatzmänner;
5. Beschlußfassung über sämtliche ihr vom Präsidenten unterbreiteten oder ihm aus dem Mitgliederkreis beantragten Geschäfte.

Der Vorstand setzt sich aus dem Präsidenten und zwei weiteren Vorstandsmitgliedern zusammen. Eines dieser zwei Mitglieder wird vom Präsidenten als Vizepräsident bezeichnet und vertritt jenen im Verhinderungsfalle. Als Vorstandsmitglieder kommen nur Vertreter von Gesellschaften in Frage, die der Vereinigung seit mindestens zwei Jahren angehören. Die Vorstandsmitglieder werden auf drei Jahre bestellt, und zwar in der Weise, daß jedes Jahr ein Vorstandsmitglied neu zu wählen ist. Wieder-

wahlen sind zulässig. Die Vereinigung wird vom Präsidenten beziehungsweise Vizepräsidenten nach außen vertreten. Der Vorstand tritt nach Anfall der Geschäfte zusammen.

Die Revisionsstelle besteht aus dem Vertreter eines Mitglieds der Vereinigung. Ihr obliegt die Prüfung der Jahresrechnung.

Die Ausgaben der Vereinigung werden durch Mindestjahresbeiträge der Mitglieder (Fr. 300.–) sowie durch Eintrittsgebühren für neu eintretende Mitglieder gedeckt. Reichen diese Mittel nicht aus, ist die Differenz von den Mitgliedern im Verhältnis des einbezahlten Gesellschaftskapitals aufzubringen.

Neuaufnahmen kann von der Versammlung für Mitglieder mit drei Viertel Mehrheit sämtlicher Mitglieder zugestimmt werden. Voraussetzung ist, daß in einem an den Präsidenten der Vereinigung zu richtenden Aufnahmegesuch der Nachweis erbracht wird, daß die oben angeführten Mitgliedschaftsbedingungen erfüllt sind. Sind diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben, kann der Ausschluß des betreffenden Mitgliedes – mit gleicher Mehrheit – bei der nächsten Mitgliederversammlung oder, bei groben Verstößen, sofort auf dem Zirkularwege erfolgen. In diesen Fällen oder wenn der Verdacht besteht, daß von der Versammlung gefaßten Beschlüssen nicht nachgelebt wird, hat der Präsident das Recht, vom betreffenden Mitglied alle wünschbaren Aufschlüsse zu verlangen. Die Mitglieder der Vereinigung sind weiterhin verpflichtet, dem Präsidenten ihre Bilanzen und Gewinn- und Verlust-Rechnungen über das vergangene Geschäftsjahr einzusenden.

Der Vereinigung waren am 31. 12. 1957 siebenundzwanzig Gesellschaften angeschlossen. Von diesen Gesellschaften waren zehn zu Bankprüfungen und vierundzwanzig zu Kapitalherabsetzungsprüfungen zugelassen. Die Treuhand- und Revisionsgesellschaften sind vor allem zur Ausführung großer und größter Aufträge prädestiniert.

4. Die Revisionsverbände der Banken und Sparkassen

Nachdem sich die persönlich haftenden Bücherexperten sowie die Treuhandgesellschaften zum VSB beziehungsweise zur VST zusammenschlossen, lag es nahe, daß sich die dritte in der Schweiz gegebene Prüfungsinstitution, die Revisionsverbände der Banken und Sparkassen vereinigte. Revisionsverbände sind Organisationen, wie sie in dieser Form nur die Schweiz kennt. Zu Revisionsverbänden schlossen sich jeweils eine Anzahl von Banken und Sparkassen zusammen, um über den Verband ihre gemeinsamen Interessen in einheitlicher und schlagkräftiger Weise zu wahren. In das Aufgabengebiet eines Revisionsverbandes fallen unter anderem gemeinsame Eingaben zu neuen Gesetzesvorlagen, Zinssatzfragen, Schutz gegen Konzentrationsbestrebungen im Bankgewerbe und, als

Hauptaufgabe, die fachmännische Prüfung der Mitgliedsinstitute nach den Bestimmungen des Bankengesetzes.

Die Gesamtheit der Revisionsverbände wurde der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen als Gruppe III angegliedert. Allerdings stellt diese Gruppe, im Gegensatz zu den anderen Gruppen und der Kammer, nur ein loses Gebilde ohne Rechtspersönlichkeit dar, das demzufolge natürlich keine Organisation oder Statuten kennt. Am 31. 12. 1957 waren in der Gruppe III folgende Verbände zusammengefaßt:

Verband Schweizerischer Lokalbanken, Spar- u. Leihkassen,
Revisionsverband Bernischer Banken und Sparkassen,
Verband St. Gallischer Lokalbanken und Sparkassen,
Revisionsverband Aargauischer Banken und Sparkassen.

Bei diesen Verbänden handelt es sich nur bei den zwei erstgenannten um eigentliche Revisionsverbände mit eigenem Inspektorat, während die übrigen Verbände lediglich Interessenverbände darstellen, deren Mitglieder entweder durch das Inspektorat des Verbandes Schweizerischer Lokalbanken, Spar- und Leihkassen oder durch eine anerkannte Revisionsgesellschaft geprüft werden. Im folgenden soll auf die Struktur des Verbandes Schweizerischer Lokalbanken, Spar- und Leihkassen näher eingegangen werden, um die Stellung der Revisionsverbände innerhalb des Schweizer Revisionswesens aufzuzeigen.

Der Lokalbankenverband selbst ist keine lose Vereinigung, er besitzt vielmehr eine rechtliche Organisation. Er wurde als eine ins Handelsregister einzutragende Genossenschaft errichtet und bezweckt die Hebung und Förderung des Lokalbanken- und Sparkassengewerbes, die Wahrung der Interessen seiner Mitglieder sowie die fachmännische Bankrevision. Außerdem kann der Verband bei gemeinschaftlichen Aktionen und Unternehmungen von Verbandsmitgliedern deren Vertretung übernehmen, sofern es der Verbandszweck rechtfertigt. Bankgeschäfte oder Vermögensverwaltungen für eigene Rechnung, mit Ausnahme der Verwaltung des Genossenschaftsvermögens, werden vom Verband nicht betrieben.

Die Mitglieder setzen sich aus Schweizer Lokalbanken, Spar- und Leihkassen zusammen, die im Handelsregister eingetragen sind und dem Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen unterstehen. Die Verbandsmitglieder sind zu einer korrekten und soliden Geschäftsführung, sowie zur Förderung des Verbandszweckes verpflichtet. Sie haben dem Verband ihre Geschäftsberichte und Jahresrechnungen mit Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie die Zwischenbilanzen, zu deren Veröffentlichung sie nach den Vorschriften des Bankengesetzes verpflichtet sind, einzureichen. Diejenigen Mitglieder, die sich vom Verbandsinspektorat gemäß den Vorschriften des Bankengesetzes revidieren lassen – und gegenwärtig sind das praktisch alle –, haben sich den Bestimmungen des vom Lokal-

bankenverband erlassenen Reglementes für die Durchführung von Bankrevisionen zu unterziehen und die Kosten der Revision zu tragen. Dem Lokalbankenverband waren am 31. 12. 1957 einhundertdrei Mitgliedsinstitute angeschlossen.

Die Mitglieder haben zur Bildung eines Genossenschaftskapitals Anteilscheine zum Nennwert über Fr. 200.– zu zeichnen, deren Stückzahl pro Mitglied nach der Bilanzsumme berechnet wird, einen Nominalwert von Fr. 20 000.– jedoch nicht überschreiten darf. Dieses Genossenschaftskapital, es betrug zum oben genannten Zeitpunkt Fr. 653 600.–, ist in erster Linie als Garantiekapital gedacht und solange hierfür kein Bedürfnis besteht, nicht einzuzahlen.

Die laufenden Ausgaben des Verbandes werden durch die den Mitgliedern berechneten Revisionskosten und durch Jahresbeiträge der Mitglieder gedeckt, deren Höhe ebenfalls im Verhältnis zur Bilanzsumme von der jährlichen Generalversammlung festgesetzt wird. Sparkassen, deren Spargelder mindestens 90% der gesamten Verbindlichkeiten ausmachen, leisten nur die Hälfte des Jahres-Beitrags. Eine persönliche Haftbarkeit der Mitglieder für die Verbindlichkeiten des Lokalbankenverbandes, sowie eine Nachschußpflicht der Mitglieder sind ausgeschlossen.

Der Lokalbankenverband hat eine etwas komplizierte Organisation. Zu seinen Organen zählen:

1. die Generalversammlung,
2. der Verwaltungsrat,
3. der Vorstand,
4. das Prüfungsorgan für Revisionsberichte,
5. die Kontrollstelle,
6. die Zentralstelle.

Die Generalversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitglieder zusammen. Die ordentliche Generalversammlung wird in der Regel in den ersten fünf Monaten nach dem Rechnungsabschluß abgehalten. Außerordentliche Generalversammlungen werden durch den Verwaltungsrat einberufen entweder auf Beschluß einer ordentlichen Generalversammlung oder auf Beschluß des Verwaltungsrates oder auf Begehren von wenigstens dem zehnten Teile der Mitglieder. Der Generalversammlung obliegen unter anderem folgende Geschäfte: Festsetzung und Änderung der Statuten; Beschluß über Neuaufnahmen; Abnahme des Geschäftsberichtes, der Jahresrechnung und des Berichtes der Kontrollstelle und Beschlußfassung darüber, sowie über die Entlastung der verantwortlichen Organe; Wahl des Verwaltungsrates und der Kontrollstelle.

Die Exekutive ist beim Lokalbankenverband in drei Organe – in Verwaltungsrat, Vorstand und Zentralstelle – aufgeteilt. Der aus sieben bis fünfzehn Personen bestehende Verwaltungsrat bildet die im Sinne des Genos-

senschaftsrechts verantwortliche Verwaltung. Im Verwaltungsrat sollen die verschiedenen Kategorien der größeren und kleineren Institute nach ihrer Anzahl, sowie nach der Beteiligung der Landesgegenden vertreten sein. Zu den wichtigsten Aufgaben des Verwaltungsrates zählt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes und über die Geschäftsführung, die Wahl des Vorstandes, des Prüfungsorganes für Revisionsberichte und des Leiters der Zentralstelle. Der Verwaltungsrat wird von der Generalversammlung auf drei Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand setzt sich aus drei bis fünf Mitgliedern zusammen, die vom Verwaltungsrat aus seiner Mitte zu wählen sind. Präsident und Vizepräsident des Verwaltungsrates gehören in gleicher Eigenschaft dem Vorstand von Amtes wegen an. Der Vorstand stellt das geschäftsleitende Organ des Verbandes dar. In sein Aufgabenbereich fallen die Aufstellung des Geschäftsberichtes und des Budgets, die Wahl der Beamten und Angestellten – mit Ausnahme des Leiters der Zentralstelle und derjenigen Personen, die den Verband nach außen vertreten und rechtsverbindlich zeichnen, da diese vom Verwaltungsrat bestellt werden – sowie die Beschlussfassung über die Anlage des Genossenschaftsvermögens.

Das eigentlich geschäftsführende Organ des Lokalbankenverbandes ist die Zentralstelle. Der Leiter der Zentralstelle ist für die richtige Abwicklung der laufenden Geschäfte nach den Vorschriften der Statuten und des Revisionsreglementes, sowie nach den Beschlüssen und Weisungen des Verwaltungsrates und des Vorstandes verantwortlich. Die Zentralstelle gliedert sich in ein Sekretariat und ein Inspektorat.

Das besondere Organ zur Prüfung der Revisionsberichte ist auf Grund des Artikels 31 der Vollziehungsverordnung zum Bankengesetz einzusetzen. Es besteht beim Lokalbankenverband aus einem Verwaltungsratsmitglied und dem Leiter der Zentralstelle. Das betreffende Verwaltungsratsmitglied wird vom Verwaltungsrat ernannt und kann jederzeit abberufen werden. Kommt der Revisionsbericht der eigenen Bank des Mitgliedes zur Sprache, so hat dieses in Ausstand zu treten. An seine Stelle wird vom Verwaltungsrat ein anderes Mitglied abgeordnet. Es steht dem Prüfungsorgan frei, aus Zweckmäßigkeitsgründen ein weiteres Mitglied des Verwaltungsrates hinzuzuziehen. Ebenso können der Chefinspektor und der Inspektor, der die betreffende Bank geprüft hat, beigezogen werden. Vom Prüfungsorgan für Revisionsberichte werden nur Prüfungsberichte gefährdeter Banken behandelt, oder von Banken, bei denen Gesetzesverletzungen festgestellt wurden.

Die Kontrollstelle des Lokalbankenverbandes besteht aus drei Mitgliedern und einem Ersatzmann. Sie wird durch die Generalversammlung auf drei Jahre bestellt. Die Kontrollstelle ist gehalten, der ordentlichen General-

versammlung beizuwohnen und dieser einen schriftlichen Bericht mit Antrag vorzulegen.

Die Revision der Mitgliederinstitute wird vom Inspektorat durchgeführt. Das Inspektorat ist von der eidgenössischen Bankenkommision im Sinne des Artikel 20 Bankengesetz anerkannt. Dem Inspektorat steht der Chefinspektor vor, der für eine ausreichende Instruktion des Revisionspersonals, die richtige zeitliche Einteilung und fachgemäße Abwicklung der Prüfungen verantwortlich ist. Die Revisionen werden nach den Bestimmungen des Bankengesetzes und seiner Vollziehungsverordnung vorgenommen. Maßgebend für die Prüfungen ist außerdem das von der eidgenössischen Bankenkommision genehmigte Reglement zur Durchführung für Bankrevisionen. Das Inspektorat kann auch Aufträge zur Durchführung von Liquidationen oder zur Ausübung der Funktion eines Kommissärs im Sinne des Bankengesetzes übernehmen. Das Inspektorat stellt die im Rahmen des Revisionswesens wichtigste Einrichtung innerhalb eines Revisionsverbandes dar.

Der Revisionsverband bernischer Banken und Sparkassen ist ähnlich aufgebaut. Seine Organe sind die Generalversammlung, der Vorstand, das Inspektorat und die Kontrollstelle. Die Aufgaben des Inspektorates werden in einem besonderen Reglement näher festgesetzt.

Durch ihre, wenn auch nur lose Verbindung erhielten die Revisionsverbände sinnvollen Anschluß an die Schweizerische Kammer für Revisionswesen. Den Revisionsverbänden kommt vor allem innerhalb der Prüfung nach dem Bankengesetz große Bedeutung zu und hier wiederum den Lokalbanken und Sparkassen. Großbanken sind den Revisionsverbänden nicht angeschlossen. Da durch die Revisionsverbände die Interessen auch von kleineren Kreditinstituten verfolgt werden können, ist die wirtschaftliche Stellung und Notwendigkeit dieser Organisationen unbestritten.

V. Die Aufgabengebiete des Bücherexperten

Die Tätigkeitsgebiete der Revisionsfachleute haben in den vergangenen Jahrzehnten eine beträchtliche Ausweitung erfahren. Aus dem Bücherrevisor im eigentlichen Sinne ist längst ein Wirtschaftsberater geworden. Sicherlich kann und wird es ohne die Beherrschung der Revisionstechnik nie gehen, aber die Hauptaufgabe des heutigen Büchersachverständigen liegt in der Analyse und Kritik der durch die Anwendung der reinen Technik erlangten Kenntnisse. Mit der Ausdehnung der Aufgabengebiete wuchsen automatisch die an den Bücherexperten zu stellenden Anforderungen. Ohne ein umfangreiches Fachwissen und eine gediegene Allgemeinbildung sind die von der Wirtschaft gestellten Aufgaben nicht mehr zu bewältigen.

Da aber die Vielzahl der Probleme und Fragen von einem einzelnen nicht mehr zu beherrschen sind, war auch in diesem Beruf der Schritt zur Spezialisierung nicht zu vermeiden.

Die Aufgaben des Bücherexperten sind kontrollierender, beratender, begutachtender und verwaltender Natur¹. Ein Teil des Aufgabengebietes, nämlich die gesetzlich geregelten Prüfungen, werden im zweiten Teil dieser Arbeit ausführlich behandelt. Damit ist aber nur ein Teil der für die Tätigkeit der Schweizer Fachleute in Frage kommenden Aufgabengebiete genannt. Die anschließende Zusammenfassung zählt die wichtigsten Tätigkeiten auf, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben^{2 3 4}:

Aufstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen (unter anderem als Kontrollstelle bei Aktiengesellschaften);

Organisation, Einrichtung, Nachtragung und Abschluß von Buchhaltungen;

Überprüfung der Vermögens-, Kosten-, Leistungs- und Ertragslage;

Organisation, Einrichtung und Prüfung der Kalkulation, der Betriebsabrechnung, der Plankostenrechnung, der Betriebsstatistik und des internen Kontrollwesens;

Einrichtung und Ausbau der inneren Organisation (Ausarbeitung von Organisationsplänen, Einrichtung der notwendigen Kontrollen, Bücher, Formulare, Hilfsmittel);

Durchführung von Spezialprüfungen aller Art (Prüfung der Geschäftsführung, Kapitalherabsetzungsprüfungen, Unterschlagungsprüfungen, etc.);

Beratung bei Finanzierungsvorhaben, Beaufsichtigung von finanziellen Beteiligungen;

Gründungen, Umwandlungen, Auseinandersetzungen und Liquidationen (Ausfertigung von Gesellschaftsverträgen);

Sanierungen, Konkursverwaltungen, Nachlaßverfahren;

Erstattung von privaten Gutachten und von Gutachten für Gerichte in Zivil- und Strafprozessen;

Ausführung sämtlicher Treuhandfunktionen wie Vermögensverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, Pfandhalterschaften;

Beratung und Vertretung vor Behörden;

Beratung und Mitarbeit bei allen Steuerangelegenheiten (Abfassung von Steuererklärungen, Durchführung von Rekursen, Steuerververtretung, allgemeine Steuerberatung).

1 Viel, J., Berufsprobleme des Bücherexperten, in „Fiducia“, 28. Jahrgang, Nr. 3, Seite 37

2 Graner, Paul, Die Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, in „Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft“, 1939, Seite 236 f.

3 Viel, J., Berufsrecht und Berufsorganisation der Bücherexperten in der Schweiz, in „Fiducia“, 27. Jhg., Seite 123

4 Weber, Max, Aufgaben, Stellung und Probleme des Revisors, in „Fiducia“, 25. Jahrgang, Nr. 11, Seite 164 ff.

Die Klientschaft des Bücherexperten umfaßt die gesamte Wirtschaft, die freien Berufe, sowie die private und öffentliche Verwaltung. Wenn diese Übersicht auch nur einen ungefähren Einblick in die vielgestaltige Arbeit des Revisionsfachmanns geben kann, so wird doch deutlich, daß zur Bewältigung dieser Aufgaben nur Personen mit ausgezeichneten Sachkenntnis in der Lage sein werden. Es ist daher besonders im Interesse der Auftraggeber zu hoffen, daß sich der Schweizer Gesetzgeber eines Tages zur Kodifizierung einer Berufsordnung für Büchersachverständige entschließt, so daß im Revisionswesen nur noch ausgesuchte Fachleute tätig sein können, ein Zustand, der im Ausland bereits vielfach erreicht ist.

B. GESETZLICH GEREDELTE PRÜFUNGEN

I. Die Buchführungsbestimmungen

1. Allgemeines

Die Bestimmungen über Buchführung und Bilanz bilden neben den Prüfungsvorschriften die Grundlage jeder Revision. Eine genaue Kenntnis derselben ist für den Prüfer absolut unerlässlich. Aus diesem Grunde ist es müßig, über die Berechtigung der nachfolgenden Ausführungen über Buchführung im Rahmen eines revisionsrechtlichen Themas überhaupt zu diskutieren. Die Darlegungen über Buchführungsrecht sind denjenigen über Prüfungsfragen aus Zweckmäßigkeitsgründen vorangestellt, da das Verständnis der letzteren auf einer eingehenden Beherrschung der vorangegangenen aufbaut.

Die Vorschriften über Buchführung sind öffentlichrechtlicher Natur, eine Tatsache, die vor 1937 strittig war, da bei Zuwiderhandlungen gegen die Buchführungsbestimmungen eine wirksame Sanktion fehlte. Seit dem Inkrafttreten des neuen Schweizer Strafrechts werden Verstöße gegen die Buchführungspflicht über den Artikel 325 StGB geahndet, auch wenn der Buchführungspflichtige nicht in Konkurs kommt. Durch diesen neuen Übertretungstatbestand ist die öffentlichrechtliche Natur der Buchführungsvorschriften eindeutig festgelegt.

2. Die allgemeinen Buchführungsbestimmungen des Obligationenrechts

a) Die Verpflichtung zur Buchführung

Die Vorschriften über die kaufmännische Buchführung sind im 32. Titel des Obligationenrechts, Artikel 957–964, niedergelegt. Sie bilden zusammen mit den Bestimmungen über das Handelsregister (30. Titel) und den Bestimmungen über die Geschäftsfirmen (31. Titel) die vierte Abteilung des Obligationenrechts. Unter dem allgemeinen Buchführungsrecht werden Rechtssätze verstanden, die grundsätzlich bei allen Buchführungspflichtigen ohne Rücksicht auf Unternehmungsform und Wirtschaftszweig Anwendung finden. Daneben gibt es Spezialvorschriften, die den Buchführungspflichtigen dann betreffen, wenn er gewisse Voraussetzungen erfüllt. In diesen Fällen gehen diese später noch eingehender zu behandelnden Sondervorschriften vor.

Nach Artikel 957 OR zieht die Verpflichtung zur Eintragung der Firma in das Handelsregister die Buchführungspflicht nach sich. Der Kreis der buchführungspflichtigen Personen wird demnach in den Bestimmungen über das Handelsregister im Obligationenrecht sowie der bundesrätlichen Verordnung über das Handelsregister vom 7.6.1937 abgegrenzt. Nach Artikel 934 OR ist eintragungs- und daher buchführungspflichtig, wer ein Handels-, Fabrikations- oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreibt. Diese drei Gruppen werden in Artikel 53 der Verordnung näher bestimmt. So zählen insbesondere zu den Handelsgewerben:

1. Der Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen irgendwelcher Art und die Wiederveräußerung derselben in unveränderter oder veränderter Form. (Der Hausierhandel wird nicht zu den Handelsgewerben gerechnet.)
2. Der Betrieb von Geld-, Wechsel-, Effekten-, Börsen- und Inkassogeschäften.
3. Die Tätigkeit als Kommissionär, Agent oder Makler.
4. Die Treuhand- oder Sachwaltergeschäfte (!).
5. Die Beförderung von Personen und Gütern irgendwelcher Art und die Lagerung von Handelsware.
6. Die Vermittlung von Nachrichten und die Auskunfterteilung irgendwelcher Art und in irgendeiner Form.
7. Die Versicherungsunternehmungen.
8. Die Verlagsgeschäfte.

Unter Fabrikationsgewerben versteht man Gewerbe, die durch Bearbeitung von Rohstoffen und anderen Waren mit Hilfe von Maschinen oder anderen technischen Hilfsmitteln neue oder veredelte Erzeugnisse herstellen.

Zu den anderen nach kaufmännischer Art geführten Gewerben gehören diejenigen, die weder Handels- noch Fabrikationsgewerbe sind, jedoch nach Art und Umfang des Unternehmens einen kaufmännischen Betrieb und eine geordnete Buchführung erfordern. Bei dieser Art ist demnach der gesetzliche Tatbestand gegeben, daß solche Unternehmungen buchführungspflichtig sind, die eine geordnete Buchführung erfordern. Fabrikationsgewerbe, Handelsgewerbe der angegebenen Ziffern 1, 5 und 8 und andere nach kaufmännischer Art geführte Gewerbe sind nicht eintragungspflichtig, wenn ihre Roheinnahme eine Summe von Fr. 50.000.— jährlich nicht erreicht. Demgegenüber gibt es eine Eintragungs- und damit Buchführungspflicht auf Grund der Unternehmungsform und des Wirtschaftszweiges ohne Rücksicht auf den Umfang des Geschäftsbetriebes, beispielsweise bei der Aktiengesellschaft, GmbH, Genossenschaft, sowie bei den restlichen innerhalb der Handelsgewerbe aufgeführten Positionen.

Die Buchführungspflicht beginnt beim Einzelkaufmann und bei Personengesellschaften mit der Eintragungspflicht, das heißt mit der Eröffnung des Betriebes (Artikel 52/II Verordnung)¹. Dementsprechend endet sie bei der Geschäftsaufgabe. Bei juristischen Personen hat die Eintragung konstitutive Bedeutung. Die Buchführungspflicht entsteht also mit der Eintragung und endet mit Löschung der Firma im Handelsregister.

Maßgebend für die Buchführungspflicht ist nicht, ob man tatsächlich im Handelsregister eingetragen ist. Ein Eintragungsbedürftiger ist immer buchführungspflichtig, auch wenn er nicht eingetragen ist. Dagegen sind die bloß eintragungsfähigen, aber nicht eintragungspflichtigen sowie die freiwillig eingetragenen Subjekte nicht buchführungspflichtig nach Artikel 957 OR.

Bei der Einzelunternehmung obliegt dem Inhaber die Pflicht zur Führung der Bücher. Damit ist nicht gesagt, daß er diese selber führen muß, er hat aber die alleinige Verantwortung, auch wenn er den Betrieb durch Drittpersonen führen läßt². Bei Kollektivgesellschaften sind alle, auch die nicht geschäftsführenden Gesellschafter für die Buchführung verantwortlich. Bei der Kommanditgesellschaft und der Kommanditaktiengesellschaft sind es die geschäftsführenden, unbeschränkt haftenden Teilhaber. In der Aktiengesellschaft und der Genossenschaft ist die Verwaltung, bei der GmbH der Geschäftsführer für eine dem Gesetz entsprechende Buchführung verantwortlich, und zwar jedes Verwaltungsratsmitglied und jeder Geschäftsführer. Eine Befreiung, Weiterwälzung oder Herabsetzung der Verantwortlichkeit ist in keinem Falle möglich.

b) Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung

Über Buchhaltungssysteme, Buchführungstechnik, Form und Anzahl der Bücher sagt das Gesetz nichts Näheres aus. Der Buchführungspflichtige hat jedoch dem Prinzip der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung zu genügen, da ihm Artikel 957 OR die Pflicht auferlegt, „diejenigen Bücher ordnungsgemäß zu führen, die nach Art und Umfang seines Geschäftes nötig sind, um die Vermögenslage des Geschäftes und die mit dem Geschäftsbetriebe zusammenhängenden Schuld- und Forderungsverhältnisse sowie die Betriebsergebnisse der einzelnen Geschäftsjahre festzustellen“. Der Gesetzgeber hat die Frage des Systems mit Recht offen gelassen. Der Buchführungspflichtige kann sowohl mit Hilfe der doppelten als auch der einfachen Buchführung den Zweck des Artikels 957 OR, die Feststellung

1 Eine Ausnahme besteht für die nicht kaufmännischen Kollektiv- und Kommanditgesellschaften. Da sie kein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben, sind sie, obwohl sie eintragungspflichtig sind, nach Artikel 52/I Handelsregisterverordnung nicht buchführungspflichtig. Zitat Küng, Robert, Die kaufmännische Buchführung nach dem neuen Obligationenrecht, Aarau 1940, Seite 21

2 Beeler, G., Buchführung nach schweizerischem Obligationenrecht, Zürich 1942, Seite 7

der Vermögenslage, erreichen. Auch die Ursachen des Erfolges beziehungsweise Mißerfolges sind mit beiden Systemen zu ermitteln. Für kleinere Verhältnisse, zum Beispiel Handwerker, wird die einfache Buchführung durchaus ausreichen. Ein größerer kaufmännischer Betrieb wird jedoch die doppelte Buchführung als unbedingtes Erfordernis anzusehen haben. Hier würde die einfache Buchführung, mit ihrer zwar umfassenden Bestands- aber nur lückenhaften Erfolgsermittlung bloß ungenügende Ergebnisse liefern und daher den gesetzlichen Vorschriften nicht mehr entsprechen.

Ebenso ist es jedem Buchführungspflichtigen freigestellt, die passende Buchhaltungsform beziehungsweise das Verfahren zu wählen. Hier seien nur genannt die deutsche, amerikanische und italienische Buchhaltungsform sowie das Durchschreibe- und Lochkartenverfahren.

Grundlage jeder Buchhaltung sind die Geschäftsbücher. Die Frage, welche Geschäftsbücher zu führen sind, wird im Obligationenrecht nicht beantwortet. Der Buchführungspflichtige hat selbst zu entscheiden, welche Bücher er für notwendig hält, um den Grundsatz der Ordnungsmäßigkeit zu erfüllen. Als das vom Gesetz verlangte Minimum wird anzusehen sein:

- ein Kassa- oder Postscheck- oder Bankbuch,
- ein Journal,
- ein Kontokorrentbuch,
- ein Inventar- und ein Bilanzbuch.

Dabei könnte bei ausschließlichen Barzahlungsgeschäften das Kontokorrentbuch noch wegfallen. Dieses Minimum wird nur in den wenigsten Fällen ausreichend sein. Der Buchführungspflichtige wird den Umfang der Geschäftsbücher ausbauen müssen, wie es „nach Art und Umfang seines Geschäftes nötig ist“.

Die Form der Bücher ist in der Schweiz nicht festgelegt. Da ebensowenig eine höchstrichterliche Entscheidung vorliegt, dürften alle üblichen Formen anerkannt werden, soweit sie dem Grundsatz der Ordnungsmäßigkeit entsprechen. In Frage kommen vor allem die festgebundenen Bücher sowie die verschiedenen Systeme der Loseblatt- beziehungsweise Kartothekbuchhaltung³.

Auch wenn das Obligationenrecht keine detaillierten Anforderungen an die formelle Ordnungsmäßigkeit der Buchführung aufstellt, haben sich doch verschiedene allgemein verbindliche Grundsätze herausgebildet, die zum Teil aus dem deutschen Recht übernommen wurden. Als Beispiele

3 An der Frage einer vorgeschriebenen Form für Geschäftsbücher zeigt sich die teilweise Überlegenheit einer nur allgemein gehaltenen und daher anpassungsfähigen Bestimmung gegenüber einer ins Detail gehenden Vorschrift. Auf diese Weise wurde es in der Schweiz vermieden, daß eine überholte Vorschrift wie der § 43 HGB über gebundene Bücher im heute gültigen Gesetzestext steht, wie es in Deutschland der Fall ist. Allerdings wurde auch in Deutschland die Loseblatt-Buchhaltung längst anerkannt (vergl. Mitteilung der Berliner Industrie- und Handelskammer vom 25. 2. 1927, S. 165)

seien genannt: Keine Buchung ohne Beleg, gleichartige Behandlung gleichartiger Geschäftsvorfälle, lückenlose, fortlaufende Verbuchung von Geschäftsvorfällen. Der Kaufmann hat sich bei seinen Aufzeichnungen einer lebenden Sprache und der Schriftzeichen einer solchen zu bedienen. Damit wird auch in der Schweiz die Verwendung der lateinischen, altgriechischen und hebräischen Sprache sowie von Kunstsprachen wie Esperanto ausgeschlossen, aber auch die Anwendung von Stenografie⁴. Die Geschäftsbücher dürfen keine Lücken und Rasuren aufweisen. Ebenso wenig darf der ursprüngliche Inhalt einer Eintragung unkenntlich gemacht werden. Die Eintragungen dürfen nur mit Tinte, Tintenstift, mittels Kohlepapier oder Schreibmaschine gemacht werden, da sonst kein Schutz gegen Veränderungen besteht.

An formellen Bestimmungen nahm der Gesetzgeber die Unterzeichnungs-, die Aufbewahrungs- und Editionsspflicht in das Obligationenrecht auf. Inventar, Betriebsrechnung und Bilanz sind vom Firmeninhaber, gegebenenfalls von sämtlichen persönlich haftenden Gesellschaftern und, wenn es sich um eine juristische Person handelt, von den mit der Geschäftsführung betrauten Personen zu unterzeichnen (Artikel 961 OR). Die Buchführungspflichtigen haben ihre Geschäftsbücher während zehn Jahren von dem Tage der letzten Eintragung an, sowie die Geschäftskorrespondenz während des gleichen Zeitraums aufzubewahren. Der Buchführungspflichtige kann ferner bei das Geschäft betreffenden Rechtsstreitigkeiten zur Vorlage seiner Geschäftsbücher sowie der Geschäftskorrespondenzen angehalten werden, soweit ein berechtigtes Interesse nachgewiesen wird und der Richter die Vorlegung für die Beweisführung als notwendig erachtet (Artikel 963 OR).

c) Bilanz- und Bewertungsvorschriften

Das Obligationenrecht bringt unter dem Marginale „Bilanzvorschriften“ Bestimmungen über „Bilanzpflicht“ (Artikel 958 OR) und „Bilanzgrundsätze“ (Artikel 959, 960 OR). Jeder Buchführungspflichtige hat bei Eröffnung des Geschäftsbetriebes ein Inventar und eine Eröffnungsbilanz und zum Schluß eines jeden Geschäftsjahres ein Inventar, eine Bilanz sowie eine Betriebsrechnung aufzustellen. Eine nähere Erläuterung dieser Begriffe wird vom Gesetzgeber nicht gegeben. Im folgenden seien einige wesentliche Merkmale dieser Begriffe angeführt, wie sie in der Schweizer Praxis, Literatur und Rechtssprechung Eingang gefunden haben.

Das Inventar ist ein genaues, auf einen Stichtag aufgestelltes, ausführliches Verzeichnis von zu einer Unternehmung gehörenden Aktiven und

⁴ vergl. zum Beispiel baslerische Landesordnung von 1913, § 289, wo den Juden für die Führung von Handelsbüchern die deutsche oder französische Sprache zur Pflicht gemacht wurde. Siehe Küng, a. a. O., Seite 40

Passiven nach Menge und Wert. Ein Inventar beschränkt sich somit nicht nur auf Waren, Vorräte, Rohmaterialien oder körperliche Gegenstände. Eine bloß mengenmäßige Schätzung und dementsprechende Bewertung genügt den Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Inventar nicht⁵. Es darf sich auch nicht nur auf Lagerbücher und andere mengenmäßige Kontrollbücher stützen, weil diese lediglich einen Sollbestand angeben. Für die Frage, welche Bestände zu inventarisieren und bilanzieren sind, ist im allgemeinen das Eigentum maßgebend (anders bei Eigentumsvorbehalt und anderen Verfügungsrechten). Gesetzliche Gliederungsvorschriften betreffs Jahresinventar bestehen nicht. Es wird jeweils auf den einzelnen Betrieb abzustellen sein. Maßgebend für den Umfang des Inventars sind die kaufmännischen Grundsätze des Ortes oder der Branche. Es gehört zum Wesen des Inventars, daß es ein Verzeichnis einer Mehrzahl von Objekten ist, für die eine periodische Bewertung erforderlich scheint. Darum ist nur über geeignete Objekte ein Inventar aufzustellen. Für andere Vermögensstücke genügt die Einstellung in die Bilanz (zum Beispiel Sachanlagen, Kassabestand, Geschäftseinlage, Aktienkapital, Reservefonds); denn das Inventar bedeutet lediglich eine Vorarbeit für die Bilanz mit unselbständiger Bedeutung. Deshalb wird für das Inventar nicht die gleiche Vollständigkeit verlangt wie für Betriebsrechnung und Bilanz (vgl. Artikel 959 OR). Der Hauptwert des Inventars beruht in der Wertfestsetzung der einzelnen Vermögensstücke, womit eine wesentliche Vorarbeit für die Bilanzierung geleistet wird.

Unter den vielen Bilanzdefinitionen, die in der Schweiz Eingang gefunden haben, sei die von le Coutre⁶ genannt. „Bilanz ist die Gegenüberstellung des Vermögens einerseits und der Schulden sowie des Kapitals einer Unternehmung andererseits für einen bestimmten Zeitpunkt.“ Es gibt viele Arten von Bilanzen, deren Aufstellungsgrundsätze von ihrem Zweck bestimmt sind. Das Obligationenrecht spricht in den Bestimmungen über die kaufmännische Buchführung nur von zwei Bilanzen: der Eröffnungs- und der Jahresbilanz.

Da am Zeitpunkt der Betriebseröffnung noch keine laufende Buchführung vorhanden ist, bildet das Inventar die einzige Grundlage der Eröffnungsbilanz. Besondere Bewertungsgrundsätze sind im Gesetz nicht enthalten und auch nicht notwendig, nachdem sich die Bewertung aus den besonderen Umständen ergibt⁷. Die Aktiva werden zum Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungswert eingesetzt, die Passiva zu ihrem derzeitigen Stand angegeben. Eine Eröffnungsbilanz ist auch bei Übernahme eines Betriebes aufzustellen. Dabei sind die aufgewandten Beträge für den Firmen-

⁵ His, Eduard, a. a. O., Seite 394

⁶ le Coutre, W., Grundzüge der Bilanzkunde, Band I, Leipzig 1922, Seite 6

⁷ Weyermann, Moritz, Bilanzrecht und Bilanzzweck, in Festgabe Eugen Huber, Bern 1919

wert (good will) aktivierbar. Die Eröffnungsbilanz bildet den Ausgangspunkt für die Buchhaltung und den Vergleichsmaßstab für die erste Jahresbilanz. Aus diesem Grunde finden bereits bei der Eröffnungsbilanz die Grundsätze der Bilanzwahrheit und -klarheit Anwendung.

Die Jahresbilanz ist die wichtigste Bilanz im heutigen Wirtschaftsleben. Sie ist am Ende jedes Geschäftsjahres aufzustellen. Das Geschäftsjahr dauert normalerweise 12 Monate, kann aber ausnahmsweise kürzer sein, wenn das Geschäftsjahr an das Kalenderjahr angepaßt wird. „Da das Unternehmen weitergeführt werden soll, ist die Jahresbilanz in erster Linie eine periodische Vermögensübersicht unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsermittlung. Denn der Kaufmann ist an einer Feststellung des Gewinnes mehr interessiert als an einer Vermögensaufstellung⁸.“ Nach höchstrichterlichen Entscheidungen wird die Jahresbilanz allerdings vorwiegend als Vermögensübersicht angesehen⁹. Die Jahresbilanz ist – daselbe gilt für Betriebsrechnung und Inventar – innerhalb einer dem ordnungsmäßigen Geschäftsgang entsprechenden Frist abzuschließen. Diese Frist wird für die Aufstellung der Bilanz und der Betriebsrechnung größer sein als für die Inventur. Die Dauer muß auf den Einzelfall abgestellt werden, jedoch dürfte der Zeitraum von vier bis sechs Monaten bei Bankbilanzen und bei Bilanzen von Aktiengesellschaften grundsätzlich das Maximum darstellen.

Da der Gesetzgeber der Auffassung war, eine „Gewinn- und Verlust-Rechnung“ setze eine doppelte Buchführung voraus, wurde die Aufstellung einer „Betriebsrechnung“ zur Auflage gemacht, um für Buchhaltungspflichtige in einfacheren wirtschaftlichen Verhältnissen die Möglichkeit einer gesetzmäßigen Erfolgsermittlung ohne Anwendung der doppelten Buchführung zu bieten. Der Ausdruck „Betriebsrechnung“ ist zweifellos wenig glücklich gewählt, zumal das Gesetz keinerlei Anhaltspunkte gibt, was es unter diesem Begriff verstanden haben will. Betriebsrechnung hat natürlich nichts mit einer innerbetrieblichen Rechnung zu tun, sie dient vielmehr der Ermittlung des positiven oder negativen Geschäftserfolges, seiner Höhe und Ursachen. Dazu genügt bei einfachsten Verhältnissen die Addition der Betriebsaufwendungen und Erträge, nebst Saldo-vortrag des Vorjahres, und die Ermittlung ihrer Differenzen¹⁰. Eine Gewinn- und Verlustrechnung ist nicht unbedingt notwendig. Biedermann¹¹ sieht in der Betriebsrechnung eine Gegenüberstellung des Gesamtkostenaufwandes und des Gesamtertrages, wobei der Zweck in der zahlenmäßigen Feststellung der verschiedenen Kosten und Erträge und ihres

8 Beeler, G., a. a. O., Seite 27

9 vgl. BGE 27, II, 241; 47 II 436; 54 II 19

10 His, Eduard, a. a. O., Seite 385

11 Biedermann, Der Begriff Betriebsrechnung im neuen Obligationenrecht in „Schweizerische Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung“, 1938, Heft 4, Seite 94

Verhältnisses zueinander liegt. Es handelt sich demnach um eine Brutto-rechnung, da die Soll- und Haben-Summen unsaldiert in die Betriebsrechnung übernommen werden.

Selbstverständlich bleibt es jedem Buchführungspflichtigen freigestellt, statt dieser einfachsten Form der Erfolgsermittlung eine Gewinn- und Verlust-Rechnung zu führen, die in der Regel als Nettorechnung aufgebaut ist. Diese Form ist bei Betriebswirtschaften mit doppelter Buchführung üblich und für bestimmte Unternehmungsformen beziehungsweise Wirtschafts-zweige zwingend vorgeschrieben.

Unter dem Marginale „Bilanzgrundsätze“ gibt das Obligationenrecht Erläuterungen über „Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit“ (Art. 959 OR) und über „Wertansätze“ (Art. 960 OR). Nach Art. 959 OR sind „Betriebsrechnung und Jahresbilanz nach allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätzen vollständig, klar und übersichtlich aufzustellen, damit die Beteiligten einen möglichst sicheren Einblick in die wirtschaftliche Lage des Geschäftes erhalten.“ Von diesem Text haben lediglich die Worte „nach allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätzen“ Bedeutung, der Rest ist überflüssig und sollte wohl der Ausschmückung dienen. Max Stähelin kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Gesetzgeber auf die Worte Bilanzwahrheit und -klarheit in dem Marginale nicht verzichten wollte, „weil sie so hübsch klingen und dem oberflächlichen Leser einen gewissen, moralisch angenehmen Beigeschmack vermitteln mögen¹².“

Eine Abgrenzung, was unter den allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätzen zu verstehen ist, kann nicht generell durchgeführt werden. Nach His¹³ müssen die normalerweise für ein bestimmtes Gebiet oder eine Branche geltenden Grundsätze als genügend und gut anerkannt sein, nicht nur als faktisch bestehende oder etwa vereinzelt vorkommende Ausnahmen von der Regel. Des weiteren müssen diese Grundsätze kaufmännisch sein, das heißt, sie müssen der besonders entwickelten und verfeinerten Geschäftsmoral des Kaufmannsstandes genügen. In jedem Fall setzen sie die Beachtung der Grundsätze Bilanzklarheit, -wahrheit, -kontinuität sowie der Bewertungsprinzipien voraus.

Bilanzklarheit wird durch „klare und übersichtliche“ Aufstellung der Bilanz gefordert (Art. 959 OR). Dazu gehören eine eindeutige und genaue Bezeichnung der Bilanzpositionen, Übersichtlichkeit durch genügende, aber nicht überdetaillierte Aufgliederung der Bilanzposten, wobei gleichartige Aktiva beziehungsweise Passiva einander folgen sollen. Eine Aufrechnung von in Zusammenhang stehenden Konten – wie Debitoren zu Kreditoren oder Besitz- zu Schuldwechseln – ist nicht gestattet.

12 Stähelin sen., Max, Sieben Vorträge zum neuen Obligationenrecht, Seite 73

13 His, Eduard, a. a. O., Seite 406

Die Bilanzwahrheit verlangt, daß sämtlichen gesetzlichen Buchführungsvorschriften in formeller und materieller Hinsicht entsprochen wird. So wird formell eine Übereinstimmung der Bilanz mit den Büchern und Belegen zu fordern sein. Die vollständige Aufführung der Vermögenswerte und Schuldposten ist gleichfalls unbedingte Voraussetzung. Hinsichtlich der Bewertung besteht eine Bilanzwahrheit nur insofern, als die angegebenen Aktiva mindestens vorhanden und die Passiva nicht unterbewertet sein dürfen. Der Grundsatz der Bilanzwahrheit findet seine Schranken im Postulat der Bilanzvorsicht, wie der Grundsatz der Bilanzklarheit durch den Schutz des Geschäftsgeheimnisses begrenzt sein muß¹⁴.

Des weiteren muß bei einer ordnungsgemäßen Bilanzierung der im Gesetz nicht direkt genannte Grundsatz der Bilanzkontinuität beachtet werden. Unter äußerer Bilanzkontinuität versteht man die Beibehaltung eines gewählten Bilanzschemas – also Auswahl und Benennung der Konten – sowie die Übereinstimmung der Zahlen der Jahresschlußbilanz mit den Zahlen der Eröffnungsbilanz des nächsten Jahres. Innere Bilanzkontinuität betrifft die Fortführung der gleichen Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätze. Nachdem eine gewissenhafte Bilanzkritik von der Vergleichbarkeit einzelner Bilanzen ausgeht, wäre sie ohne die Beachtung des angeführten Grundsatzes undurchführbar. Allerdings kann eine Durchbrechung der Bilanzkontinuität notwendig werden, beispielsweise bei einem Methodenwechsel im Rechnungswesen oder Einführung eines neuen Kontenplanes. Das Obligationenrecht hat neben der allgemeinen Forderung des Art. 959 eine weitere, wenn auch reichlich unklare Bewertungsvorschrift aufgestellt. Der Art. 960/II OR enthält den lapidaren Satz, daß bei der Bilanzierung alle Aktiven höchstens zu dem Wert anzusetzen sind, der ihnen im Zeitpunkt, auf welchen die Bilanz errichtet wird, für das Geschäft zukommt. Diese Bestimmung kann zu sehr verschiedenen Auslegungen Anlaß geben, zumal eine Wertfestsetzung, die auf ein Objekt im Rahmen des Gesamtbetriebes abstellt, immer eine Ermessensentscheidung bleiben wird. Auch wird durch die genannte Bestimmung eine Bewertung über die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten nicht verhindert. Allerdings dürfte eine derartige Bewertung zu den allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätzen in Widerspruch stehen. So gibt letzten Endes auch bei dieser Wertfestsetzung die kaufmännische Praxis die Bewertungsgrenzen an, nach denen sich der Buchführungspflichtige zu richten hat. Nach dem Bilanzstichtag eingetretene Wertänderungen bleiben grundsätzlich unberücksichtigt.

14 Weidmann, Ernst, Bilanzkunde und Bilanzrecht, 3. Auflage, Zürich 1948, Seite 39

3. Spezielle Buchführungsvorschriften

a) Nach der Unternehmungsform

aa) Die Aktiengesellschaft

Die wirtschaftliche und rechtliche Struktur einer Kapitalgesellschaft, die oftmalige Trennung zwischen Kapitalgeber und Unternehmer sowie die begrenzte Haftungsbasis verlangen vom Gesetzgeber ausführlichere Vorschriften als sie in den allgemeinen Buchführungsbestimmungen gegeben werden. Diesem Bedürfnis nach eingehenderen und strengeren Regelungen ist der Gesetzgeber für die Aktiengesellschaft in den Art. 660–674 OR nachgekommen.

Bei der Erstellung der Jahresbilanz sind demnach zu beachten:

- die allgemeinen Bestimmungen über Buchführung,
- die Spezialvorschriften des Obligationenrechts für die Aktiengesellschaft,
- Vorschriften der Statuten, die gesetzliche Bestimmungen verschärfen, nicht aber mildern dürfen,
- die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze,
- Spezialvorschriften für bestimmte Wirtschaftszweige,
- eventuelle außerordentliche Vorschriften des Bundesrats (siehe Art. 5 Schluß- und Übergangsbestimmungen zum Obligationenrecht).

Im Gegensatz zum deutschen Aktiengesetz, das in den §§ 131 und 132 genaue Gliederungsvorschriften für die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung aufstellt, hat der Schweizer Gesetzgeber von dieser Maßnahme fast völlig abgesehen. Für ein detailliertes Bilanzschema spricht die größere Vergleichbarkeit gleichartiger, aber auch verschiedenartiger Unternehmungen. Im anderen Fall ist eine größere Anpassungsfähigkeit an besondere, etwa Branchenverhältnisse gegeben. Einigkeit herrscht darüber, daß eine gewisse Mindestgliederung Merkmal jeder Bilanz sein muß. „Die Gliederung soll dem Leser erlauben, sich ein Bild zu machen über den Umfang des zirkulierenden und des festen, des produktiven und unproduktiven Kapitals; die liquiden Mittel müssen ersichtlich und das Verhältnis zwischen leicht und schwer realisierbaren Aktiven erkennbar sein¹⁵.“ Das Obligationenrecht fordert in Art. 663 lediglich: „Die Jahresbilanz soll das Verhältnis zwischen den eigenen Mitteln und der Verbindlichkeiten der Gesellschaft zum Ausdruck bringen.“ Als Mindestgliederung der Sollseite möchten wir angeben:

I. Ausstehendes Aktienkapital

¹⁵ Folliet, le bilan dans le sociétés anonymes an point de vue juridique et comptable, Lausanne 1946, Seite 43

II. Anlagevermögen

1. Sachanlagen
2. Finanzanlagen
3. Gesetzlich zulässige fiktive Aktiven (Organisationskosten)

III. Umlaufvermögen

1. Flüssige Mittel (Kasse, Postscheck)
2. Bankguthaben
3. Wertpapiere
4. Kundenwechsel
5. Kundenguthaben
6. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
7. Fertig- und Halbfertigfabrikate

IV. Abgrenzungsposten, aktiv

V. Eventueller Verlust.

Beeler¹⁶ folgert weiter, daß sämtliche Aktiven und Pässiven, für die eine Bewertungsvorschrift aufgestellt worden ist, gesondert aufgeführt werden müssen. Eine Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Obligationenrecht in keiner Weise festgelegt. Allgemein anerkannte kaufmännische Grundsätze sind in dieser Beziehung nicht aufzustellen, da sowohl Brutto- als auch Nettorechnungen unbeanstandet bleiben. Die von der Züricher Handelskammer angefragten Treuhand- und Revisionsgesellschaften kamen mehrheitlich zu dem Ergebnis, die Kontrollstelle könne nicht auf einer bestimmten Mindestgliederung beharren. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung, die rechtlich verlangt werden kann, beschränkt sich daher auf ein Minimum¹⁷.

Wie bereits ausgeführt wurde, sind nach den allgemeinen Buchführungsbestimmungen die Werte in der Höhe anzusetzen, wie sie dem Geschäft bei der Errichtung der Bilanz zukommen. Demgegenüber stellt das Obligationenrecht in den Art. 665–667 strengere Bewertungsgrundsätze auf, die von der Bewertung zum „Geschäftswert“ (Art. 960 OR) abweichen. Die niedrigere der beiden Wertgrenzen – Wert nach Aktienrecht beziehungsweise Geschäftswert – bildet den höchstzulässigen Bilanzwert. Wertsteigerungen dürfen nicht oder erst nach der Realisation berücksichtigt werden; dagegen müssen Wertminderungen durch Abschreibungen ausgeglichen werden. Dieser oberste Bewertungsgrundsatz des Aktienrechts wird als Niederstwertprinzip bezeichnet im Gegensatz zum sogenannten Höchstwertprinzip (Geschäftswert), das für die meisten anderen Buchführungspflichtigen gilt¹⁸. Das aktienrechtliche Niederstwertprinzip kommt auf alle

¹⁶ Beeler, G., a. a. O., Seite 32

¹⁷ Bürgi, Wolfhart, Obligationenrecht 5. Teil: Die Aktiengesellschaft, Abschnitt 2–8, 1. und 2. Lieferung, in Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Zürich 1947, Seite 52

¹⁸ Bürgi, Wolfhart, a. a. O., Seite 69

Geschäftsaktiva zur Anwendung, soweit das Gesetz nicht selbst eine Ausnahme – zum Beispiel Bewertung der Wertpapiere mit Kurswert – vorsieht.

Die Bewertung des Anlagevermögens darf höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen werden unter Abzug der den Umständen angemessenen Abschreibungen (Art. 665/I OR). Zum Anlagevermögen zählen jene beweglichen und unbeweglichen Gegenstände, die dem Betriebszweck dauernd dienen und nicht zur Weiterveräußerung bestimmt sind. Das Obligationenrecht nennt einige dieser Objekte, ohne allerdings erschöpfend sein zu wollen: Grundstücke, Gebäude, Kraftanlagen, Maschinen, Transportmittel, Werkzeuge und Mobiliar. Die nämlichen Bewertungsmaßstäbe gelten für die in Art. 665/II OR aufgeführten Anlagen: Rechte, Konzessionen, Patente, besondere Fabrikationsverfahren, Lizenzen, Marken und ähnliche wirkliche Vermögenswerte.

Demnach werden auch immaterielle Werte als bilanzfähige dauernde Anlagen bezeichnet, und zwar nicht nur dann, wenn sie von Dritten erworben wurden, sondern auch, wenn sie durch die eigene Unternehmung geschaffen wurden. Die herrschende Lehre läßt auch die Bilanzierung der im eigenen Betrieb erzeugten Werte zu¹⁹. Allerdings ist bei der Aktivierung von originär erworbenen Werten besondere Zurückhaltung geboten; beispielsweise dürfen Propagandakosten zur Einführung einer Marke oder Aufwendungen für neue Fabrikationsverfahren nur dann aktiviert werden, wenn ausgesprochen brauchbare Ergebnisse erzielt wurden. Dagegen wird die Aktivierung des Firmenwertes nach der überwiegenden Meinung nur bei derivativem Erwerb zugelassen²⁰.

Die Anschaffungskosten berechnen sich nach der Höhe der Aufwendungen, die für den Erwerb eines Vermögensstückes gemacht wurden. Daher werden dem Einkaufspreis sämtliche Bezugskosten wie Transportspesen, Zölle, Versicherungen, Gebühren, Maklergebühren, zugeschlagen, während Erlösschmälerungen abzusetzen sind.

Die genaue Abgrenzung, welche Kostenarten in dem Begriff Herstellungskosten enthalten sind, stößt in der Schweizer Literatur auf verschiedene Meinungen. Einigkeit besteht darüber, daß sämtliche Fertigungs- und Materialkosten eingeschlossen, Vertriebskosten ausgeschlossen sind. Reichmuth²¹ sieht in den Herstellungskosten die Summe der Einzel- und Gemeinkosten an Material und aus der Fertigung unter Einkalkulierung eines verhältnismäßigen, angemessenen Anteils von Verwaltungskosten und Abschreibungen. Er denkt dabei zweifellos an § 133/I Ziffer 1, Absatz 3 des

19 Weidmann, Ernst, a. a. O., Seite 141; a. A. Folliet, a. a. O., Seite 54

20 Egger, A., Das Dividendenbezugsrecht, Berlin 1930, Seite 145; Bürgi, a. a. O. zu Artikel 664 N 17, Seite 65; a. A. Herrli, Die Façonwerte in der Bilanz, Dissertation, Bern 1932

21 Reichmuth, Anton, Bewertungsgrundsätze für die Bilanz der Aktiengesellschaft, Zürich 1950, Seite 23

deutschen Aktiengesetzes, der besagt, daß bei der Berechnung der Herstellungskosten in angemessenem Umfange Abnutzungen und sonstige Wertminderungen sowie angemessene Teile der Betriebs- und Verwaltungskosten eingerechnet werden, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen. Weidmann²² bejaht die Einbeziehung sämtlicher Kosten, die zur Erstellung aufgewendet werden, seiner Meinung nach auch Anteile der Betriebs- und Verwaltungskosten. Gegenteiliger Ansicht ist Schucany²³, der davon ausgeht, daß der Art. 664/I OR die Verwaltungskosten als in der Gewinn- und Verlustrechnung einzusetzende Ausgaben behandelt. Demnach dürften diese Kosten auch nicht innerhalb der Herstellungskosten erscheinen. Ein maßgebender Kommentar zum Schweizer Obligationenrecht drückt sich wie folgt aus: „Die Herstellungskosten umfassen die Materialanschaffungskosten (einschließlich Lagerkosten für Material), die sogenannten Fertigungs- und Fertigungsgemeinkosten. Dazu gehören vor allem die Löhne und Sozialaufwendungen, aber auch Energiekosten sowie die Wertminderungen (Abschreibungen) und Reparaturen an Fabrikanlagen. Die Herstellungskosten umfassen auch einen Teil der Generalunkosten, nämlich die Unkosten des Konstruktionsbüros und der Versuchsstellen, kurz alle notwendigen Kostenelemente, die für Herstellung, Weiterentwicklung und Prüfung bis zur Ablieferung an das Fertiglager anfallen²⁴.“ Die herrschende Lehre einigt sich demnach auf den Herstellungskostenbegriff des deutschen Aktienrechts.

Die jährliche Bewertung des Anlagevermögens erfolgt durch Abschreibungen. Nach Art. 665 OR müssen die Abschreibungen den Umständen nach angemessen sein. Dabei darf die Lebensdauer des Anlagegutes beziehungsweise die Abnutzung durch Gebrauch nicht der einzige Bewertungsmaßstab sein. Es sind vielmehr auch wirtschaftliche Gesichtspunkte und der technische Fortschritt zu berücksichtigen. Die Botschaft 1928²⁵ bemerkt hierzu: „Man darf nicht von der sogenannten Lebensdauer der einzelnen Vermögenswerte ausgehen. Die Entwicklung kann auch zufolge Überholung durch leistungsfähigere Anlagen der Konkurrenz, durch eine Änderung beziehungsweise Verschiebung der Produktions- und Absatzverhältnisse eingetreten sein; es kann sich die Notwendigkeit erweisen, in einen bevorstehenden Konkurrenzkampf mit einer weitgehend amortisierten Anlage einzutreten und dergleichen.“

Die handelsrechtlich geforderten Mindestabschreibungen – die auch bei schlechtem Geschäftsgang vorgenommen werden müssen – decken sich

22 Weidmann, Ernst, a. a. O., Seite 141

23 Schucany, E., Kommentar zum Schweizer Aktienrecht, Zürich 1940, zu Artikel 666, A 2

24 Bürgi, Wolfhart, a. a. O., Seite 62

25 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 21. 2. 1928 über die Revision der Titel 24–33 des OR, Seite 34

nicht mit den handelsüblichen Abschreibungen, die durch die Bilanzvorsicht geboten sind²⁶. Die Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätze sind auch für Rechte, Konzessionen, Patente, besondere Fabrikationsverfahren, Lizenzen, Marken und ähnliche wirkliche Vermögenswerte maßgebend. Da bei den immateriellen Werten die Möglichkeit der Entwertung besonders groß ist, muß auch der Maßstab für die Abschreibungen strenger sein. Der Gesetzgeber billigt der Aktiengesellschaft die direkte und indirekte Abschreibungsmethode zu (Art. 665/III OR). Allerdings gebraucht das Gesetz einen irreführenden Ausdruck, wenn es von Amortisations- oder Erneuerungsfonds spricht. Dadurch wird die falsche Vorstellung von Reserven hervorgerufen. In Wirklichkeit ist dieser Fonds keine Reserve, sondern ein Korrekturposten.

Der Schweizer Gesetzgeber geht bei der Bewertung von Wertpapieren mit Kurswert vom aktienrechtlichen Niederstwertprinzip ab und läßt unter bestimmten Voraussetzungen eine Bewertung über der sonst auch durch die Bilanzvorsicht gebotenen Grenze der Anschaffungskosten zu. Art. 667/I OR bestimmt, daß bei der Wertfestsetzung für Wertpapiere mit Kurswert bis zu dem Wert gegangen werden kann, den sie durchschnittlich im letzten Monat vor dem Bilanzstichtag hatten. Ist dieser Wert höher als der Anschaffungspreis, so können in der Bilanz noch nicht realisierte Gewinne ausgewiesen werden, eine Tatsache, die der Gesetzgeber bei den anderen Aktiven unter allen Umständen vermeiden wollte. Hier wurde das Kostenprinzip zugunsten der Annäherung an das Tageswertprinzip fallengelassen. Die Begründung, daß die Berechnung der Anschaffungskosten – besonders bei Unternehmungen mit rasch wechselndem Bestand – umständlich wäre²⁷ und daß sich solche Titel leicht und sofort verkaufen ließen, scheint nicht stichhaltig genug. Ganz abgesehen davon, daß eine Kursentwicklung nicht vorausgesehen werden kann, ist es erfahrungsgemäß so, daß sich große Wertpapierposten oft nur mit Kursverlusten absetzen lassen²⁸.

Der Komplex Wertpapiere des Anlagevermögens, für die eine strikte Befolgung des Tageswertprinzips besonders zweifelhaft erscheint, wird

26 Bürgi, Wolfhart, a. a. O., Seite 70

27 vgl. Protokoll der Expertenkommission betreffs Revision der Titel 24–33, herausgegeben 1928, Seite 754

28 Bei der Frage der Einstufung und Bewertung von Wertpapieren ist das Schweizer Obligationenrecht einen vom deutschen Aktiengesetz grundlegend verschiedenen Weg gegangen. Der deutsche Gesetzgeber unterscheidet zwischen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens. Die Bewertung ist nach den für das Anlage- beziehungsweise Umlaufvermögen festgesetzten Gesichtspunkten vorzunehmen. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens sind die Anschaffungskosten die absolute Höchstgrenze (§ 133 Ziffer 2, Satz 1), allerdings dürfen diese Wertpapiere auch bei geringerem Wert zu den Anschaffungskosten angesetzt werden, (Ausgleich geringfügiger saisonaler Schwankungen) wenn nicht die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung Abschreibungen und Wertberichtigung nötig machen. Für Wertpapiere des Umlaufvermögens ist der Anschaffungs- oder niedrigere Börsenpreis als Höchstgrenze zulässig. Eine Bewertung über die Anschaffungskosten ist in keinem Falle möglich.

vom Gesetzgeber gar nicht berührt. Bei den Beratungen zum Obligationenrecht wurde trotz verschiedener Vorstöße eine Trennung zwischen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens nicht durchgeführt, weil eine klare und sachliche Trennung zwischen Beteiligungen und jederzeit frei realisierbaren Aktiven nicht möglich sei²⁹.

Verständlicherweise sind diese Bewertungsgrundsätze in der Literatur stark angegriffen worden, unter anderem von Max Stähelin jun.³⁰, der wiederholt gegen diese Regelung auftrat. Stähelin geht davon aus, daß dauernde Beteiligungen gar keine Wertpapiere im Sinne des Art. 667/I OR seien, selbst dann nicht, wenn sie an der Börse oder außerbörslich gehandelt werden. Bei solchen Wertpapieren sei nicht der Kurswert, sondern das Eigentumsrecht an den Titeln, das Beteiligungsrecht, das wesentliche. Aus diesem Grunde seien diese Wertpapiere nicht nach Art. 667 OR, sondern nach 665/II OR (Anlagevermögen) zu bewerten. Damit wäre eine Bewertung über die Anschaffungskosten hinaus nicht gestattet. Eine wirtschaftlich durchaus logische Einstellung! Schucany³¹ schließt sich Stähelin für die Fälle an, in denen einwandfrei festgestellt ist, daß es sich bei den Wertpapieren um Daueranlagen handelt; allerdings mit der für ihn selbstverständlichen Einschränkung, daß auch bei Daueranlagen auf den Kurswert abgeschrieben werden muß, wenn erkennbar ist, daß die Einstandspreise nicht mehr erreichbar sind.

Ohne Zweifel ging der Gesetzgeber in seiner Bestrebung, die Bewertung der Wertpapiere an tatsächliche wirtschaftliche Verhältnisse anzupassen, zu weit. Offen bleibt die Frage, inwieweit die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze einer vollen Ausnutzung der in Art. 667/I OR angegebenen Höchstgrenze entgegenstehen. Eine Milderung zugunsten der Bilanzvorsicht stellt die logische Folgerung des Art. 667/I, Satz 1 OR dar, daß dann, wenn die Anschaffungskosten über dem Börsenwert liegen, der niedrigere Tageswert einzusetzen ist. In dieser Richtung zielt auch die Bestimmung, daß bei an ausländischen Börsen notierten Wertpapieren bei der Bewertung den Schwierigkeiten Rechnung zu tragen ist, die für die Überweisung des Erlöses bestehen (Art. 667/I, Satz 2 OR).

Wertpapiere ohne Kurswert sind dagegen höchstens zu den Kostenpreisen, unter Berücksichtigung laufender Erträge wie Dividenden oder Zinsen, einzusetzen. Der Buchführungspflichtige hat allfällige Wertminderungen durch Vornahme von Abschreibungen auszugleichen (Art. 667/II OR). Als Kurswert gelten nicht nur notierte Kurse an in- oder ausländischen Börsen; ein außerbörslicher Kurs im Verkehr der Banken untereinander ist durch-

29 vgl. Bericht 1919, Seite 63; Bericht 1923, Seite 52; Protokoll Expertenkommission, Seiten 263, 756; Botschaft 1928 Seite 35; zitiert bei Bürgi a. a. O. S. 81

30 Stähelin jun., Max, Verhandlungen des Schweiz. Juristenvereins, 1939, Heft 2, Seite 148a ff.; Die Reserven der AG. in Zeitschrift für Schweizerisches Recht, 1939, Seite 145a

31 Schucany, E., a. a. O. zu Artikel 667, N 1, Seite 89

aus ausreichend. Für die Bewertung von Wertpapieren, die den konzessionierten Lebensversicherungsgesellschaften gehören, gelten Sonderbestimmungen.

Bei der Bewertung des Umlaufvermögens sind in der Schweiz im allgemeinen die gleichen Bewertungsgrundsätze maßgebend wie in Deutschland. Rohmaterialien, fertige und halbfertige Fabrikate, Waren und andere zur Veräußerung bestimmte Vermögensstücke sind höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten einzusetzen (Art. 666/I OR). Übersteigen diese Kosten im Zeitpunkt der Errichtung der Bilanz den allgemein geltenden Preis, so darf höchstens dieser Preis in Ansatz kommen (Art. 666/II). Da die genannten Positionen des Umlaufvermögens für den Verkauf bestimmt sind, hat der Gesetzgeber eine weitere, mit dem Markt verbundene Höchstgrenze als notwendig erachtet. Auf diese Weise werden voraussichtliche, aber noch nicht realisierte Verluste aus Gründen der Bilanzvorsicht bereits voll berücksichtigt. Unter dem allgemein geltenden Preis wird der Markt- oder Börsenpreis verstanden. Der dritte Entwurf zum revidierten Obligationenrecht sieht in diesem Preis den am Bezugsort allgemein geltenden Bezugspreis unter Einschluß der Bezugsspesen, eine Ansicht, der sich die meisten Autoren anschlossen³². Bürgi³³ versteht dagegen unter dem allgemein geltenden Preis den Veräußerungspreis. Nach seiner Auffassung kann daher auch bei Sinken der Einstandspreise zu den Anschaffungskosten bilanziert werden, solange nicht beim Verkauf mit einem Verlust zu rechnen ist³⁴. Der allgemein geltende Preis existiert nicht für alle Güter, beispielsweise ist er bei Halbfabrikaten kaum festzustellen. In diesen Fällen genügt die sorgfältige Berechnung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten³⁵.

Alle anderen Positionen des Umlaufvermögens werden innerhalb der aktienrechtlichen Artikel des Obligationenrechts nicht besonders erwähnt. Die Bilanzierung geht daher nach den allgemeinen Buchführungsbestimmungen vor sich; allerdings werden die Anforderungen, die die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze an die Bewertung bei einer Aktiengesellschaft stellen, strenger sein als bei einer Einzelfirma.

Das Schweizer Obligationenrecht hat für einige Aktiva eine besondere Regelung getroffen. So bestimmt Art. 664/I OR, daß Gründungs-, Organi-

32 vgl. Weidmann, Ernst, a. a. O. 1. Auflage, Seite 100; Küng, a. a. O., Seite 83; Beeler, a. a. O., Seite 55;

33 Bürgi, Wolfhart, a. a. O. zu Artikel 666, N 3, Seite 76

34 Bei dieser Bewertung sind noch nicht realisierte Gewinne zwar auch nicht bilanzfähig, andererseits braucht der Buchhaltungspflichtige bei seinen Ansätzen nicht unter den tatsächlichen Verlust herunterzugehen.

35 Das deutsche Aktienrecht hat für derartige Fälle eine Sonderregelung getroffen (§ 133, Ziffer 3, Absatz 3), die besagt, daß dann, wenn ein Markt- oder Börsenpreis nicht festzustellen ist und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Wert, der den Gegenständen am Abschlußstichtag beizumessen ist, übersteigen, höchstens dieser Wert angesetzt werden kann.

sations- und Verwaltungskosten in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ausgaben einzusetzen sind. Diese Vorschrift ist für einige Autoren das Argument gegen die Einbeziehung von Verwaltungskosten in die Herstellungskosten. Ausnahmsweise können für die ursprüngliche Einrichtung oder für eine spätere Geschäftserweiterung oder Betriebsumstellung vorgesehene Organisationskosten aktiviert werden, wenn sie in den Statuten oder den Beschlüssen der Generalversammlung vorgesehen sind und wenn sie innerhalb von höchstens fünf Jahren in mindestens zwanzigprozentigen Quoten abgeschrieben werden. Das gleiche gilt für den Betrag der Stempelsteuer. Dagegen sind sämtliche andere Gründungskosten wie Kosten für die öffentliche Beurkundung der konstituierenden Generalversammlung beziehungsweise des Errichtungsaktes, die Inkassogebühr der kantonalen Depositenstelle, Entschädigungen an Gründer und Berater für die Vorbereitung der Gesellschaftsgründung sowie andere bis zur Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister anfallende Kosten sofort als Aufwand zu verbuchen.

Ebenfalls aktivierbar ist der Unterschied zwischen dem Begebungs- und Rückzahlungskurs von Obligationen, das sogenannte Disagio (Art. 669 OR). Eine Amortisation dieses Betrages muß spätestens am Verfalltage der Obligationen erreicht sein.

Auf der Sollseite der Bilanz sind schließlich aufzuführen der Betrag des nicht einbezahlten Grundkapitals (Art. 669/II OR), sowie die den Jahreserfolg regulierenden Rechnungsabgrenzungsposten.

Wie bereits ausgeführt, handelt es sich bei den Bewertungsvorschriften um Werthöchstansätze, die vom Buchführungspflichtigen unterschritten werden können. Wird das getan, entstehen stille Reserven. Das Obligationenrecht läßt diese Bewertung ausdrücklich zu (Art. 663/II OR), indem es eine Bilanzierung zu Ansätzen, die unter dem Werte der Aktiven am Bilanzstichtag stehen, gestattet. Als weitere Art der Bildung stiller Reserven ist die Überbewertung von Passiven möglich. Das Gesetz spricht von der „Anlage anderer stiller Reserven“. Diese Terminologie ließe zwar mehr Möglichkeiten offen, jedoch verhindert der Grundsatz der Bilanzwahrheit und -klarheit die Einsetzung von fiktiven Passivposten sowie das vollkommene Weglassen von Aktiven³⁶. Dagegen ist gegen eine Unterbewertung der Aktiven, unter Umständen bis zum Erinnerungswert, und eine Überbewertung von Passiven, zum Beispiel Rückstellungen, im handelsüblichen Rahmen nichts einzuwenden. Ein absolutes Maß für die zulässige Höhe stiller Reserven gibt es jedoch nicht³⁷. Gegen eine beliebige Ausnutzung des Art. 663/II OR hat der Gesetzgeber insofern einen Riegel

36 Gleicher Ansicht Beeler, a. a. O., Seite 65; Folliet, a. a. O., Seite 341; a. A. Schucany, a. a. O. zu Artikel 663, Seite 83

37 Hellmüller, Hans, Die stillen Reserven der Aktiengesellschaft nach schweizerischem Obligationenrecht, Dissertation, Bern 1947, Seite 77

vorgeschoben, als die Verwaltung verpflichtet ist, der Kontrollstelle über die Bildung und Verwendung stiller Reserven Mitteilung zu machen. Darüber hinaus ist die Anlage von stillen Reserven nur zulässig, soweit die Rücksicht auf das dauernde Gedeihen des Unternehmens oder auf die Verteilung einer möglichst gleichmäßigen Dividende solche Maßnahmen als angezeigt erscheinen lassen. Mit diesen umfassenden Argumenten wird die Verwaltung allerdings in den meisten Fällen operieren können.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist auf der Passivseite einzustellen (Art. 668/I OR). Eine gesonderte Angabe der verschiedenen Aktiengattungen wird – keine Gliederungsvorschriften! – nicht verlangt.

Da das Grundkapital eine fixe GröÙe ist, schlägt sich eine Erhöhung der Eigenkapitaldecke durch nicht ausgezahlte Gewinne in Reserven nieder. „Reserven sind im aktienrechtlichen Sinne Vermögenswerte, die für irgendwelche Zwecke von der Verteilung an Aktionäre und andere Berechtigte ausgeschlossen und zusätzlich zum Aktienkapital zurückgestellt worden sind³⁸.“ Sie sind Ergänzungskapitalien zum Grundkapital und teilweise durch Gesetz, Statuten oder Beschlüsse der Generalversammlung zweckgebunden.

Bleibt die Bildung von freiwilligen Reserven für Zwecke aller Art der einzelnen Gesellschaft vorbehalten, so ist die Ansammlung eines gesetzlichen Reservefonds zwingend vorgeschrieben. Der Ausdruck Fonds ist irreführend, denn es handelt sich nicht um einen verselbständigten Vermögensteil, sondern lediglich um einen Bilanzposten, eine RechnungsgröÙe.

Dem gesetzlichen Reservefonds sind zuzuweisen³⁹:

1. Aus dem Reingewinn solange jährlich fünf Prozent, bis dieser Fonds zwanzig Prozent des eingezahlten Grundkapitals ausmacht (Art. 671/I OR). Eine Erhöhung beider Quoten durch die Statuten ist möglich. Berechnungsgrundlage für die Reservezuteilung ist der ausgewiesene Bilanzgewinn. Der Gewinnvortrag des Vorjahres ist bei der Berechnung des Reingewinnes nicht zu berücksichtigen, da dieser Gewinn bereits im Vorjahr reservepflichtig war. Hat das Vorjahr mit einem Verlust abgeschlossen, so ist der verfügbare Reingewinn kleiner als der Jahresgewinn. In diesem Fall ist der verfügbare Reingewinn maßgebend⁴⁰; denn der für die Deckung des Verlustes verwendete Teil des Jahresgewinnes ist kein effektiver Gewinn. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um einen echten Verlustvortrag handelt oder ob noch ge-

38 Bossard, Ernst, Die Reserven der Aktiengesellschaft im neuen Obligationenrecht, Bern 1940, Seite 19

39 Bei den Ziffern 2–4 handelt es sich um Zuweisungen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des Reservefonds vorzunehmen sind.

40 vgl. Schucany, E., a. a. O., zu Artikel 671, N 2, Seite 95; Folliet, a. a. O., Seite 482; Bürgi, a. a. O., zu Artikel 671, N 35, Seite 109; a. A. Max Stähelin jun., Die Reserven der Aktiengesellschaft, in ZSR, 1939, S. 153a

nügend Reserven zur Deckung des Vorjahresverlustes vorhanden wären.

2. Das Agio, das nach Deckung der Ausgabekosten bei Aktienaussgabe über dem Nennwert bleibt, soweit es nicht für Abschreibungen oder Wohlfahrtszwecke Verwendung findet (Art. 671/II, Ziffer 1 OR).
3. Der Kaduzierungsgewinn, das heißt der Betrag, der von den geleisteten Einzahlungen auf ausgefallene Aktien übrigbleibt, nachdem ein allfälliger Mindererlös aus den dafür ausgegebenen Aktien gedeckt worden ist (Art. 671/II, Ziffer 2 OR). (Die Verwaltung ist befugt, einen säumigen Aktionär seiner Rechte aus der Zeichnung von Aktien, sowie seiner geleisteten Teilzahlungen verlustig zu erklären und an Stelle dieser ausgefallenen neue Aktien auszugeben. Diese neuen Aktien können, da bereits Teilzahlungen vorliegen, unter pari ausgegeben werden, natürlich nur soweit unter dem Nennwert, als die bereits geleisteten Anzahlungen betragen. Werden diese neuen Aktien zu einem höheren Kurs ausgegeben, ist die Differenz Kaduzierungsgewinn.)
4. Ein Zehntel derjenigen Beträge, die aus dem Reingewinn nach der ordentlichen Speisung des Reservefonds und nach Bezahlung einer Dividende von fünf vom Hundert an Aktionäre und sonstige Gewinnbeteiligte verteilt werden (Art. 671/II Ziffer 3).

Diese Bestimmung ist unklar gefaßt und ermöglicht verschiedene Lesarten. Es ist ein Unterschied, ob man liest:

Dem Reservefonds sind zuzuweisen:

- a) ein Zehntel derjenigen Beträge, die aus dem Reingewinn – nach der ordentlichen Speisung des Reservefonds und nach Bezahlung einer Dividende von fünf vom Hundert – an Aktionäre und sonstige Gewinnbeteiligte verteilt werden, oder
- b) ein Zehntel derjenigen Beträge, die aus dem Reingewinn – nach der ordentlichen Speisung des Reservefonds und nach Bezahlung einer Dividende von fünf vom Hundert an Aktionäre und sonstige Gewinnbeteiligte – verteilt werden.

Im Falle a) werden vom Reingewinn die sogenannte erste Zuwendung von fünf Prozent sowie fünf Prozent Dividende für die Aktionäre abgezogen. Sämtliche weiteren aus dem Gewinn zu verteilenden Beträge sind mit einem Zehntel in den gesetzlichen Reservefonds einzustellen. Bei dieser Lesart ist der reservepflichtige Betrag am größten. Schaffner⁴¹ nennt diese Form daher Reserveauffassung, die auch von der Mehrzahl der anderen Autoren anerkannt wird⁴².

41 Schaffner, J., Zur Auslegung von Artikel 671/II Ziffer 3 OR, in Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins 77, 1941, Seite 105 ff

42 vgl. Schucany, E., a. a. O. zu Artikel 671, N 7, Seite 99; Bürgi, a. a. O., zu Artikel 671, N 55, Seite 106; ähnlicher Ansicht Steiger, Das Recht der A. G., Zürich 1952, Seite 262

Beim Fall b) werden neben der ersten Zuwendung an den gesetzlichen Reservefonds außer einer fünfprozentigen Dividende an die Aktionäre weitere fünf Prozent an sonstige Gewinnbeteiligte bezahlt. Da hierbei der reservspflichtige Betrag geringer ist, nennt Schaffner⁴³ diese Möglichkeit Verteilungsauffassung. Seiner Meinung nach würde diese Auslegung insofern zu einem weniger einleuchtenden Resultat führen, als die Beträge, die nach der Verteilung von fünf Prozent an alle Gewinnbeteiligten (Aktionäre, Genußscheininhaber, Verwaltungsräte, sonstige) zur Verteilung gelangten, in den meisten Gesellschaften so gering wären, daß die zweite Einlage in den Reservefonds, sofern sie überhaupt vorgenommen werden müßte, bedeutungslos würde. Ferner wäre unklar, von welcher Grundlage die fünf Prozent bei nennwertlosen Genußscheinen oder bei Tantiemen berechnet werden müßten.

In der Schweizer Literatur gibt es noch einige Nuancen zu diesen Auffassungen, auch haben verschiedene Autoren ungleiche Ansichten von den Begriffen Reserve- und Verteilungsauffassung, eine genaue Abgrenzung aller Auslegungen würde im Rahmen unseres Themas jedoch zu weit führen⁴⁴. Wir möchten der Schaffnerschen Reserveauffassung schon aus Gründen der Bilanzvorsicht den Vorzug geben.

Die im allgemeinen als zweite Zuwendung bezeichnete Einlage in den gesetzlichen Reservefonds richtet sich nicht nach dem verfügbaren Reingewinn oder Jahresgewinn, sondern nach dem „Mehrgewinn“, der tatsächlich nach Abzug der ersten Zuwendung sowie einer fünfprozentigen Dividende zur Verteilung kommt⁴⁵. Die zweite Zuwendung unterscheidet sich von der ersten dadurch, „daß sie die vorgängige Ausschüttung einer Mindestdividende voraussetzt, andererseits aber ohne Rücksicht auf die Höhe der bereits bestehenden gesetzlichen Reserven erfolgt“⁴⁶.

Soweit der gesetzliche Reservefonds die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigt, darf er nur zur Deckung von Verlusten oder zu Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, in Zeiten schlechten Geschäftsganges das Unternehmen durchzuhalten, der Arbeitslosigkeit zu steuern oder deren Folgen zu mildern (Artikel 671/III OR). Für Holdinggesellschaften, konzessionierte Transportunternehmungen und Versicherungsgesellschaften gelten Sonderbestimmungen (Artikel 671/IV, V, VI)⁴⁷.

43 Schaffner, J., a. a. O., Seite 43

44 Literatur Schaffner, a. a. O., Seite 105 ff; Bürgi, a. a. O., Seite 104 ff., Guhl, Das neue Aktienrecht, Seite 48 ff.

45 Käfer, Pflichteinlagen in den Reservefonds der A. G., in Schweizerische Zeitschrift für Kaufmännisches Bildungswesen 42, 1948, Seite 65 ff.

46 Bürgi, Wolfhart, a. a. O., zu Artikel 671/II, N 3, Seite 104

47 Im deutschen Aktienrecht sind die Zuweisungen zur gesetzlichen Rücklage ähnlich geregelt, allerdings ist der reservpflichtige Betrag etwas geringer, da die zweite Zuwendung fehlt. Die gesetzliche Rücklage wird nur solange aufgefüllt, bis zehn Prozent des Grundkapitals erreicht sind (§ 130 Akt.G.)

Neben den gesetzlichen Reserven läßt das Obligationenrecht die Anlagen weiterer Fonds zu (Artikel 672/II OR). Die Statuten können deren Zweckbestimmung und Verwendung festsetzen. Der Gesetzgeber nennt in Artikel 668/I OR ausdrücklich Reserve-, Amortisations-, Erneuerungs- und Wohlfahrtsfonds.

Zu dem Reservefonds ist zu sagen, daß nach der pflichtgemäßen Zuweisung zu den gesetzlichen Reserven weitere nicht verteilte Gewinne zu den sogenannten freien Reserven fließen, deren Verwendungszweck nicht von vornherein bestimmt ist. Über die Amortisations- und Erneuerungsfonds wurde bereits gesagt, daß diese Ausdrücke ausgesprochen unglücklich gewählt sind, da unter dieser Bezeichnung meistens Korrekturposten zum Anlagevermögen ausgewiesen werden. Selbstverständlich könnten diese Passivposten auch echte Fonds betreffen; zum Beispiel könnte der Gegenwert durchaus auf einem besonderen Bankkonto ruhen. Werden Vermögensteile Wohlfahrtszwecken erkennbar gewidmet, so sind sie aus dem Vermögen der Gesellschaft auszuscheiden und in eine Stiftung überzuführen (Artikel 673/II OR). Auch hier gebraucht der Gesetzgeber eine inkonsequente Ausdrucksweise⁴⁸, denn nach der genannten Vorschrift gehört der Wohlfahrtsfonds nicht mehr unter die Reserven, sondern unter die Passiven im engeren Sinne⁴⁹. Nach Artikel 673/II OR gibt es nur die Alternative, entweder kein echter Fonds oder keine echte Wohlfahrt. Der Schweizer Gesetzgeber hat sich auf dem Gebiete der Reserven zweifellos einige Male unklar oder unglücklich ausgedrückt.

Während es sich bei dem Grundkapital, den Reserven sowie dem Gewinnvortrag um Eigenkapital handelt, sind die restlichen Posten der Passivseite als Fremdkapital anzusprechen. Als erste Position des Fremdkapitals werden normalerweise die Rückstellungen aufgeführt. Sie werden für Verbindlichkeiten, die entweder der Höhe oder ihrem Rechtsgrunde nach nicht bekannt sind, gebildet. Der Begriff „Rückstellungen“ ist in der deutschsprachigen Literatur geklärt, die Abgrenzung beziehungsweise der Unterschied von Rückstellungen zu Reserven (Rücklagen) allgemein anerkannt. Um so unverständlicher ist es daher, daß das Obligationenrecht den Ausdruck „Rücklagen“ gebraucht, wo es sich nur um Rückstellungen handeln kann. Das Obligationenrecht bestimmt nämlich in Artikel 670/II, daß für Vermögenseinbußen, die aus Bürgschaften, Garantieverpflichtungen und Pfandbestellungen zugunsten Dritter oder aus der späteren Erfüllung von Lieferungs- und Abnahmeverpflichtungen und ähnlichen schwebenden Geschäften zu erwarten sind, in der Bilanz durch „Rücklagen“ Deckung zu schaffen ist. Mit dieser einwandfrei unrichtigen Ausdrucksweise steht der

⁴⁸ Das deutsche Aktienrecht drückt sich zweifellos weit klarer aus, wenn es innerhalb seiner Gliederungsvorschriften zwischen gesetzlichen Rücklagen, freien Rücklagen, Wertberichtigungen und Rückstellungen unterscheidet.

⁴⁹ Weidmann, Ernst, a. a. O., 1. Auflage, Seite 108

Schweizer Gesetzgeber allein, während sich Literatur und Praxis einig sind, daß die genannte Vorschrift „Rückstellungen“ betrifft. Nach Artikel 670/I OR sind Bürgschaften, Garantieverpflichtungen und Pfandbestellungen zugunsten Dritter in der Bilanz („unter dem Strich“) oder in einer Beilage je in einer Gesamtsumme aufzuführen; eine wirtschaftlich vernünftige Bestimmung, da bei Inangriffnahme dieser Zusagen die Vermögenslage wesentlich beeinflusst werden kann.

Von den Verbindlichkeiten sind im Obligationenrecht nur die Obligationen ausdrücklich erwähnt. Von der Gesellschaft ausgegebene Obligationen sind mit dem vollen Rückzahlungsbetrag zu passivieren und in ihrer Gesamtheit gesondert aufzuführen (Artikel 669/I OR). Für sämtliche anderen Verbindlichkeiten gilt der Grundsatz, daß sie nicht unterbewertet sein dürfen. Rechnungsabgrenzungsposten sind wie auf der Aktivseite zur periodischen Erfolgsabgrenzung zu bilden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist für die Aktiengesellschaft zwingend vorgeschrieben; eine „Betriebsrechnung“ ist für Unternehmungen dieser Größenordnung natürlich nicht ausreichend. Der Jahresabschluß muß in weniger als sechs Monaten aufgestellt werden, nachdem die ordentliche Generalversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Schluß des Geschäftsjahres stattfindet und die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung spätestens zehn Tage vor der Generalversammlung zur Einsicht der Aktionäre zu halten sind (Artikel 699/II, 696/I). Eine Publizierungspflicht des Jahresabschlusses besteht nicht. Allerdings sind Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Geschäftsbericht während eines Jahres zur Verfügung der Aktionäre zu halten (Artikel 696/II OR). Von Aktiengesellschaften, die ihren Jahresabschluß nicht veröffentlichen – einer freiwilligen Publikation steht nichts im Wege –, hat das Handelsregisteramt auf Begehren eines Gesellschaftsgläubigers die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz in der von den Aktionären genehmigten Fassung einzufordern und zur Einsicht aufzulegen.

Zu den Buchführungsbestimmungen des Aktienrechts sei abschließend bemerkt, daß sie im allgemeinen den an eine Aktiengesellschaft gestellten Anforderungen hinsichtlich des Gläubigerschutzes genügen, daß sie aber doch einige rechtliche und terminologische Schwächen aufweisen.

bb) Die Kommanditaktiengesellschaft

Für die Kommanditaktiengesellschaft gelten auf dem Gebiete des Buchführungsrechtes die gleichen Vorschriften wie für die Aktiengesellschaft (Artikel 764/II OR).

cc) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Nach Artikel 805 OR sind die für Aktiengesellschaften geltenden Bestimmungen über die Bilanz und die Reservefonds auch für Gesellschaften mit beschränkter Haftung maßgebend.

dd) Die Genossenschaften

Für Genossenschaften kommen grundsätzlich die allgemeinen Buchführungsbestimmungen zur Anwendung (Artikel 858/I OR). Kreditgenossenschaften und konzessionierte Versicherungsgenossenschaften stehen infolge ihrer wirtschaftlichen Stellung unter den für die Aktiengesellschaften geltenden Bilanzvorschriften (Artikel 858/II OR). Für die Bildung von Reserven sind besondere Grundsätze festgelegt (Artikel 659 ff.).

ee) Personengesellschaften

Für Kollektiv- und Kommanditgesellschaften wird eine Buchführung nach den allgemeinen Vorschriften des 32. Titels des Obligationenrechts verlangt. Allerdings läßt das Interesse der nichtgeschäftsführenden Gesellschafter am Rechnungswesen als Mittel der Kontrolle der Geschäftsführung erhöhte Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung entstehen. Eine gewöhnliche „Betriebsrechnung“ ist nicht mehr ausreichend, der Gesetzgeber verlangt ausdrücklich die Führung einer Gewinn- und Verlustrechnung (Artikel 558/I OR).

ff) Einzelunternehmung

Für Einzelunternehmungen sind die allgemeinen Buchführungsbestimmungen maßgebend.

b) Nach dem Wirtschaftszweig

aa) Banken und Sparkassen

Die Jahresabschlüsse der Banken und Sparkassen sind nach den aktienrechtlichen Vorschriften und nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 8. 11. 1934 (BaG) sowie der Vollziehungsverordnung zum angeführten Gesetz vom 26. 2. 1935 (VV z. BaG) aufzustellen. Die Banken mit einer Bilanzsumme von wenigstens zwanzig Millionen Franken haben überdies eine Zwischenbilanz auf das erste Halbjahresende des Geschäftsjahres, die Banken mit einer Bilanzsumme von wenigstens einhundert Millionen Franken drei Zwischenbilanzen auf die ersten drei Vierteljahresenden des Geschäftsjahres aufzustellen.

Die Jahresrechnungen und Zwischenbilanzen sind von allen Banken mit Ausnahme der Privatbankiers im Schweizerischen Handelsamtsblatt oder in einer Schweizer Zeitung zu veröffentlichen (Artikel 6/IV BaG, Artikel 24 VV z. BaG). Der Publikationstermin liegt bei Jahresabschlüssen bei vier Monaten nach dem Abschlußtermin, Zwischenbilanzen sind innerhalb vier Wochen zu veröffentlichen (Artikel 25/I VV z. BaG). Eine Fristverlängerung kann von der Bankenkommission, wenn die Verhältnisse es rechtfertigen, bewilligt werden. Für die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen von Banken und Sparkassen sind ausführliche Gliedervorschriften vorhanden (Artikel 20–22 VV z. BaG). Durch diese Gliede-

rungsbestimmungen ist eine wesentlich größere Vergleichbarkeit der Bankbilanzen gegeben.

bb) Versicherungen

Für Versicherungsunternehmungen wurden im Bundesgesetz betreffend Beaufsichtigung von Privatunternehmungen im Gebiet des Versicherungswesens vom 25. 6. 1885 sowie in der Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmungen vom 11. 9. 1931 genauere Rechnungslegungsvorschriften erlassen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist als Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausgestaltet. Sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsjahres sind getrennt nach den einzelnen Versicherungszweigen, und bei der Lebensversicherung auch nach ihren Arten, aufzuführen. Dabei sind insbesondere anzugeben (Artikel 6 des Bundesgesetzes):

- a) die an Prämien, Zinsen und sonstigem vereinnahmten Beträge;
 - b) die für Prämienrückvergütungen, Rückversicherungen, Schäden, Provisionen und Verwaltungskosten, sowie sonstiges verausgabten Beträge.
- In die Bilanz sind die Reserven nach den einzelnen Versicherungszweigen getrennt einzustellen. Bei den Aktiven sind insbesondere aufzuführen:
1. die Immobilien, Kapitalanlagen und Wertpapiere nach ihren Arten und ihrer Wertung;
 2. die Organisationskosten und ihre Amortisationsweise, soweit solche überhaupt aktiviert sind;
 3. die Ausstände bei den Agenturen, wobei der wirkliche Rechnungssaldo aus Prämieninkasso usw. zu unterscheiden ist von demjenigen Betrage, der etwa an Provisionen unter dem Titel von Ausständen zur Amortisation verlegt ist (Artikel 6 des Bundesgesetzes).

Die Bilanzen sind im Schweizerischen Handelsamtsblatt zu veröffentlichen. Nach dem Bundesratsbeschluß über die Bewertung der Wertpapiere in den Bilanzen der inländischen Lebensversicherungsgesellschaften vom 21. 11. 1939 sind die festverzinslichen Wertpapiere, die an einem zum voraus bestimmten Zeitpunkt rückzahlbar oder die amortisierbar sind, mit Ausnahme der Schuldbriefe und Gülden, ohne Rücksicht auf den Börsenkurs oder Kostenpreis höchstens zum mathematischen Wert in die Bilanz einzustellen. Der mathematische Wert entspricht dem jeweiligen Barwert des Kapitals und der künftigen Zinsen, berechnet auf Grund der verbleibenden festen Laufzeit oder auf Grund des Tilgungsplanes.

cc) Kreditkassen mit Wartezeit

Nach der Verordnung über Kreditkassen mit Wartezeit vom 5. 2. 1935 gelten als Kreditkassen mit Wartezeit alle Unternehmungen, die auf Grund von Verträgen Geldleistungen mehrerer Personen entgegennehmen und diesen Personen hieraus sowie allenfalls aus anderen Mitteln planmäßig einen Anspruch auf Tilgungsdarlehen einräumen.

Die eigenen Mittel der Kreditkassen müssen mindestens betragen:

a) 5 % der Verbindlichkeiten, denen folgende Forderungen gegenüberstehen:

1. Darlehen aus Zuteilungsmitteln und Zwischenkrediten;
2. andere grundpfändlich gesicherte Forderungen, jedoch bis zu höchstens zwei Drittel der Schätzung;
3. Schuldverpflichtungen des Bundes, der Bundesbahnen, Kantone und Gemeinden sowie Schuldverpflichtungen, die durch diese Körperschaften garantiert sind;
4. durch verrechnungsfähige Guthaben gedeckte Forderungen, soweit diese nicht unter Ziffer 1 oder 2 fallen;

b) 10 % der restlichen Verbindlichkeiten (Artikel 11/I).

Als eigene Mittel im Sinne von Absatz 1 gelten:

- a) das einbezahlte Kapital;
- b) 50 % des nicht einbezahlten Kapitals, für das Verpflichtungsscheine vorhanden sind;
- c) die in der Bilanz ausgewiesenen echten Reserven;
- d) unverteilte Gewinne; Verlustvorträge sind von den eigenen Mitteln abzuziehen (Artikel 11, Absatz II).

Als Verbindlichkeiten im Sinne von Absatz 1 gelten die in der Bilanz ausgewiesenen Verpflichtungen mit Ausnahme von:

- a) Rückstellungen für gefährdete Posten;
- b) Kreditnehnerguthaben der Kasse selber;
- c) Hypothekarschulden aus eigenen Kreditverträgen, sofern sie nicht von einem Gesamtpfandrecht zugunsten der Kreditnehmer erfaßt werden (Artikel 11/III).

Die Aktivierung nicht verfallener Verwaltungskosten ist den Kreditkassen nur soweit gestattet, als sie über eigene Mittel verfügen, die über die genannten Mindestsätze hinausgehen (Artikel 12/I). Die Kreditkassen haben ihre Jahresabschlüsse zu veröffentlichen (Artikel 15/I).

dd) Eisenbahnen

Im Bundesgesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen vom 27. 3. 1896 und in der Verordnung über das Rechnungswesen der Eisenbahnen vom 13. 6. 1947 hat der Schweizer Gesetzgeber eingehende Buchführungsbestimmungen für private Eisenbahnunternehmungen aufgestellt. Die Rechnungslegungsvorschriften der privaten Eisenbahnen wurden ursprünglich von dem Gedanken bestimmt, im Fall eines Ankaufs durch den Bund einen gewissen Einfluß auf die Festsetzung des Übernahmepreises zu haben⁵⁰. Durch die genannte Verordnung wurden gewisse bisher beste-

⁵⁰ Weidmann, Ernst, a. a. O., Seite 50

⁵¹ Metzger, R., Rechnungsführung der schweizerischen Eisenbahnen, in Rechnungsführung in Unternehmung und Staatsverwaltung, Festgabe für Otto Juzi, Zürich 1946, S. 70

hende Eigentümlichkeiten der Rechnungsführung bei Bahnunternehmungen durch moderne Abrechnungsformen ersetzt⁵¹. Die jährlichen Rechnungsausweise umfassen:

- a) die Baurechnung:
 - 1. nach Anlagegruppen, ausgewiesen nach Anfangsbestand, Zuwachs, Abgang und Endbestand;
 - 2. nach Objekten für die Bewegungen im Rechnungsjahr;
- b) die Abschreibungsrechnung;
- c) die Betriebsrechnung;
- d) die Gewinn- und Verlustrechnung;
- e) die Bilanz;
- f) die Spezialrechnungen über die Reserven;
- g) die Betriebsrechnungen der Kraftwerke und Nebengeschäfte (Artikel 7 Verordnung).

Für die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind ausführliche Gliederungsvorschriften kodifiziert.

II. Die Prüfung der Aktiengesellschaft

1. Die Entwicklung der aktienrechtlichen Prüfungsbestimmungen

Die Schweiz ist für ihre liberale Einstellung in Wirtschaftsfragen bekannt. Der einzelne Bürger soll in seinen Handlungen, soweit das möglich ist, nicht eingeschränkt werden. Deshalb sind die Gesetze frei von jeder übertriebenen Reglementierungssucht, eine Haltung, der Ständerat Thalmann einmal folgendermaßen Ausdruck gab: „Die Möglichkeit vor Mißbräuchen darf nicht dazu führen, das Aktienrecht hauptsächlich auf Vertrauensunwürdige einzustellen und die große Zahl der anständigen Gesellschaften in der notwendigen Handlungsfreiheit übermäßig zu beschränken¹.“

Diesem Gesichtspunkt trägt die elastische Art der Schweizer Gesetzgebung Rechnung, was vor allem auf zwei Momente zurückzuführen ist². Das Moment der Gesetzestchnik besteht darin, daß sich der Gesetzgeber bei allen Bestimmungen auf das Grundsätzliche beschränkt, die Regelung kurz und knapp hält und somit jede nicht unbedingt erforderliche Kasuistik vermeidet. Dafür vertraut der Gesetzgeber auf die Mitarbeit aller anderen rechtsbildenden Faktoren, insbesondere auf den einsichtsvollen und schöpferischen Richter. Das andere Moment liegt in der starken freiheitlichen Tradition, die der schweizerische Gesetzgeber besitzt³.

1 Sten. Bull. Ständerat, 1931, Seite 392

2 Hug, Walter, Zur Revision des schweizerischen Aktienrechts, St. Gallen 1934, Seite 17

3 Egger, A., Zur Revision des schweizerischen Handelsrechts, Zürich 1928, Seite 183

Bevor das Schweizer Aktienrecht im Obligationenrecht von 1881 auf Bundesebene vereinheitlicht wurde, konnten die Kantone in zwei Gruppen eingeteilt werden, in solche mit und ohne Kodifikation. Zu den letzteren zählten St. Gallen, Glarus, Appenzell, Aargau, Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Tessin und Basel-Land. Damit soll nicht gesagt werden, daß in diesen Kantonen die Aktiengesellschaft unbekannt war. Vielmehr wiesen St. Gallen und Glarus eine ansehnliche Zahl dieser Gesellschaften auf⁴.

Bei den Kantonen mit gesetzlicher Regelung konnten drei Gruppen unterschieden werden, von denen die größte und bedeutendste die des code commerce war. Sie umfaßte die Kantone Genf, Waadt, Neuchâtel, Fribourg, Wallis, Berner Jura, Basel-Stadt. Daneben stand die Gruppe des zürcherischen Rechts, das im wesentlichen auf deutschrechtlichen Prinzipien beruhte. Ihr gehörten an: Zürich, Luzern, Graubünden und Schaffhausen. Unabhängig von diesen beiden Gruppen sowie voneinander waren die Gesetze der Kantone Bern und Solothurn.

In den Kantonen mit Kodifikation war die Gründung von Aktiengesellschaften grundsätzlich von einer staatlichen Genehmigung abhängig. Dagegen bestand in den anderen Kantonen, mit Ausnahme von Kreditinstituten, kein Genehmigungszwang. Der Aufbau der Organisation wich im Prinzip kaum von der heutigen Aktiengesellschaft ab, nur fanden sich äußerst selten Bestimmungen, die sich mit der Kontrollstelle oder gleichwertigen Organen befaßten. Sollte es damals doch schon einzelne Kontrollstellen gegeben haben, so dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß diese Aufsichtspflichten noch nicht von Büchersachverständigen wahrgenommen wurden.

Die großen Verluste in der Gründerperiode um 1870 ließen den Wunsch nach einer gesetzlich verankerten Aufsichtsstelle wach werden. Diese Frage behandelte Munzinger⁵ bereits 1865 mit großer Klarheit und Sachkenntnis. Er führte aus, daß eine staatliche Aufsicht wegen mangelnder Wirksamkeit und aus prinzipiellen Gründen zwar abzulehnen sei, eine Aufsichtsstelle an sich sei aber besonders im Hinblick auf die „Aktionär-Herde“, auf die Ja-Sager in der Generalversammlung, unbedingt zu befürworten. Zu diesem Zweck hatte Munzinger einen Aufsichtsrat nach deutschem Muster vorgesehen, dem das Recht und die Pflicht einer fortlaufenden Überwachung und Verfolgung der Geschäftsführung zugestanden wäre. Der Gesetzgeber entschied sich demgegenüber für die Lösung der alljährlichen einmaligen Rechnungsprüfung, ein System, das in den Kommissionsberatungen vorgeschlagen worden war.

⁴ Stambach, Else, Die Aktiengesellschaft in der Schweiz bis zum Erlaß des Obligationenrechts, in Jahrbuch der Basler Juristenfakultät, XIV—XV. Heft, 1935—1936, Seite 82 ff.

⁵ Munzinger, Motive zum Entwurf eines schweizerischen Handelsrechts, Bern 1865, Seite 119 ff.

Das Bundesgesetz über das Obligationenrecht trat am 14. 6. 1881 in Kraft. Schon in diesem Gesetz wurde die noch heute gültige Dreiteilung der Organe der Aktiengesellschaft festgelegt, nämlich in Generalversammlung, Verwaltung und Kontrollstelle (Artikel 642 altes OR). Dieses letzte Organ war als so dringend notwendig erachtet worden, daß die konstitutive Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister von der Bestellung der Kontrollstelle abhängig gemacht wurde (Artikel 622/I, Ziffer 3 altes OR). Im übrigen waren die Bestimmungen über die Kontrollstelle recht dürftig (Artikel 659-663, altes OR). Darüber half auch nicht die Tatsache hinweg, daß diese Vorschriften lediglich Mindestbestimmungen waren, die durch die Statuten jederzeit ausgeweitet und näher präzisiert werden konnten; denn diese Möglichkeit wurde in praxi kaum wahrgenommen.

Wer sich als Revisor – so wurden und werden die Mitglieder der Kontrollstelle bezeichnet – wählen lassen wollte, mußte keinerlei persönliche oder sachliche Voraussetzungen erfüllen. Vorgeschrieben war nur das Negativum, daß der Revisor nicht Mitglied der Gesellschaft sein müsse. Damit war jeder Abhängigkeit der Kontrollstelle von der Verwaltung Tür und Tor geöffnet. Da das Verwaltungsorgan in der Generalversammlung erfahrungsgemäß ein Übergewicht besitzt, wurden nur genehme Revisoren in die Kontrollstelle gewählt. Außerdem betrachtete man in vielen Fällen die Mitgliedschaft der Kontrollstelle als Anwartschaft für eine Wahl in die Verwaltung⁶. Die Revisoren hätten sich ins eigene Fleisch geschnitten, wenn sie gegen die Verwaltung agiert hätten.

Man hätte erwarten können, daß der Gesetzgeber bei den Revisoren bestimmte Fachkenntnisse vorausgesetzt hätte, die nun einmal bei der Prüfung der Rechnungslegung absolut nötig sind. Dem war jedoch nicht so. Es spielte keine Rolle, ob der Revisor von kaufmännischen Angelegenheiten oder gar von doppelter Buchführung etwas verstand, er konnte praktisch aus jedem Beruf kommen.

Daneben blieb das Aufgabengebiet der Mitglieder der Kontrollstelle durch Gesetz- und Rechtsprechung so eng begrenzt, daß zumindestens in den ersten Jahren für die Tätigkeit von Bücherexperten kaum Platz blieb. Erst im Laufe der Zeit lernten viele Aktiengesellschaften eine Prüfung der Rechnungsführung durch Sachverständige schätzen, die über die gesetzlichen Minimalforderungen hinausging. Das alte Obligationenrecht verlangte von der Kontrollstelle eine Prüfung der Bilanz sowie der von der Verwaltung vorgelegten Rechnungen. Es ist unbestritten, daß nur eine materielle, bis auf die Belege zurückgehende Prüfung den Revisoren und damit der Generalversammlung die Wahrscheinlichkeit der Richtigkeit des vorgelegten Abschlusses verschaffen kann. Das Bundesgericht war im

6 vgl. Widmer, Harald, Die Kontrolle der Aktiengesellschaft nach schweizerischem Recht, Dissertation, Bern 1934, Seite 8

einzigen Entscheid, den es in dieser Materie gefällt hat, gegenteiliger Meinung⁷. Unter Prüfung sei eine solche rein kalkulatorischer Art (was soviel wie formell bedeuten sollte) zu verstehen. Es genüge also, wenn die Bilanzpositionen mit denen des Hauptbuches verglichen würden. Den Revisoren wurde zwar zugestanden, sie hätten „das Recht, die Vorlage der Bücher und Belege zu begehren sowie den Kassenbestand festzustellen“, aber nicht unbedingt „die Pflicht dazu, und jedenfalls gehe ihnen gesetzlich das Recht und die Pflicht zur Prüfung der Geschäftsführung ab.“ Mit dieser engen Auslegung der Revisorenpflichten verloren die Verantwortlichkeitsbestimmungen für die Mitglieder der Kontrollstelle weitgehend ihre Bedeutung. Es war kaum möglich, diese minimalen Anforderungen nicht zu erfüllen und dadurch die Aufsichtspflichten zu verletzen oder zu vernachlässigen.

Daß man vor allem in den Berufskreisen der Büchersachverständigen – aber nicht nur dort – eine Revision dieser ungenügenden Artikel forderte, war eine logische Folge. Es sollte jedoch noch viele Jahre dauern, bis das heute gültige Obligationenrecht von 1937 wenigstens einem Teil der Vorschläge Rechnung trug. Die erste Revision des alten Obligationenrechts, nämlich das „Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des schweizerischen Zivilgesetzbuches, fünfter Teil: Obligationenrecht“ vom 30. 3. 1911 überstanden die aktienrechtlichen Artikel des Obligationenrechts von 1881 unverändert.

Der Schöpfer des schweizerischen Zivilgesetzbuches, Professor Eugen Huber, war als erster mit einer Revision des Rechts der Handelsgesellschaften beschäftigt. Seine Vorschläge wurden zu einem Entwurf über das gesamte nicht revidierte Obligationenrecht ausgearbeitet und durchberaten. Das Ergebnis bildete der sogenannte Entwurf I, die von Huber verfaßte „Vorlage an das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement vom Dezember 1919“ samt dem Bericht I vom März 1920. Zweifellos erkannte Huber die ungenügende Regelung der Prüfungspflicht. Allerdings waren seine Vorschläge zu ungenau, wenn er auch bereits eine Orientierungspflicht an die Generalversammlung seitens der Revisoren bei von diesen wahrgenommenen Unregelmäßigkeiten außerhalb der Rechnungsprüfung einbaute⁸.

Professor Huber konnte seine Arbeit nicht mehr zu Ende führen. Er starb am 24. 4. 1923. An seine Stelle trat „Alt-Bundesrat“ Hoffmann, der die von vielen Seiten eingegangenen Anregungen und Eingaben sowie die Grundlagen des ersten Entwurfes in seinem Entwurf II verwertete. Von einer Prüfung der Bücher und Belege schlechthin, wie sie der Entwurf I in Verken- nung der wirtschaftlichen Realität vorsah, wurde zugunsten der Prü-

⁷ BGE, 34 II Seite 501

⁸ Entwurf I, Artikel 772, 773

fung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und zutreffenden Darstellung der Vermögenslage sowie des Geschäftsergebnisses Abstand genommen⁹. Die ausdrückliche Zulassung von juristischen Personen, wie Revisions- und Treuhandgesellschaften, in die Kontrollstelle wurde erstmals paraphiert¹⁰. Eine Berichterstattungspflicht der Revisoren an die Generalversammlung wurde bei der Feststellung rein formeller Unregelmäßigkeiten abgelehnt. Zu einer unbedingten Beiziehung von Büchersachverständigen konnte man sich nicht entschließen, vielmehr sollte dieses Ziel durch strenge Handhabung der Verantwortlichkeitsbestimmungen erreicht werden¹¹.

Der Entwurf II wurde von einer großen Expertenkommission in den Jahren 1924/25 durchberaten. Die Expertenkommission konnte sich einer von der Schweizerischen Treuhandgesellschaft und Mitunterzeichnern gemachten Eingabe nicht anschließen, wonach mindestens ein Mitglied der Kontrollstelle hätte Sachverständiger sein sollen. Das Argument war nicht besonders stichhaltig. Das Mitglied der Expertenkommission Bachmann führte wie folgt aus: „Infolge der vom Entwurf vorgenommenen Erweiterung der Kompetenzen der Revisoren dürften es so und so viele Laien überhaupt nicht mehr wagen, sich in die Kontrollstelle wählen zu lassen. Damit ist dafür Vorsorge getroffen, daß diese nur von qualifizierten Personen besetzt werden wird¹².“ Leider zeigte die Praxis verschiedene gegenteilige Beispiele. Im übrigen bejahte die Kommission die Tendenz der Erweiterung der Befugnisse und Pflichten der Revisoren in materieller und formeller Hinsicht¹³. Das Protokoll der Expertenkommission wurde 1928 veröffentlicht.

Der Bundesrat unterbreitete den eidgenössischen Räten den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Revision der Titel 24–33 des schweizerischen Obligationenrechts (Entwurf III) mit der dazugehörenden Botschaft vom 21. 2. 1928. In der Botschaft wurde eine jederzeitige stichprobenweise Prüfung der Bücher und – zum wiederholten Male – der Zwang zur Beiziehung von eigentlichen Sachverständigen abgelehnt¹⁴. Inhaltlich war der Entwurf III, soweit er die interne Kontrollstelle betrifft, mit dem heute geltenden Recht weitgehend identisch.

Der Ständerat beriet die Vorlage in den Jahren 1931/32, der Nationalrat 1934. Nachdem verschiedene Differenzen zwischen den beiden Räten beseitigt waren, wurde das Gesetz am 18. 12. 1936 angenommen und am 1. 7. 1937 in Kraft gesetzt.

9 Entwurf II, Artikel 742

10 Entwurf II, Artikel 741/IV

11 Bericht II, Seite 77

12 Protokoll der Expertenkommission, Seite 396

13 Protokoll der Expertenkommission, Seite 399

14 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 21. 2. 1928 über die Revision der Titel 24–33 OR, Seite 53

2. Das Prüfungsorgan

a) Die Organisation der Aktiengesellschaft in der Schweiz und in Deutschland

Um die Möglichkeiten der Ausgestaltung eines Prüfungsorganes im Rahmen des internationalen Privatrechts aufzuzeigen, werden anschließend die Verhältnisse und Bedingungen der Kontrollstelle des Schweizer Obligationenrechts denjenigen des deutschen Prüfungsorganes gegenübergestellt.

Das Schweizer Aktienrecht weist gegenüber dem deutschen neben vielen parallel behandelten Tatbeständen auch manche Verschiedenheit auf. Vor allem bei der Organisation der Aktiengesellschaft – und hier besonders bei der Regelung des Kontrollorgans – sind erhebliche Unterschiede festzustellen. Der Vergleich der einzelnen Organe beider Länder bringt die relativ schwache Stellung des schweizerischen Kontrollorgans deutlich zum Ausdruck.

Die Organe jeder Aktiengesellschaft lassen sich in drei Haupttypen einteilen: einer Versammlung der Aktionäre, einem Verwaltungs- sowie einem Aufsichts- beziehungsweise Kontrollorgan. Während sich bei der Aktionärversammlung kaum Abweichungen ergeben dürften, sieht Ronner bei den beiden anderen Organen folgende Ausgestaltungsmöglichkeiten¹⁵:

1. Verwaltungsrat und Aufsichtsrat;
2. Verwaltungsrat mit Delegationsmöglichkeit ohne Aufsichtsrat, eventuell mit Prüfungsorgan;
3. Verwaltungsrat ohne Delegationsmöglichkeit ohne Aufsichtsrat, eventuell mit Prüfungsorgan.

Der deutsche Gesetzgeber entschied sich für die erste Lösung, während die Schweiz das Aufsichtsratsprinzip ablehnte und sich zur zweiten Möglichkeit bekannte, wobei die interne Kontrollstelle die Aufsichtsfunktion übernahm. Von der Delegationsmöglichkeit, das heißt von der Möglichkeit, die Geschäftsführungsbefugnis weitgehend an eine Direktion zu übertragen, wird in der Praxis reger Gebrauch gemacht. Im einzelnen ist die Aktiengesellschaft wie folgt organisiert:

Schweiz:

Das oberste Organ der Aktiengesellschaft ist die Generalversammlung der Aktionäre. Ihre unübertragbaren Befugnisse werden in Artikel 698 OR aufgeführt, wozu unter anderem die Wahl der Verwaltung und der Kontrollstelle zählen.

¹⁵ Ronner, Max, Aufsicht und Prüfung im Recht der Aktiengesellschaft, in Züricher Beiträge zur Rechtswissenschaft, neue Folge Heft 54, Seite 58

Geschäftsführendes Organ der Aktiengesellschaft ist die Verwaltung (bei einem Mitglied) beziehungsweise der Verwaltungsrat (bei zwei und mehr Mitgliedern). Die Mitglieder des Verwaltungsrates müssen Aktionäre der Gesellschaft sein (Artikel 707/I OR). Sie werden von der Generalversammlung gewählt, und zwar das erstmal höchstens auf drei, später maximal auf sechs Jahre (Artikel 708 OR). Ihre Aufgaben bestimmen sich nach dem Gesetz, den Statuten, dem Reglement und den Beschlüssen der Generalversammlung (Artikel 721/I OR). Eine Übertragung von Geschäftsführungsbefugnissen an einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats (Delegierte) oder Dritte (Direktoren) wird durch Artikel 717 OR gestattet, soweit sie in den Statuten oder durch das Reglement der Gesellschaft vorgesehen ist.

Die interne Kontrollstelle stellt das Prüfungsorgan der Gesellschaft dar. Ihr gehören ein oder mehrere Revisoren an, die nicht Aktionäre zu sein brauchen. Sie dürfen weder Angestellte noch Mitglieder des Verwaltungsrats sein.

Deutschland:

Die Hauptversammlung der Aktionäre ist das oberste Organ der Aktiengesellschaft (§§ 102 ff Akt.G.). Sie beschließt in den im Gesetz und in der Satzung ausdrücklich bestimmten Fällen (§ 103/I Akt.G.); über Fragen der Geschäftsführung kann die Hauptversammlung nur auf Verlangen des Vorstandes entscheiden. Unter ihre Aufgaben fällt die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats sowie Wahl des Aufsichtsrats und Abschlußprüfers, nicht aber des Vorstandes.

Die Pflichten und Rechte der Geschäftsführung werden vom Vorstand wahrgenommen, der aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen kann. Die Macht des Vorstandes ist im deutschen Aktienrecht besonders ausgeprägt¹⁶. Er hat die Gesellschaft unter eigener Verantwortung zu leiten, Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis sind Dritten gegenüber unwirksam (§§ 70/I, 74/II). Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre gewählt.

Das Überwachungsorgan bildet der von der Hauptversammlung auf höchstens vier Jahre zu wählende Aufsichtsrat. Die Hauptaufgaben des Aufsichtsrates sind Bestellung und Abberufung des Vorstandes und die laufende Überwachung der Geschäftsführung (§ 95/I). Maßnahmen der Geschäftsführung dürfen ihm daher nicht übertragen werden, allerdings können bestimmte Arten von Geschäften einer Zustimmungspflicht des Aufsichtsrats unterliegen (§ 95/V). Im Gesetz vorgesehen, aber schon vor Einführung der Pflichtprüfung stark vernachlässigt, ist die Aufgabe der Rechnungsprüfung (Kannvorschrift § 95/III).

16 Führerprinzip!, Aktiengesetz vom 30. 1. 1937

Neben dem Aufsichtsrat kennt das deutsche Aktienrecht seit 1931 die Institution der Abschlußprüfer als selbständiges Kontrollorgan mit der Aufgabe, den Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung und den Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, zu prüfen.

b) Die rechtliche und wirtschaftliche Identität der Organe

Obwohl sowohl die Schweizer als auch die deutsche Aktiengesellschaft innerhalb ihrer Organisation dieselben Organtypen aufweisen, ist eine Gegenüberstellung dieser Organe nicht ohne weiteres durchzuführen. Das rührt daher, weil einzelne Organe Elemente von verschiedenen Organen des anderen Landes – und nicht nur von einem – enthalten, so daß eine generelle Gleichschaltung eines Organes der deutschen Aktiengesellschaft mit einem bestimmten Organ der Schweizer Aktiengesellschaft nicht möglich ist. Um den verschiedenen Vergleichsmöglichkeiten gerecht zu werden, haben wir zwei voneinander abweichende Vergleichsmaßstäbe gewählt: die rechtliche und die wirtschaftliche Identität der Organe. Eine rechtliche oder ursprüngliche Identität ist zwischen folgenden Organen gegeben:

Hauptversammlung	– Generalversammlung (Legislative)
Vorstand	– Verwaltung (geschäftsführendes Organ)
Aufsichtsrat	– Kontrollstelle (Kontrollorgan)
Abschlußprüfer	

Sicherlich herrscht volle Einigkeit darüber, daß die Generalversammlung nur mit der Hauptversammlung vergleichbar ist. Ebenso steht fest, daß die Verwaltung und der Vorstand die obersten geschäftsführenden Organe darstellen. Die Tatsache, daß der Verwaltungsrat die Geschäftsführungsbefugnis oft weitgehend an eine Direktion überträgt, ändert nichts an seiner rechtlichen Stellung als Exekutivorgan¹⁷. Die Berechtigung der Gegenüberstellung von Aufsichtsrat und interner Kontrollstelle wird besonders deutlich, wenn wir uns in die Zeit vor Einführung des Abschlußprüfers in Deutschland zurückversetzen. Die Kontrollfunktionen wurden in Deutschland vom Aufsichtsrat, in der Schweiz von der internen Kontrollstelle wahrgenommen. Dabei lag in Deutschland der Schwerpunkt bei der Aufsicht der Geschäftsführung, während die Kontrolle der Rechnungsführung verkümmerte. In der Schweiz oblag der Kontrollstelle lediglich eine Prüfung der Rechnungsführung. Mit Maßnahmen der Geschäftsführung haben sich die Revisoren erst seit Inkrafttreten des neuen Obligationenrechtes auseinanderzusetzen, wenn sie bei der Prüfung der Rechnungslegung Unregelmäßigkeiten auf anderen Gebieten feststellen. In jedem der bei-

¹⁷ vgl. Steiger, Fritz von, a. a. O., Seite 290; Bachmann, Die Aktiengesellschaft, in Kommentar Schneider — Fick zum schweizerischen OR, Zürich 1915, zu Artikel 655, N 3; Töndury, Die Organisation der Rechnungsprüfung bei AGn, Seite 7 f

den Länder wurde also ein Prüfungsgebiet stark vernachlässigt. Aber sowohl die interne Kontrollstelle als auch der Aufsichtsrat waren und sind Überwachungsorgane und damit rechtlich identisch, auch wenn ihre Tätigkeitsgebiete voneinander abweichen. Da aber auch die ohnehin nicht großen, gesetzlich vorgesehenen Aufsichtspflichten nicht ernst genug erfüllt wurden – die Wirtschaftskrise tat ein übriges –, kam es vielfach zu Zusammenbrüchen, die von einwandfrei funktionierenden Prüfungsorganen hätten längst erkannt werden müssen.

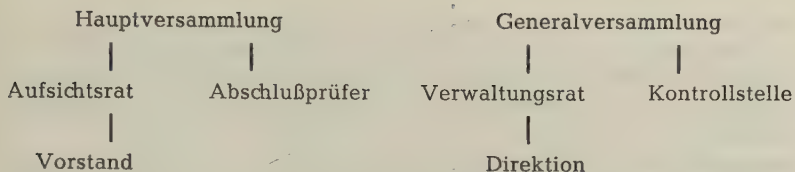
In diesem Zeitpunkt griff der deutsche Gesetzgeber ein. Durch Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und eine Steueramnestie vom 19. 9. 1931 wurde die Pflichtprüfung für Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien eingeführt. Als Prüfer konnten nach der Aktienrechtsnovelle von 1931 nur Personen herangezogen werden, die in der Buchführung ausreichend vorgebildet und erfahren waren. Aber bereits die erste Durchführungsverordnung vom 13. 12. 1931 bestimmte in Artikel 5, daß als Bilanzprüfer nur noch öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer oder Prüfungsgesellschaften in Betracht kämen. Die Abschlußprüfer übernahmen die Pflichten, die der Aufsichtsrat nur ungenügend ausführte, nämlich die Prüfung der Rechnungslegung. Zu den drei ursprünglichen Organen der deutschen Aktiengesellschaft kam mit dem Abschlußprüfer eine weitere Institution mit Organ-eigenschaft. Damit waren in Deutschland die gesetzlichen Erfordernisse für eine eingehende Kontrolle der Geschäftsführung und Rechnungslegung gegeben.

Ein rechtliches Gegenstück zum deutschen Abschlußprüfer wurde in der Schweiz nicht ins Leben gerufen. Dazu lag auch gar keine Notwendigkeit vor, da die Prüfung der Rechnungslegung Hauptaufgabe der internen Kontrollstelle war. Aus der Gleichheit der Aufgabengebiete von Kontrollstelle und Abschlußprüfer kann aber nicht auf eine rechtliche Identität dieser Organe geschlossen werden. Man könnte höchstens sagen, daß die Kontrollstelle neben dem Aufsichtsrat im Abschlußprüfer ein weiteres Pendant erhalten hat.

Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich, wenn die einzelnen Organe im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Funktion verglichen werden. In dieser Beziehung ist folgende Gegenüberstellung angebracht, die wir als wirtschaftliche Identität ansehen:

Hauptversammlung	—	Generalversammlung
Aufsichtsrat	—	Verwaltungsrat
Vorstand	—	Direktion
Abschlußprüfer	—	Kontrollstelle

Dieselbe Gruppierung erhält man, wenn man die einzelnen Organe in der Richtung ihrer Wahl vergleicht:



Hauptversammlung und Generalversammlung sind als einzige Organe rechtlich und wirtschaftlich identisch. Es fällt jedoch auf, daß in der Schweiz das geschäftsführende Organ, die Verwaltung, von der Generalversammlung gewählt wird, während in Deutschland der Aufsichtsrat und nicht die Hauptversammlung den Vorstand bestimmt. Darin kommt bereits die verschiedenartige Stellung des deutschen und des schweizer Kontrollorgans zum Ausdruck. Es wäre undenkbar, daß die interne Kontrollstelle die Mitglieder des Verwaltungsrats bestellt. Das Abhängigkeitsverhältnis könnte nur entgegengesetzt sein. Durch die Delegationsmöglichkeit wird der Verwaltungsrat zu einem gewissen Grade von der Geschäftsausübung entfernt, eine Tatsache, die Grüninger¹⁸ bestimmte, in der Verwaltung eine dem deutschen Aufsichtsrat ähnliche Institution zu erblicken. Bestärkend in dieser Richtung wirkt mit, daß sowohl Aufsichtsrat als auch Verwaltungsrat mit repräsentativen Persönlichkeiten besetzt sind. Demnach sind hinsichtlich ihrer effektiven Tätigkeit Aufsichtsrat und Verwaltungsrat, soweit er die Geschäftsführungsbefugnis an eine Direktion übertragen hat, durchaus vergleichbar.

Die eigentliche Leitung der Geschäfte wird de facto vom Vorstand beziehungsweise von der Direktion wahrgenommen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Vorstand in jedem Falle geschäftsführendes Organ der Gesellschaft ist, daß die geschäftliche Oberleitung in der Schweiz aber bei der Verwaltung liegt, die ihre Befugnisse nicht notwendigerweise an eine Direktion oder sonstige Ausschüsse übertragen muß. Geschieht dies jedoch, und in der Praxis ist das bei den meisten größeren Gesellschaften der Fall, so ist eine wirtschaftliche Identität zwischen Vorstand und Direktion ohne Zweifel gegeben.

Die Prüfung der Rechnungslegung bleibt dem Abschlußprüfer beziehungsweise der Kontrollstelle vorbehalten, zwei Institutionen, die wirtschaftlich als auch in bedingtem Maße rechtlich identisch sind.

c) Wahl und Wählbarkeit der internen Kontrollstelle

Der Kontrollstelle gehören ein oder mehrere Mitglieder an, die im Gesetzestext als Revisoren bezeichnet werden (Art. 727/I OR). Die Statu-

¹⁸ Grüninger, Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach deutschem Recht und die Organisation der AG nach schweizerischem geltendem und kommendem Recht, Freiburg im Breisgau 1930, Seite 27; vgl. Hofer, a. a. O. S. 14

ten der Gesellschaft müssen sich klar und deutlich über die Organisation der Kontrollstelle aussprechen. Soweit die Befugnisse und Pflichten der Kontrollstelle über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen, sind sie zu ihrer Verbindlichkeit in die Statuten der Gesellschaft aufzunehmen.

Die Kontrollstelle wird durch die Generalversammlung gewählt (Artikel 727/I OR), und zwar das erstemal auf ein Jahr und später höchstens auf drei Jahre. Diese Wahl ist ein unübertragbares Recht der Generalversammlung. Für die erste Amtsdauer erfolgt die Bestellung der Kontrollstelle durch die konstituierende Generalversammlung. Neben den eigentlichen Revisoren können auch Ersatzmänner bezeichnet werden. Auf diese Weise können Ersatzwahlen während des Geschäftsjahres, die durch Rücktritt, Abberufung oder Todesfall eines Revisors notwendig würden, verhindert werden. Da die Kontrollstelle ein notwendiges Organ der Aktiengesellschaft ist, darf sie keinesfalls längere Zeit unbesetzt sein. Der Verwaltungsrat ist für die Besetzung der Kontrollstelle verantwortlich. Die Wahl der Kontrollstelle muß auf der Tagesordnung der Generalversammlung angekündigt sein. Aktienbesitz eines Kandidaten schließt dessen Wählbarkeit nicht aus. Wenn aus dem Wahlergebnis die Zeitdauer der künftigen Amtsperiode nicht ersichtlich ist, wird eine solche von einem Jahre angenommen. Selbstverständlich kann niemand zur Annahme der Wahl gezwungen werden. Wenn der Revisor jedoch die Wahl angenommen hat, übernimmt er damit alle mit diesem Amt verbundenen Rechte und Pflichten. Eine bedingte, nicht vorbehaltlose Annahme der Wahl ist nicht möglich. Es steht dem Revisor nicht zu, die ihm vom Gesetz übertragenen Aufgaben abzuändern oder einzuschränken¹⁹.

Die Generalversammlung ist berechtigt, die Kontrollstelle ohne Angabe von Gründen abzurufen. Allerdings muß dieser Vorgang in der Tagesordnung der Generalversammlung enthalten sein (Artikel 705, 700 OR). Die Revisoren können nicht auf Beibehaltung des Auftragsverhältnisses klagen²⁰. Für bereits geleistete Prüfungsarbeit sowie, zumindestens bei berufsmäßigen Revisoren, für entgangenen Gewinn, bleiben Entschädigungsansprüche der Abgerufenen vorbehalten (Artikel 705/II)²¹. Soweit die Revisoren Mitglieder der Gesellschaft sind, können sie über die Abberufung mit abstimmen. Die herrschende Lehre billigt ihnen dagegen bei der Frage der Entschädigung kein Stimmrecht zu²². Diesem jederzeitigen Abberufungsrecht durch die Generalversammlung steht notwendigerweise

19 vgl. Giroud, Emil, Handbuch der Buch- und Bilanzprüfung in der Schweiz, Zürich 1944, Seite 36

20 vgl. Eidgenössisches Handelsregisteramt, in Schweizerische Juristenzeitung 26, S. 299

21 Obwohl keine gesetzliche Regelung besteht, die für die Kontrollstelle die Festsetzung eines Honorars vorsieht, herrscht Einmütigkeit darüber, daß den einzelnen Revisoren Anspruch auf Entschädigung zusteht.

22 vgl. Schucany, E., a. a. O., zu Artikel 695 N5, Seite 126; Botschaft 1928, Seite 44

das Korrelat eines entsprechenden Rücktrittsrechtes der Revisoren entgegen, dessen Ausübung zur Unzeit die Revisoren schadensersatzpflichtig macht.

In die Kontrollstelle können natürliche und juristische Personen, wie Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, gewählt werden (Artikel 727/III OR). Die Revisoren dürfen weder Mitglieder des Verwaltungsrats noch Angestellte der Gesellschaft sein. Diese an sich selbstverständliche Bestimmung, daß kontrollierende und kontrollierte Personen nicht identisch sein dürfen, wurde erst ins neue Obligationenrecht aufgenommen (Artikel 727/II OR)²³. Aus diesem Grundsatz ergibt sich als logische Folge, daß die Prüfung der Rechnungslegung ausschließlich Aufgabe der Revisoren ist, und nicht, wie es vor 1936 vorkam, gemeinsam mit dem Verwaltungsrat durchgeführt wird²⁴. Natürlich gibt die gesetzliche Unvereinbarkeit von der gleichzeitigen Ausübung einer Position im geschäftsführenden und beaufsichtigenden Organ noch keine Garantie für die Unabhängigkeit der Revisoren.

Auch wenn der Verwaltungsrat in der Generalversammlung kein gesetzliches Vorschlagsrecht hat, so werden die aufgestellten und dem Verwaltungsrat genehmen Revisoren mit ziemlicher Sicherheit gewählt. Diese Tatsache kann dann kritisch werden, wenn es sich bei den Revisoren nicht um unabhängige Sachverständige handelt. Einen wesentlichen Einfluß auf die Abhängigkeit der Prüfer spielt die Honorarfrage. Durch die Höhe der Entschädigung sollte die Unabhängigkeit des Prüfers garantiert werden. Allerdings können andererseits offensichtliche Überzahlungen der Tätigkeit ein Abhängigkeitsverhältnis entstehen lassen. Nicht zuletzt beeinflussen rein menschliche Dinge auch den gewissenhaftesten Revisor. Insgesamt möchten wir sagen, daß die Ausschaltung jeder Abhängigkeit vielleicht gesetzlich, niemals tatsächlich möglich ist²⁵.

Außer den genannten Voraussetzungen hat der Schweizer Gesetzgeber keine weiteren Anforderungen an die Wählbarkeit des Revisors gestellt. Durch das Fehlen jeder fachlichen Voraussetzung an den Prüfer werden die Bestimmungen über die Kontrollstelle mit zu den rechtlich schwächsten und angegriffensten im Obligationenrecht. Das zu einer Prüfung der Rechnungslegung nötige Fachwissen hätte die unbedingte Beiziehung von Büchersachverständigen erfordert. Der Gesetzgeber schloß sich diesem Postulat leider nicht an und begründete diese Maßnahme mit wenig überzeugenden Argumenten. Vor allem wollte der Gesetzgeber kleineren Aktiengesellschaften nicht die Kosten einer fachgemäßen Prüfung auf-

23 vgl. Sten. Bull. Ständerat, 1932, Seite 355

24 Graner, Paul, Stellung, Aufgaben und Pflichten der internen Kontrollstelle nach revidiertem Obligationenrecht, Zürich 1939, Seite 4

25 Auch in Deutschland ist eine tatsächliche Abhängigkeit trotz gesetzlicher Vorsorge gegeben (vgl. bankabhängige Prüfungsgesellschaften).

erlegen, ohne zu bedenken, daß gerade die Prüfung durch Laien effektiv wesentlich teurer zu stehen kommen kann. Außerdem sind es gerade diese Laien, die zum Verwaltungsrat in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen. Andererseits ist es verständlich, daß der Gesetzgeber nicht einer Organisation wie der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen ein Monopol zur Prüfung der Aktiengesellschaften zubilligen konnte. Der Gesetzgeber hätte aber in jedem Falle Sorge tragen müssen, daß die jährliche Prüfung von „Sachverständigen“ durchgeführt wird, selbst wenn die Definition dieses Begriffes Schwierigkeiten bereitet hätte. Wenn der Gesetzgeber ein Aufsichtsorgan schafft, dann muß er auch dafür sorgen, daß es funktioniert und den gesetzlichen Anforderungen nachkommt und nicht nur als rechtliche Notwendigkeit angesehen wird. Eine Erwähnung des qualifizierten Revisors durch die ausdrückliche Zulassung von Treuhandgesellschaften und Revisionsverbänden ist zwar bemerkenswert, aber nicht ausreichend. Die Argumentation, daß ein Laie es mit Rücksicht auf die Haftungsbestimmungen und die Schwierigkeit des Aufgabengebietes gar nicht wagen werde, sich als Revisor bestätigen zu lassen, ist wenig stichhaltig; denn dann hätte man die Zuziehung von Sachverständigen gleich als obligatorisch erklären können.

Es ist interessant zu untersuchen, wie die Wirtschaft auf die lückenhaften Prüfungsbestimmungen reagiert. Bei diesem Vorgang ist zwischen den Aktiengesellschaften zu unterscheiden, deren Bilanz nach Artikel 723 OR²⁶ einer zusätzlichen Prüfung durch unabhängige Büchersachverständige unterzogen wird, und solchen Gesellschaften, bei denen die interne Kontrollstelle das einzige Prüfungsorgan darstellt. Die erstgenannten Gesellschaften werden also in jedem Fall durch Sachverständige geprüft. Da die unabhängigen Büchersachverständigen gleichzeitig als Revisoren der internen Kontrollstelle gewählt werden können, besteht die Möglichkeit einer Identität der internen und externen Kontrollstelle, wie das Prüfungsorgan nach Artikel 723 OR bezeichnet wird. Soweit die unabhängigen Büchersachverständigen nach Artikel 723 OR nicht mit den Aufgaben der internen Kontrollstelle beauftragt werden, sind in diesem Organ in der Regel Laien als Revisoren tätig. Die Zugehörigkeit zur internen Kontrollstelle wird in diesem Falle mehr als Ehrenamt betrachtet, natürlich auch als Anwartschaft zu einer späteren Position im Verwaltungsrat. Im Hinblick auf eine fachmännische Bilanzprüfung ist diese Tatsache nicht von einschneidender Bedeutung, da eine fachmännische Revision durch die externe Kontrollstelle vorgenommen wird.

Eine andere Lage ergibt sich bei den kleineren Aktiengesellschaften, deren Jahresabschluß nur von der internen Kontrollstelle geprüft wird. Hier ist zu bemerken, daß der Großteil dieser Gesellschaften die Kontroll-

26 vgl. Ausführungen im entsprechenden Kapitel über die Prüfung nach 723 OR

stelle mit Fachleuten besetzt hat, daß daneben aber noch eine ganze Anzahl von nicht genügend vorgebildeten Personen als Revisoren bestellt werden, denen die Qualifikation zur Durchführung derartiger Revisionen abgeht. Solange die Jahresabschlüsse ordnungsgemäß aufgestellt sind, wird eine eventuelle Prüfungsuntauglichkeit kaum Weiterungen nach sich ziehen. Wenn die Aufstellung der Bilanzen jedoch unordnungsgemäß vorgenommen wurde, kann das Nichterkennen von Fehlern nachteilige Folgen für die Revisoren und die Gesellschaft haben. Allerdings ist einschränkend zu bemerken, daß eine ganze Anzahl von Gesellschaften eine verhältnismäßig geringe Geschäftstätigkeit ausüben (Verwaltungen). Bei diesen Unternehmungen werden an die Vorbildung der Revisoren zweifellos geringere Anforderungen gestellt als bei Gesellschaften mit normaler Geschäftstätigkeit. Selbstverständlich wäre auch in diesen Fällen eine qualifizierte Revision vorzuziehen. Insgesamt gesehen halten wir es für erfreulich, daß sich der überwiegende Teil der Aktiengesellschaften von Fachleuten prüfen läßt und daß die Mitglieder der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen auf diesem Gebiet absolut führend sind.

d) Notwendigkeit und Stellung der Kontrollstelle

Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines Kontrollorgans ist längst allgemein anerkannt. Es wurde als Ausgleich für das mangelnde Einsichtsrecht der Aktionäre geschaffen, da es in praxi nicht möglich ist, daß sich sämtliche Kapitalgeber einzeln über die Verwendung ihrer zur Verfügung gestellten Mittel orientieren. Neben den Aktionären haben vor allem die Gläubiger, aber auch der Verwaltungsrat — zu seiner eigenen Entlastung — ein Interesse daran, daß eine wirksame Kontrolle durchgeführt wird. Die Rechnungsrevision soll überhaupt allen an der Bilanzaufstellung interessierten Personen die Gewähr geben, „daß die Geschäftsvorfälle des laufenden Jahres ihre sachgemäße buchhalterische Behandlung erfahren haben und daß die zu einer einwandfreien Bilanzaufstellung nötigen Handlungen mit der verlangten Sorgfalt und Genauigkeit vorgenommen worden sind“²⁷. Die Kontrolle wird um so notwendiger sein, je vielgestaltiger das Unternehmen, je größer das Grundkapital ist und je umfangreicher die Bilanzunterlagen sind.

Auch wenn die Kontrollstelle gewissermaßen als Rechtsschutz für die Aktionäre geschaffen wurde, sind die Revisoren doch nicht bloße Beauftragte beziehungsweise Vertreter der Aktionäre. Wären sie das, so könnte die Generalversammlung bestimmen, ob überhaupt oder inwieweit eine Prüfung der Rechnungslegung durchgeführt werden soll. Die Revisoren haben aber in jedem Falle ihre gesetzlichen und statutarischen Pflichten

²⁷ Meyer, Eduard, Die Bilanz der Aktiengesellschaft im künftigen Handelsrecht, Bern 1934, Seite 114

zu erfüllen, wobei sie auf einschränkende Weisungen der Generalversammlung keine Rücksicht nehmen dürfen. Die Kontrollstelle soll nach dem Willen des Gesetzgebers eine unabhängige, objektive Institution darstellen und keine von der Generalversammlung bestellte Prüfungskommission²⁸.

Die Kontrollstelle als solche steht in keinem Vertragsverhältnis zur Gesellschaft. Sie kann logischerweise nicht als Vertragspartner der Gesellschaft auftreten, weil sie selber ein Teil der Gesellschaft ist. Dagegen besteht zwischen der Gesellschaft und den einzelnen Revisoren ein Auftragsverhältnis, nicht aber zwischen der Generalversammlung und den Revisoren, da die Generalversammlung lediglich als Organ der Aktiengesellschaft in deren Namen die Revisoren wählt.

3. Die Aufgaben der Kontrollstelle

a) Die Prüfung der Rechnungslegung

Die Aufgaben der internen Kontrollstelle sind im Gesetz festgelegt. Sie können durch die Statuten der Aktiengesellschaft und durch Beschlüsse der Generalversammlung erweitert, nicht aber eingeschränkt werden (Artikel 731/I OR). Die mit Abstand wichtigste Aufgabe besteht in der Prüfung des Jahresabschlusses.

Die Mindestanforderungen, die das Aktienrecht verschiedener europäischer Staaten an die Prüfung der Rechnungslegung stellt, weisen überraschend wenig Abweichungen auf. Diese Tatsache wurde anlässlich einer Diskussion der Kommission für Buchprüfung der UEC besonders deutlich, die Ende September 1954 in Zürich unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. E. Bossard stattfand. Im „Gesamtbericht für den Kongreß in Bruxelles“ wurde bei der Ausarbeitung des nachfolgenden Überblicks eine Darstellung mit Buchstaben-Symbolen gewählt²⁹.

Die einzelnen Buchstaben bedeuten:

- a Stimmen Erfolgsrechnung und Bilanz mit den Büchern überein?
- b Sind die Bücher gesetzmäßig und ordnungsgemäß geführt?
- c Entsprechen die Darstellung des Geschäftsergebnisses und der Vermögensausweis in bezug auf Gliederung und Bewertung den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften sowie den allgemeinen Grundsätzen?
- d Entspricht die Ergebnisverwendung den gesetzlichen oder allfälligen statutarischen Vorschriften?
- e Entspricht der Geschäftsbericht den gesetzlichen oder allfälligen statutarischen Grundsätzen?

²⁸ Widmer, Harald, a. a. O., Seite 8

²⁹ Dober, W., Aus der Tätigkeit der Kommission für Buchprüfung der UEC, in Der Schweizer Treuhänder, 29. Jahrgang, Nr. 6, 1955, Seite 81

- f Sind die vom Gesetz vorgeschriebenen Kontrollen während des Jahres ausgeführt worden und haben die Prüfer die ihnen während des Jahres obliegenden Pflichten erfüllt?

Die Prüfung umfaßt folgende Gebiete:

Deutschland:	a	b	c	d	e
Frankreich:	a	b	c	d	e
Holland:	wie Frankreich, jedoch summarischer Prüfungsvermerk, da die Prüfung ganz dem Ermessen des Prüfers unterliegt				
Italien:	a	b	c	d	f
Österreich:	a	b	c	d	e
Portugal:	a	b	c		
Schweiz:	a	b	c	d	

Zu den angegebenen Aufgaben kommt noch die Feststellung beziehungsweise Besprechung des Prüfungsergebnisses, die sich in Deutschland, Österreich und Frankreich auch teilweise auf den Geschäftsbericht erstreckt. Der Schweizer Gesetzgeber kodifizierte die Prüfungspflicht der Kontrollstelle in den Artikeln 728 und 729 OR, wobei die unter den Buchstaben-symbolen a, b und c aufgeführten Prüfungsgebiete in Artikel 728 OR, das unter d angegebene Prüfungsgebiet in Artikel 729 OR behandelt werden.

Nach dem Wortlaut des Artikels 728 OR haben die Revisoren zu prüfen:

- a) ob sich die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz in Übereinstimmung mit den Büchern befinden,
- b) ob diese ordnungsgemäß geführt sind,
- c) ob die Darstellung des Geschäftsergebnisses und der Vermögenslage den gesetzlichen Bewertungsgrundsätzen sowie allfälligen besonderen Vorschriften der Statuten entspricht.

Zur Erreichung dieser gesetzlichen Prüfungsziele haben die Revisoren formelle und materielle Prüfungen durchzuführen. Eine genaue Trennung der genannten Prüfungsarten ist in der Praxis kaum möglich, zumal die Mehrzahl der vorgenommenen Prüfungen sowohl formellen als auch materiellen Charakter haben. Im allgemeinen liegt eine formelle Prüfung dann vor, wenn die rechnerische Richtigkeit und die zahlenmäßige Übereinstimmung der Belege mit den Bucheintragungen sowie der Konteneintragungen mit den Posten des Jahresabschlusses geprüft werden oder, anders ausgedrückt, wenn die Prüfungshandlungen sich auf den formal-rechnerischen Inhalt der Buchführung beziehen³⁰. „Die materielle Prüfung hingegen erfaßt, prüft und würdigt die zugrunde liegenden wirtschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge³¹“. Sie stellt auf die Hintergründe

³⁰ Hintner, Otto, Praxis der Wirtschaftsprüfung, dritte Auflage, Stuttgart 1949, Seite 64; Voß, a. a. O., Seite 209

³¹ Hintner, Otto, a. a. O., Seite 64

der Buchungen ab, sie untersucht, ob verbuchte Vorgänge ihrem wirklichen Wesen nach behandelt sind³², sie umfaßt aber auch Tatsachen wie Haftungsverhältnisse, Verpflichtungen, die sich aus der Rechnungslegung nicht ohne weiteres ersehen lassen. Wichtigstes Gebiet der materiellen Prüfung ist die Bewertung der Bilanzpositionen.

Von den im Gesetz angegebenen Prüfungsgebieten handelt es sich bei dem unter a) aufgeführten um eine rein formelle Prüfung, die sehr einfach und schnell durchzuführen ist. Während der Geltungsdauer des alten Obligationenrechts war diese Kontrolle durchaus ausreichend!

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung beinhaltet formelle und materielle Prüfungen, deren wesentlichste anschließend genannt werden. Es sind vor allem zu prüfen:

die Übereinstimmung von Buchung und Beleg;

die Übereinstimmung der Vorträge mit den Zahlen der genehmigten Vorjahresbilanz;

die Richtigkeit der Überträge von den Abschlußkonten in das Bilanzbeziehungsweise Gewinn- und Verlustkonto, von den Grundbüchern in das Journal und schließlich aus diesem in das Hauptbuch;

die rechnerische Richtigkeit (Additionen) des Hauptbuches, der Journale sowie der Grundbücher;

die rechnerische Richtigkeit der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung durch Aufstellung beziehungsweise Nachprüfung des Bilanz-Tableaus (Summenbilanz, Saldenbilanz, Inventurbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung)³³;

die Zweckmäßigkeit der Verarbeitung des Buchungsstoffes sowie die Zweckmäßigkeit der Buchführung überhaupt;

die richtige Verbuchung des Tatsachenmaterials auf den einzelnen Konten (auch eine Verbuchung auf falschem Konto gäbe formelle Richtigkeit der Buchführung).

Speziell ist unter anderem eine Prüfung des Kassenverkehrs, der Bank- und Postscheckkonten, der Wertpapiere, des Scheck- und Wechselverkehrs, des Warenausgangs, der Löhne und Gehälter sowie der Kontokorrentkonten durchzuführen. Je nach dem Eindruck, den der Revisor von dem Zustand der Buchführung erhält, werden seine Prüfungen mehr oder weniger umfangreich sein.

Die Prüfung der gesetzmäßigen Darstellung des Geschäftsergebnisses und der Vermögenslage ist vorwiegend materiell. Als formell wäre etwa eine Überprüfung der Beachtung von Gliederungsvorschriften, wie sie für Bankbilanzen bestehen, anzusehen. Die Prüfung der Bewertung ist die schwierigste und wichtigste Aufgabe der Kontrollstelle.

32 vgl. Flury, Hermann, Buch- und Bilanzprüfung, Zürich 1943, Seite 207

33 Hintner, Otto, a. a. O., Seite 75

Der Revisor hat sämtliche Bilanzpositionen und die Angemessenheit ihres Wertansatzes zu durchleuchten. Er hat vor allem darauf zu achten, daß die Aktiven nicht überbewertet und die Passiven nicht unterbewertet werden. Eine eingehende Erläuterung der Bewertungshöchstgrenzen für die Aktiva beziehungsweise der Mindestsätze der Passiva wurde von uns im Kapitel über Buchführung gegeben.

Bei der Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung ist in erster Linie zu prüfen, daß das ausgewiesene Ergebnis wirklich zutreffend ist — eine Frage, die bei der Bilanzprüfung bereits teilweise mit geklärt wird —, ob die Rentabilität gesichert und die Lebensfähigkeit der Gesellschaft gewährleistet ist. Soweit zum Prüfungszeitpunkt bekannte, zum Bilanzstichtag aber unbekannte Tatsachen das Ergebnis beeinflussen (zum Beispiel Kursverluste von Wertpapieren, Preisreduktionen), sind sie unseres Erachtens bei der Prüfung mit zu verwerthen, zumindest dann, wenn es sich um wesentliche Gesichtspunkte handelt.

Es ist selbstverständlich, daß nur eine eingehende Prüfung dem Revisor die Gewißheit geben kann, ob die Aufstellung des Jahresabschlusses den Bewertungsgrundsätzen des Aktienrechts genügt. Um so verwunderlicher ist es, daß das Bundesgericht im einzigen in seiner Entscheidungssammlung angeführten Urteil eine sehr einschränkende Auslegung der Prüfungspflicht vertritt. In seinem Entscheid stellt sich das Bundesgericht die Frage, „ob die Revisoren verpflichtet seien, eine Bewertung der Aktiven vorzunehmen“, eine Pflicht, die im alten Obligationenrecht noch nicht festgelegt war³⁴. Wenn diese Pflicht von verschiedenen Autoren bereits während der Geltungsdauer des alten Obligationenrechts gefordert und seit 1937 als Bestandteil der Prüfung angesehen wurde³⁵, so blieb das Bundesgericht im Prinzip seiner längst überholten Entscheidung von 1907 treu, indem es ausführte: „Für das Bundesgericht jedoch besteht um so weniger Anlaß, von seiner bisherigen einschränkenden Auslegung abzugehen, als sich auch das revidierte Obligationenrecht, jedenfalls dem Grundsatz nach, auf den gleichen Boden gestellt hat. Zwar verpflichtet es in Artikel 728/I die Revisoren, zu untersuchen, ob die Darstellung des Geschäftsergebnisses und der Vermögenslage den gesetzlichen Bewertungsgrundsätzen, wie sie in Artikel 622 ff. niedergelegt sind, entsprechen. Damit ist aber den Revisoren keine Pflicht zur Überprüfung der Bonität der einzelnen Forderungen der Aktiengesellschaft überbunden.“

Unseres Erachtens schließt diese Beweisführung einen Widerspruch in sich. Wenn der Gesetzgeber verlangt, daß die Revisoren zu prüfen haben, ob die Bilanz nach den gesetzlichen Bewertungsgrundsätzen aufgestellt wurde, kann das Bundesgericht eine Überprüfung der Forderungen im Hinblick

34 BGE Band 65 II, Seite 2 ff, Seite 19

35 vgl. Ronner, Max, a. a. O.; Zimmermann, Heinrich, Die Jahresbilanz der Aktiengesellschaft nach deutschem und schweizerischem Recht, Dissertation Zürich 1912

auf ihre Bonität nicht als überflüssig erachten. Die Aktivierung einer fiktiven Forderung beziehungsweise der Ansatz einer Forderung zu einem überhöhten Wert ist nun einmal eine unzulässige Bewertung, die durch die Rechnungsrevisoren aufgespürt und durch die Gesellschaft berichtigt werden sollte. Wenn es nun aber den Revisoren gesetzlich nicht geboten ist, sich von dem effektiven Vorhandensein der einzelnen Aktiva zu überzeugen, dann kann von einer Überprüfung der Bewertung keine Rede mehr sein und der Sinn der Bilanzprüfung wäre in Frage gestellt.

Andererseits soll natürlich nicht bestritten werden, daß es den Revisoren nicht zumutbar ist, jede einzelne Forderung genau zu prüfen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich die Kontrollstelle in ausgewählten Stichproben mindestens von der Wahrscheinlichkeit überzeugen muß, daß der ausgewiesene Forderungsbestand nicht überhöht bewertet wurde. Die Fragestellung des Bundesgerichtes müßte nicht „Hätte er die Bonität der Forderungen prüfen sollen?“ lauten — die grundsätzliche Notwendigkeit einer Überprüfung der Debitoren ist zweifellos gegeben —, sondern „Hätten die Revisoren diese eine spezielle Forderung als dubios erkennen müssen?“.

In einem zweiten Entscheid vom 31. Januar 1945, der in der Zeitschrift „Die Schweizerische Aktiengesellschaft“³⁶ publiziert wurde, bleibt das Bundesgericht seiner engen Auslegung der Prüfungspflichten treu. Es heißt unter anderem: „Gewiß kann man von den Revisoren nicht verlangen, daß sie den Wert von ausstehenden Guthaben, Rechten, Patenten usw. überprüfen.“ Immerhin wird im gleichen Entscheid zugegeben, daß die Revisoren sich zu vergewissern haben, „ob die ständigen Anlagen nicht zu Ansätzen in der Bilanz figurieren, welche die Anschaffungs- oder Herstellungskosten übersteigen, und ob die erforderlichen Abschreibungen vorgenommen worden sind“. Sicherlich glaubte das Bundesgericht, mit diesen Ausführungen schon sehr weit gegangen zu sein, eine Auffassung, die wir keinesfalls teilen können. Solange auch nur eine einzige Bilanzposition nicht prüfungspflichtig — im materiellen Sinne — ist, solange kann eine Prüfung durch die interne Kontrollstelle nicht mit genügender Sicherheit feststellen, daß die Darstellung der Vermögenslage den gesetzlichen Bewertungsvorschriften entspricht.

Was das Bundesgericht mit seinen reichlich zweifelhaften Entscheidungen beabsichtigte, liegt auf der Hand. Einerseits wollte es sich nicht in Gegensatz zu einem längst überholten und veralteten höchstrichterlichen Urteil stellen, andererseits wollte es den im Gesetz zugelassenen Revisoren-Laien ihre Aufgabe nicht allzusehr erschweren. In der Schweizer Literatur schließen sich die meisten Juristen der engen Interpretation des Bundes-

36 Die Schweizerische Aktiengesellschaft, XVII. Jahrgang, Seite 228 ff

gerichtet an, während die Revisionsfachleute zu einer extensiveren Auslegung tendieren³⁷.

Wir haben unsere Meinung zu dieser Frage klar umrissen, so daß wir nur noch eine Bemerkung anschließen möchten. Wenn der Gesetzgeber sich wirklich mit dem in den zitierten Urteilen angeführten engen Prüfungsumfang bescheiden wollte, dann hätte er die im Artikel 728 OR angeführten Prüfungspflichten anders und einschränkender formulieren müssen. Selbstredend hätte darunter die Qualität der Prüfung gelitten. Es geht aber in keinem Fall, eine an sich ausreichende Prüfungspflicht festzulegen und diese dann durch Entscheide des Bundesgerichts derart einzuschränken, daß bestimmte Bilanzposten prüfungspflichtig erklärt werden und andere nicht. Deswegen halten wir es für besonders erfreulich, daß zahlreiche Revisoren die Prüfungsauffassung des Bundesgerichts nicht teilen und eine Überprüfung der Bewertung nach den Grundsätzen vornehmen, die das Gesetz unseres Erachtens eigentlich verlangt.

b) Grundsätze der Prüfungstechnik

Die allgemeinen Prinzipien der Prüfungstechnik, also Vorbereitung und Durchführung einer Revision, zeigen zwischen Deutschland und der Schweiz keine Unterschiede, nicht zuletzt deshalb, weil die in Deutschland früher entwickelten Prüfungsgrundsätze und -methoden von der Schweiz in der Praxis und auch in der Literatur übernommen wurden. Im nachfolgenden seien einige der wichtigsten Gesichtspunkte aufgeführt, die nicht nur bei der Prüfung der Aktiengesellschaft Gültigkeit haben.

Die Praxis bildete Prüfungsgrundsätze heraus, die zumindest der qualifizierte Prüfer streng beachtet³⁸. Als oberster Grundsatz sollte gelten, daß die einzelnen Revisionen nicht nach einem starren Schema durchzuführen sind; denn kein Betrieb gleicht einem anderen, außerdem unterscheidet sich jeder Fall von allen früheren und späteren. Der Prüfer stimmt den Umfang seiner Tätigkeit sowie seine Prüfungstechnik auf das Prüfungsziel ab, das durch Gesetz oder Auftrag genau fixiert wird. Wie das Prüfungsziel am zweckmäßigsten zu erreichen ist, bleibt dem Prüfer überlassen. Er hat in jedem Fall die Selbstwahl der Mittel. Der Revisor sollte bei seiner Arbeit nicht ohne weiteres auf Vermutungen, Annahmen oder Angaben Dritter bauen. Grundsätzlich stehen für ihn nur die Tatbestände fest, von denen er sich selbst überzeugt hat. Soweit Angaben Dritter nicht oder nur teilweise kontrolliert werden (können), sollte das ausdrücklich im Prüfungsbericht festgehalten werden. Es ist für den Revisor sehr vor-

37 vgl. Guhl, Theo, Das schweizerische Obligationenrecht, 3. Auflage, Seite 471; Funk, Kommentar zum Obligationenrecht, Zürich 1951, Seite 392; von Steiger, a. a. O., S. 267; Graner, Stellung, Aufgaben und Pflichten der internen Kontrollstelle nach rev. OR.; Röthlisberger, Anwendung und Entwicklung der obligationenrechtlichen Vorschriften über die Prüfungspflicht der Kontrollstelle der AG. in der Schweizer Treuhänder 1955, Seite 152

38 vgl. Hintner, Otto, a. a. O., Seite 61, Flury, a. a. O., Seite 20

teilhaft, wenn er die Ergebnisse seiner Arbeit in Notizen und Arbeitsunterlagen festhält. Aus dem gleichen Grunde sollte auch über jede Tätigkeit ein schriftlicher Bericht erstattet werden, der sich zweckmäßigerweise auf das Wesentliche zu beschränken hat.

Die formellen Prüfungshandlungen sind Rechnen, Vergleichen und Aufnehmen. Unter Rechnen versteht man das Addieren oder Saldieren von Konten und sonstigen Tabellen³⁹. Die Additionen können exakt oder überschlagsweise durchgeführt werden, in der Form, daß Rappen (Pfennige), Einer oder Zehner nicht berücksichtigt werden. Das Vergleichen besteht in der Prüfung der Übereinstimmung von Buchung und Beleg sowie der diversen Überträge. Da die Buchhaltung innerhalb der einzelnen Bestandskonten eine Sollrechnung ist, versichert sich der Prüfer durch die Bestandsaufnahme von der Richtigkeit des ausgewiesenen Bestandes beziehungsweise einer eventuell notwendigen Korrektur. Die angeführten Prüfungshandlungen erhalten ihren Sinn erst dadurch, daß der Prüfer sie kritisch würdigt. Das Werten und Kritisieren ist die wichtigste Prüfungshandlung überhaupt⁴⁰.

Es gibt folgende Revisionsmethoden beziehungsweise Prüfungswege: Formelle und materielle Prüfung, lückenlose und stichprobenweise Prüfung, progressive und retrograde Prüfung. Die erstgenannten Prüfungen haben wir bereits wiederholt behandelt. Eine lückenlose Revision ist nur in den wenigsten Fällen möglich; meistens wäre sie reine Zeit- und Geldverschwendung. Die richtige, systematische Auswahl des Prüfungsstoffes beweist die Qualität des Prüfers. Er wird seine Stichproben nicht willkürlich, sondern nach einem bestimmten Plan aussuchen, wobei sachliche oder zeitliche Gesichtspunkte maßgebend sind. Desgleichen ist eine Auswahl nach bestimmten Größenordnungen möglich. Die gewählten Stichproben werden lückenlos geprüft. Sofern der Revisor auf Differenzen stößt, wird er seine Revision in dem betreffenden Teilgebiet ausdehnen. Der erfahrene Revisor wird sich nur diejenigen Konten ansehen, bei denen normalerweise ein grober Fehler oder eine absichtliche Täuschung vorgekommen sein könnte.

Die progressive Methode geht vom Beleg aus, untersucht seine Buchung und weitere Behandlung bis zum Abschluß. Die retrograde Revision führt in umgekehrter Richtung vom vorliegenden Ergebnis zurück zu den Büchern und Belegen. Die Methodenwahl hängt vom Einzelfalle ab. Bei einer lückenlosen Prüfung ist es gleichgültig, für welche sich der Prüfer entscheidet. Hat der Revisor eine große Anzahl gleichartiger Geschäftsvorfälle zu prüfen, so wird der progressive Weg zweckmäßig sein, da

³⁹ Zum Beispiel Inventurlisten

⁴⁰ Bork, Heinrich, Die allgemeine Bilanzrevision, in Grundriß der Betriebswirtschaftslehre, Band X, Seite 133

man auf diese Weise typische Fälle auswählen kann⁴¹. Der gleiche Prüfungsweg ist angebracht, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung fraglich ist, wenn der Abschluß fehlt oder bei einer Überwachungsprüfung. Die Untersuchung eines Ergebnisses erfolgt besser in retrograder Weise. Der Revisor kann aber auch in der Mitte des Buchungsvorganges beginnen und nach beiden Seiten Prüfungen vornehmen. Nicht zuletzt wird die Belegabgabe den Prüfungsweg entscheidend bestimmen.

c) Einsichtsrecht der Kontrollstelle, Auskunftspflicht der Verwaltung⁴²

Da die Revisoren ihrer Prüfungspflicht nicht ohne Unterlagen nachkommen können, haben sie ein Einsichtsrecht in die Bücher und Belege der Gesellschaft und ein Fragerrecht an den Verwaltungsrat mit verbundener Auskunftspflicht desselben (Artikel 728/II OR). Nach dieser gesetzlichen Bestimmung hat die Verwaltung gegenüber der Kontrollstelle zwei Gruppen von Pflichten. Sie muß den Revisoren sämtliche Bücher und Belege ohne Aufforderung vorlegen beziehungsweise zugänglich machen. Aufschluß über das Inventar, die Grundsätze seiner Errichtung sowie über einzelne bestimmte Gegenstände hat sie jedoch nur auf Verlangen zu erteilen. Von diesen Pflichten ist die erstere im Gesetz präzise und umfassend beschrieben. Sie bedarf keines weiteren Kommentars.

Das Fragerrecht der Revisoren, bezieht sich nur auf Tatsachen, die die Kontrollstelle zu prüfen verpflichtet ist. Ein darüber hinausgehendes Einsichtsrecht ist den Revisoren verwehrt. Insbesondere wird der Prüfer nur dann Erhebungen über die Geschäftsführung, über Preis- und Kreditpolitik, über Fabrikationsverfahren etc. anstellen können, soweit diese Angaben zur Beurteilung des Geschäftsergebnisses und der Vermögenslage wesentlich sind. Da aber nur eine eingehende Prüfung die Rechtmäßigkeit des Jahresabschlusses garantiert, hält Graner⁴³ eine extensive Interpretation des Einsichts- und Fragerrechts für notwendig. Auch für Schucany⁴⁴) ist die Kontrollstelle berechtigt, schlechthin über alles was buchmäßig erfaßt ist oder erfaßt sein sollte, mündlich oder dokumentarisch Aufschluß zu verlangen. Einschränkungen dürften diesbezüglich nicht gemacht werden⁴⁵. Des weiteren sind die gemäß Artikel 723 OR erstellten Berichte der Kontrollstelle zur Kenntnis zu bringen.

Das Fragerrecht der Revisoren wird zu einer Fragepflicht, wenn ein Geschäftsvorfall beziehungsweise das Inventar nach pflichtgemäßem Ermessen aufklärungsbedürftig sind. Das gilt bei den in den Büchern und Belegen erfaßten Vorfällen vor allem dann, wenn sie unverständlich oder

41 Flury, Hermann, a. a. O., Seite 27 f

42 vgl. zu diesem Kapitel Heilbrunn, Otto, Die Auskunftspflicht der Verwaltung gegenüber der Kontrollstelle, in SJZ, 34, Seite 263 ff

43 Graner, Paul, Revidiertes Obligationsrecht und Bankengesetz, Zürich 1938, Seite 39

44 Schucany, E., a. a. O., zu Artikel 728 N4, Seite 169

45 vgl. Protokoll Expertenkommission von 1928, Seite 400

mehrdeutig sind. Aber auch hier müssen die Prüfer nur für Aufklärung sorgen, wenn sie nach der geltenden Berufsauffassung verpflichtet sind, den unklaren, an sich aufklärungsbedürftigen Vorfall in ihren Prüfungsbereich einzubeziehen. Das wird beispielsweise bei unbedeutenden Nebensächlichkeiten nicht der Fall sein.

Der Prüfer kann durch ausschließlich mündliche Aussprache Aufschluß erlangen. Lassen jedoch die Aufzeichnungen in den Büchern und Belegen oder die gegebenen Aufklärungen Zweifel hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit zu, muß der Revisor schriftliche Nachweise fordern.

Art und Umfang der gewünschten Auskunft bestimmt der Revisor durch eine möglichst präzise Fragestellung. Die Verwaltung ist gesetzlich nicht verpflichtet, unaufgefordert Aufschlüsse zu geben. Bei nicht aus den Büchern ersichtlichen Vorgängen kann sich der Prüfer, da er keine Anhaltspunkte darüber hat, welche oder ob überhaupt derartige Vorfälle vorliegen, nur in Form einer Generalfrage nach Vorfällen dieser Art an die Verwaltung wenden. Aufgabe der Verwaltung wird es dann sein, dem Revisor alle diejenigen Tatsachen mitzuteilen, die zur Beurteilung der vom Revisor zu prüfenden Bücher und des Jahresabschlusses wesentlich sind. Die Verwaltung wird sich nicht damit entschuldigen können, daß die Kontrollstelle nicht nach Einzelheiten gefragt habe. Während bei den bücherlich erfaßten Vorgängen der Revisor den Umfang des Aufschlusses durch seine Fragestellung bestimmt, legt hier die Verwaltung die zu erteilenden Auskünfte fest. Zweckmäßigerweise wird der Revisor die Verwaltung auf typische, regelmäßig bücherlich nicht ersichtliche Vorfälle wie Abtretungen, Bürgschaften, Verpfändungen oder schwebende Rechtsgeschäfte hinweisen.

Das Gesetz verpflichtet die Verwaltung in ihrer Gesamtheit zur Auskunftserteilung, damit aber auch jedes einzelne Mitglied. Es bleibt dem Revisor überlassen, an wen er sich wendet. Normalerweise wird er sich an die Gesamtverwaltung (Verwaltungsrat) nur sehr selten halten, zum Beispiel wenn ein Verwaltungsrat die Auskunft verweigert oder wenn Zweifel an der Richtigkeit einer Auskunft bestehen. Die Verwaltung kann verlangen, daß sie nicht von jedem einzelnen Revisor gefragt wird, sondern von der gesamten Kontrollstelle.

Obwohl gesetzlich nur Mitglieder des Verwaltungsrates zur Auskunft verpflichtet sind, wird der Prüfer in den meisten Fällen — im Einverständnis mit dem Verwaltungsrat — das Geschäftspersonal direkt befragen, da die Verwaltung vielfach nicht in der Lage sein wird, so detaillierte Aufschlüsse zu geben wie beispielsweise die Angestellten in der Buchhaltung⁴⁶. Weichen die Auskünfte der Angestellten von denen der Verwaltung ab, muß sich der Revisor bei dieser Nachweise ver-

46 Felber, Richard, Die Direktion der Aktiengesellschaft, Dissertation, Zürich 1948, S. 76

schaffen. Positiv darf der Prüfer erhaltene Aufschlüsse seitens des Personals nur verwenden, wenn sich die Verwaltung diese ausdrücklich oder stillschweigend zu eigen macht. Das erste wird der Fall sein, wenn die Verwaltung Angestellte ausdrücklich zur Auskunftserteilung bestimmt oder die gegebenen Auskünfte billigt. Stillschweigende Übereinstimmung liegt vor, wenn die Verwaltung von der Auskunftserteilung weiß und nichts dagegen unternimmt. Ansonsten kann sich der Prüfer nicht auf eine Angestelltenauskunft berufen, vor allem dann nicht, wenn er sich ohne Wissen der Verwaltung an das Geschäftspersonal wendet. Desgleichen darf der Revisor Unterlagen einer eventuell vorhandenen Innenrevisionsabteilung nicht kritiklos übernehmen.

Eine weitere, gesondert geregelte Auskunftspflicht trifft die Verwaltung nach Artikel 663/III OR. Nach dieser Vorschrift hat die Verwaltung der Kontrollstelle über die Bildung und Verwendung stiller Reserven Mitteilung zu machen. Diese Auskunftspflicht hat die Verwaltung nach der Meinung Schumachers⁴⁷ nur nach Aufforderung, eine Ansicht, der wir uns nicht anschließen können, denn in diesem Falle würde Artikel 728/II OR bereits ausreichen.

d) Die Prüfung der Geschäftsführung und des Geschäftsberichts

Das geschäftsführende Organ ist im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft zweifellos das wichtigste. Es wird neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage vor allem auf das Können der geschäftsführenden Persönlichkeiten ankommen, welche Stellung das Unternehmen innerhalb der Konkurrenzbetriebe einer Branche einnimmt, welche Umsätze und welche Rentabilität erzielt werden. Es entspricht durchaus der Interessenlage, daß der Gesetzgeber dem Verwaltungsrat praktisch vollständige Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einräumt. Die Generalversammlung, als schwerfälliges Organ, wirkt durch die Wahl der Verwaltung und durch eventuelle Beschlußfassungen nur indirekt bei der Geschäftsleitung mit. Es erhebt sich daher die Frage, inwieweit die in der Generalversammlung zusammengefaßten Kapitalgeber einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft erhalten und ob überhaupt beziehungsweise inwieweit die geschäftsführende Tätigkeit des Verwaltungsrates einer Kontrolle unterzogen wird.

Dem zuerst genannten Tatbestand wird neben dem geprüften Jahresabschluß der unter der Verantwortlichkeit der Verwaltung aufzustellende Geschäftsbericht gerecht, der der Generalversammlung vorzulegen ist. Dieser Geschäftsbericht soll den Vermögensstand und die Tätigkeit der Gesellschaft darstellen sowie den Jahresabschluß erläutern (Artikel

⁴⁷ Schumacher, Jost, Bilanzprüfung der Aktiengesellschaft nach revidiertem Obligationenrecht und Bankengesetz, Dissertation, Bern 1940, Seite 58

724 OR). Er soll über besonders wichtige Ereignisse und außerordentliche Maßnahmen in der Weise orientieren, daß sich die Aktionäre auf Grund des Berichtes ein zusammenhängendes Bild über die Geschäftslage machen können. Der Geschäftsbericht hat sich über alle Tatsachen auszusprechen, deren Nichterwähnung zu einer falschen Beurteilung der Aktiengesellschaft führen würde. Er muß alles darlegen, was subjektiv für die Entscheidungen der Aktionäre hinsichtlich der Verwaltung (Entlastung, Wiederwahl, Abberufung) bestimmend ist⁴⁸. Des weiteren müssen im Geschäftsbericht Ankauf oder Verkauf eigener Aktien erwähnt werden (Artikel 659/IV OR). Bei der Aufstellung des Geschäftsberichtes ist außer den berechtigten Informationswünschen der Aktionäre zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft vor Schaden durch eine zu weitgehende Offenlegung geschützt werden muß⁴⁹. Das Recht zu schweigen, wird dem Verwaltungsrat immer dann zustehen, wenn eine Mitteilung dem Aktionär mehr schadet als nützt, zum Beispiel bei Betriebsgeheimnissen, Fabrikationsverfahren.

Obwohl es der Verwaltung weitgehend überlassen bleibt, welche Mitteilungen über die Geschäftsführung sie im Rahmen der Schweigepflicht als notwendig und zulässig erachtet, besteht für die Kontrollstelle keine gesetzliche Prüfungspflicht des Geschäftsberichtes. Der Schweizer Gesetzgeber hielt auch eine Teilprüfung des Geschäftsberichtes, wie sie das deutsche Aktienrecht kennt, nicht für notwendig⁵⁰. Praktisch hätte eine Prüfung des Geschäftsberichtes meistens wenig Sinn, da sich dieser aus den dargelegten Gründen über die für den Aktionär wirklich interessanten Dinge nicht oder nur wenig ausspricht und regelmäßig sehr allgemein abgefaßt wird. Außerdem wird der Geschäftsbericht normalerweise nach der Prüfung des Jahresabschlusses durch die Kontrollstelle und mit Rücksicht auf diesen aufgestellt. Bei kleineren Gesellschaften sind die Revisoren, soweit es sich um Fachleute handelt, sogar zuweilen an der Abfassung des Geschäftsberichtes beteiligt. Insofern erscheint die Kodifikation „keine Prüfung des Geschäftsberichtes“ durchaus gerechtfertigt.

Die Frage „Wird die Geschäftsführung an sich einer Prüfung unterzogen?“ wurde vom Bundesgericht eindeutig verneint⁵¹. Wir kommen zur selben Ansicht, wenn wir von den praktischen Gegebenheiten ausgehen. Es be-

48 Schucany, E., a. a. O., zu Artikel 724, Seite 164

49 Heilbrunn, Otto, Geschäftsbericht und Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, Seite 1

50 Nach dem deutschen Aktienrecht hat der Pflichtprüfer den Geschäftsbericht insoweit zu prüfen, als dieser den Jahresabschluß erläutert. Darüber hinaus kann der Abschlußprüfer den Bestätigungsvermerk auch dann versagen oder einschränken, wenn der Geschäftsbericht, soweit in ihm der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft dargelegt sind, offensichtlich eine falsche Darstellung von den Verhältnissen der Gesellschaft erweckt, die geeignet sind, das durch den Jahresabschluß vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft zu verfälschen (§§ 135/I, 140/III Akt.-Ges.)

51 BGE 65 II, Seite 20

steht sicher kein Zweifel, daß die Aktionäre ein berechtigtes Interesse daran haben, daß der Verwaltungsrat seinen Pflichten ordnungsgemäß nachkommt, und sicher würde das Bewußtsein, daß seine Arbeit einer Prüfung unterzogen wird, den Verwaltungsrat in seinen Bemühungen bestärken, die Gesellschaft nach besten Kräften zu leiten. Aber einerseits hat die Generalversammlung durch ihr Wahlrecht die Möglichkeit, nur Personen ihres Vertrauens in den Verwaltungsrat zu delegieren⁵² und andererseits wollte der Gesetzgeber von der Kontrollstelle nur das verlangen, was effektiv möglich ist. Eine Prüfung der gesamten Geschäftsführung wäre technisch gar nicht durchzuführen. Wir verneinen daher eine über die gesetzlichen Forderungen hinausgehende moralische Verpflichtung der Revisoren zur Prüfung der Geschäftsführung. Wenn die Generalversammlung an der Lauterkeit der Verwaltung zweifelt, sollte sie besser zur Prüfung der Geschäftsführung besondere Kommissäre oder Sachverständige ernennen (Artikel 731/II OR).

Ein qualifizierter Revisor wird bei der Prüfung der Rechnungslegung genug Eindrücke von der geschäftsführenden Tätigkeit der Verwaltung erhalten. In diesem Gesichtswinkel sieht auch der Gesetzgeber die Möglichkeit einer Prüfung der Geschäftsführung. Nach Artikel 729/III OR haben die Revisoren die bei der Ausführung ihres Auftrages wahrgenommenen Mängel der Geschäftsführung oder die Verletzung gesetzlicher oder statutarischer Vorschriften der Stelle, die den verantwortlichen unmittelbar übergeordnet ist, und dem Präsidenten des Verwaltungsrates, in wichtigen Fällen auch der Generalversammlung mitzuteilen. Demnach gibt es für die Kontrollstelle doch eine Pflicht zur Prüfung der Geschäftsführung, wenn auch nur für Tatbestände, die dem Revisor anläßlich seiner Prüfung der Rechnungslegung als fehlerhaft auffallen. Diese Prüfungspflicht kann man als Kompromißlösung betrachten⁵³. Denn einerseits wird die Verwaltung nicht dauernd unter Kontrolle gestellt, andererseits werden die Aktionäre gegen unverantwortliche Maßnahmen der Verwaltung geschützt. Stößt der Revisor auf Mängel in der Geschäftsführung, so muß er diesen nachgehen, selbst wenn sie außerhalb seines Prüfungsstoffes liegen. Der Begriff „Mängel in der Geschäftsführung“ ist nicht eindeutig zu bestimmen. Unzweckmäßigkeit ist mit Mängel jedenfalls nicht gleichzusetzen; denn die Verwaltung hat in jedem Falle die Wahl, welchen von verschiedenen offenstehenden Wegen sie beschreiten möchte. Schlägt sie einen Weg ein, der dem Revisor unzweckmäßig erscheint, so ist das noch kein Mangel im Sinne des Gesetzes. Es muß sich hier schon um Unregelmäßigkeiten handeln, die den allgemeinen kaufmännischen Grundsätzen und einer Geschäftsgebarung nach Treu und Glauben widersprechen.

52 Weitere Möglichkeiten: Abberufung, Verweigerung der Entlastung

53 vgl. Heilmüller, Hans, a. a. O., Seite 110

Es ist die Pflicht des Prüfers, dafür zu sorgen, daß ein festgestellter Mangel geklärt und seine Folgen beseitigt werden. In den weitaus meisten Fällen wird das durch Verhandlung mit dem Verwaltungsrat möglich sein⁵⁴. Eine Meldung an die Generalversammlung wird der Revisor nur dann vornehmen, wenn der Verwaltungsrat die festgestellte Unregelmäßigkeit trotz eingehender Aussprache nicht beseitigen will oder kann. Ein wichtiger Grund zur Meldung an die Generalversammlung wird auch eine eklatante Verfehlung des Verwaltungsrates, etwa eine Unterschlagung, sein. Der Revisor muß sich immer im klaren sein, welche Folgen eine Meldung an die Generalversammlung haben kann und wird seine Handlungsweise dementsprechend abstimmen. In der Praxis werden Mitteilungen an die Generalversammlung nur sehr selten vorkommen, zumal der Revisor der Verwaltung häufig soviel Zeit zur Beseitigung der Mängel einräumt, daß sich diese Maßnahmen über den Abschluß hinaus hinziehen. Der Revisor ist für seine Entscheidung in dem Konflikt Auskunft- oder Schweigepflicht verantwortlich. Wenn er sich für eine Orientierung der Generalversammlung entschließt, muß diese so rechtzeitig kommen, daß der Mangel noch behoben werden kann.

e) Der Prüfungsbericht

Die Tatsache, daß die Rechnungslegung einer Prüfung unterzogen wird, stellt für den Aktionär eine gewisse Beruhigung dar. Aber erst die schriftliche Berichterstattung des Kontrollorgans über das Prüfungsergebnis gibt den Kapitalgebern die im Rahmen des Aktienrechts liegende größtmögliche Sicherheit. Bei der Abfassung des Prüfungsberichtes sind mehrere Möglichkeiten gegeben:⁵⁵

1. Bloßer Ergebnisfeststellungsbericht
 - a) summarisch durch Anmerkung (z. B. geprüft und richtig befunden)
 - b) detaillierte Angaben über den Befund
2. Bericht mit Besprechung der wesentlichen Daten
 - a) zweiteiliger Bericht (wovon einer ausführlich ist)
 - b) zwei Berichte (einer summarisch, einer ausführlich)

In der Praxis der europäischen Länder — Ausnahmen Deutschland und Österreich — wird die Berichtsform als bloße Ergebnisfeststellung häufiger angetroffen. Einer der Hauptvorteile liegt darin, daß ihrer Natur nach geheimzuhaltende Tatbestände nicht veröffentlicht werden müssen. Beispielsweise genügt in Holland der unterhalb des Jahresabschlusses angebrachte Vermerk „Geprüft und richtig befunden“. Die Form der Ergebnisfeststellung mit detaillierten Angaben über den Befund wird im Schweizer

⁵⁴ vgl. Die Ausführungen über Orientierungspflicht innerhalb des Kapitels „Prüfungsbericht“

⁵⁵ Dober, W., a. a. O., Seite 84

Aktienrecht verlangt, wobei der Pflichtinhalt des Prüfungsberichtes in Artikel 729/I OR aufgeführt wird. Dieser Prüfungsbericht ist streng von dem ausführlicheren, sogenannten internen Revisionsbericht zu trennen, dessen Aufstellung gesetzlich nicht geboten ist und der nicht der Generalversammlung, sondern nur der Verwaltung vorgelegt wird.

Nach Artikel 729/I OR haben die Revisoren der Generalversammlung über die Bilanz und die von der Verwaltung vorgelegten Rechnungen einen schriftlichen Bericht zu erstatten, worin sie die Abnahme der Bilanz mit oder ohne Vorbehalt, oder deren Rückweisung an die Verwaltung zu beantragen und die Vorschläge der Verwaltung über die Gewinnverteilung zu begutachten haben. Eine genaue Abgrenzung des Umfanges des offiziellen Revisionsberichts hat der Gesetzgeber mit dieser Terminologie nicht gegeben. Aus der zitierten Formulierung kann jedoch geschlossen werden, daß die Revisoren ihre Berichterstattung auf die zu prüfenden Gebiete auszudehnen haben. Der wesentliche Inhalt des Revisionsberichtes besteht demnach aus:

1. Feststellung, daß Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern übereinstimmen,
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung,
3. Feststellung, daß Vermögen und Schulden sowie das Geschäftsergebnis den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften gemäß ausgewiesen sind,
4. Abnahme- oder Rückweisungsantrag der Bilanz,
5. Begutachtung der Ergebnisverwendung.

Diese Aussagen genügen den gesetzlichen Erfordernissen durchaus⁵⁶. Wie später an einem Beispiel erläutert wird, nimmt der offizielle Revisionsbericht einen relativ geringen Raum ein. Detaillierte Angaben — etwa über einzelne Bilanzposten — sind nicht am Platze.

Wir möchten im folgenden zu den einzelnen Punkten kurz Stellung nehmen. Wenn die Feststellung des Prüfungsergebnisses (Punkte 1—3) positiv ausfällt, das heißt, wenn das gesamte Rechnungswesen den gesetz-

⁵⁶ Eine Ausdehnung des Pflichtinhaltes des offiziellen Prüfungsberichtes halten wir nicht für gerechtfertigt. Heilbrunn (Der Revisionsbericht über den Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, in Schweizerische Zeitschrift für kaufmännisches Bildungswesen, 32, 1938, Seite 57 ff.) möchte neben den von uns angeführten Positionen noch Angaben über den Prüfungsumfang sowie eine Begründung des Prüfungsergebnisses im Prüfungsbericht aufgenommen wissen, indem er ausführt: „Ob die Revisoren richtig geprüft haben, kann die Generalversammlung nur beurteilen, wenn im Bericht auch der Umfang der Prüfung mitgeteilt wird; ob die Revisoren ihr Urteil zutreffend gebildet haben, kann die Generalversammlung nur entscheiden, wenn die Revisoren ihre Stellungnahme auch begründen“ (Seite 58). Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Denn abgesehen davon, daß eine überzeugende Begründung viel zu umfangreich würde, müßte sie Tatbestände berühren, die mit der Geheimhaltungspflicht kollidieren. Unseres Erachtens ist eine Feststellung der Kontrollstelle, die von vertrauenswürdigen Personen besetzt ist, daß in jeder Hinsicht den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geleistet wurde, beruhigender, als irgendeine unkontrollierbare Begründung.

lichen Bestimmungen entspricht, wird die Berichterstattung sehr einfach und klar sein und nur wenige Sätze in Anspruch nehmen. Schwieriger wird es, wenn die Revisoren bei der Ausführung ihres Mandates auf Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung stoßen. In diesen Fällen muß sich der Revisor die Frage vorlegen, inwieweit für ihn eine Orientierungspflicht an die Generalversammlung besteht. Der Revisor ist sich dessen bewußt, daß auch in der bestgeführten Buchführung Fehler vorkommen können. Daher kann es nie Aufgabe der Kontrollstelle sein, jeden festgestellten Mangel im Revisionsbericht zu erwähnen. Allerdings sind die Revisoren verpflichtet, festgestellte Unregelmäßigkeiten der dem Verantwortlichen unmittelbar übergeordneten Stelle und dem Präsidenten des Verwaltungsrates mitzuteilen. Eine Meldung an die Generalversammlung ist nur in wichtigen Fällen nötig.

Die Revisoren werden in jedem Falle versuchen, die festgestellten Mängel zu beseitigen. Das wird meistens durch entsprechende Maßnahmen und Verhandlungen zu erreichen sein. Gelingt dies, wird die **Kontrollstelle** in ihrem Prüfungsbericht grundsätzlich nichts erwähnen, besonders wenn es sich um geringfügige, auf Fahrlässigkeit beruhende Versehen handelt. Sind die Unregelmäßigkeiten schwerwiegender Natur, beispielsweise auf ein vorsätzliches Verschulden zurückzuführen, hat der Revisor in eigener Verantwortung die Interessenlage zwischen Gesellschaft einerseits und Aktionären andererseits zu berücksichtigen. Wenn die Mitteilung der Gesellschaft mehr schadet als nützt, ist sie nicht abzugeben. Das ist vor allem bei Verfehlungen von Angestellten der Fall. Soweit der einzelne Angestellte zur Rechenschaft gezogen wurde, ist es normalerweise nicht mehr nötig, über die Art der Verfehlung im Rahmen des Revisionsberichtes Meldung zu machen. Eine andere Situation ist gegeben, wenn den Unregelmäßigkeiten Handlungen der Verwaltung zugrundeliegen. Hier werden die Revisoren, besonders bei strafrechtlichen Tatbeständen wie Unterschlagung oder Betrug, um eine schriftliche Mitteilung an die Generalversammlung — trotz Beseitigung des Mangels — nicht herumkommen. Da die Stellung eines Verwaltungsrats eine Vertrauensposition ist, spricht bei derartigen Verfehlungen die Interessenlage für die Aktionäre.

Es ist aber durchaus möglich, daß die Verwaltung die festgestellten Unregelmäßigkeiten nicht beseitigen kann oder will. Diese Tatsache zieht noch keine unbedingte Orientierungspflicht der Revisoren an die Generalversammlung nach sich. Zweckmäßigerweise ist hier nach der Art des Mangels zu unterscheiden:

1. Gewöhnliche formelle Mängel

Die Buchführung verstößt noch nicht gegen die Ordnungsmäßigkeit (mangelhafte Gestaltung der Buchführung, unsaubere Buchführung,

fehlende Visa). Im Prüfungsbericht werden keine Bemerkungen gegeben, eine Beschränkung der Bilanzabnahme wird nicht beantragt.

2. Qualifizierte formelle Mängel

Die Buchführung ist zwar richtig, aber nicht ordnungsgemäß geführt (mangelnde Übereinstimmung zwischen Büchern und Jahresabschluß wegen anderer Aufteilung der Aufwendungen und Erträge, wobei das Ergebnis jedoch das gleiche ist). Bemerkung und Einschränkung ist anzubringen.

3. Materielle Mängel

a) Mangelnde Übereinstimmung zwischen Buchführung und offiziellem Jahresabschluß (verschiedenes Ergebnis). Der Bestätigungsvermerk ist zu verweigern, die Bilanz an die Verwaltung zurückzuverweisen.

b) Bewertungsmängel

aa) ohne unmittelbare Rechtsfolgen (das heißt, die Bilanz könnte ohne Rechtsfolgen korrigiert werden); die Bilanz ist mit Einschränkung zur Abnahme zu empfehlen, wobei für das nächste Jahr eine Korrekturauflage zu machen ist. Bei Gefahr für die Liquidität und Bilanzsubstanz ist die Gewinnverteilung zu korrigieren.

bb) mit unmittelbaren Rechtsfolgen (die Bilanz kann nicht ohne Rechtsfolgen berichtigt werden, beispielsweise wäre nach der Berichtigung die Hälfte des Grundkapitals nicht mehr gedeckt). Die Bilanzkorrektur muß vor der Abnahme der Bilanz verlangt werden, das heißt, die Bilanz ist an die Verwaltung zurückzuverweisen.

Wenn die Kontrollstelle die Generalversammlung von festgestellten Mängeln in Kenntnis setzen will, kann sie die Beanstandungen in dem offiziellen Prüfungsbericht festhalten. Die Revisoren können jedoch auch im offiziellen Bericht einen Hinweis auf den internen Prüfungsbericht, sofern ein solcher aufgestellt wird, anbringen. Dieser Verweis hat die Bedeutung, daß jeder Aktionär den diesbezüglichen Wortlaut des internen Berichtes einsehen kann. Allerdings werden sich die Aktionäre meistens mit einer mündlichen Erklärung der Revisoren zufriedengeben.

Mit den obigen Ausführungen wurde der vierte Punkt unserer Aufstellung auf Seite 93, nämlich Antrag zur Abnahme oder Rückweisung der Bilanz, bereits teilweise besprochen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Kontrollstelle immer dann die Rückweisung der Bilanz an den Verwaltungsrat beantragen muß, wenn sie die Mängel für so schwerwiegend hält, daß die Bilanz trotz eventuell durchgeführter Änderungen nicht als

den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend angesehen werden kann. Das ist der Fall, wenn der Revisor infolge der mangelhaften Buchführung keinen zutreffenden Einblick in die Geschäftsvorfälle der Gesellschaft erhielt, wenn dem Verwaltungsrat strafbare Handlungen hinsichtlich des Rechnungswesens vorzuwerfen sind oder wenn der Verwaltungsrat seine Auskunft- und Vorlagepflicht in einer für die Durchführung einer ordnungsgemäßen Prüfung ungenügenden Weise nachkam. Bei gegebener Korrekturmöglichkeit ist der Antrag zur Bilanzabnahme mit einem entsprechenden Vorbehalt zu stellen. Hat die Kontrollstelle Rückweisung des Jahresabschlusses an die Verwaltung beantragt, und nimmt die Generalversammlung jenen trotzdem ab, ist es für die Kontrollstelle zu empfehlen, daß sie ihr Mandat niederlegt.

Bei der Stellungnahme des Revisors zur Gewinnverteilung handelt es sich nicht um ein Gutachten in dem Sinne, ob ein höherer oder niedrigerer Gewinn angemessen gewesen wäre. Die Gewinnverteilung ist eine Ermessensfrage, über die der Revisor nicht zu entscheiden hat. Er soll sich vielmehr dahingehend äußern, ob die Verwaltung den für die Dividendenverteilung erforderlichen Betrag richtig errechnet hat, und ob das Gewinnergebnis die Verteilung dieser Dividende — unter Berücksichtigung von Zuweisungen an die gesetzlichen und etwaige sonstige Reserven und vorgehender, aus dem Gewinn zu tilgender Ansprüche — gestattet⁵⁷. Daneben kann sich der Revisor noch äußern, ob die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel eine Auszahlung ermöglichen.

Neben diesem wesentlichen Inhalt jedes Prüfungsberichtes bildete die Praxis einige Gegenstände heraus, die in vielen Berichten Erwähnung finden. So spricht sich der Bericht darüber aus, ob die Verwaltung ihrer Vorlage- und Aufschlußpflicht nachgekommen ist. Ebenso ist es vielfach üblich, wenn auch nicht unbestritten⁵⁸, daß die Kontrollstelle innerhalb des Prüfungsberichtes Entlastung des Verwaltungsrates beantragt.

Die Vorlage eines schriftlichen Prüfungsberichtes ist zwingend vorgeschrieben. Ohne Vorlegung dieses Berichtes kann die Generalversammlung über die Bilanz nicht Beschluß fassen. Beschließt sie dennoch, so ist ihr Beschluß nichtig, da er gegen eine zwingende Gesetzesvorschrift verstößt. Anschließend wird zur Illustration ein Beispiel eines Revisionsberichtes angeführt, dessen Inhalt über die aufnahmepflichtigen Gegenstände hinausgeht. Der Bericht ist in Briefform gehalten.

57 Heilbrunn, Otto, Der Revisorenbericht über den Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, a. a. O., Seite 64

58 Giroud, Emil, Handbuch der Buch- und Bilanzprüfung in der Schweiz, Zürich 1944, Seite 322

An die
Generalversammlung der XY-AG,
Basel

Basel, den

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Aktionäre!

In Ausübung des uns laut Generalversammlungsbeschlusses vom übertragenen Mandates haben wir den Abschluß des Geschäftsjahres geprüft. Die beiliegende Bilanz per mit einer Summe von Fr. und einem Gewinnvortrag von sowie die Erfolgsrechnung über das Geschäftsjahr mit einem Gewinn von stimmen mit den ordnungsgemäß geführten Büchern überein.

Die Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie der Ausweis des Geschäftsergebnisses entsprechen den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften.

Die zum Zwecke unserer Prüfung erwünschten Auskünfte erhielten wir in bereitwilliger Weise von Ihren Organen erteilt.

Wir empfehlen die vorliegende Gewinnverteilung Ihrer Zustimmung:

Einlage in die gesetzliche Reserve	
Einlage in die statutarische Reserve	
Einlage in den Wohlfahrtsfonds	
Tantieme an den Verwaltungsrat	
x % Dividende auf das Aktienkapital	
Vortrag auf neue Rechnung	
Total	

Wir empfehlen Ihnen die Abnahme des vorliegenden Jahresabschlusses unter Entlastung der verantwortlichen Organe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

.....

Neben dem offiziellen Revisionsbericht faßt die Kontrollstelle in sehr vielen Fällen, besonders wenn die Revisoren Sachverständige sind, einen gesetzlich nicht vorgeschriebenen internen Revisionsbericht ab⁵⁹. Dieser interne Bericht ist wesentlich ausführlicher gehalten und wird nur der Verwaltung, nicht der Generalversammlung, zur Kenntnis gebracht. Aber auch wenn ein interner Revisionsbericht nicht aufgestellt wird, soll die Kontrollstelle, nach Auffassung der Schweizerischen Kammer für Revi-

59 Eine Ausnahme ist bei der Prüfung nach Artikel 723 OR gegeben; vgl. die dortigen Ausführungen

sionswesen sämtliche Daten in ihren Prüfungsnotizen besitzen, die eine nachträgliche Ausarbeitung eines internen Revisionsberichtes ermöglichen⁶⁰.

Obwohl über den internen Prüfungsbericht keine Vorschriften bestehen, haben sich gewisse allgemein gültige Regeln über Mindestinhalt, Form etc. herausgebildet. Der Bericht soll vollständig, übersichtlich, klar dargestellt und kurz sein; denn er soll den Auftraggeber schnell und sicher über den Gang, den Umfang und die Ergebnisse der Prüfung, sowie über den wirtschaftlichen Stand des Unternehmens unterrichten. Die Kürze ist unbedingt wichtig, da die Berichte von viel beschäftigten Personen gelesen werden müssen. Der Revisor kann den Prüfungsbericht als immer wiederkehrende Examensarbeit ansehen, mit dem er am ausdrücklichsten sein Können beweisen kann und der außerdem sein bestes Propagandamittel bildet⁶¹. Der Bericht soll nicht nur materiell richtig, sondern auch sprachlich, stilistisch und orthographisch einwandfrei sein⁶². Wenn auch nicht jeder Bericht nach dem gleichen Schema aufzustellen ist, so sind bestimmte Grundsätze und eine gewisse Einheitlichkeit in der Gliederung den meisten Berichten eigen. Von verschiedenen Gliederungsmöglichkeiten sei anschließend eine als Beispiel angeführt:

- I. Auftrag
- II. Rechtsverhältnisse
- III. Allgemeine Ausführungen über Umsatzentwicklung, Rentabilität, Liquidität, Beschäftigtenstand, Versicherungsschutz
- IV. Besprechung der Bilanz
- V. Besprechung der Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagen:

- I. Bilanz
- II. Gewinn- und Verlustrechnung
- III. Inventarien

eventuell noch sonstige statistische Aufstellungen, Betriebsabrechnung usw.

Die meisten Bücherexperten haben ein Schema herausgebildet, nach dem sie üblicherweise vorgehen. Der wesentliche Unterschied des internen zum offiziellen Revisionsbericht besteht in der Ausführlichkeit des ersteren. In ihm werden Dinge zur Sprache gebracht, die der Generalversammlung nicht mitgeteilt werden können. Allerdings sollte es der Revisor vermeiden, den Richter zu spielen. Seine Aufgabe liegt darin, Tatsachen

⁶⁰ Dober, W., a. a. O., Seite 84

⁶¹ Flury, Hermann, a. a. O., Seite 118

⁶² vgl. Zulauf, E., Der schriftliche Bericht des Bücherexperten in Bulletin 1945, Nr. 12, Seite 204

nüchtern festzustellen, auf etwaige Konsequenzen hinzuweisen, nicht aber darin, Werturteile abzugeben⁶³.

f) Sonstige Rechte und Pflichten der Kontrollstelle

Mit den bisher angegebenen Aufgaben ist der Pflichtenkreis der Kontrollstelle keineswegs erschöpft. Eine an sich selbstverständliche Pflicht besteht in der Teilnahme an der Generalversammlung (Artikel 729/IV OR). Diese Verpflichtung ist bereits die logische Folge des Artikels 697/I OR, nach dem die Aktionäre berechtigt sind, die Kontrollstelle auf zweifelhafte Ansätze aufmerksam zu machen und die erforderlichen Auskünfte zu verlangen. Wenn nun auch die Auskunftspflicht der Kontrollstelle gegenüber der Generalversammlung durch die im Gesellschaftsinteresse bestehende Geheimhaltungspflicht begrenzt wird, **verlangt allein die Möglichkeit einer Auskunftserteilung die Anwesenheit der Revisoren bei der Generalversammlung.** Die Auskunftspflicht wird regelmäßig keine große praktische Bedeutung gewinnen, sondern in der Mehrzahl der Fälle lediglich zur Bestätigung der von der Verwaltung gemachten Angaben aufgerufen werden⁶⁴.

Die Vertrauensstellung der Kontrollstelle und die eingehende Kenntnis, die die Revisoren von der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft im Rahmen ihrer Prüfung erhalten, verlangen einen Schutz der Gesellschaft durch die den Mitgliedern der Kontrollstelle auferlegte Schweigepflicht. Es ist den Revisoren untersagt, von den bei der Ausführung ihres Auftrages gemachten Wahrnehmungen einzelnen Aktionären oder Dritten Kenntnis zu geben (Artikel 730 OR). Ausnahmen sind nur möglich bei Anzeigen von schwerwiegenden Verstößen gegen die öffentliche Ordnung oder bei der Verteidigung eigener Interessen bei Verantwortlichkeitsprozessen⁶⁵.

Die Kontrollstelle hat die subsidiäre Pflicht, die Generalversammlung einzuberufen, wenn die Verwaltung dieser Pflicht nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Des weiteren hat sich die Kontrollstelle über folgendes zu vergewissern⁶⁶:

63 Die Zweiteilung der Berichterstattung in einen internen und einen offiziellen Bericht wird in Deutschland ähnlich gehandhabt, ist dort allerdings gesetzliche Notwendigkeit. Dem offiziellen Revisionsbericht entspricht der Bestätigungsvermerk, der ergeben muß, daß nach pflichtgemäßer Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften entsprechen (§ 140 Akt.-Ges.). Dem internen Revisionsbericht steht der Prüfungsbericht des § 139 Aktiengesetz gegenüber, der sich darüber aussprechen muß, ob die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und ob der Vorstand die verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht hat. Dieser Prüfungsbericht ist wesentlich ausführlicher als der kurze Bestätigungsvermerk gehalten.

64 Wyss, Heinz, Das Recht des Aktionärs auf Auskunftserteilung unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Unternehmenszusammenfassungen, Zürich 1953, Seite 67

65 Heilbrunn, Otto, a. a. O., Seite 91

66 Flury, Hermann, a. a. O., Seite 9 f

1. ob die Vorschriften über das Mindestkapital gewahrt sind (Artikel 621 OR);
2. ob die Aktien mindestens auf Fr. 100.— lauten, den Fall der Sanierung ausgenommen (Artikel 622/IV OR);
3. falls Aktientitel ausgegeben wurden, ob diese von mindestens einem Mitglied des Verwaltungsrates unterschrieben sind (Artikel 622/V OR);
4. ob bei Namensaktien das Aktienregister ordnungsgemäß geführt wird (Artikel 685 OR);
5. ob die Aktien nur zum Nennwert oder darüber ausgegeben wurden, vorbehaltlich der Ausgabe neuer Aktien anstelle ausgefallener (Artikel 624/I OR);
6. daß die Ausgabe zu einem den Nennwert übersteigenden Betrag statutarisch vorgesehen oder von der Generalversammlung beschlossen worden ist (Artikel 624/II OR);
7. daß der allfällige Nettomehrerlös in den gesetzlichen Reservefonds gelegt worden ist, soweit er nicht zu Abschreibungen oder zu Wohlfahrtszwecken Verwendung findet (Artikel 624/III OR);
8. daß der Verwaltungsrat bei der Gesellschaft die statutarisch und gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Pflichtaktien hinterlegt hat (Artikel 709 OR);
9. daß die Bestimmungen über Apports, Nachgründung und Gründer Vorteile gewahrt sind (Artikel 626, 638 OR);
10. daß die Bestimmungen bezüglich Bauzinsen gewahrt sind (Artikel 676 OR);
11. daß eventuell die Bestimmungen über Artikel 723 und 732 ff beachtet worden sind;
12. daß die Bestimmungen von Artikel 725 befolgt werden (Der Artikel 725 betrifft die Anzeigepflicht bei Kapitalverlusten und bei Überschuldung);
13. daß die Bestimmungen bezüglich der Nationalität des Verwaltungsrats beachtet werden.

Eine Ausdehnung der Pflichten und Befugnisse der Kontrollstelle, insbesondere für die Vornahme von Zwischenrevisionen, ist möglich. Jedoch dürfen der Kontrollstelle keine Aufgaben der Verwaltung übertragen werden (Artikel 731/I OR);

4. Die Haftbarkeit der Kontrollstelle

Die Mitglieder der Kontrollstelle können auf Grund der Vorschriften des Aktienrechts, nach den allgemeinen Bestimmungen des Obligationenrechts über unerlaubte Handlungen, sowie nach den Tatbeständen des Schweizerischen Strafgesetzbuches haftbar gemacht werden.

a) Haftung aus Vertrag

Diese Art der Inanspruchnahme wird in der Rechtslehre und Literatur deswegen als Haftung aus Vertrag bezeichnet — im Gegensatz zur Haftung aus Delikt (unerlaubte Handlung) —, weil den Rechtsbeziehungen zwischen den haftungspflichtigen Personen, den Revisoren, und der Gesellschaft ein Vertragsverhältnis, und zwar ein Auftrag zu Grunde liegt. Nach Artikel 754/I OR sind alle mit der Verwaltung, Geschäftsführung oder Kontrolle betrauten Personen sowohl der Gesellschaft als den einzelnen Aktionären und Gesellschaftsgläubigern für den Schaden verantwortlich, den sie durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten verursachen. Diese Spezialbestimmungen des Aktienrechts gehen den allgemeinen Vorschriften über die Haftung im Auftragsrecht vor.

Die Haftbarkeit der Revisoren hängt von vier Voraussetzungen ab:

1. Rechtswidrigkeit (Pflichtverletzung)
2. Verschulden
3. Schaden
4. Kausalzusammenhang

Der Revisor ist für jede schuldhafte Verletzung einer gesetzlichen, statutarischen, reglementarischen oder vertraglichen Pflicht verantwortlich. Bei der Untersuchung, ob der Prüfer eine Pflichtverletzung begangen hat, sind die beiden Fragen zu untersuchen⁶⁷:

1. Unterliegt der haftungsbegründende Vorfall der Prüfungspflicht der Revisoren?
2. Wenn ja, mußten die Revisoren diesen Verstoß bei sachgemäßer Ausübung ihrer Prüfungspflicht entdecken?

Soweit ein Vorfall nicht prüfungsbedürftig ist, können die Revisoren daraus **nicht haftbar gemacht werden**. Aus diesem Grunde haftet die Kontrollstelle beispielsweise nicht für Schäden aus falscher Darstellung im Geschäftsbericht. Ebenso wenig kann die Kontrollstelle für Schäden, die durch Maßnahmen der Geschäftsführung entstehen — sofern die Kontrollstelle davon nichts weiß — zur Haftung herangezogen werden. Das gilt auch für Mängel in der Geschäftsführung, die die Revisoren anlässlich der Prüfung der Rechnungslegung hätten entdecken können oder müssen, wenn sie diese nicht bemerkt haben, da die Prüfung der Geschäftsführung grundsätzlich nicht Aufgabe der Kontrollstelle ist. Eine Inanspruchnahme der Revisoren wäre in diesem Falle nur wegen Verletzung der Prüfungs- oder Berichterstattungspflicht möglich. Dagegen ist die Kontrollstelle haftungspflichtig, wenn sie wahrgenommene und mit-

⁶⁷ Heilbrunn, Otto, Die Haftung der Kontrollstelle für ihre Prüfungstätigkeit, in Bulletin 1938, Seite 65 ff

teilungspflichtige Mängel nicht zur Kenntnis bringt. Der Prüfer haftet für entdeckte Fehler auch bei Vorfällen, die er nicht prüfen mußte, aber geprüft und gutgeheißen hat.

Bei der Beantwortung der zweiten Frage ist unter einer sachgemäßen Prüfung eine solche zu verstehen, die gewissenhaft und getreu war⁶⁸. Eine gewissenhafte Prüfung kann nur der vornehmen, der die nötige Sachkenntnis sein eigen nennt. Wer sich ohne Kenntnisse in die Kontrollstelle wählen läßt, kann sich im Haftungsfall nicht damit exkulpieren, daß ihm die notwendigen Fähigkeiten fehlen. Eine gewissenhafte Prüfung erfordert Zeit. Kann der Revisor diesen Faktor nicht mit der Honorarfrage in Übereinstimmung bringen, muß er den Auftrag ablehnen. Eine gewissenhafte Prüfung muß die herrschende Berufsauffassung — zum Beispiel hinsichtlich der Frage lückenlose oder stichprobenweise Prüfung — berücksichtigen und sich nötigenfalls über den prüfungspflichtigen Zeitraum hinaus erstrecken. Der gewissenhafte Revisor hat sich jeder Entscheidung zu enthalten, die er nicht eindeutig treffen kann, so wenn er einen Geschäftsvorfall nicht prüfen konnte (zum Beispiel Auslandsbeteiligung). Eine getreue Prüfung setzt innerliche und äußerliche Unabhängigkeit des Prüfers voraus.

Das Verschulden kann vorsätzlicher oder fahrlässiger Natur sein. Die Haftung für jedes Verschulden wurde jedoch nur unter der Voraussetzung eingeführt, daß es auf ein vernünftiges, mit dem praktischen Leben im Einklang stehendes Maß beschränkt werde⁶⁹. Bei der Beurteilung der Frage des Verschuldens ist von den Verhältnissen bei Ausführung der Prüfungspflichten auszugehen, nicht nach den Erkenntnissen nach Eintritt des Schadensfalles. Die Betrachtung ist also *ex tunc*, nicht *ex post* durchzuführen. Etwas anderes ist es, wenn eine Pflichtverletzung der Kontrollstelle von vorneherein feststeht, auch wenn sie in der Meinung begangen wurde, damit der Gesellschaft zu nützen, etwa wenn die Revisoren ihrer Orientierungspflicht gegenüber der Generalversammlung nicht nachkamen⁷⁰.

Selbstverständliche Voraussetzung der Verantwortlichkeit ist, daß ein Schaden entstanden ist, der sowohl im eingetretenen Verlust als auch im entgangenen Gewinn bestehen kann. Wir unterscheiden im Hinblick auf die Geschädigten zwei Arten von Schäden. Den sekundären oder mittelbaren Schaden erleiden die Aktionäre und Gesellschaftsgläubiger indirekt durch die Verminderung des Gesellschaftsvermögens. Als primär beziehungsweise direkt bezeichnet man einen Schaden, der den Aktionären oder Gesellschaftsgläubigern erwächst, ohne daß die Gesellschaft ge-

68 Heilbrunn, Otto, a. a. O., Seite 67

69 Botschaft 1928, Seite 60

70 Henggeler, J. u. E., Die zivilrechtlichen Verantwortlichkeiten im Bankengesetz und im neuen Obligationenrecht, Zürich 1937, Seite 36

schädigt werden muß. Für die Gesellschaft ist jeder entstandene Schaden primär. Die Beweislast, daß ein Schaden vorliegt, obliegt dem Kläger. Hat dieser den Schaden bewiesen, so ist es Sache der Beklagten (Revisoren), ihr Nichtverschulden darzustellen.

Der Schaden muß im Kausalzusammenhang mit der Pflichtverletzung der Revisoren stehen. Ein Alleinverschulden der Kontrollstelle ist nicht erforderlich. Da die Pflichtverletzungen der Prüfer fast nie primäre Ursache des Schadens, sondern nur eine Art der Begünstigung oder Gehilfenschaft einer von der Verwaltung begangenen Pflichtwidrigkeit sind, ist Mitverschulden für den Tatbestand der Kausalität ausreichend⁷¹. Allerdings haftet die Kontrollstelle nicht für Schäden, die selbst dann eingetreten wären, wenn sie ihrer Prüfungspflicht genügt hätte. Ein strenger Kausalzusammenhang darf nicht gefordert werden. Der Richter hat sich mit jener Gewißheit zufriedenzugeben, die mit dem gewöhnlichen Lauf der Dinge rechnet⁷².

Die Berechtigung der Verantwortlichkeitsklage steht den Geschädigten, also der Gesellschaft, den Aktionären sowie den Gesellschaftsgläubigern zu. Im Verhältnis der Kontrollstelle zu den beiden letztgenannten macht der Gesetzgeber eine Ausnahme von dem sonst geltenden Rechtsgrundsatz, daß bei vertraglichem Verschulden eine Haftung für verursachte Schäden nur inter partes (nur unter Vertragspartnern) besteht⁷³. Die Revisoren sind weder Vertragspartner der Aktionäre noch weniger der Gesellschaftsgläubiger. Allerdings können die Aktionäre und Gesellschaftsgläubiger nur dann auf direkte Ersatzleistung klagen, wenn ihnen ein primärer Schaden entstanden ist. Eine Beschränkung der Klageberechtigung ist bei primären Schäden der Aktionäre und Gesellschaftsgläubiger nicht möglich. Diese Tatsache wird dadurch erhärtet, daß Einschränkungen des Klagerechts unter dem Marginale „Geltendmachung des mittelbaren Schadens“ kodifiziert sind (vgl. Artikel 755, 756 OR).

Bei sekundären Schäden geht der Anspruch der Gesellschaftsgläubiger und Aktionäre nur auf Leistung des Ersatzes an die Gesellschaft (Artikel 755 OR). Mit dieser Bestimmung wollte der Gesetzgeber individuelle Klagen schikanöser Art vermeiden⁷⁴. Außerdem sollten die Aktionäre keinen Anspruch auf die Auszahlung von Forderungen des Gesellschaftsvermögens haben, solange die Gesellschaft noch besteht⁷⁵. Ist ein der Gesellschaft entstandener Schaden durch Leistungen an diese ausgeglichen, steht den Aktionären und Gesellschaftsgläubigern kein Anspruch mehr zu⁷⁶. Im Falle des Gesellschaftskonkurses liegt die Geltendmachung

71 vgl. Widmer, Harald, a. a. O., Seite 80

72 Schucany, E., a. a. O., zu Artikel 752 N8, Seite 200

73 vgl. Meyer, Eduard, a. a. O., Seite 118

74 vgl. Protokoll Expertenkommission, Seite 449; Botschaft 1928, Seite 60

75 vgl. BGE 44 II Seite 42

76 vgl. BGE 33 II Seite 261

der Ansprüche von Aktionären und Gläubigern in der Hand des Konkursverwalters (Artikel 756/I OR). Erst wenn dieser darauf verzichtet, ist jeder Aktionär und Gläubiger berechtigt, die Abtretung des Anspruches zu verlangen. (Artikel 756/II, Satz 1 OR, SchKG Artikel 260). Das Ergebnis ist nach den Bestimmungen über Schuldbeitreibung und Konkurs zu verwenden. Die Bestimmung, daß die Geltendmachung sekundärer Schäden seitens der Aktionäre und Gesellschaftsgläubiger nur auf Ersatzleistung an die Gesellschaft möglich ist, bedeutet bereits eine gewisse Beeinträchtigung der Klageberechtigung.

Daneben wird durch den Entlastungsbeschluß der Generalversammlung die Berechtigung zur Verantwortlichkeitsklage eingeschränkt. Im Gegensatz zur Entlastung der Verwaltung (Artikel 698 Ziffer 4 OR) ist eine solche der Kontrollstelle im Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen. In der Praxis wird den Revisoren jedoch sehr häufig Entlastung erteilt. Da die Entlastung bei den Verantwortlichkeitsbestimmungen, die Verwaltung und Kontrollstelle gleichermaßen betreffen, eine große Rolle spielt, ist gegen eine bedingte Gleichschaltung nichts einzuwenden⁷⁷. Die Entlastung ist ihrer Rechtsnatur nach eine einseitige Willenserklärung. Sie steht wie jede rechtsgeschäftliche Willenserklärung hinsichtlich ihrer Rechtswirksamkeit unter den allgemeinen Vorschriften, daß sie nicht gegen die guten Sitten, gegen Treu und Glauben des Verkehrs verstößt, daß sie auch nicht durch Irrtum, Arglist oder Zwang herbeigeführt werden darf⁷⁸. Die Entlastung kann demnach aus den angeführten Gründen angefochten werden. Die Meinungen darüber, ob neben der ausdrücklichen auch stillschweigende Entlastung erteilt werden kann, gehen auseinander. Eine stillschweigende Entlastung sieht die Mehrzahl der Autoren dann als gegeben, wenn gegen die Tätigkeit der Revisoren keine Einwände erhoben werden und der Revisionsbericht abgenommen wird. Will die Generalversammlung die Entlastung verweigern, so muß sie das, falls sie den Bericht kritiklos abgenommen hat, ausdrücklich tun⁷⁹. Bei der Anerkennung einer stillschweigenden Entlastung wird zweifellos die Entscheidung des Bundesgerichts berücksichtigt und in Analogie zur Kontrollstelle gebracht, nach der dem Verwaltungsrat auch ohne ausdrücklichen Beschluß Entlastung zugebilligt wird, wenn die Generalversammlung den Jahresabschluß vorbehaltlos genehmigt⁸⁰. Wir schließen uns in dieser Frage mehr der Ansicht Wehrli an, der für diesen Fall eine Analogie zwischen Verwaltungsrat und Kontrollstelle für unangebracht hält, da man dem

77 vgl. Widmer, Harald, a. a. O., Seite 77

78 Bachmann, Gottlieb, Der Entlastungsbeschluß der Generalversammlung der A.G. für die Geschäftsführung der Verwaltung und die Rechnungsprüfung der Kontrollstelle, in Festschrift für Georg Cohn, Zürich 1915, Seite 696

79 vgl. Widmer, Harald, a. a. O., Seite 79; Bachmann, Seite 965, 995; Zimmermann, a. a. O., Seite 376; Zuppinger, Die Kontrollstelle der A.G. nach dem schweizerischen Obligationenrecht, Leipzig 1916, Seite 28

80 vgl. BGE 14, Seite 705

Aktionär einen Entschluß zuschieben würde, „der außerhalb seiner Gedanken liegt“⁸¹.

Die Revisoren haben keinen gesetzlichen Anspruch auf Entlastung, auch dann nicht, wenn die Generalversammlung die Tätigkeit der Revisoren nicht kritisiert hat, da die Entlastung eine Willenserklärung und keine Tatsachenfeststellung ist. Natürlich bedeutet eine nicht gegebene Entlastung keine Verweigerung derselben. Die Generalversammlung hat in diesem Falle eben nicht über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus gehandelt.

Der Entlastungsbeschluß wirkt auf die Klageberechtigung der drei Gruppen von Geschädigten in verschiedener Weise. Der Klage der Gesellschaft steht eine erteilte Entlastung grundsätzlich entgegen⁸². Durch die Abgabe der Entlastungserklärung durch die Generalversammlung verzichtet die Gesellschaft auf die Geltendmachung eventueller Verantwortlichkeitsansprüche. Die Entlastung besagt nicht, daß keine Verantwortlichkeitsgründe bestehen, sondern lediglich, daß die Revisoren nicht zur Haftung herangezogen werden sollen. Der Entlastungsbeschluß hat demgegenüber auf die Geltendmachung der Schadensersatzansprüche der Gesellschafts-gläubiger keinen Einfluß.

Die Klageberechtigung des einzelnen Aktionärs — selbstverständlich nur auf Leistung an die Gesellschaft — ist durch eine erteilte Entlastung nicht restlos untergegangen. Der Aktionär kann nur dann eine Verantwortlichkeitsklage nicht stellen, wenn er entweder dem Entlastungsbeschluß zugestimmt hat oder wenn er die Aktien seither in Kenntnis dieses Beschlusses erworben hat oder wenn er nicht binnen sechs Monaten seit der Schlußnahme die Klage erhoben hat (Artikel 757 OR). Diese Einstellung des Gesetzgebers entspricht voll der Interessenlage. Der Aktionär, der den Revisoren Entlastung erteilt, muß wissen, daß er über die genaue Tätigkeit der Kontrollstelle keine festen Anhaltspunkte besitzt und daß sich seine Entlastung auf nicht erkennbare Vorfälle bezieht. Er wird sich im nachhinein nicht auf seine Unkenntnis berufen können. Vielmehr ist seinem Entlastungsbeschluß schuldbefreiende Wirkung zuzusprechen.

Die Kontrollstelle als Organ wird nicht zur Haftung herangezogen, sondern die Revisoren, gleichgültig, ob es sich dabei um natürliche oder juristische Personen handelt. Hat die Kontrollstelle mehrere Mitglieder, so haften die Verantwortlichen solidarisch. Allerdings ist eine Befreiung von der Verantwortlichkeit möglich, wenn ein einzelner Revisor sein Nichtver-

81 Wehrli, Ulrich, Die Entlastung der Kontrollstelle einer Aktiengesellschaft in Schweizerische Juristenzeitung, 1944, Seite 310. Der Aktionär hat gar keine Veranlassung und auch keine gesetzliche Verpflichtung, zu der Tätigkeit der Kontrollstelle Stellung zu nehmen. Die Entgegennahme des Revisionsberichtes ist für ihn nur Mittel zum Zweck. Was den Aktionär interessiert, ist die Abnahme der Jahresrechnung und die Beschlußfassung über die Anträge der Verwaltung. Beides hat jedoch nichts mit der Qualität der Tätigkeit der Revisoren zu tun.

82 Eine Anfechtung des Beschlusses bleibt vorbehalten.

schulden nachweist, da eigenes Verschulden zu den Voraussetzungen der Haftbarkeit zählt. Die Revisoren werden bei der Beweisführung beispielsweise einwenden können, daß das zum Schaden führende Ereignis infolge der Aufteilung des Prüfungsstoffes nicht in ihren Prüfungssektor fiel. Ist eine juristische Person als Kontrollstelle beauftragt, so haftet diese und nicht die Angestellten derselben⁸³. Die Revisoren haften für Verschulden von Prüfungsgehilfen wie für ihr eigenes. Eine Haftungsbegrenzung, wie sie nach dem Auftragsrecht möglich ist, kennt das Aktienrecht nicht⁸⁴. Steht das Verschulden mehrerer Mitglieder der Kontrollstelle fest, so haften diese solidarisch, gleichgültig, ob das Verschulden des einzelnen Mitgliedes auf Vorsatz oder leichter Fahrlässigkeit beruht (Artikel 759/I OR). Bei der echten Solidarität gibt es keine Berufung auf ein geringeres Maß des Verschuldens im Verhältnis zum Geschädigten⁸⁵. Den Rückgriff unter mehreren Beteiligten bestimmt der Richter nach dem Grade des Verschuldens des Einzelnen (Artikel 759/II OR). Soweit ein Solidarschuldner mehr als seinen Anteil leistet, hat er für den Mehrbetrag ein Rückgriffsrecht auf seine Mitschuldner.

b) Haftung aus unerlaubter Handlung

Neben der Haftung auf Grund der Artikel 754 ff. OR können Gesellschaft, Aktionäre, Gesellschaftsgläubiger und etwaige sonstige Geschädigte die Revisoren auf Schadensersatz verklagen, wenn die Voraussetzungen einer unerlaubten Handlung vorliegen. Der Haftung aus Vertrag steht hier die Haftung aus Delikt gegenüber. Die Bedingung dabei ist, daß es sich um primäre Schäden handelt. Auf diese Weise können auch Prüfungsgehilfen direkt zur Rechenschaft gezogen werden, wenn die Revisoren beweisen, alle nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet zu haben (vgl. Artikel 55 OR).

c) Strafrechtliche Verantwortlichkeit

Wenn sich die Revisoren schwerwiegende Verfehlungen zuschulden kommen lassen, haben sie neben einer zivilrechtlichen Inanspruchnahme auch mit strafrechtlichen Sanktionen zu rechnen. Dabei ist die Entstehung eines Schadens für die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht Bedingung. So zum Beispiel beim Artikel 152 StGB, auf Grund dessen Mitglieder eines Kontrollorgans mit Gefängnis und Buße bestraft werden, wenn sie in öffentlichen Mitteilungen oder Berichten oder Vorlagen an die Generalversammlung unwahre Angaben von erheblicher Bedeutung machen oder

83 Heilbrunn, Otto, Die Haftung der Kontrollstelle für ihre Prüfungstätigkeit, a. a. O., Seite 104; a. A. Graner, Revidiertes Obligationenrecht und Bankengesetz, Seite 116

84 Nach dem Auftragsrecht haftet der Beauftragte nur für gehörige Sorgfalt bei der Wahl und Instruktion des Dritten (Artikel 399/II OR).

85 BGE, 59 II, Seite 458; vgl. Oser-Schönberger, Kommentar zum Obligationenrecht, zu Artikel 50, N 1 und 2

machen lassen. Die gleiche Strafe erwartet den Revisor -- wenn auch nur auf Antrag --, der Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse verrät oder zum Zwecke des Wettbewerbs verwertet. Teilt der Revisor diese Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisse einer fremden Macht oder sonstigen ausländischen Stellen mit, kann die Strafe auf Zuchthaus lauten (Artikel 273 StGB).

Offenbaren Mitglieder der Kontrollstelle Geheimnisse, die ihnen auf Grund ihrer Stellung anvertraut wurden oder die sie bei Ausübung ihrer Tätigkeit wahrgenommen haben, so werden sie auf Antrag mit Gefängnis oder Buße bestraft. Werden Konkurs- und Beitreibungsverbrechen oder -vergehen im Geschäftsbetrieb einer Aktiengesellschaft begangen, so werden die Mitglieder der Kontrollstelle, soweit sie ein Mitverschulden trifft, ebenfalls entsprechend zur Verantwortung gezogen (Artikel 147, 163—170, 172 StGB). Diese Strafbarkeit bei schwerwiegenden Verfehlungen ist durchaus angebracht. Die Stellung und hohe Verantwortung des Revisors zieht es zwangsweise nach sich, daß er bei groben Verstößen gegen seine Pflicht mit derartigen Sanktionen zu rechnen hat. In diesem Zusammenhang seien der Vollständigkeit halber Tatbestände des Strafrechts angeführt, die den Bücherexperten nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kontrollstelle treffen. Wer ohne Berechtigung aus Akten, Verhandlungen oder Untersuchungen einer Behörde, die durch Gesetz oder Beschluß der Behörde im Rahmen ihrer Befugnis als geheim erklärt worden sind, etwas an die Öffentlichkeit bringt, wird mit Haft oder Buße bestraft (Artikel 293 StGB). Gibt der Bücherexperte in einem gerichtlichen Verfahren einen falschen Befund oder ein falsches Gutachten ab, so wird er mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis bestraft. Als strafverschärfend ist eine Aussage unter Eid anzusehen (Artikel 307 StGB).

III. Die Prüfung der Kommanditaktiengesellschaft

Die Kommanditaktiengesellschaft ist eine Gesellschaft, deren Kapital in Aktien zerlegt ist und bei der ein oder mehrere Mitglieder den Gesellschaftsgläubigern unbeschränkt und solidarisch — gleich einem Kollektivgesellschaftler — haften (Artikel 764/I OR). Die Kommanditaktiengesellschaft vereint Elemente der Kommanditgesellschaft und Aktiengesellschaft in sich. Von der Kommanditgesellschaft hat sie die Rechtsstellung der unbeschränkt haftenden Mitglieder übernommen. Dagegen entsprechen Organisation und vermögensrechtliche Struktur den aktienrechtlichen Prinzipien¹. Das Schweizer Recht legt das Schwergewicht auf die kapitalistische Grundlage und regelt daher die Kommanditaktiengesellschaft als

¹ Fehr, Konrad, Die Struktur der Kommanditaktiengesellschaft, Bern 1935, Seite 41

Abart der Aktiengesellschaft. Für die Kommanditaktiengesellschaft finden grundsätzlich die Bestimmungen über die Aktiengesellschaft Anwendung, soweit die Artikel 764—771 OR nichts Gegenteiliges vorsehen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kommanditaktiengesellschaft ist gering, die Wirtschaft zeigte für diese Art der Verbindung von Real- und Personalkredit kein Verlangen².

Das oberste Organ der Kommanditaktiengesellschaft ist die Generalversammlung. Die unbeschränkt haftenden Mitglieder bilden die Verwaltung. Ihnen obliegt die Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft. Die interne Kontrollstelle der Aktiengesellschaft wird bei der Kommanditaktiengesellschaft durch eine sogenannte Aufsichtsstelle ersetzt, die von der Generalversammlung gewählt wird. Bei dieser Wahl haben die Mitglieder der Verwaltung kein Stimmrecht (Artikel 768 OR). Da einerseits die vielköpfige Generalversammlung wegen ihrer Schwerfälligkeit nicht bestimmend in den Geschäftsbetrieb eingreifen kann und der Gesetzgeber andererseits verhindern wollte, daß die persönlich haftenden Gesellschafter zur allein regierenden Macht werden, wurde der Aufgabenbereich der Aufsichtsstelle zweckentsprechend erweitert³. Der Pflichtenkreis umfaßt einmal die normale Kontrolle, wie sie auch bei der Kontrollstelle der Aktiengesellschaft anfällt, und darüber hinaus die dauernde Überwachung der Geschäftsführung. Die Statuten können eine weitere Ausdehnung der Obliegenheiten vorsehen (Artikel 768/I OR). So wird besonders bei Kommanditaktiengesellschaften, bei denen die nicht persönlich haftenden Kapitalgeber ein Übergewicht haben, der Aufsichtsstelle die Teilnahme an der Geschäftsführung übertragen. Bei Differenzen zwischen der Verwaltung und der Gesellschaft kann die Aufsichtsstelle die Mitglieder der Verwaltung namens der Gesellschaft zur Rechenschaft ziehen und vor Gericht belangen. Bei arglistigem Verhalten der Verwaltung ist die Aufsichtsstelle auch dann zur Durchführung von Prozessen berechtigt, wenn ein Beschluß der Generalversammlung entgegensteht (Artikel 769 OR).

Aus dem Aufgabenbereich und der organisatorischen Stellung der Aufsichtsstelle ist ersichtlich, daß es sich bei ihr nicht um ein Prüfungsorgan im Sinne der internen Kontrollstelle und schon gar nicht um eine Institution wie bei der Prüfung nach Artikel 723 OR handelt. Vielmehr ist die Aufsichtsstelle eine Einrichtung, die in ihrer Anlage und ihrem Tätigkeitsgebiet dem deutschen Aufsichtsrat ähnelt. Zur Aufstellung des Jahresabschlusses wird die Kommanditaktiengesellschaft in der Regel unabhängige, außerhalb der Gesellschaft stehende Bücherexperten heranziehen.

² Fehr, Konrad, Die Kommanditaktiengesellschaft, in Schweizerische Juristische Kartothek, Karte 172, Seite 1

³ vgl. Wyler, Berthold, Die Verantwortlichkeit der Kontrollstelle in der A. G. und der Aufsichtsstelle in der Kommanditaktiengesellschaft, Dissertation, Bern 1940, Seite 18

IV. Die Prüfung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Das Kontrollrecht ist bei der GmbH elastischer als bei der Aktiengesellschaft gestaltet. Grundsätzlich mußte allen Gesellschaftern wegen ihrer Beteiligung am Gesellschaftsvermögen ein Kontrollrecht eingeräumt werden. Die geschäftsführenden Gesellschafter können die Kontrolle auf Grund ihrer Stellung innerhalb der GmbH ausüben. Den nicht geschäftsführenden Gesellschaftern steht die Befugnis zur Kontrolle gleich den nicht geschäftsführenden Mitgliedern einer einfachen Gesellschaft¹ zu (Artikel 819/I OR), das heißt, sie haben das Recht, sich persönlich von dem Gange der Gesellschaftsangelegenheiten zu unterrichten, in die Geschäftsbücher und Papiere der Gesellschaft Einsicht zu nehmen und für sich eine Übersicht über den Stand des gemeinschaftlichen Vermögens anzufertigen (vgl. Artikel 541/I OR). Eine Kontrollstelle wie bei der Aktiengesellschaft ist für die GmbH nicht zwingend vorgeschrieben — das würde den Gegebenheiten bei einer kleineren GmbH auch gar nicht entsprechen —, wohl aber fakultativ zugelassen.

Entscheidet sich die Gesellschaft für die Einsetzung einer besonderen Kontrollstelle, wie sie das Gesetz nennt (Artikel 819/II OR), so bedarf das zu seiner Verbindlichkeit der Aufnahme in die Statuten (Artikel 777 Ziffer 6 OR). Im Gegensatz zu den Gesellschaftern, die lediglich das Recht zur Kontrolle besitzen, besteht für die einmal eingesetzte Kontrollstelle die Pflicht, ihre Aufgaben zu erfüllen. Für die Zusammensetzung und die Aufgaben der besonderen Kontrollstelle sind die Vorschriften des Aktienrechts anwendbar. Die den nicht geschäftsführenden Gesellschaftern durch die Statuten zugewiesenen Kontrollrechte dürfen durch die Kontrollstelle nicht beeinträchtigt werden (Artikel 810/I, Ziffer 3 OR). Die Kontrollstelle wird durch die Gesellschafterversammlung bestellt. Diese Befugnis ist unübertragbar. Die Mitglieder der Kontrollstelle dürfen nicht Geschäftsführer oder Angestellte, wohl aber nichtgeschäftsführende Gesellschafter der GmbH sein. Wird eine außerhalb der Gesellschaft stehende Kontrollstelle eingesetzt, zum Beispiel eine renommierte Treuhandgesellschaft, so wird die Kreditfähigkeit der GmbH zweifellos günstig beeinflusst². Neben den wie bei der internen Kontrollstelle geregelten Rechten und Pflichten trifft die besondere Kontrollstelle noch eine zusätzliche Aufgabe. Sie hat die ordnungsgemäße Führung des Anteilbuches zu prüfen. Das Anteilbuch ist ein Mitgliederverzeichnis, aus dem die Namen der Gesellschafter, der Betrag der einzelnen Stammeinlagen und die darauf erfolgten Leistungen sowie jeder Übergang eines Gesellschaftsanteils und jede sonstige Änderung der eingetragenen Tatsachen ersichtlich sein müssen (Artikel 790/I

¹ Entspricht der Gesellschaft des bürgerlichen Rechts in Deutschland

² Janggen-Becker, Die GmbH, im Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Obligationsrecht, Band 7, 3. Abteilung, zu Artikel 819 N 12, Seite 210

OR). Die Revisoren haben festzustellen, ob die Eintragungen im Anteilbuch auf dem laufenden gehalten werden.

Das Tätigkeitsgebiet der besonderen Kontrollstelle umfaßt vor allem die Prüfung der Rechnungslegung. Ein aktiver Eingriff in die Geschäftsführung ist den Revisoren nicht möglich. Durch diese Tatsache unterscheidet sich die besondere Kontrollstelle von dem ebenfalls fakultativen Aufsichtsrat einer deutschen GmbH, für den grundsätzlich die Bestimmungen des deutschen Aktiengesetzes anzuwenden sind, dem also ein Eingriff in die Geschäftsführung zusteht. Allerdings kann auch in der Schweiz den Revisoren ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung zusätzlich eingeräumt werden.

V. Die Prüfung der Genossenschaft

Genossenschaften sind als Körperschaften organisierte Verbindungen einer nicht geschlossenen Zahl von Personen oder Handelsgesellschaften. Unternehmungszweck ist die Förderung oder Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen in gemeinsamer Selbsthilfe (Artikel 828/I OR). Bei der Genossenschaft steht nicht die Kapitaleinlage, sondern die Person des Genossenschafters im Vordergrund¹, deren Beitrags- und Leistungspflichten durch die Statuten geregelt werden. Infolge der veränderlichen Mitgliederzahl ist eine Kapitalfestsetzung nicht möglich und gesetzlich verboten (Artikel 828/II OR). Das Eigenkapital der Genossenschaft besteht aus den durch Anteile gebundenen Einlagen, aus den gebildeten Reserven und dem Gewinnvortrag. Ein von der Genossenschaft erzielter Gewinn fällt, soweit die Statuten nichts anderes bestimmen, in seinem ganzen Umfang in das Genossenschaftsvermögen (Artikel 859/I OR). In der Schweiz bestanden am 31. 12. 1953 12 414 Genossenschaften, darunter 6470 landwirtschaftliche Genossenschaften².

Auch bei der Genossenschaft ist die Generalversammlung das oberste Organ, in der jeder Genossenschafter eine Stimme hat (Artikel 885 OR). Die Verwaltung wird aus mindestens drei Personen gebildet, deren Mehrheit Genossenschafter sein müssen. Soweit juristische Personen oder Handelsgesellschaften Mitglieder der Genossenschaften sind, können sie als solche nicht in die Verwaltung gewählt werden, wohl aber deren Vertreter (Artikel 894 OR). Die Verwaltung wird von der Generalversammlung auf höchstens vier Jahre gewählt. Das dritte gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organ der Genossenschaft ist die Kontrollstelle.

1 Capitaine, G., Die Genossenschaft, in Schweizerische Juristische Kartothek, Karte 24, Seite 1

2 Handschin, Hans, Genossenschaft, in Handbuch der Schweizer Volkswirtschaft, Ausgabe 1955

Daneben können verschiedene Einrichtungen mit Organeigenschaften fakultativ errichtet werden wie Delegiertenversammlung, Verwaltungsausschuß, Direktion.

Der Kontrollstelle, deren Organisation in den Statuten festgelegt sein muß (Artikel 832, Ziffer 4 OR), gehören ein oder mehrere Revisoren an. Diese werden von der Generalversammlung für die Dauer mindestens eines Jahres bestellt, wobei ebenfalls Ersatzmänner bezeichnet werden können (Artikel 906/II OR). Die Tätigkeit der Kontrollstellen können auch Behörden oder juristische Personen wie Treuhandgesellschaften oder Revisionsverbände ausüben (Artikel 906/IV OR). Sofern Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Bund, Kanton, Bezirk oder Gemeinden an der Genossenschaft ein öffentliches Interesse besitzen, kann der betreffenden Körperschaft in den Statuten der Genossenschaft das Recht eingeräumt werden, Vertreter in die Kontrollstelle — aber auch in die Verwaltung — abzuordnen (Artikel 926 OR). In Frage kommen beispielsweise Elektrizitäts-genossenschaften³.

Von besonderen persönlichen oder fachlichen Voraussetzungen an die Revisoren sieht das Gesetz ab. Kodifiziert ist lediglich das Negativum, daß die Revisoren und Ersatzmänner nicht Mitglieder der Genossenschaft zu sein brauchen (Artikel 906/III OR). Wir halten die geringen fachlichen Anforderungen, die das Gesetz an die Revisoren stellt, im Hinblick auf die tatsächlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten — im Gegensatz zur Aktiengesellschaft — für ausreichend. Die Prüfung einer kleineren Genossenschaft durch einen qualifizierten Revisionsfachmann würde bereits an der Kostenfrage scheitern. Es dürfte vielmehr genügen, wenn die Generalversammlung Männer ihres Vertrauens, die selbstverständlich bestimmte fachliche Mindestkenntnisse mitbringen müssen, in die Kontrollstelle wählt. Einer Prüfung durch ausgesuchte Fachleute bei großen Genossenschaften oder Genossenschaftsverbänden steht nichts im Wege. Die Generalversammlung ist berechtigt, unter Vorbehalt von Entschädigungsansprüchen, die Mitglieder der Kontrollstelle abzubrufen.

Die Aufgabe der Kontrollstelle besteht in der Prüfung der Bilanz und der Geschäftsführung (Artikel 906/I OR). Obwohl das Gesetz ausdrücklich von einer Prüfung der Geschäftsführung spricht, geht die allgemeine Meinung dahin, daß der Prüfungsumfang nicht auf die Geschäftsführung auszudehnen und der Wortlaut des betreffenden Artikels unglücklich abgefaßt sei⁴. Wenn eine Prüfung der Geschäftsführung bejaht würde, müßte man sich fragen, ob und warum der Gesetzgeber die Genossenschaft

³ vgl. Guhl, Theo, Das neue Genossenschaftsrecht in der Schweiz, Zürich 1937, Seite 36

⁴ vgl. Steiger, Fritz von, Sind die Aufgaben der Kontrollstelle bei der Genossenschaft umfassendere als bei der Aktiengesellschaft, in Die schweizerische Aktiengesellschaft, 1940/41, Seite 65 f.; Beeler, a. a. O., Seite 88

strenger behandeln wollte als die Aktiengesellschaft, bei der die Kontrollstelle die Geschäftsführung bekanntlich nicht prüft. Das lag sicherlich nicht in der Absicht des Gesetzgebers und zweifellos gibt es keinen logischen Grund, warum die Genossenschaft einer ausführlicheren Prüfung unterzogen werden soll als die Aktiengesellschaft. Außerdem ist die Frage vorzulegen, wie die Prüfung der Geschäftsführung in der Praxis vor sich gehen soll, zumal die Revisoren sehr häufig Laien sind⁵.

Wir sind daher der Ansicht, daß die Geschäftsführung nur insofern unter die Prüfungspflicht der Revisoren fällt, als sie bei der Revision der Rechnungslegung mit geprüft wird (mit entsprechender Orientierungspflicht bei festgestellten Mängeln).

Unbestrittenes Prüfungsgebiet ist die Prüfung der Rechnungslegung. Besonderes Augenmerk haben die Revisoren folgenden Tatsachen zu schenken:

- Übereinstimmung des Jahresabschlusses mit den Büchern;
- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung;
- Gesetzmäßige und sachlich richtige Darstellung des Geschäftsergebnisses und der Vermögenslage.

Soweit es sich um Genossenschaften mit persönlicher Haftung oder Nachschußpflicht der Genossenschaften handelt, erstreckt sich die Prüfung auch auf die regelrechte Führung des Genossenschaftsverzeichnisses (Artikel 907/I OR). Die Verwaltung ist gesetzlich verpflichtet, den Revisoren die Bücher und Belege vorzulegen und die zur Durchführung der Prüfung gewünschten Auskünfte zu erteilen (Artikel 907/II OR).

Die weiteren Aufgaben der Kontrollstelle sind parallel zu den aktien-

⁵ Diese auf die effektiven Verhältnisse abzielende Beweisführung erscheint uns stichhaltiger als der Hinweis auf Artikel 910/I OR. Dieser Artikel besagt, daß die Generalversammlung die Befugnisse der Kontrollstelle ausdehnen könne, was — so wird argumentiert — bei einer totalen Revision der Geschäftsführung nach Artikel 906/I OR gar nicht mehr möglich sei. Wir sind der Meinung, daß es außer der Revision der Geschäftsführung noch andere Prüfungsgebiete gibt (Unterschlagungsrevision, gutachtliche Stellungnahmen), also daß eine Ausdehnung der Prüfungspflichten durchaus denkbar wäre. Auch der Hinweis, daß nach Artikel 910/II OR die Statuten eine periodische Revision der Geschäftsführung durch Revisionsverbände anordnen können, gibt kein gültiges Argument dafür, daß die Prüfung der Geschäftsführung nach Artikel 906/I OR nicht im Sinne des Gesetzgebers sei. Selbstredend wäre es bei der Festlegung einer Prüfungspflicht der Geschäftsführung in Artikel 906/I überflüssig, diese nochmals in Artikel 910/II fakultativ zu kodifizieren. Aber der Artikel 910/II spricht nicht von einer Prüfung der Geschäftsführung schlechthin, sondern von einer Prüfung der Geschäftsführung durch Revisionsverbände oder besondere Revisoren. Ausgesprochen unlogisch halten wir die Argumentation, die sich auf Artikel 908 bezieht. Diese Bestimmung besagt, daß die Revisoren die bei der Ausführung ihres Auftrages wahrgenommenen Mängel der Geschäftsführung an das dem Verantwortlichen unmittelbar übergeordneten Organ, in schweren Fällen auch der Generalversammlung mitzuteilen haben. Nun argumentieren einige Autoren (Beeler, a. a. O., Seite 88, ohne Verfasser, a. a. O., Seite 158), eine Prüfung der Geschäftsführung würde bedingen, daß die Kontrollstelle alle Fehler und Mängel der Geschäftsführung weiter zu melden hätte und nicht nur diejenigen, die sie anläßlich der Revision zufälligerweise entdeckt. Diese Beweisführung halten wir für vollkommen abwegig, denn es steht mit absoluter Siderheit fest, daß die Revisoren nur die wahrgenommenen Mängel melden können, niemals aber alle, es sei denn, sie hätten alle aufgedeckt. Diese wenig überzeugenden Beweisführungen ändern nichts an unserer Auffassung, daß eine gesetzliche Pflicht zur Prüfung der Geschäftsführung abzulehnen ist.

rechtlichen geregelt. So haben die Revisoren der Generalversammlung einen schriftlichen Bericht mit Antrag vorzulegen, ohne den die Generalversammlung über den Jahresabschluß nicht beschließen kann (Artikel 908/I, II OR). Die Revisoren trifft eine Orientierungspflicht für die bei der Ausführung ihres Auftrages festgestellten Mängel der Geschäftsführung oder die Verletzung gesetzlicher oder statutarischer Vorschriften an das dem Verantwortlichen unmittelbar übergeordnete Organ und — in wichtigen Fällen — an die Generalversammlung (Artikel 908/III OR). Über die Organisation der Kontrollstelle können die Statuten und die Generalversammlung weitergehende Bestimmungen treffen. Ebenso können die Befugnisse und Pflichten der Kontrollstelle ausgedehnt werden, insbesondere auf die Vornahme von Zwischenrevisionen (Artikel 910/I OR). Außerdem besteht für die Revisoren die Pflicht zur Verschwiegenheit, für die Kontrollstelle die Pflicht zur Anwesenheit an der Generalversammlung und die subsidiäre Pflicht, die Generalversammlung einzuberufen. Die mit der Kontrolle beauftragten Personen sind für den Schaden verantwortlich, den sie durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten verursachen (Artikel 916 OR). Bei Kreditgenossenschaften und konzessionierten Versicherungsgenossenschaften richtet sich die Verantwortlichkeit nach den Bestimmungen des Aktienrechts (Artikel 920 OR).

Drei oder mehr Genossenschaften können sich zu einem Genossenschaftsverband zusammenschließen, der seinerseits als Genossenschaft organisiert ist. Die Gründungsmotive sind meist wirtschaftlicher Art. Ein Verband hat innerhalb der Volkswirtschaft selbstverständlich andere Möglichkeiten als eine einzelne Genossenschaft, man denke nur an Einkauf, Absatz, Ausgleich innerhalb des Verbandes etc. Die Mitgliedschaft in einem Genossenschaftsverband ist freiwillig⁶. In der Schweiz sind ungefähr 70—80% aller Genossenschaften Mitglied eines Verbandes. Das oberste Organ eines Genossenschaftsverbandes ist die Delegiertenversammlung, in der die Delegierten der angeschlossenen Genossenschaften vertreten sind. Der Delegiertenversammlung obliegt die Wahl der beiden anderen Organe, der Verwaltung und der Kontrollstelle. Die Revisoren der Kontrollstelle eines Genossenschaftsverbandes unterliegen den gleichen Bestimmungen wie die einer einzelnen Genossenschaft.

Zum genossenschaftlichen Prüfungswesen ist insgesamt zu sagen, daß die Kontrollstellen der einzelnen Genossenschaften in der Regel nicht mit Revisionsfachleuten besetzt sind, daß die Genossenschaftsverbände dagegen in der Mehrzahl fachmännisch geprüft werden. Der Verband Schweizerischer Darlehenskassen (System Raiffeisen) beispielsweise, des-

⁶ In Deutschland müssen sämtliche Genossenschaften einem Prüfungsverband angeschlossen sein, der die Genossenschaften mindestens alle zwei Jahre revidiert, Genossenschaften mit einer Bilanzsumme von mindestens DM 350 000.— werden jährlich geprüft.

sen Kontrollstelle eine Art Aufsichtsrat darstellt, läßt seine Rechnungslegung zusätzlich von einer der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen angeschlossenen Institution prüfen. Dazu kommt, daß viele Genossenschaftsverbände eigene Verbandsrevisoren zur Prüfung der angeschlossenen Genossenschaften einsetzen. Auf diese Weise werden die einzelnen Genossenschaften einer qualifizierten Prüfung nach besonderen Verbandsrichtlinien unterzogen. Diese Prüfung durch Verbandsrevisoren ist nicht gesetzliches Erfordernis des Genossenschaftsrechts, sondern eine freiwillige Angelegenheit, und setzt die Kontrollstellen der einzelnen Genossenschaften keineswegs außer Kraft. Vielmehr wird eine gegenseitige Unterstützung der Verbandsrevisoren und der Revisoren der Kontrollstelle von Vorteil sein. Die Verbandsrevisoren sind den letzteren zwar rein fachlich in der Regel überlegen, die genaue Kenntnis der besonderen örtlichen Verhältnisse seitens der Revisoren der Kontrollstelle bietet jedoch vielfache Gelegenheit zur Zusammenarbeit. Die Richtlinien der Verbandsrevisionen müssen mit dem gesetzlichen Pflichtenkreis durchaus nicht übereinstimmen. So besteht für die Verbandsrevision der Raiffeisengenossenschaften die Prüfungspflicht der Geschäftsführung, eine Aufgabe, die als gesetzliche Pflicht umstritten ist.

VI. Die Prüfung der Aktiengesellschaft nach Artikel 723 OR

1. Voraussetzungen

Neben der Prüfung durch die interne Kontrollstelle müssen sich die Aktiengesellschaften einer zusätzlichen Prüfung durch unabhängige Büchersachverständige unterziehen, auf die eine der folgenden Voraussetzungen zutrifft:

1. Wenn das Grundkapital über Fr. 5 000 000.— beträgt;
2. wenn die Aktiengesellschaften Anleiheobligationen ausstehend haben;
3. wenn sie sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen.

Beim zweiten Fall kommt es nicht darauf an, ob es sich um Inhaber- oder Namensobligationen handelt, ebenso ist der Betrag und Ausgabezeitpunkt der Obligationen unwesentlich. Die unter der dritten Position vorgesehene Empfehlung zur Annahme fremder Gelder kann durch Rundschreiben, durch die Presse, aber auch durch sonstige Ankündigungen innerhalb — etwa in Schaufenstern — und außerhalb der Geschäftsräume geschehen. Dabei hört die Revisionspflicht nicht automatisch mit der Beendigung der öffentlichen Ankündigung auf. Sie besteht vielmehr solange, bis die durch

die angegebenen Propagandamittel zugeflossenen Gelder nicht mehr von der Gesellschaft genutzt werden¹.

Diese zusätzliche Prüfung des Jahresabschlusses war das Ergebnis vieler Beratungen, Vorschläge und Gegenvorschläge. Max Stähelin, der anlässlich des Schweizer Juristentages 1920 referierte, befürwortete in seinen Abänderungsvorschlägen zum Entwurf I eine Prüfung durch Sachverständige bei Gesellschaften mit einem Grundkapital von über einer Million Franken. Sein Vorschlag fand jedoch erst 1932 in den Beratungen des Ständerats teilweise Berücksichtigung, als Ständerat Thalmann nach Rücksprache mit Stähelin folgenden Absatz 2, Ziffer 4 zum Artikel 717 des bundesrätlichen Entwurfs vorschlug:

„Der Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften, deren Grundkapital Fr. 5 000 000.— oder mehr beträgt oder die Obligationen von Fr. 5 000 000.— oder mehr ausstehen haben oder sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, ist verpflichtet, die Bilanz der Gesellschaft durch Büchersachverständige, die von der Geschäftsführung der Gesellschaft unabhängig sind, prüfen zu lassen²“.

Diese Fassung wurde nicht mehr grundsätzlich abgeändert. Immerhin konnte der Nationalrat, der die Doppelspurigkeit zwischen interner Revisionsstelle und unabhängigen Büchersachverständigen vermeiden und durch eine einzige wirksame Revision ersetzen wollte, aber mit diesem Vorschlag nicht durchdrang, den Zusatz durchsetzen, daß der Prüfungsbericht auch der internen Kontrollstelle zur Kenntnis zu bringen sei³.

Es erhebt sich die Frage, warum der Gesetzgeber diese Prüfung nach Artikel 723 OR einführte, obwohl die Rechnungslegung bereits durch die interne Kontrollstelle zu prüfen war. Anscheinend war der Gesetzgeber von der Wirksamkeit einer Rechnungsprüfung durch die interne Kontrollstelle nicht überzeugt. Das Motiv für die Einführung der Prüfung nach Artikel 723 OR lag darin, den betreffenden Gläubigern und Aktionären einen zusätzlichen Schutz zu gewähren; denn sicherlich sind die Interessen der unter die angegebenen Voraussetzungen fallenden Gläubiger und Aktionäre besonders schutzbedürftig. Ebensovienig bestehen Zweifel darüber, daß in die Kontrollstelle gewählte Laien einen Jahresabschluß dieser Größenordnung zu beurteilen und zu prüfen nicht in der Lage sind. So gesehen, hat diese zweite Prüfung sicher ihre Berechtigung. Andererseits wird durch diese Vorschrift der Qualifikation der internen Kontrollstelle für ihre Prüfungspflicht ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Es ist kein stichhaltiges Argument zu behaupten, daß fachlich nicht durchgebildete Mitglieder der internen Kontrollstelle fähig sind, kleinere Gesellschaften

1 Graner, Paul, Die Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, a. a. O., Seite 230

2 vgl. Sten. Bull. Ständerat 1932, Seite 327 ff.

3 vgl. Ronner, Max, a. a. O., Seite 71 ff.; Sten. Bull. Ständerat 1935, Seite 101, 263; Sten. Bull. Nationalrat 1935, Seite 188, Seite 380

zu prüfen, größere aber nicht; denn gerade jene Gesellschaften sind häufig prüfungsbedürftig und es ist nicht einzusehen, warum den betreffenden Kapitalgebern kein gleichwertiger Rechtsschutz gewährt werden soll⁴.

Es ist merkwürdig, daß der Gesetzgeber in die Rechnungsprüfung durch die interne Kontrollstelle so wenig Vertrauen setzt; denn dann wäre sie überflüssig und man hätte sie gar nicht ins Gesetz aufnehmen brauchen. Der Gesetzgeber wird auch nicht argumentieren können, daß er mit dem Artikel 723 eine zusätzliche Prüfung schaffen wollte, da eine Personalunion zwischen diesen Prüfern und den Mitgliedern der internen Kontrollstelle gesetzlich durchaus möglich ist und in der Praxis häufig vorkommt. In diesen Fällen kommt es also gar nicht zu einer doppelten Revision. Die Legislative hat bei der Festlegung der Prüfungsbestimmungen keine glückliche Hand gezeigt. Jedenfalls ist eine einzige Prüfung, wie sie das deutsche Aktienrecht durch den Abschlußprüfer vorsieht, vom Gesetz her wesentlich wirksamer und den Prüfungsbestimmungen des Schweizer Aktienrechtes vorzuziehen.

Die Gesamtheit der Prüfer nach Artikel 723 OR wird in der Literatur häufig als externe Kontrollstelle bezeichnet. Da durch den Artikel 723 OR eine zusätzliche Rechtspflicht herbeigeführt wird, unabhängigen Sachverständigen einen Einblick in die Bücher zu gewähren, wird diese Art der Prüfung von Burki⁵ auch als Pflichtprüfung bezeichnet.

2. Die Person des Prüfers

Der Artikel 723 OR stellt an die Person des Prüfers erhöhte Anforderungen, als sie die Mitglieder der internen Kontrollstelle von Gesetzes wegen auszeichnen. Die genannte Bestimmung verlangt, daß die Prüfung von unabhängigen Büchersachverständigen vorzunehmen ist, an deren Stelle auch Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände beauftragt werden können. Leider wird keine nähere Erläuterung des Begriffes „unabhängig“ im Gesetz gegeben. Selbstverständliches Erfordernis dürfte in Analogie zu Artikel 727 OR sein, daß die Mitglieder der externen Kontrollstelle nicht Mitglieder des Verwaltungsrates oder Angestellte der Gesellschaft sein können. Damit wird aber lediglich eine rechtliche Unabhängigkeit von der Gesellschaft garantiert. Sinn und Zweck der Prüfung verlangen jedoch den Ausschluß jedes Abhängigkeitsverhältnisses. Es muß auf alle Fälle vermieden werden, daß der Prüfer zum Geprüften in einem Subordinationsverhältnis steht und von diesem (Direktion, Verwaltungsrat)

4 Allerdings sind die Bestimmungen der Artikel 727 ff. OR — Prüfung durch die interne Kontrollstelle — bei extensiver Auslegung — durchaus ausreichend, um eine ordnungsgemäße Prüfung der Rechnungslegung zu gewährleisten.

5 Burki, Otto, Pflichtprüfung u. Verantwortlichkeit der Pflichtprüfer nach schweizerischem Bankengesetz und revidiertem Obligationenrecht, Zürich 1941, Seite 5

beispielsweise auf Grund einer finanziellen Abhängigkeit verbindliche Weisungen entgegennehmen muß⁶. Der Grundsatz der Unabhängigkeit vom Unternehmen ist von der Eigenständigkeit der Prüfung und des Prüfungsberichtes her zu verstehen⁷, das heißt, der Prüfer arbeitet völlig selbständig und beansprucht die Verwaltung nur für Informationen. Die Unabhängigkeit ist ein objektiver Begriff. Unterhält der Prüfer eine nicht gestattete Rechtsbeziehung, so liegt bereits in diesem Tatbestand eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften. Es ist unmaßgeblich, ob der Prüfer seiner Prüfungspflicht ordnungsgemäß nachkommt, ob ihn ein Verschulden trifft oder nicht. Allerdings wird den Revisor, der gegen das Gebot der Unabhängigkeit verstößt, in der Praxis kaum eine wirksame Sanktion, nämlich Verlust seines Mandates, treffen.

Die Unabhängigkeit des Prüfers verlangt neben dem Fehlen von rechtsgeschäftlichen Beziehungen auch das Freisein von Bindungen persönlicher Art. Diese Haltung spezifizierte der damalige Präsident der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, Adam Freuler, anlässlich des dritten Revisorenkurses in Zürich als eine Unabhängigkeit hinsichtlich der neutralen und objektiven Ausführung der übernommenen Aufträge.

Die Unparteilichkeit ist ein subjektives Moment. Um ihr nachzukommen, muß der Prüfer jegliche privaten Regungen der Sympathie oder Abneigung ausschalten. Er hat die Prüfungsergebnisse ohne Beeinflussung von Dritten, nur von der Objektivität seines eigenen Urteils her zu würdigen. Eine Verletzung des Tatbestandes der Unparteilichkeit ist im Gegensatz zu der oben zitierten Unabhängigkeit noch nicht bei Vertragsschluß gegeben. Sie entsteht erst bei Auftragsdurchführung und ist damit Vertragsverletzung. Eine Haftbarkeit des Revisors setzt dessen Verschulden voraus⁸.

Außer der Voraussetzung der Unabhängigkeit muß der Prüfer noch fachliche Anforderungen erfüllen. Er muß „Büchersachverständiger“ sein, ein Begriff, der im Gesetz ebenfalls nicht näher gekennzeichnet ist. Zur Durchführung einer qualifizierten Prüfung wird es unerlässlich sein, daß der Prüfer ausgezeichnete Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre, vor allem in Buchhaltungsfragen, aber auch eingehende Rechtskenntnisse besitzt. Branchenkenntnisse sind sehr erwünscht und vorteilhaft. Sie sind bei einer erstmaligen Prüfung der Gesellschaft nicht immer vorhanden. Die logische Folge davon ist, daß der Prüfer bei einer erstmaligen Prüfung einer für ihn branchenfremden Gesellschaft sich sorgfältig in die neuen Verhältnisse einarbeitet und seine Prüfung entsprechend ausdehnt.

Die theoretische Beherrschung der Berufsfragen ist nicht ausreichend. Eine

6 Burki, Otto, a. a. O., Seite 47

7 Heck, Philipp, Ersatzpflicht des Bilanzprüfers, in Archiv für zivilistische Praxis 1935, Seite 154

8 Burki, Otto, a. a. O., Seite 49

langjährige Praxis in der Prüfertätigkeit ist absolut notwendig. Nur dadurch erhält der Prüfer die Fähigkeit, sein theoretisches Wissen nutzbringend zu verwerten und wird er mit der herrschenden Berufsauffassung vertraut. Die Sachkunde ist ebenfalls ein objektiver Begriff. Fehlt sie dem Prüfer bei Vertragsschluß, so verstößt er damit gegen die gesetzlichen Vorschriften. Ein Verschulden des Prüfers spielt dabei keine Rolle. Eine wesentlich andere Lage ergibt sich, wenn der Büchersachverständige den Prüfungsauftrag nicht ordnungsgemäß durchführt. Hier wird der Prüfer erst bei Verschulden haftbar.

Ein großes Manko für die gewissenhafte Durchführung der Prüfung nach Artikel 723 OR liegt darin, daß sich in der Schweiz jeder Hilfsbuchhalter als Büchersachverständiger bezeichnen und damit mit einer derart vielfältigen und komplizierten Revision beauftragt werden kann. Allerdings ist es verständlich — wie in anderem Zusammenhang schon dargelegt —, daß der Schweizer Gesetzgeber einer privaten Organisation wie der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen nicht das alleinige Prüfungsrecht einräumen konnte. Andererseits fehlt bei dieser Prüfung eine Aufsichtsinstanz ähnlich der eidgenössischen Bankenkommission, die die einzelnen Büchersachverständigen bei der Prüfung von Banken zuläßt. Das Wirtschaftsleben hat eine Auslese dahingehend getroffen, daß theoretisch zwar alle „unabhängigen Büchersachverständigen“ eine Prüfung nach Artikel 723 OR durchführen können, praktisch jedoch in erster Linie die der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen angeschlossenen Organisationen beziehungsweise deren Mitglieder herangezogen werden. Die Büchersachverständigen werden von der Verwaltung bestimmt. Die Generalversammlung kommt mit den Mitgliedern der externen Kontrollstelle nicht in Berührung. Sie hat weder Einfluß auf die Auswahl der Prüfer, noch kann sie in den Revisionsbericht Einsicht nehmen. Diese völlige Ausschaltung der Generalversammlung kann der Verwaltung die Möglichkeit zu Mißbräuchen eröffnen, falls sie ihr genehme, abhängige Sachverständige als Prüfer wählt.

3. Die Aufgaben der externen Kontrollstelle

Nach Artikel 723 OR haben die von der Verwaltung verpflichteten Büchersachverständigen die Bilanz der Gesellschaft zu prüfen. Merkwürdigerweise spricht das Gesetz nur von der Bilanz und nicht von der Gewinn- und Verlustrechnung. Eine ausschließliche Prüfung der Bilanzpositionen kann aber nicht ausreichen, um den Prüfern einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zu geben. Bei einer ordnungsgemäßen, fachmännischen Prüfung sind Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zwei revisions- und buchungstechnisch nicht voneinander zu trennende Prüfungsgebiete. Die Beratungen zum Aktienrecht lassen klar erkennen,

daß der Gesetzgeber in Artikel 723 OR eine analoge Prüfungspflicht zum Bankengesetz statuieren wollte, das in seinem Artikel 18 von einer Prüfung der Jahresrechnung spricht⁹.

Es dürfte zweifellos feststehen, daß dem Gesetzgeber bei der terminologischen Abfassung des Artikels 723 OR ein bedauerlicher Mißgriff in der Ausdrucksweise unterlaufen ist, eine Tatsache, die ein Vergleich mit der Prüfungspflicht nach Artikel 727 ff. OR bestätigt. Da der Gesetzgeber mit der Einführung der zusätzlichen Prüfung die Prüfungspflicht verschiedener Aktiengesellschaften verschärfen wollte, wäre es unlogisch, wenn er den Prüfungsumfang vermindern würde. Wie bereits ausgeführt, betrifft der Prüfungsumfang bei der Revision durch die interne Kontrollstelle die gesamte Jahresrechnung. Wir dürfen daher mit Recht annehmen, daß das Prüfungsgebiet der Prüfung durch die externe Kontrollstelle mindestens die Teile umfaßt, die in den Aufgabenbereich der Revisoren nach Artikel 727 OR fallen. Allerdings wird die Prüfungspflicht der externen Kontrollstelle gegenüber derjenigen der internen Kontrollstelle, bei extensiver Auslegung des Artikels 727 OR, nicht erweitert. Da in der Praxis leider nicht sämtliche Mitglieder der internen Kontrollstelle den hohen Ansprüchen, wie wir sie an Revisoren stellen, genügen, wird die Prüfung durch die externe Kontrollstelle in diesen Fällen qualifizierter sein.

Die Frage, ob die Prüfung durch die externe Kontrollstelle nach dem Wortlaut des Gesetzes nur die Bilanz oder aber die gesamte Jahresrechnung betreffe, wurde bald nach dem Erscheinen des Obligationenrechts von der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen aufgegriffen und in unserem Sinne beantwortet¹⁰. Die Schweizerische Kammer für Revisionswesen nahm seinerzeit Veranlassung, sich in einer Umfrage an sämtliche ihr angeschlossenen Mitgliedergruppen, Gesellschaften und Verbände zu wenden, deren Ergebnis mit erfreulicher Einmütigkeit für die Einbeziehung der Gewinn- und Verlustrechnung in die Prüfung ausfiel. Als Begründung wurde unter anderem angegeben, daß der Gesetzgeber die Prüfungspflicht durch die Herbeiziehung von Fachleuten verschärfen wollte, daß der Gesetzgeber in vielen anderen Fällen die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung als Einheit betrachte, daß eine Überprüfung der Bilanz infolge der bestehenden Zusammenhänge mit der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Überprüfung der letzteren in vielen Fällen gar nicht möglich sei und daß bestimmte Kenntnisse, die für die Beurteilung der Bilanz wesentlich sind, nur auf dem Wege über die Erfolgsrechnung zu erlangen seien. Die Revision nach Art. 723 OR ist demnach eine vollständige und intensive Prüfung der Rechnungslegung, die in formeller und

⁹ vgl. Sten. Bull. Ständerat 1935, Seite 282

¹⁰ Eine wichtige Vernehmlassung der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, in Bulletin 1938, Seite 97

materieller Hinsicht nach den bekannten Regeln der Prüfungstechnik ausgeführt wird¹¹.

Die Verwaltung der Gesellschaft ist gehalten, den Prüfern alle bei der Durchführung des Prüfungsauftrages notwendigen Auskünfte zu erteilen, sowie Einsicht in die Bücher und Belege der Gesellschaft und sonstige Unterlagen zu gestatten. Insbesondere empfiehlt es sich, daß die Revisoren in die Protokolle der Verwaltungsratssitzungen Einblick nehmen, soweit das für die Beurteilung der Jahresrechnung von Bedeutung ist. Doppelspurigkeiten in der Prüfung können vermieden werden, wenn die Prüfungsunterlagen und -ergebnisse der internen Kontrollstelle den Prüfern nach Artikel 723 OR zur Verfügung gestellt werden. In der Praxis wird allerdings der umgekehrte Vorgang die Regel sein. Selbstverständlich darf die externe Kontrollstelle diese Daten nicht kritiklos übernehmen, sie ist vielmehr verpflichtet, deren Zuverlässigkeit festzustellen. Die Revisoren haben ihren Prüfungsauftrag mit der Sorgfalt eines ordentlichen und sachkundigen Prüfers durchzuführen. Über die während ihrer Prüfung gemachten Wahrnehmungen sind sie Dritten gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Die Revisoren haben die Ergebnisse ihrer Prüfung in einem Revisionsbericht zu verwerthen, der dem Verwaltungsrat und der Kontrollstelle zur Kenntnis zu bringen ist (Artikel 723/II OR). Dieser Prüfungsbericht ist inhaltlich nicht mit dem offiziellen Revisionsbericht zu vergleichen, den die interne Kontrollstelle aufstellt und der Generalversammlung vorlegt. Während sich dieser nur auf die Feststellung der Prüfungsergebnisse beschränkt, wird jener wesentlich ausführlicher abgefaßt. Der Revisionsbericht nach Artikel 723/II OR kann sich über nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Dinge aussprechen, da der Generalversammlung keine Einsicht gewährt wird. In ihm soll eine eingehende Würdigung der gesamten Lage der Gesellschaft enthalten sein¹², insbesondere sind die einzelnen Bilanzpositionen kritisch zu durchleuchten. Der Prüfungsbericht nach Artikel 723/II OR ist in dem Rahmen abzufassen wie der gesetzlich nicht vorgeschriebene, sogenannte interne Revisionsbericht der internen Kontrollstelle. Der Zweck dieses Revisionsberichtes beruht darin, der Verwaltung einen fundierten Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft von neutraler Warte aus zu geben. Nicht selten wird die Verwaltung durch den Revisionsbericht wertvolle Fingerzeige erhalten. Gleichzeitig schaffen die Revisoren durch ihre Berichte eine sichere Grundlage für eventuelle Verantwortlichkeitsklagen, da aus einem ordnungsgemäß abgefaßten Bericht Art und Umfang der durchgeführten Prüfungen ersichtlich sind. Daneben können die Revisionsberichte auch

11 Graner, Paul, Revidiertes Obligationenrecht und Bankengesetz, Zürich 1938, Seite 19
12 vgl. Sten. Bull. Ständerat 1935, Seite 282

bei Haftbarkeitsdelikten des Verwaltungsrates sicheres Beweismaterial geben. Der durch ausführliche Revisionsberichte informierte Verwaltungsrat kann sich nicht mehr auf Nichtwissen berufen.

Außer der Haftbarkeit aus vertraglicher Bindung sind die Prüfer für sämtliche sonstigen Rechtsverletzungen verantwortlich. In dieser Beziehung können sie beispielsweise aus dem Tatbestand einer unerlaubten Handlung in Anspruch genommen werden.

4. Die Stellung der Revisionsstelle nach Artikel 723 OR

Obwohl die gesetzlichen Aufgaben der internen und externen Kontrollstelle einander sehr ähneln, sind ihre Stellungen gegenüber der Aktiengesellschaft sehr verschieden. Während die interne Kontrollstelle ein Organ der Aktiengesellschaft ist, stehen die Mitglieder der externen Kontrollstelle zur Aktiengesellschaft nur in einem Auftragsverhältnis. Demgemäß treffen die besonderen Haftungsbestimmungen des Aktienrechts (Artikel 754 ff. OR) nicht auf die Mitglieder der externen Kontrollstelle zu. Diese haften nur ihrem Vertragspartner, nämlich der Aktiengesellschaft — nicht dagegen den einzelnen Aktionären und Gesellschaftsgläubigern —, nach den Bestimmungen des allgemeinen Vertrags- und Auftragsrechts (Artikel 97 ff., 394 ff. OR).

Durch die Verpflichtung einer Aktiengesellschaft, die Rechnungslegung durch unabhängige Büchersachverständige prüfen zu lassen, wird die Funktion der internen Kontrollstelle keineswegs beeinträchtigt oder außer Kraft gesetzt. Sie wird im Gegenteil durch ihre Tätigkeit arbeitsentlastend wirken. Je qualifizierter die interne Kontrollstelle arbeitet, um so mehr wird sie die Prüfer nach Artikel 723 OR in ihrer Arbeit unterstützen. Es ist sehr zweckmäßig, wenn beide Stellen eine gewisse Arbeitsteilung vereinbaren. Auf diese Weise ist es möglich, die Prüfung wesentlich zu vereinfachen, ohne daß diese an Wert verliert^{13 14}.

Die kostensparendste und oft angewandte Lösung ist die, wenn zwischen der internen und externen Kontrollstelle Identität herrscht. Die Zulässigkeit dieser Personalunion wird allgemein anerkannt¹⁵. Sie ist in der Praxis sehr leicht durchzuführen. Die Generalversammlung hat nur darauf zu achten, daß solche Personen in die interne Kontrollstelle gewählt werden, die auch die in Artikel 723 OR verlangten Voraussetzungen mitbringen und die der Verwaltungsrat dann gemäß Artikel 723 OR zur Prüfung

13 Graner, Paul, Die Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, a. a. O., Seite 235

14 Allerdings wird dann, wenn keine Personalunion zwischen der externen und internen Kontrollstelle besteht, diese in der Regel mit Personen besetzt sein, die ihre Stellung als Ehrenamt bzw. als Anwartschaft auf einen Sitz im Verwaltungsrat ausüben und daher kaum Fachleute sein werden. Die Aufgabe der wirklichen Rechnungsprüfung wird daher der externen Revisionsstelle zufallen.

15 Sten. Bull. Nationalrat 1934, Seite 146; 1935, Seite 286

verpflichtet. Ein gesetzliches Hindernis für die gleichzeitige Wahl der Revisoren in die interne und externe Kontrollstelle besteht nicht. Das Postulat der Unabhängigkeit der Prüfer nach Artikel 723 OR bezieht sich auf das Verhältnis zur Geschäftsführung. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Revisor Mitglied eines anderen Gesellschaftsorgans, nämlich der Kontrollstelle, ist. Ebenso wenig schließt Artikel 723/II OR, nach dem die Prüfer den Revisionsbericht der internen Kontrollstelle zur Kenntnis zu bringen haben, eine Identität aus. Denn wenn der Revisor den Bericht in seiner Eigenschaft als Sachverständiger selbst aufstellt, ist der Zweck dieser Vorschrift noch besser erfüllt, als wenn er nur Einsicht gewinnt¹⁶. Auf dem Wege der Personalunion wird eine Prüfung geschaffen, die der des deutschen Aktienrechts gleicht, und wie sie zweckmäßigerweise für alle Aktiengesellschaften angebracht wäre.

VII. Die Prüfung der Kapitalherabsetzung

1. Arten und Zweck der Kapitalherabsetzung

Durch die Kapitalherabsetzung wird der in den Statuten angegebene Nominalbetrag des Grundkapitals vermindert. Sie kann grundsätzlich zwei Zwecken dienen:

1. Kapitalherabsetzung zur Rückzahlung eines Teiles des Grundkapitals,
2. Kapitalherabsetzung zur Beseitigung einer Unterbilanz.

Bei der erstgenannten Form werden Teile des Grundkapitals anteilmäßig an die Eigentümer der Aktien ausgeschüttet. Man spricht deshalb von einer effektiven Herabsetzung. Dieser Art entspricht auch eine Befreiung der Aktionäre von der Verpflichtung zur Leistung des noch nicht einbezahlten Grundkapitals¹. Da durch eine Rückzahlung die Haftungsbasis der Aktiengesellschaft verkleinert wird, sieht das Gesetz strenge Schutzbestimmungen für die Gläubigerinteressen vor. Dieser Zweck einer Kapitalherabsetzung ist in der Praxis relativ selten anzutreffen, sie wäre in den Fällen anzuwenden, wo ein Teil des Grundkapitals nicht mehr benötigt wird.

Dagegen kommt es häufiger vor, daß durch vorangegangene Verluste eine Unterbilanz entsteht. Dieser Zustand kann durch eine ziffernmäßige oder nominelle Kapitalherabsetzung beseitigt werden. Die Vermögensseite der Bilanz erfährt keine Veränderungen. Da es der ratio legis der Kapitalherabsetzungsvorschriften des Obligationenrechts entspricht, die

¹⁶ Stähelin jun., Max, Zur Frage der Berichterstattung durch besondere Sachverständige und durch die Kontrollstelle, in Die schweizerische Aktiengesellschaft 1938/39, Seite 125

¹ Mosimann, Bernhard, Die Herabsetzung des Grundkapitals der Aktiengesellschaft und ihr Einfluß auf die wohlerworbenen Rechte des Aktionärs, Bern 1937, Seite 22

Gläubiger der Aktiengesellschaft vor nachteiligen Folgen der Herabsetzung zu schützen, sind die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich des Gläubigerschutzes bei dieser Art von Kapitalherabsetzung weniger streng, weil die Haftungsbasis nach der Herabsetzung die gleiche bleibt².

Die technische Art der Kapitalherabsetzung wird auf drei verschiedene Weisen durchgeführt:

1. durch Verminderung des Nennwertes der Aktien,
2. durch Veränderung der Anzahl der Aktien,
3. durch Amortisation von Aktien. Diese Einziehung von Aktien wird im allgemeinen nur dazu benutzt, um überflüssiges Kapital auszuschütten, weniger um Verluste zu decken, da die Aktien in der Regel von der Aktiengesellschaft gekauft werden müssen³.

Eine Herabsetzung des Grundkapitals unter das gesetzliche Mindestlimit von Fr. 50 000.— ist nicht möglich (Artikel 732/V OR). Dagegen kann der Nennwert der einzelnen Aktien unter dem sonstigen gesetzlichen Mindestbetrag von Fr. 100.— festgelegt werden.

2. Die Durchführung der Kapitalherabsetzung

Beabsichtigt eine Aktiengesellschaft, ihr Grundkapital herabzusetzen, ohne es gleichzeitig bis zur bisherigen Höhe durch neues, voll einzubehaltendes Kapital zu ersetzen, hat die Generalversammlung eine entsprechende Statutenänderung zu beschließen (Artikel 732/I OR). Der Kapitalherabsetzungsbeschluß darf nur gefaßt werden, wenn aus einem besonderen Revisionsbericht hervorgeht, daß die Forderungen der Gläubiger trotz Herabsetzung des Grundkapitals voll gedeckt sind (Artikel 732/II OR). Hinsichtlich der Art der Durchführung ist im Beschluß kenntlich zu machen, ob es sich bei der Kapitalherabsetzung um eine echte Kapitalreduktion oder lediglich um eine Beseitigung einer Unterbilanz handelt. Aus dem Beschluß muß des weiteren hervorgehen, in welchem Maß und in welcher Weise das Grundkapital herabgesetzt werden soll. Das Aktienkapital wird regelmäßig um einen runden Betrag herabgesetzt. Deswegen wird es vorkommen, daß die Reduktion die zu beseitigende Unterbilanz übersteigt und ein Buchgewinn entsteht. Diese, meistens unbedeutende Spitze ist ausschließlich für die Vornahme von Abschrei-

2 Keel, F., Zum Revisionsbericht gemäß Artikel 732 OR, in Bulletin 1939, 13. Jahrgang, Nr. 7, Seite 99

3 vgl. Hueck, Alfred, Gesellschaftsrecht, München und Berlin 1953, Seite 178

4 Verschiedene Autoren halten den Artikel 732/IV OR für ein Versehen des Gesetzgebers, über das die Praxis hinweggehen sollte; vgl. Zingg, Der Gläubigerschutz bei der Herabsetzung des Aktienkapitals, Zürich 1940, Seite 99; Schucany, a. a. O., zu Artikel 735, Seite 176; von Steiger, Das Recht der A. G. in der Schweiz, Seite 219; Graner, Die Kapitalherabsetzung nach revidiertem Obligationenrecht und Bankengesetz, in Die schweizerische Aktiengesellschaft 1937/38, Seite 222

bungen zu verwenden (Artikel 732/IV OR), eine Bestimmung, die in der Rechtslehre bestritten wird⁴. Es ist tatsächlich kein logischer Grund vorhanden, warum der Buchgewinn nur für Abschreibungen, nicht aber als Zuweisung in die gesetzliche Reserve Verwendung finden soll⁵.

Der Kapitalherabsetzungsbeschluß der Generalversammlung ist dreimal im Schweizerischen Handelsamtsblatt und außerdem in der in den Statuten vorgesehenen Form zu veröffentlichen. Bei dieser Gelegenheit ist den Gläubigern bekanntzugeben, daß sie binnen zwei Monaten von der dritten Bekanntmachung im Schweizerischen Handelsamtsblatt an unter Anmeldung ihrer Forderungen Befriedigung oder Sicherstellung verlangen können (Artikel 733 OR). Anspruch auf Befriedigung haben nur Gläubiger, deren Forderungen vor Ablauf der Frist fällig werden, alle anderen sind in voller Höhe sicherzustellen⁶. Die Art der Sicherstellung ist der Aktiengesellschaft freigestellt, auch ein Dritter kann Sicherheit leisten. In Frage kommen folgende Möglichkeiten:

- a) Realsicherung (pfandrechtliche Haftung von Grundstücken und Mobilien, Sicherungsübereignung);
- b) Personalsicherung (Bürgschaft);
- c) Hinterlegung von Geld und Wertpapieren⁷.

Soweit die Kapitalherabsetzung nur der Beseitigung einer Unterbilanz dient, können die Aufforderungen an die Gläubiger und deren Befriedigung oder Sicherstellung unterbleiben (Artikel 735 OR). Voraussetzung ist, daß das Grundkapital nicht in einem die Unterbilanz übersteigendem Maß herabgesetzt wird. Ein kleiner Überschuß wegen einer notwendigen Abrundung fällt nicht in Betracht.

Bevor die Herabsetzung des Grundkapitals nach einer zweimonatigen Sperrfrist, die mit der Anmeldefrist der Gläubiger identisch ist, durchgeführt werden kann, ist in einer öffentlichen Urkunde festzustellen, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Kapitalherabsetzung gewahrt wurden. Dieser Urkunde ist der besondere Revisionsbericht beizulegen. Die Herabsetzung bedarf zu ihrer Rechtswirksamkeit der Eintragung in das Handelsregister. Haben Aktionäre unter Mißachtung der gesetzlichen Vorschriften Rückzahlungen aus dem Aktienkapital erhalten, können sie zur Rückerstattung aus ungerechtfertigter Bereicherung angehalten werden⁸.

⁵ vgl. Artikel 11 Bankengesetz

⁶ vgl. Steiger, Fritz von, a. a. O., Seite 322; Schucany, a. a. O., Seite 175; anderer Ansicht Stähelin jun., Zur Frage der Sicherstellung bei der Herabsetzung des Aktienkapitals in Zeitschrift für schweizerisches Recht, Band 57, 1938, Seite 271. Nach Stähelin sind nur die bevorrechtigten Gläubiger voll sicherzustellen, alle anderen nur verhältnismäßig.

⁷ Tuhr-Sieewart, Kommentar, Allgemeiner Teil des schweizerischen Obligationenrechts, Seite 130 ff.

⁸ vgl. BGE 50 II, Seite 179

3. Die Revisionsstelle im Kapitalherabsetzungsverfahren

Die Grundlage für den Kapitalherabsetzungsbeschluß der Generalversammlung bildet ein „besonderer Revisionsbericht“, der von einer Revisionsstelle abzugeben ist, die bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen hat. Als Revisionsstelle im Kapitalherabsetzungsverfahren kann nur ein Revisionsverband oder eine Treuhandgesellschaft fungieren, Einzelprüfer sind nicht zugelassen⁹. Jede im Kapitalherabsetzungsverfahren auftretende Revisionsstelle muß als solche vom Bundesrat anerkannt sein. Der Bundesrat entscheidet über die Zulassung einer Treuhandgesellschaft oder eines Revisionsverbandes auf Grund eines ausführlichen Gesuches, dem Gesellschaftsvertrag, Statuten, Reglemente, Jahresberichte, ein Verzeichnis der Revisoren mit Lebenslauf und Leumundszeugnis sowie ähnliche Unterlagen beizulegen sind, nach Anhörung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und in fraglichen Fällen der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen. Es ist selbstverständlich, daß der Bundesrat nur Institute als Revisionsstellen anerkennt, die alle fachlichen Voraussetzungen mitbringen.

4. Die Aufgaben der Revisionsstelle im Kapitalherabsetzungsverfahren

Die wichtigste Aufgabe der Revisionsstelle besteht in der Aufstellung des besonderen Revisionsberichtes. Zu diesem Zweck hat die Revisionsstelle die Wirkungen der Kapitalherabsetzung auf den Vermögensstand der Aktiengesellschaft zu untersuchen. Nur wenn aus dem Bericht hervorgeht, daß die Forderungen der Gläubiger auch nach der Herabsetzung gedeckt sind, kann das Verfahren durchgeführt werden. Durch diese Regelung wollte der Gesetzgeber eine Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Überschuldung undurchführbar machen. An und für sich erscheint diese Vorschrift — soweit es sich nicht um eine echte Auszahlung handelt — vom Gesetze her überflüssig, denn im Falle der Überschuldung obliegt der Verwaltung sowieso die gesetzliche Pflicht, den zuständigen Richter zu verständigen (Artikel 725/III OR). Besteht aber keine Überschuldung, so sind die Forderungen der Gesellschaftsgläubiger gedeckt. Der tiefere Sinn dieser Bestimmung kann nur darin liegen, daß der Gesetzgeber eine gründliche Prüfung des Vermögensstandes von neutraler Seite bezweckte¹⁰. Der Prüfungszeitpunkt sollte möglichst kurz vor dem Beschluß der Generalversammlung liegen. Eine Frist wird im Gesetz nicht genannt. Dafür wurde die Kontrollstelle verpflichtet, an der beschlußfassenden Generalversammlung teilzunehmen (Artikel 732/II OR). Bei dieser Gelegenheit wird die

⁹ Aus diesem Grunde hat der VSB eine Revisionsverband-GmbH gegründet, unter deren Firma die einzelnen Mitglieder Kapitalherabsetzungsverfahren durchführen können.

¹⁰ Freuler, Adam, Die Stellung des Bücherexperten und Treuhänders im neuen Obligationenrecht, in Bulletin 1937, Seite 158

Revisionsstelle Aufschluß geben, ob und inwiefern Veränderungen seit dem begutachteten Zeitpunkt eingetreten sind¹¹. Eine Orientierung über eventuelle Veränderungen während der zweimonatigen Wartefrist ist den Revisoren am Tage der Beschlußfassung natürlich nicht möglich. Im allgemeinen werden keine einschneidenden Vermögensveränderungen auftreten. Rechnet die Revisionsstelle in naher Zukunft mit derartigen Verschiebungen, so hat sie im Revisionsbericht darauf hinzuweisen.

Eine formelle Prüfung der Kapitalherabsetzungsbilanz kann niemals ausreichen, vielmehr ist eine materielle Revision, vor allem der Aktivposten, notwendig. Neben den aus der Bilanz ersichtlichen, ist nach eventuell nicht ausgewiesenen Verbindlichkeiten zu forschen. Bei der Überprüfung der Aktiva ist mindestens soweit zu gehen, bis die Revisionsstelle mit Sicherheit feststellen kann, daß die Forderungen der Gläubiger auch nach der Herabsetzung voll gedeckt sind. Zu diesem Zwecke ist den Revisoren, in Analogie zu Artikel 728/II OR, ein im Gesetz nicht besonders angeführtes Einsichtsrecht in die Bücher der Gesellschaft einzuräumen.

Die bei der Kapitalherabsetzung anzuwendenden Bewertungsmaßstäbe sind im Schweizer Schrifttum umstritten. So möchte die eine Richtung für die Herabsetzungsbilanz Liquidationswerte angewendet wissen. Es wird davon ausgegangen, daß im Revisionsbericht festzustellen ist, ob die Kapitalherabsetzung zu einer Überschuldung führt. Demgemäß seien die Aktiven so zu bewerten, als ob „begründete Besorgnis“ zu einer Überschuldung bestehe, also zu Veräußerungswerten¹². Des weiteren solle durch die Herabsetzungsbilanz der Vermögensstand klar gemacht werden, die Bewertungsvorschriften für die normale Jahresbilanz, die den Geschäftserfolg ermittelt, komme nicht in Betracht. Allerdings wird bei diesem Argument zugegeben, daß es allein kein genügender Grund wäre, um auf Liquidationswerte abzustellen. Maßgebend ist die Frage der Überschuldung, die, von besonderen Sanierungsmöglichkeiten abgesehen, den Konkurs nach sich zieht. Und im Konkurs sind nur Veräußerungswerte maßgeblich¹³. Unseres Erachtens geht es zu weit, wenn derart radikale Abwertungen vorgenommen werden.

Wir sind der Meinung, daß bei der Bewertung der Aktiven Betriebs- und nicht Liquidationswerte zugrunde zu legen sind, da es sich bei der Kapitalherabsetzung um die Weiterführung der Unternehmung, nicht aber um eine Liquidation handelt. Selbstverständlich sind die Grundsätze der Bilanzklarheit und -wahrheit zu berücksichtigen, das heißt, zweifelhafte, überbewertete oder fiktive Posten sind entsprechend zu berichtigen. Wir

11 vgl. Sten. Bull. Ständerat 1935, Seite 104

12 Artikel 725/II OR besagt: „Wenn begründete Besorgnis einer Überschuldung besteht, so ist auf Grund der Veräußerungswerte eine Zwischenbilanz zu errichten.“

13 vgl. Zingg, Bernhard, a. a. O., Seite 74; Schucany, (Bei der Herabsetzung durch Ausschüttung) a. a. O., Seite 173, zu Artikel 732 N 2; von Steiger, Das Recht der Aktiengesellschaft in der Schweiz, Seite 318.

möchten bei der Bewertung der Kapitalherabsetzungsbilanz zwar einen schärferen Maßstab als bei der normalen Revision in Anwendung gebracht sehen — besonders bei einer Kapitalherabsetzung durch Rückzahlung —, eine Bewertung zu reinen Liquidationswerten halten wir jedoch für zu weitgehend¹⁴.

Nach dem Wortlaut des Artikels 732/II OR wäre die generelle Feststellung über die genügende Deckung der Gläubigerforderungen durch die Aktiven als Inhalt des besonderen Revisionsberichtes ausreichend. Der Zweck der genannten Bestimmung geht jedoch weiter. Es ist unerlässlich, daß im Bericht Art und Umfang der Herabsetzung Erwähnung finden, da ansonsten eine Herabsetzung beschlossen werden könnte, bei der die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. In der Praxis beschränken sich diese Revisionsberichte nicht auf diesen knappen Inhalt. Sie werden wesentlich ausführlicher gehalten, beispielsweise nach folgendem Schema¹⁵:

1. Auftrag (Auftraggeber, Aufstellung der zur Prüfung berücksichtigten Unterlagen);
2. Untersuchung der Aktiven und Passiven;
3. Gutachten über Wirkungen der Herabsetzung.

Der Prüfer muß sich darüber im klaren sein, daß der Bericht der Generalversammlung vorgelegt wird, er darf also keine Geschäftsinterna enthalten. Für den Inhalt des Revisionsberichtes ist die Revisionsstelle allein verantwortlich. Der Handelsregisterführer prüft den Revisionsbericht anlässlich der Eintragung der Kapitalherabsetzung nicht auf seine materielle Richtigkeit. Er wird ihn nur dann zurückweisen, wenn er zu offensichtlich falschen Ergebnissen gelangt¹⁶. Es ist ausreichend, wenn dem Handelsregisterführer lediglich ein Auszug des Revisionsberichtes eingereicht wird, der allerdings die im Gesetz verlangten Feststellungen und die Herabsetzungsbilanz enthalten muß¹⁷.

5. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung

Obwohl bei der Herabsetzung des Grundkapitals, die lediglich der Beseitigung einer Unterbilanz dient (Artikel 735 OR), mit Ausnahme der bereits genannten Bestimmungen über Aufforderung, Befriedigung und Sicherstellung der Gläubiger prinzipiell die gleichen Vorschriften gelten wie für eine mit Ausschüttungen verbundene Herabsetzung, halten wir einige zusätzliche Bemerkungen für angebracht. Es ist nur bedingt richtig, daß die Gesellschaftsgläubiger durch die Herabsetzung nach Artikel 735 OR, die im Schrifttum und auch im deutschen Aktienrecht als vereinfachte

¹⁴ vgl. Graner, Paul, Die Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, a. a. O., Seite 232; Keel, a. a. O., Seite 99

¹⁵ Zingg, Bernhard, a. a. O., Seite 77

¹⁶ Steiger, Fritz von, a. a. O., Seite 318

¹⁷ Kreisschreiben vom 20. April 1937, Ziffer 24, Lit. b, Absatz 2

Kapitalherabsetzung bezeichnet wird, nicht getroffen werden. Sicherlich ist die Deckungsbasis nach der Beseitigung der Unterbilanz die gleiche wie vorher. Insofern sind die für diese Art der Kapitalherabsetzung geltenden Erleichterungen durchaus berechtigt. Einerseits kann eine vereinfachte Kapitalherabsetzung nie zur Überschuldung führen — es sei denn, diese war schon vorher vorhanden — und zum anderen würde bei der Anwendung der Vorschriften über Befriedigung oder Sicherstellung der Gläubiger die vom Gesetz doch gewünschte Sanierung in den meisten Fällen ausgeschlossen. Da aber durch die Beseitigung der Unterbilanz der Aktiengesellschaft für die Zukunft die Auszahlung von Dividenden ermöglicht wird, erfährt das Deckungsverhältnis auf lange Sicht gesehen eine Beeinträchtigung zuungunsten der Gläubiger. Denn würde keine Herabsetzung durchgeführt, so müßte die Unterbilanz erst durch Gewinne aufgefüllt werden, bis an eine Ausschüttung zu denken wäre. Die Interessen der Gesellschaftsgläubiger werden als dadurch berührt, daß für die Zukunft eine Gewinnausschüttung erleichtert wird. Eine Beschränkung der Gewinnausschüttung hielt der Schweizer, im Gegensatz zum deutschen Gesetzgeber¹⁸, nicht für notwendig¹⁹.

Auch wenn die Abgabe eines besonderen Revisionsberichtes im Falle der vereinfachten Kapitalherabsetzung zeitweise als überflüssig betrachtet wurde²⁰, da bezüglich des Deckungsverhältnisses keine Änderungen eintreten, ist seine unbedingte Abgabe eine zwingende gesetzliche Verpflichtung²¹. Der Revisionsbericht sollte sich bei dieser Herabsetzungsart vielmehr auch noch darüber aussprechen, ob die geplante Herabsetzung dem erlittenen Verlust tatsächlich entspricht. Denn nur auf diese Weise ist der Gefahr zu begegnen, daß die Gesellschaft durch die Schaffung stiller Reserven ihr Grundkapital auf ein Minimum reduziert²². Allerdings gehören diese Ausführungen nicht zum gesetzlichen Pflichtinhalt des Revisionsberichts. Demgemäß braucht sich keine Aktiengesellschaft eine Ausdehnung der Prüfung durch die Revisionsstelle in dieser Richtung gefallen zu lassen. Gesetzlich vorgesehen ist auch hier gemäß Artikel 732/II OR nur eine Untersuchung der Tatsache, ob die Forderungen der Gläubiger voll gedeckt sind, wobei die Bewertung ebenfalls zu Betriebswerten vorzunehmen ist.

18 Nach § 187 dt. Akt.-Ges. können Gewinne überhaupt erst dann ausgeschüttet werden, wenn die gesetzliche Rücklage 10% des herabgesetzten Grundkapitals beträgt. Die Bezahlung einer Dividende von mehr als 4% ist erst für ein Geschäftsjahr zulässig, das später als 2 Jahre nach dem Herabsetzungsbeschluß beginnt, wenn nicht die Gläubiger vorher befriedigt oder sichergestellt sind.

19 Die Tatsache, daß der Schweizer Gesetzgeber Beschränkungen in der Gewinnausschüttung nicht kodifizierte, wurde öfters kritisiert. Vgl. Wieland, Kritisches zum Kapitel der Grundkapitalveränderungen im neuen Aktienrecht, in Zeitschrift für schweizerisches Recht, neue Folge 57, 1938, Seite 12.

20 Mosimann, Bernhard, a. a. O., Seite 37

21 BGE I, Seite 162

22 vgl. Wieland, Alfred, a. a. O., Seite 19; Graner, a. a. O., Seite 220

6. Die Kapitalherabsetzung bei anderen Unternehmungsformen

Die aktienrechtlichen Bestimmungen über die Herabsetzung des Grundkapitals finden bei der Kommanditaktiengesellschaft sinngemäß Anwendung. Das gleiche gilt für die GmbH mit der Ausnahme, daß die Vergünstigungen des Artikels 735 OR, bei Herabsetzung zur Beseitigung einer Unterbilanz, nicht anwendbar sind, sondern auch in diesem Falle die strengereren Vorschriften gelten. Die Bedenken waren zu groß, daß mit solchen Abschreibungen das Stammkapital nach und nach stillschweigend fast zum Verschwinden gebracht werden könnte. Bei der GmbH ist noch zu berücksichtigen, daß das Stammkapital nicht unter Fr. 20 000.— und die einzelne Stammeinlage nicht unter Fr. 1000.— herabgesetzt werden dürfen (Artikel 788 OR). Bei der Genossenschaft gelten für die Herabsetzung oder Aufhebung der Anteilscheine ebenfalls die aktienrechtlichen Vorschriften (Artikel 874/II OR).

VIII. Die Prüfung der Banken und Sparkassen

1. Allgemeines

Von allen in Schweizer Gesetzen geregelten Prüfungen ist die Revision der Banken und Sparkassen am ausführlichsten behandelt. Diese für Schweizer Verhältnisse sehr strengen Prüfungsbestimmungen entsprechen ohne Frage den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Von allen Gläubigerinteressen ist das des Sparers für den Staat am schutzbedürftigsten. Sicherlich werden Liquidationen von Geldinstituten nie gänzlich ausgeschaltet werden können, aber die Sicherheit derartiger Kapitalanlagen sollte doch möglichst groß sein. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um die oft erheblichen Liquiditätsreserven eines Industriebetriebes oder den relativ bescheidenen Spargroschen eines Angestellten oder Arbeiters handelt. Die Geldinstitute wenden sich an alle Volksschichten, so daß die strengste Prüfung durchaus angebracht erscheint.

Es wurde schon frühzeitig klar, daß die im alten Obligationenrecht kodifizierten Bestimmungen über Buchführung, Bilanz und Kontrolle für die Banken allein nicht ausreichten, auch aus dem Grund, weil die Banken in verschiedenen Unternehmungsformen geführt werden können und daher bei manchen auch die bescheidene Kontrolle, die das alte Obligationenrecht für Kapitalgesellschaften vorsah, nicht durchgeführt wurde.

Bemerkenswerterweise haben verschiedene Banken von sich aus etwas für ihre Überwachung getan. So nahmen beispielsweise die Schweizerische Kreditanstalt, die Kantonalbanken von Zürich und Bern, aber auch andere Großbanken bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Innen-

revisionen vor¹. Als Reaktion auf die Zusammenbrüche einer ganzen Anzahl von Banken vor dem Ersten Weltkrieg entstanden in den Jahren nach 1912 die ersten Revisionsverbände. Obwohl diese Bestrebungen sehr anerkennenswert waren, reichten sie zu einer qualifizierten und umfassenden Prüfung noch nicht aus. Einmal unterzogen sich nicht alle Kreditinstitute einer derartigen Prüfung und zum andern war bei den revidierenden Stellen das Merkmal der Unabhängigkeit häufig nicht gegeben. Der Generalsekretär der Schweizerischen Nationalbank und spätere Professor der Universität Basel, Dr. Julius Landmann, wollte in einem 1916 dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement eingereichten „Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend den Betrieb und die Beaufsichtigung von Bankunternehmungen“ dem gesamten Bankgewerbe eine gesetzliche Regelung geben und damit eine für alle Banken verbindliche Revision einführen. Leider wurden die Vorschläge Landmanns in der Konjunktur nach dem Ersten Weltkrieg beiseite gelegt. Erst mit der beginnenden Wirtschaftskrise erkannten die Gesetzgeber wieder die Notwendigkeit eines Bankengesetzes. Es bleibt noch festzustellen, daß die Gedanken Landmanns in dem heute gültigen Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (BaG) sowie der Vollziehungsverordnung zu diesem Gesetz vom 26. Februar 1935 (VV) weitgehend Berücksichtigung fanden.

2. Der Geltungsbereich des Bankengesetzes

Da es sehr viele Arten von Unternehmungen gibt, die sich mehr oder weniger mit Geldgeschäften befassen, war eine genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes notwendig. Aber auch die unter das Bankengesetz fallenden Banken und Sparkassen werden von den einzelnen Vorschriften nicht in gleicher Weise betroffen. Für bestimmte Unternehmungen sind Ausnahmen vorgesehen. Im Rahmen unseres Themas interessiert die Frage, welche Geldinstitute den Prüfungsbestimmungen des Bankengesetzes unterliegen. Nach Artikel 1 BaG fallen darunter die Banken, Privatbankiers (Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften) und Sparkassen sowie diejenigen bankähnlichen Finanzgesellschaften², die sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen.

Nach der Definition der eidgenössischen Bankenkommission ist eine Bank eine „mit eigenem Kapital oder Garantiekapital ausgestattete, in der Form des Einzelinhabers, der Kollektivgesellschaft, der Kommanditgesellschaft, der Aktiengesellschaft, der Kommanditaktiengesellschaft, der GmbH, der

¹ Kaderli, R., a. a. O., Seite 79, 80

² Das Bankengesetz gebraucht den Ausdruck Finanzgesellschaften nicht Finanzierungsgesellschaften

Genossenschaft, der Stiftung oder öffentlich rechtlichen Körperschaft gewerbsmäßig betriebene Unternehmung, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, einerseits die eigenen oder die vom Publikum entgegengenommenen Gelder in Form gewerbsmäßiger Krediterteilung oder Kreditvermittlung nutzbringend anzulegen, und andererseits, den nationalen sowie internationalen Zahlungsverkehr zu erleichtern³. Diese Definition umfaßt die in Artikel 1 BaG aufgeführten Begriffe Banken und Privatbankiers, die sich untereinander durch die Unternehmungsform unterscheiden. So zählen zu den Banken die Großbanken, Kantonalbanken, Lokal-, Mittel- und Kleinbanken, sofern sie nicht in der Form einer Personalgesellschaft oder Einzelunternehmung betrieben werden. Demgegenüber sind die Privatbankiers durch die persönliche, unbeschränkte Haftbarkeit des Firmeninhabers gegenüber den Gläubigern gekennzeichnet⁴.

Sparkassen im Sinne des Gesetzes sind Institute, deren Haupttätigkeit in der Entgegennahme und zinstragenden Verwendung von Spargeldern von einem grundsätzlich unbegrenzten Kreise von Personen besteht⁵. Eine Finanzgesellschaft ist dann bankähnlich, wenn sie eine prinzipiell unbeschränkte Anzahl von Unternehmungen finanziert, die weder mit ihr noch untereinander eine wirtschaftliche Einheit bilden⁶. Beschränken sich die Finanzierungen auf zum gleichen Konzern gehörige Unternehmungen, das heißt, besteht zwischen den finanzierten Gesellschaften und der finanzierenden Gesellschaft eine wirtschaftliche Einheit, so ist die Finanzierungsgesellschaft kommerzieller oder industrieller Art.

Die eidgenössische Bankenkommision entscheidet in Zweifelsfällen, ob ein Unternehmen dem Bankengesetz untersteht (Artikel 1/IV BaG). Nicht unter das Gesetz fallen die Schweizerische Nationalbank, die Pfandbriefzentralen und die Darlehenskasse der Schweizerischen Eidgenossenschaft, bankähnliche Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, industrielle und kommerzielle Finanzgesellschaften sowie Kreditkassen mit Wartezeit. Ebenso wenig sind Börsenagenten und Börsenfirmer, Vermögensverwalter, Notare und Geschäftsagenten diesem Gesetz unterstellt, sofern sie keinen eigentlichen Bankbetrieb führen (Artikel 1/III, V BaG)⁷.

Die Bestimmungen über Überwachung und Revision finden auf Kantonalbanken keine Anwendung, wenn diese von einer eigenen sachkundigen Revisionsstelle geprüft werden. Die Bankenkommision kann von den Kantonalbanken darüber Aufschluß verlangen, ob sie einer qualifizierten

3 Graner, Paul, Der Geltungsbereich des Bankengesetzes, Zürich 1937, Seite 23

4 vgl. Kaderli, Rudolph, Das schweizerische Bankgeschäft, Thun 1954, Seite 35

5 Brühlmann, Walter, Kommentar zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen, samt Vollziehungsverordnung, Weinfelden 1935, Seite 33

6 Schwander, Willi, Das schweizerische Bankengesetz unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlich wichtigen Bestimmungen, Dissertation, Bern 1939, Seite 26

7 Kreditkassen mit Wartezeit werden durch eine spezielle Verordnung des Bundesrates vom 5. Februar 1935 geregelt.

Prüfung unterzogen werden. Genügt nach den Feststellungen der Bankkommission die eigene Kontrollstelle nicht den gesetzlichen Anforderungen, so haben die Kantonalbanken die Kontrolle in geeigneter Weise zu ändern oder die Prüfung einer Revisionsstelle im Sinne des Artikels 20 BaG zu übertragen (Artikel 30/I, II VV).

3. Das Prüfungsorgan

Der Wichtigkeit entsprechend, die der Gesetzgeber der Bankprüfung zu Recht beimißt, stellt das Bankengesetz an das Prüfungsorgan besonders hohe Anforderungen. Die Prüfung kann nur durch eine außerhalb des Unternehmens stehende Revisionsstelle vorgenommen werden, die ihrerseits als solche von der Bankkommission anerkannt sein muß. Eine Bankrevision kann nur von einem Revisionsverband oder einer Treuhandgesellschaft ausgeführt werden, die zu ihrer Anerkennung eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllen müssen. Der Gesetzgeber bringt diesen privaten Revisions- und Treuhandinstituten durch die Übertragung dieses wichtigen Tätigkeitsgebiets großes Vertrauen entgegen. Ursprünglich war eine staatliche Einrichtung als Prüfungsorgan vorgesehen, eine Lösung, die vom Finanzdepartement abgelehnt wurde. Allerdings bietet die Stellung der eidgenössischen Bankkommission als staatliches Organ die Gewähr dafür, daß nur qualifizierte Prüfungsorgane zugelassen werden.

Der Gesetzgeber gab nur Treuhandgesellschaften und Revisionsverbänden, nicht aber dem Einzelprüfer, das Prüfungsrecht, wohl auch aus dem Grund, weil man glaubte, daß der einer Gesellschaft oder einem Verband unterstellte leitende Prüfer eine wesentlich unabhängigere und gesichere Stellung gegenüber den führenden Bankpersönlichkeiten einnehmen würde als der auf sich allein gestellte Einzelprüfer. Darüber hinaus dürfte eine Bankprüfung durch eine Treuhandgesellschaft oder einen Revisionsverband infolge des zur Verfügung stehenden Personals normalerweise in kürzerer Zeit abzuwickeln sein. Schließlich spielte die finanzielle Garantie, die ein Einzelprüfer kaum in dem Maß aufzubringen in der Lage ist, eine entscheidende Rolle.

Revisionsverbände⁸ werden nur dann als Revisionsstellen anerkannt, wenn ihnen wenigstens zwölf Banken angegliedert sind. Sie sind verpflichtet, ein besonderes Organ zur Prüfung der Revisionsberichte einzusetzen, in dem höchstens ein Viertel der angeschlossenen Banken vertreten sein darf (Artikel 31/I lit. a VV). Nach der herrschenden Meinung sind diesem Organ nicht alle Prüfungsberichte vorzulegen. Die Leitung des Revisionsverbandes wird sich darauf beschränken, nur solche Revi-

⁸ Nähere Ausführungen über Revisionsverbände siehe Seite 34 ff.

sionsberichte zur Vorlage zu bringen, die zu Beanstandungen Anlaß geben. Diese Auslegung wurde auch von der Expertenkommission gutgeheißen⁹. Bei Berichten, die zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß geben, genügt es, wenn sie den revidierten Banken direkt zugestellt werden¹⁰. Die Revisionsverbände können auch Nichtmitglieder prüfen, andererseits müssen Mitglieder nicht unbedingt vom Verband revidiert werden¹¹.

Treuhandgesellschaften, die als Unternehmungsform die Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft gewählt haben, müssen mindestens vier unbeschränkt haftende Gesellschafter aufweisen und eine Kautionsleistung von wenigstens Fr. 100 000.— in bar oder in Wertschriften leisten. Über Höhe und Art der Kautionsleistung entscheidet die Bankenkommission (Artikel 31/I lit. c VV). Bei Treuhandgesellschaften, die als Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft oder Genossenschaft errichtet sind, muß das einbezahlte oder sichergestellte Grundkapital wenigstens F. 100 000.— betragen (Artikel 31/I lit. 6 VV)¹². Sämtliche Treuhandgesellschaften haben sich außerdem vor der Anerkennung durch die Bankenkommission darüber auszuweisen, daß sie Auftrag erhalten werden, eine oder mehrere Banken mit einer Bilanzsumme von zusammen mindestens einhundert Millionen Franken zu prüfen (Artikel 32/III VV). Diese Bestimmung ist als Gegenstück zu Artikel 31/I VV gedacht, nach dem mindestens zwölf Banken einem Revisionsverband angeschlossen sein müssen. Durch diese Vorschriften wird eine zu starke Zersplitterung des Bankenrevisionswesens vermieden und eine gewisse Einheitlichkeit in der Revisionspraxis gewährleistet.

Die in Frage kommenden Revisionsstellen haben sich über eine für Bankrevisionen zweckentsprechende Organisation auszuweisen, die im Gesellschaftsvertrag, in den Statuten oder einem Reglement festzusetzen ist. Nach der Ansicht Graners¹³ sind in dieser Hinsicht folgende Bedingungen zu erfüllen:

1. Gesonderte Aufführung der einzelnen Organe mit klarer Abgrenzung der Kompetenzen; namentlich sind die Organe und Personen zu kennzeichnen, die die Revisionsarbeiten leiten, die die Revisionsberichte einsehen und mit den Revisoren unterzeichnen, die darüber entscheiden, wenn der revidierten Bank eine Frist zur Behebung von Miß-

9 Protokoll Expertenkonferenz vom 5. 2. 1935

10 vgl. Rossey-Reimann, Kommentar zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen und Vollziehungsverordnung, 2. Auflage, Zürich 1936, Seite 114; Graner, Die Revision, Überwachung und Kontrolle nach revidiertem Obligationenrecht und Bankengesetz, Zürich 1938, Seite 55

11 Graner, Paul, a. a. O., Seite 54

12 Obwohl die Vollziehungsverordnung bei den Kapitalgesellschaften von einer Sicherstellung wie bei Artikel 31/I lit. c nicht spricht, muß diese nach der herrschenden Lehre die gleichen Bedingungen erfüllen, also Sicherstellung in bar oder in Wertschriften. (Vgl. Rossey-Reimann, a. a. O., Seite 114; Graner, a. a. O., spricht von einer „Versehlenslücke“, Seite 55)

13 Graner, Paul, a. a. O., Seite 57

ständen anzusetzen ist oder wenn der Bankenkommision Bericht über Mißstände oder Sanierungsmaßnahmen zu erstatten ist.

2. Falls eine vom Revisionsstab (leitende Revisoren) getrennte ständige Geschäftsführung besteht, so müssen sämtliche Revisionsberichte vom Direktor oder einem zuständigen Mitglied der Direktion eingesehen und unterzeichnet werden. Anderenfalls muß ein fachkundiges Mitglied des Verwaltungsrats damit betraut werden.
3. Ausdrücklicher Hinweis auf die Schweigepflicht und das Berufsgeheimnis.
4. Genaue Bezeichnung der Geschäftszweige, die außer der Bankrevision betrieben werden.
5. Bekanntgabe der wichtigsten Grundsätze hinsichtlich des Revisionsverfahrens.

Selbstverständlich muß das Prüfungsorgan auch die bei anderen Revisionen geforderten Merkmale der Unabhängigkeit und fachlichen Qualifikation aufweisen. Die Unabhängigkeit wird gesetzlich durch die Artikel 18/I BaG und 20/III BaG gewährleistet, nach denen die Revisionsstelle außerhalb der geprüften Bank stehen und von der Geschäftsführung und der Verwaltung dieser Bank unabhängig sein muß. Treuhandgesellschaften dürfen eine Bank nicht revidieren, wenn die Bank durch ein Mitglied ihrer Geschäftsführung oder durch die Präsidenten, Vizepräsidenten oder Delegierten ihres für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle verantwortlichen Organs im gleichen Organ der Treuhandgesellschaft vertreten ist (Artikel 31/IV VV)¹⁴. Durch diese Bestimmung ist eine Identität der internen Kontrollstelle — wenn die Bank in einer entsprechenden Unternehmensform errichtet ist — mit der Revisionsstelle nach dem Bankengesetz möglich, da der zitierte Artikel dieses Organ nicht nennt. Diese Verbindung erscheint jedoch nicht sehr zweckmäßig, vor allem der Prüfungsfristen wegen¹⁵. Die Revisionsstelle kann ihre Prüfung auf ein volles Jahr ausdehnen, sie braucht, im Gegensatz zur internen Kontrollstelle, auf den Termin der Generalversammlung keine Rücksicht zu nehmen.

Das angegebene Organ für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle ist eine Besonderheit des Bankengesetzes. Es wird bei größeren Banken eingesetzt, wo der Geschäftszweck oder der Geschäftsumfang eine Zweiteilung in Geschäftsführung und Aufsicht erfordern (Artikel 3/I BaG). Es ist

14 Nach diesem Artikel wird die Anwesenheit eines Verwaltungsrates der Bank im entsprechenden Organ der Prüfungsstelle nicht ausgeschlossen. Das Prinzip der Unabhängigkeit von der Geschäftsführung und Verwaltung, wie sie das Bankengesetz fordert, wird erweitert. Dieser Artikel ist als Ausnahmevorschrift anzusehen, der eine Konzession an die seinerzeit herrschenden Verhältnisse im Bankwesen bedeutete (vgl. Graner, a. a. O., Seite 67)

15 Keller, Theo, Die Beziehungen der Bankleitung und Bankverwaltung zur Revisionsstelle nach Bankengesetz, in Der Bankbetrieb und seine Revision, Zürich 1942, Seite 35

seiner wirtschaftlichen Stellung nach eine dem deutschen Aufsichtsrat ähnliche Institution und hat mit der internen Kontrollstelle nichts zu tun. Die Mitglieder der Geschäftsführung der Revisionsstellen und die Revisoren, die Bankrevisionen zu leiten haben, müssen über eine gründliche Sachkenntnis verfügen (Artikel 20/IV BaG, Artikel 31/II, Ziffer 2 VV). Wir haben bereits an anderer Stelle dargelegt, welche Anforderungen wir an die Sachkenntnis der Revisoren stellen. Bei einem leitenden Bankprüfer ist es außerdem unerlässlich, daß er über eingehende Kenntnisse der Bankrevision und Banktechnik verfügt, die nur durch eine langjährige praktische Tätigkeit zu erlangen sind. Die Bankenkommission ist insofern in der Lage, die Fachkenntnisse der Bankprüfer zu kontrollieren, als die Revisionsverbände und Treuhandgesellschaften ihrem Anerkennungsgesuch ein Verzeichnis der leitenden Revisoren mit Lebenslauf beifügen müssen. Schließlich stellt die Vollziehungsverordnung eine letzte persönliche Forderung an die Bankprüfer, die an sich selbstverständlich sein sollte: Sie müssen einen guten Leumund besitzen (Artikel 31/II, Satz 2 VV). Erst wenn eine in Aussicht genommene Revisionsstelle die angeführten Voraussetzungen erfüllt, kann sie bei der Bankenkommission ein Anerkennungsgesuch einreichen, dem sie ein Revisorenverzeichnis, Gesellschaftsverträge, Statuten, Reglemente, Geschäftsberichte und Jahresrechnungen der letzten zwei Jahre und ein Mitgliederverzeichnis der verantwortlichen Organe beilegt (Artikel 32 VV). Wird die Revisionsstelle anerkannt, so kommt sie in ein von der Bankenkommission angelegtes Verzeichnis, das den Banken zur Verfügung steht (Artikel 31/VI VV). Nach der Anerkennung haben sich die Revisionsverbände und Treuhandgesellschaften ausschließlich der Revisionstätigkeit und den damit unmittelbar in Zusammenhang stehenden Geschäften wie Kontrollen, Liquidationen und Sanierungen zu widmen. Die Besorgung von eigentlichen Bankgeschäften und Vermögensverwaltungen ist ihnen nicht gestattet (Artikel 20/II BaG).

Erfüllt eine anerkannte Revisionsstelle nicht mehr die gesetzlichen Bedingungen oder läßt sie sich eine Verletzung ihrer Pflichten zuschulden kommen, hat die Bankenkommission die Anerkennung zu widerrufen. Der Widerruf ist der Revisionsstelle unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen unter Hinweis auf die Möglichkeit der Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht.

Die Banken stehen zu den Revisionsstellen in einem Auftragsverhältnis. Sie müssen diese spätestens bei Beginn des Rechnungsjahres mit der Prüfung beauftragen (Artikel 36/I VV). Falls eine Bank ihre Revisionsstelle wechselt, hat sie das der Bankenkommission unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Nicht genau geregelt ist die Frage, wann die Bankenkommission der Bank dem Wechsel der Revisionsstelle ihre Zustimmung

versagen kann. Nach der herrschenden Ansicht sind die Banken an die Entscheidung der Bankenkommission gebunden¹⁶. Nach dieser Meinung dürfte ein Wechsel nicht willkürlich gestattet werden. Vor allem ist die Zustimmung dann zu versagen, wenn der Wechsel nur deswegen gewünscht wird, weil die gewissenhafte Prüfung durch die Revisionsstelle Mängel in dem betreffenden Geldinstitut aufdeckt oder aufdecken könnte. Ein Wechsel sollte auch dann verhindert werden, wenn er wegen angeblich zu hoher Revisionskosten herbeigeführt werden will, falls die Revisionsstelle die Angemessenheit der Kosten im Hinblick auf den Prüfungsumfang beweisen kann.

Viele Bankfachleute glauben — nicht einmal unberechtigt —, daß kein Außenstehender eine so gut fundierte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Bank geben kann wie sie selbst, daß also jedwede Prüfungen unnötige Kosten verursachen. Diese Auffassung geht am Kern der Dinge vorbei. Der Gesetzgeber war sich darüber im klaren, daß bei vielen gut gehenden Banken die gesetzliche Bankprüfung durchaus zu entbehren wäre. Es sei aber auch in diesen Fällen vermerkt, daß eine gewissenhafte Prüfung für die Geschäftsführung eine Sicherung und Beruhigung ist. Bei wirtschaftlich schlecht stehenden Banken ist eine neutrale Prüfung jedoch unentbehrlich. Durch die Gewißheit, daß das gesamte Rechnungswesen jährlich einer genauen Kontrolle unterzogen wird, werden die Banken veranlaßt, die gesetzlichen Verpflichtungen einzuhalten. Außerdem wird in der gesamten Volkswirtschaft durch diese Prüfungen das Vertrauen in die Bankunternehmungen bestärkt.

4. Die Aufgaben der Revisionsstelle

a) Die Prüfung der Jahresrechnung und sonstige Aufgaben

Die von der bankrechtlichen Revisionsstelle vorzunehmenden Prüfungen tragen grundsätzlich den Charakter einer aktienrechtlichen Revision. Allerdings wird der Prüfungsumfang im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse des Rechnungswesens einer Bank entsprechend ausgebaut. Die anzuwendende Prüfungstechnik wird vom gleichen Moment beeinflußt. Selbstverständlich gehen die Prüfungen über formelle Gesichtspunkte hinaus, die Revisionen sind vielmehr materiell durchzuführen. Der Prüfungsumfang wird durch das Bankengesetz und die Vollziehungsverordnung bestimmt.

Wichtigste Aufgabe ist die Revision der Jahresrechnung nach Form und Inhalt. In formeller Hinsicht ist zu überprüfen, ob — neben der zahlen-

¹⁶ vgl. Weber, Max, Die Beziehungen der Revisionsstelle gemäß Bankengesetz zur Bankleitung und Bankverwaltung sowie zur eidgenössischen Bankenkommission, in Der Bankbetrieb und seine Revision, Seite 43; Graner, a. a. O., Seite 69

mäßig richtigen Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchhaltung — die Gliederungsvorschriften der Vollziehungsverordnung gewahrt wurden, die für die Jahresabschlüsse der Banken aufgestellt sind (Artikel 20 bis 22 VV). Bei der Prüfung der Bilanz hat die Revisionsstelle die tatsächliche Vermögenslage festzustellen. Vor allem ist zu beachten, daß die ausgewiesenen Verbindlichkeiten durch die vorhandenen Aktiven ausreichend gedeckt sind und daß bei juristischen Personen das Grundkapital wenigstens zur Hälfte erhalten ist. Bei der Revision ist folgenden Gesichtspunkten Aufmerksamkeit zu schenken¹⁷:

„Bonität, Deckung, Sicherheit, Risikoverteilung, Laufzeit, Fälligkeit, Kurzfristigkeit, Mittelfristigkeit, Langfristigkeit, greifbare Mittel, leicht verwertbare Aktiven, kurzfristige Verbindlichkeiten, Fälligkeitsgrad der Verpflichtungen, Liquidität, Gefährdungsgrad, Immobilisierungsgrad, Transferschwierigkeiten, Restriktionen aller Art, Ertragslosigkeit, Rentabilität, Existenz und Rechtsbestand der Vermögenswerte, freie und beschwerte Aktiven, Verpfändung, Verhältnis der Passiven zu den Aktiven, stille Reserven, Abschreibungs- und Rückstellungsbedarf, Realisierbarkeit.“

Auf Grund der völlig verschiedenen Struktur einer Bankbilanz gegenüber einer Bilanz eines Industrieunternehmens werden sich die Revisionen auf andere Prüfungsgebiete konzentrieren.

Die Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung wird in engem Zusammenhang mit der Bilanzrevision vorgenommen. Beide Revisionen ergänzen und kontrollieren sich gegenseitig. Mit der Prüfung wird eine Analyse der Aufwands- und Ertragsseite verbunden. Dabei sind zweckmäßigerweise folgende Faktoren zu beachten¹⁸:

„Relation der Aufwendungen untereinander, Relation der Erträge untereinander, Relation der Aufwendungen zu den Erträgen, Abschreibungen, Verluste, Einfluß der Geschäftspolitik betreffend die stillen Reserven, innere Wirtschaftlichkeit, Verschleierung von Verlusten und unrichtige Klassifizierung.“

Abnormal große oder kleine Aufwands- oder Ertragsarten geben dem Prüfer wichtige Fingerzeige. Es ist sehr vorteilhaft, wenn für die Aufwendungen und Erträge Richtzahlen beziehungsweise Prozentzahlen aufgestellt werden, da sie die Besprechung der Ertragslage erleichtern und unterstützen.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses ist die Prüfungspflicht der Revisionsstelle bei weitem nicht erschöpft. Der in Artikel 38 VV niedergelegte Pflichtinhalt des Revisionsberichtes gibt weitere Rückschlüsse auf den Prüfungsumfang. So muß die Revisionsstelle die innere Organisation der

17 Graner, Paul, a. a. O., Seite 83

18 Graner, Paul, a. a. O., Seite 111

Bank auf eventuell vorhandene Mängel hin überprüfen. Eine zweckmäßige Organisation ist in einem Bankbetrieb absolut unerlässlich. Neben den mannigfachen Vorteilen für die Bank selbst erleichtert sie auch der Revisionsstelle ihre Arbeit, da dadurch unnötige Rückfragen etc. wegfallen. Die Revisionsstelle wird in dieser Richtung in erster Linie folgende Punkte einer Prüfung unterziehen:

Gesellschaftsverträge, Statuten und Reglemente, das interne Kontrollwesen, die Organisation der einzelnen Abteilungen (Kompetenzabgrenzung, Subordination), die Organisation der Beleg-, Formular-, Buchhaltungs- und Registraturanlagen, Belegdurchlauf und Belegzeichnung, Kreditbewilligung und Kreditkontrolle, Verrechnungswesen, Beständeverwaltung¹⁹.

Neben der Revision des Jahresabschlusses ist es Pflicht der Revisoren zu prüfen, ob die Bestimmungen des Bankengesetzes sowie der Vollziehungsverordnung und allfällige kantonale Vorschriften über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen beachtet sind (Artikel 19/I BaG). Außerdem trifft die Revisionsstelle eine Anzahl weiterer Prüfungspflichten auf Grund des Artikels 38 VV, die innerhalb unserer Ausführungen über den Prüfungsbericht näher erläutert werden. Die Banken erleichtern insofern die Arbeit der Revisionsstelle, als sie gesetzlich verpflichtet sind, dieser Einsicht in die Bücher und Belege zu gewähren sowie alle Aufschlüsse zu erteilen, die zur Erfüllung der Prüfungspflicht erforderlich sind. Das Bankgeheimnis besteht gegenüber den Revisoren nicht. Selbstverständlich haben diese — bei Androhung von strafrechtlichen Sanktionen — über ihre gemachten Wahrnehmungen Stillschweigen zu bewahren.

Es ist nur natürlich, wenn die Auffassungen der Revisionsstelle und der Geschäftsführung verschiedentlich differieren. Die Bank betrachtet die Dinge vom Standpunkt der lebendigen Praxis, während die Revisoren den strengen Maßstab anlegen müssen, den die gesetzlichen Vorschriften verlangen²⁰. Der erfahrene Revisor wird den Argumenten der Geschäftsführung Verständnis entgegenbringen, er hat jedoch bei eindeutigen gesetzlichen Verstößen seine Zustimmung zu verweigern. Bei der Aufspürung derartiger Mängel ist die Revisionsstelle mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet. Stellt die Revisionsstelle anlässlich ihrer Prüfung irgendwelche Gesetzesverletzungen fest oder Tatsachen, die die Sicherheit der Gläubiger gefährden, oder bei juristischen Personen Verluste, durch die sich das Grundkapital auf die Hälfte vermindert hat, muß die Revisionsstelle der Bank eine angemessene Frist zur Behebung dieser Mißstände einräumen. Kann die Bank diese Frist nicht einhalten, erfolgt Bericht an die Bankenkommission (Artikel 21/III BaG). Bei diesen Gelegen-

19 vgl. Graner, Paul, a. a. O., Seite 80; Weber, a. a. O., Seite 46

20 Weber, Max, a. a. O., Seite 48

heiten wird das Vertrauensverhältnis zwischen Bank und Revisionsstelle auf die härteste Probe gestellt. Unverzüglich und in jedem Falle ist der Bankenkommission Bericht zu erstatten, wenn die Revisionsstelle ermittelt, daß die Verbindlichkeiten nicht mehr durch die Aktiven gedeckt sind (Artikel 21/IV BaG). In diesen Fällen ist die Aufstellung einer Liquidationsbilanz unumgänglich. Bei der Bewertung sind jedoch nicht die bei einer sofortigen Realisation erzielbaren Wertansätze einzusetzen, den Aktiven ist vielmehr der Wert zugrunde zu legen, „der im Zeitpunkt der Inventuraufnahme bei einer den Umständen angemessenen, jede Verschleuderung vermeidenden Liquidation voraussichtlich erhältlich wäre, wobei außerdem darauf Bedacht zu nehmen ist, daß die Bank weitergeführt werden soll²¹.“ Diese Bilanz wird Sanierungs- oder relative Betriebsbilanz genannt. Die Bewertung liegt in der Regel zwischen den Betriebs- und Liquidationswerten²².

Die Bankrevisionen sind von den anerkannten Revisionsstellen mit eigenem Personal vorzunehmen. Die Beiziehung außenstehender Institute widerspricht dem Sinne des Gesetzes. Ebenso wenig ist eine Zusammenarbeit mit dem geschäftsführenden Organ der Bank gestattet. Falls die Bank eine sachkundige Revisionsabteilung besitzt, hat sie deren Berichte der Revisionsstelle vorzulegen. Doppelspurigkeiten in der Kontrolle sind möglichst zu vermeiden (Artikel 19/III BaG). Das ändert aber nichts an der Eigenverantwortlichkeit der Revisionsstelle. Die Revision wird grundsätzlich innerhalb eines Jahres nach Abschluß der Jahresrechnung durchgeführt. Den Revisoren ist es jedoch freigestellt, im Laufe des Rechnungsjahres Teilrevisionen vorzunehmen, um die Revision der Jahresrechnung vorzubereiten und zu vereinfachen (Artikel 37 VV).

b) Der Prüfungsbericht

Wie bei den bereits behandelten Prüfungen werden auch hier die Prüfungsergebnisse in einem Prüfungsbericht zusammengefaßt. Dem Prüfungsbericht kommt eine große Bedeutung zu. Besonders bei einer negativen Entwicklung der geprüften Bank wird der Revisionsbericht oft noch nach Jahren als Beurteilungsgrundlage herangezogen. Darüber hinaus gibt er wesentliche Anhaltspunkte über Art und Weise der Durchführung der Revision. Es ist demnach auch im Interesse der Revisionsstelle, wenn sie den Prüfungsbericht mit größter Sorgfalt und Genauigkeit abfaßt. In seiner Ausführlichkeit entspricht der Prüfungsbericht auf Grund einer Bankrevision etwa dem internen Revisionsbericht der Aktiengesellschaft oder

21 Graner, Paul, Die Revisor. Überwachung und Kontrolle nach revidiertem Obligationenrecht und Bankengesetz, Seite 85

22 vgl. Verordnung des Bundesgerichtes vom 11. April 1935/26. Februar 1936 betreffend das Nachlaßverfahren von Banken und Sparkassen sowie Bundesratsbeschluß vom 17. April 1936/13. Juli 1937 über die Sanierung von Banken.

dem Bericht nach Artikel 723 OR, wenn er auch sein Schwergewicht auf für Banken besonders typische Themen verlagert. Es ließe sich beispielsweise folgendes Schema denken²³:

1. Inhaltsverzeichnis,
2. Einleitung (Inhalt des Prüfungsauftrages, Revisionsprocedere etc.),
3. Wiedergabe der Bilanz mit Kommentierung der einzelnen Positionen,
4. Wiedergabe der Gewinn- und Verlustrechnung mit Kommentierung der einzelnen Aufwendungen und Erträge,
5. Beantwortung der grundsätzlichen Fragen betreffs Vermögenslage, Rentabilität sowie der Spezialfragen des Artikels 38 VV und anderer gesetzlicher Vorschriften,
6. Schlußfolgerungen mit Angabe eventueller Mißstände,
7. Bemerkung betreffs Auskunftserteilung und Aktenvorlage.

Im Revisionsbericht soll in erster Linie herausgestellt werden, ob die gesetzlichen Erfordernisse des Artikels 19/I BaG erfüllt sind, das heißt, der Revisionsbericht muß die Feststellung enthalten, daß die Jahresrechnung nach Form und Inhalt gemäß den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften aufgestellt ist, daß die Bestimmungen des Bankengesetzes und seiner Vollziehungsverordnung sowie allfällige kantonale Bestimmungen über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen beobachtet sind. Daneben soll sich der Prüfungsbericht darüber aussprechen, ob die bilanzmäßig ausgewiesenen Verbindlichkeiten durch die vorhandenen Aktiven ausreichend gedeckt sind und ob das Grundkapital — bei juristischen Personen — wenigstens zur Hälfte erhalten ist.

Der Revisionsbericht ist in der Weise abzufassen, daß er den maßgebenden Bankinstanzen die Möglichkeit gibt, sich über die wirtschaftliche Lage der Bank ein zutreffendes Urteil zu bilden. Dies kann am besten durch eine kritische Würdigung des Jahresabschlusses geschehen. Bei den Positionen der Aktivseite ist ein besonderes Augenmerk auf die Risikoanfälligkeit zu legen. Der Revisionsbericht hat erkennen zu geben, ob eine gleichmäßige oder einseitige Risikoverteilung vorliegt, beziehungsweise wie sich diese geographisch, wirtschaftlich (Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft) und größtmäßig gliedert. Zweckmäßig ist eine Gruppierung nach dem Risikograd in „leicht gefährdet“, „stark gefährdet“ und „uneinbringlich“. Bei der Besprechung der Passivseite ist auch darauf einzugehen, ob die Struktur der Passiven dem Aktivgeschäft entspricht. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist im Hinblick auf die Rentabilität zu erläutern²⁴.

23 vgl. Graner, Paul, Das Bankenrecht, in Recht und Wirtschaft, Zürich 1949, Seite 131

24 Graner, Paul, Die Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, a. a. O., Seite 227

Nach Artikel 38/II VV hat sich der Prüfungsbericht über folgende, zum Pflichtinhalt zählende Punkte zu äußern:

- a) allfällige Mängel in der inneren Organisation der Bank;
- b) die Aufstellung der Jahresrechnung nach Form und Inhalt;
- c) das Verhältnis zwischen den eigenen Mitteln und den gesamten Verbindlichkeiten;
- d) die Einhaltung der Liquiditätsvorschriften (die Banken haben dafür zu sorgen, daß zwischen ihren greifbaren Mitteln und leicht verwertbaren Aktiven einerseits und ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten andererseits ein angemessenes Verhältnis besteht, wobei die Vollziehungsverordnung die näheren Ausführungen gibt);
- e) die Zuweisungen an den Reservefonds;
- f) den Gesamtbetrag der Anlagen und Kredite im Ausland und ihr Verhältnis zur Gesamtbilanzsumme;
- g) bestimmte Auslandsgeschäfte über zehn Millionen Schweizer Franken;
- h) die Behandlung der Zinsen gefährdeter Betriebe;
- i) die Einhaltung der Bestimmungen über die Kapitalrückzahlung;
- k) den Gesamtbetrag der von der Bank weiterverpfändeten oder in Report gegebenen Faustpfänder und der darauf erhaltenen Vorschüsse;
- l) die Beitrittserklärungen der Genossenschafter bei Genossenschaften mit unbeschränkter Solidarhaft der Mitglieder;
- m) die Kontrollmaßnahmen der Bank über die Wertschriftendepots und die Handhabung dieser Maßnahmen;
- n) die Einhaltung allfälliger kantonaler Vorschriften über ein gesetzliches Pfandrecht nach Artikel 16 BaG und das Vorhandensein der Deckung gemäß kantonaler Vorschrift und Kontrolle.

Der Revisionsbericht hat sich außerdem auf die in Artikel 38/III VV angegebenen Punkte auszudehnen, soweit sie nach Ermessen der Revisionsstelle für die Vermögenslage der Bank von wesentlicher Bedeutung sind, so beispielsweise über den Gesamtbetrag der Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen der Bank oder den Gesamtnominalbetrag der eigenen Aktien im Besitze der Bank sowie deren Anschaffungskosten. Darüber hinaus steht es der Revisionsstelle frei, die Revision auf weitere, ihr wichtig erscheinende Punkte auszudehnen und darüber zu berichten (Artikel 38/IV VV). Aus dem Revisionsbericht muß schließlich ersichtlich sein, ob die Revisionsstelle alle verlangten Aufschlüsse erhalten hat.

Der Prüfungsbericht muß die rechtsverbindliche Unterschrift der Revisionsstelle sowie des Revisors enthalten, der die Prüfung geleitet hat (Artikel 39/II VV). Er ist innerhalb eines Jahres nach Abschluß der Jahresrechnung zu erstatten. Falls es der Revisionsstelle nicht möglich ist, diese Frist einzuhalten, hat sie es der Bankenkommission unter Angabe der Gründe

mitzuteilen. Der Revisionsbericht ist einer leitenden Persönlichkeit der geprüften Bank zuzustellen, und zwar:

- a) bei Aktiengesellschaften dem Präsidenten des Verwaltungsrats;
- b) bei Kommanditaktiengesellschaften dem Vorstand;
- c) bei Genossenschaften dem Präsidenten des nach Gesetz, Statuten oder Reglementen verantwortlichen Organs;
- d) bei Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften einem der unbeschränkt haftenden Gesellschafter (Artikel 41/II VV).

Die Mitglieder des für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle verantwortlichen Organs haben in den Revisionsbericht Einsicht zu nehmen und diese Einsichtnahme unterschriftlich zu bestätigen (Artikel 41/III VV). Falls sich die Kontrollstelle veranlaßt sieht, der Bankenkommision Bericht zu erstatten, hat sie den Revisionsbericht beizulegen (Artikel 40 VV). Die Bankenkommision ist jedoch auch von sich aus befugt, in besonderen Fällen den Prüfungsbericht von der Revisionsstelle einzuverlangen (Artikel 23/III lit. i BaG).

5. Die Haftbarkeit der Revisionsstelle

Die Revisionsstellen sind kein Bestandteil der Organisation einer Bank. Sie stehen zu dieser lediglich in einem Auftragsverhältnis. Ihre zivilrechtliche Haftbarkeit regelt sich demgemäß aus diesem Vertragsverhältnis, das heißt, die Revisoren haften für die sorgfältige und getreue Ausführung ihres Auftrages²⁵. Im Bankengesetz ist die Bestimmung enthalten, daß die Revision mit der Sorgfalt eines ordentlichen und sachkundigen Revisors durchzuführen ist (Artikel 20/IV BaG).

Neben den Bestimmungen des Strafgesetzbuches unterliegen die Mitglieder der Revisionsstelle einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach Artikel 47 BaG. Sie können mit einer Buße bis zu Fr. 20 000.— oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden, wenn sie vorsätzlich die bei der Durchführung einer Revision oder bei der Abfassung oder Erstattung des Revisionsberichtes obliegenden Pflichten gröblich verletzen, die vorgeschriebene Aufforderung an die revidierte Bank zur Durchführung entsprechender Maßnahmen unterlassen oder die vorgeschriebenen Berichte an die Bankenkommision nicht erstatten. Die gleiche Strafe kann bei Verletzung der Schweigepflicht ausgesprochen werden. Bei fahrlässiger Pflichtverletzung ist die Strafe Buße bis zu zehntausend Franken.

²⁵ vgl. Ausführungen über die Haftung nach dem Auftragsrecht

6. Außerordentliche Prüfungen von Bankunternehmungen

a) Die außerordentliche Revision

Neben der ordentlichen Jahresrevision sieht der Gesetzgeber im Bankengesetz sowie in besonderen Bundesratsbeschlüssen weitere Prüfungen vor, die in den Aufgabenbereich des qualifizierten Prüferstandes fallen. Bei den im folgenden zu erläuternden Verfahren werden in der Regel nur ausgesprochene Fachleute eingesetzt, die durchaus Mitglieder der Revisionsstelle der betroffenen Bank sein können, aber nicht sein müssen. Die außerordentliche Revision einer Bank kann von der eidgenössischen Bankenkommision auf Grund des Artikels 23/III lit. i BaG angeordnet werden. Die Bankenkommision wird das nur bei zwingenden Gründen tun, beispielsweise, wenn sie von glaubwürdiger Seite erfährt, daß die Sicherheit der Gläubiger einer Bank gefährdet ist, ohne daß die Revisionsstelle eine entsprechende Mitteilung erstattete. Sollte sich herausstellen, daß die ordentliche Revision nicht sachgemäß und gewissenhaft durchgeführt wurde, wird von der Bankenkommision ebenfalls eine außerordentliche Revision angeordnet werden. Diese Revision kann sich aber auch nur auf ein bestimmtes Gebiet oder eine Einzelfrage erstrecken. Art und Umfang dieser Prüfung bestimmen sich nach den Verhältnissen des einzelnen Falles, wobei zu erwähnen ist, daß derartige Prüfungen normalerweise ein erhöhtes Maß an Vorsicht und Anpassungsfähigkeit der Prüfer voraussetzen.

b) Die Kapitalherabsetzung

Banken, die als Aktiengesellschaften oder Kommanditaktiengesellschaften errichtet sind, können die Herabsetzung des Grundkapitals durch Rückzahlung von Aktien nach den Vorschriften des Obligationenrechts vornehmen²⁵, haben jedoch folgende Bestimmungen zusätzlich zu beachten (Artikel 11 BaG):

- a) Die Kapitalherabsetzung darf von der Generalversammlung nur beschlossen werden, wenn durch einen besonderen Revisionsbericht festgestellt ist, daß die Forderungen der Gläubiger auch durch das herabgesetzte Kapital voll gedeckt sind und die Liquidität gesichert ist. Der Unterschied gegenüber Artikel 732/II OR besteht darin, daß bei Banken auch die Sicherung der Liquidität gesetzliches Erfordernis ist. Der besondere Revisionsbericht ist von der Revisionsstelle anzufertigen, die die letzte Jahresrechnung geprüft hat (Artikel 43 VV).
- b) Die Kapitalherabsetzung darf durchgeführt werden nach Ablauf von zwei Monaten von dem Tag an gerechnet, an dem der Beschluß mit

²⁵ vgl. Ausführungen über Kapitalherabsetzung Seite 165 ff.

der Aufforderung zur Anmeldung der Ansprüche in statutarischer Form bekannt gemacht worden ist, und nachdem diejenigen Gläubiger, die innerhalb dieser Frist ihre Ansprüche anmelden, ausbezahlt oder sichergestellt worden sind.

- c) Ergibt sich aus der Kapitalherabsetzung ein Buchgewinn, so ist dieser, soweit er nicht zur Abschreibung gefährdeter Aktiven oder zu Rückstellungen für solche Aktiven beansprucht wird, als Zuweisung in den Reservefonds zu verwenden. Das Obligationenrecht läßt nur eine Verwendung für Abschreibungen zu.

Die zitierten Vorschriften des Artikels 11 BaG gelten sinngemäß für die Herabsetzung des Stammkapitals einer GmbH sowie auf die Herabsetzung oder Aufhebung der Anteilscheine bei Genossenschaften.

c) Verfahren für notleidende Banken

aa) Der Fälligkeitsaufschub

Die Vorschriften für die verschiedenen Verfahren für notleidende Banken waren insofern eine gesetzliche Notwendigkeit, als die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs den speziellen Anforderungen bei Banken nicht oder nur sehr bedingt genügten. Als erstes Verfahren steht den Banken die Möglichkeit des Fälligkeitsaufschubes offen, um dessen Gewährung sie beim Bundesrat nachsuchen können, wenn sie andauernd übermäßigen Geldabhebungen ausgesetzt sind (Artikel 25/I BaG).

Diese außerordentlichen Geldabhebungen können in einer allgemeinen Vertrauenskrise oder Panik begründet sein. Sie bringen, auf die Dauer gesehen, jede Bank in Verlegenheit, ohne daß diese ein direktes Verschulden treffen muß. Der Bundesrat kann dem Gesuch nur entsprechen, wenn die Bank in einem besonderen Revisionsbericht nachweist, daß die Gläubiger der Bank voll gedeckt sind und daß der Zinsendienst aufrechterhalten werden kann. Über die Erstattung dieses Revisionsberichtes, der von der letzten Revisionsstelle anzufertigen ist, hat die Bankenkommission in einem Rundschreiben nähere Hinweise gegeben. Danach muß der besondere Revisionsbericht vor allem die zur Zeit der Einreichung des Gesuches bestehende Vermögens- und Liquiditätslage erkennen lassen. Der Revisionsbericht hat die Grundsätze zu erwähnen, nach denen die Bewertung der einzelnen Aktivkategorien sowie der gefährdeten Aktivposten vorgenommen wurde. Dabei ist die effektive Realisationsfähigkeit der Aktiven zu berücksichtigen. Der Revisionsbericht soll erkennen lassen, ob die Bank bei Inkrafttreten des Fälligkeitsaufschubs über die erforderliche Liquidität verfügt, um den laufenden Bankbetrieb ohne wesentliche Einschränkungen aufrechterhalten zu können. Schließlich hat der Revisionsbericht die Erklärung zu enthalten:

- a) ob die Forderungen der Gläubiger voll gedeckt sind,
- b) ob der Zinsendienst während des Verfahrens aufrechterhalten werden kann, wobei Voraussetzung ist, daß die Zinsen während des Aufschubs von der Bank verdient und nicht aus der Substanz bezahlt werden.

Ferner soll im Prüfungsbericht der Grad allfälliger Abschreibung der eigenen Mittel angegeben sein.

Die rechtliche Wirkung des Fälligkeitsaufschubes, der für die Gesamtheit oder für bestimmte Arten von Verbindlichkeiten einer Bank, mit Ausnahme der Zinsen auf den fremden Geldern, bewilligt werden kann, besteht darin, daß die Fälligkeit der Forderungen der Bankgläubiger, die während der Dauer des Aufschubes fällig würden, bis nach dessen Ablauf hinausgeschoben wird, mit anderen Worten, während der Wirksamkeit des Fälligkeitsaufschubes sind keine fälligen Forderungen der dem Aufschub unterliegenden Gläubiger vorhanden²⁶. Die Entscheidung über den Fälligkeitsaufschub obliegt dem Bundesrat. Die dabei zu treffenden Maßnahmen werden in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften über das Stundungsverfahren für den jeweiligen Einzelfall festgesetzt (Artikel 27 BaG). So kann beispielsweise ein Kommissär eingesetzt werden, nach dessen Aufsicht und Weisungen die Geschäfte der Bank unter Wahrung der Gläubigerinteressen weitergeführt werden.

bb) Das Stundungsverfahren

Wenn eine Bank sich außerstande sieht, ihre eingegangenen Verbindlichkeiten zeitgerecht zu erfüllen, kann sie beim zuständigen Gericht um die Gewährung einer Stundung nachsuchen (Artikel 29/I BaG). Dem Stundungsgesuch ist ein Status und die vorhandenen Jahresabschlüsse sowie Geschäfts- und Revisionsberichte der letzten fünf Jahre beizulegen. Die Erstellung eines besonderen Revisionsberichtes, wie er beim Fälligkeitsaufschub gefordert wird, ist nicht vorgesehen. Der rechtliche Unterschied der Stundung zum Fälligkeitsaufschub besteht darin, daß bei diesem ein Aufschub der Fälligkeit der Gläubigerforderungen, bei jener jedoch ein Aufschub in der Vollstreckbarkeit der Forderungen erreicht wird.

Sobald das Gericht die auf ein Jahr — in Sonderfällen ist eine weitere einjährige Verlängerung möglich — befristete Stundung bewilligt, bestellt es eine oder mehrere sachkundige Personen als Kommissäre. Die Bewilligung muß versagt werden, wenn sich aus dem Status ergibt, daß die Bank verschuldet ist. Als Kommissäre sind ausdrücklich auch juristische Personen, insbesondere eine Bank oder Treuhandgesellschaft zugelassen. Der Kommissär hat sich sofort nach seiner Ernennung mit der

²⁶ Otterli, Max, Die rechtliche Stellung der Revisionsverbände und Treuhandgesellschaften nach Bankengesetz, Diss., Bern 1940, Seite 67

Revisionsstelle der Bank in Verbindung zu setzen und mit dieser die Vermögenslage der Bank festzustellen. Die Bewertung der Aktiven ist unter dem Gesichtspunkt einer angemessenen, jede Verschleuderung vermeidenden Liquidation vorzunehmen²⁷. Das Ergebnis ist dem Gericht und der Bank mitzuteilen. Der im Gegensatz zum Fälligkeitsaufschub obligatorische Kommissär hat während der Stundung die Aufsicht über die Bank. Ihm stehen in dieser Richtung sehr weitgehende Vollmachten zu (Artikel 32 BaG), er kann aber vom Gericht aus wichtigen Gründen abberufen werden.

cc) Das Nachlaßverfahren

Das Nachlaßverfahren kann als Rechtswohltat für die Banken gewährt werden, bei denen die berechtigte Aussicht besteht, daß sie nach durchgeführter Sanierung ihre Lebensfähigkeit wiedergewinnen und behaupten können²⁸. Die Genehmigung dieses Verfahrens durch die Nachlaßbehörde ist davon abhängig, daß den Interessen der Gläubiger durch den Nachlaßvertrag mehr gedient ist, als durch eine Konkursliquidation. Das Verfahren wird unter der Aufsicht eines von der Nachlaßbehörde zu ernennenden Sachwalters durchgeführt. Ist dem Nachlaßverfahren ein Fälligkeitsaufschub oder eine Stundung vorausgegangen, so wird der betreffende Kommissär zum Sachwalter bestellt. Für die Abwicklung des Verfahrens gelten im einzelnen die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, die Vorschriften des Bankengesetzes betreffend das Nachlaßverfahren bei Banken und Sparkassen sowie die Verordnung des Bundesgerichts vom 4. April 1935 betreffend das Nachlaßverfahren von Banken und Sparkassen, ergänzt durch die Verordnung vom 26. Februar 1936.

dd) Das Sanierungsverfahren

Das Sanierungsverfahren kann auf Grund der Bundesratsbeschlüsse vom 17. April 1936, vom 13. Juli 1937 und vom 27. Dezember 1938 durchgeführt werden. Es wird bei Banken von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung angewendet. Diesem Verfahren muß die Erwirkung eines Fälligkeitsaufschubes oder einer Stundung vorausgehen. Die Bankenkommission setzt bei Eröffnung des Sanierungsverfahrens einen Kommissär oder eine Aufsichtskommission ein. Dieses Amt kann nach ausdrücklicher Erwähnung im Bundesratsbeschluß auch eine juristische Person ausüben. Der Kommissär stellt in Zusammenarbeit mit der Bank einen Sanierungsplan auf, der den Gläubigern zusammen mit einer Aufstellung der Aktiven und Passiven zur Einsicht aufliegt. Die Genehmigung des Sanierungsplanes

²⁷ vgl. Artikel 3 der Verordnung des Bundesgerichts betreffend das Nachlaßverfahren von Banken und Sparkassen vom 4. April 1935

²⁸ vgl. Weber, Max, a. a. O., Seite 52

durch das Bundesgericht ist unter anderem davon abhängig, daß die geplante Sanierung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse liegt und daß sie den Interessen der Gläubigergesamtheit dient.

Abschließend ist noch zu sagen, daß dem Schweizer Prüferstand in der Übernahme des Mandates eines Konkursverwalters eine weitere Aufgabe im Zusammenhang mit Bankrevisionen geboten wird.

IX. Sonstige in Gesetzen vorgesehene Prüfungen

1. Die Sitzverlegung ausländischer Aktiengesellschaften

Neben den bereits behandelten Revisionen sind in verschiedenen Gesetzen weitere Prüfungen angeführt, bei denen die Mitwirkung eines Prüfers beziehungsweise Prüfungsorgans ausdrücklich vorgesehen ist. Diese Prüfungen erschließen den Schweizer Revisionsfachleuten neue Aufgaben- und damit Tätigkeitsgebiete.

Die in Artikel 14 der Schluß- und Übergangsbestimmungen des Obligationenrechts kodifizierten Vorschriften sollen ausländischen Aktiengesellschaften, die ihr Niederlassungsland aus politischen oder sonstigen Gründen zu verlassen wünschen, die Einbürgerung in der Schweiz erleichtern. Die Übersiedlung in die Schweiz wird für die Gesellschaften besonders dadurch interessant, daß eine Sitzverlegung ohne Liquidation und Neugründung möglich ist. Natürlich werden nur eine beschränkte Anzahl von Aktiengesellschaften diese Möglichkeit ohne Schwierigkeiten wahrnehmen können. In Frage kommen vor allem Holdinggesellschaften, wobei festzustellen bleibt, daß in der Vergangenheit tatsächlich zahlreiche Aktiengesellschaften diesen Weg gewählt haben¹.

Die Verlegung des Sitzes in die Schweiz ist von einer Bewilligung des Bundesrates abhängig (Artikel 14/I). Dabei ist hinsichtlich des Begriffes „Sitzverlegung“ folgendes zu beachten: Im allgemeinen versteht man im internationalen Privatrecht unter Sitz den zentralen Verwaltungssitz einer Aktiengesellschaft. Wenn man den Ausdruck Sitz jedoch in Zusammenhang mit Verlegung gebraucht, dann ist damit gesagt, daß die Aktiengesellschaft nicht den Verwaltungssitz allein, sondern zugleich den statutarischen Sitz verlegt und sich damit dem neuen Recht unterstellt². Der Bundesrat wird seine Bewilligung nur erteilen, wenn die Gesellschaft nachweist, daß sie als nach dem Recht des bisherigen Sitzes organisierte Aktiengesellschaft das Recht der Persönlichkeit besitzt und daß das in

1 vgl. Graner, Paul, Die Revision, Überwachung und Kontrolle nach rev. OR und Bankengesetz, Seite 35

2 Stauffer, W., Schluß- und Übergangsbestimmungen des Obligationenrechts, in Kommentar zum Schweiz. Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht, Band VII, 7. Abteilung, (Kommentar Gmür) Seite 103, zu Art. 14, N. 56

der letzten genehmigten Bilanz ausgewiesene Grundkapital voll gedeckt ist. Es ist Aufgabe einer vom Bundesrat zu bezeichnenden Revisionsstelle, diesen Nachweis zu erbringen. Die Bestimmungen über die Revisionsstelle in diesem Verfahren ähneln denjenigen über die Kapitalherabsetzung. So sind zum Beispiel die Voraussetzungen über die Anerkennung der Revisionsstelle gleich geregelt. Auch die Revision der Bilanz ist in der gleichen Weise wie bei der Kapitalherabsetzung durchzuführen. Bei dieser materiellen Prüfung ist die Revision mindestens soweit auszudehnen, bis die Revisoren die Gewißheit haben, daß das Grundkapital voll gedeckt ist, wobei bei der Bewertung Betriebswerte anzusetzen sind.

Wenn die verlangten Nachweise erbracht sind, verfügt der Bundesrat mit seiner Bewilligung, daß die Gesellschaft auf Grund ihrer bisherigen Statuten und Organisation in das Handelsregister eingetragen wird. Der Aktiengesellschaft wird nach der Eintragung eine Frist von sechs Monaten gesetzt, um ihre Statuten dem Schweizer Aktienrecht anzupassen und ihre Organe neu zu bestellen (Artikel 14/III). Gegebenenfalls hat der Handelsregisterführer eine Frist zur nachträglichen Erfüllung anzusetzen. Falls die Aktiengesellschaft diese Frist wahrnimmt, treffen sie für die Zukunft alle Rechte und Pflichten einer schweizerischen Gesellschaft nach dem Obligationenrecht, läuft die Frist jedoch fruchtlos ab, erklärt der Handelsregisterführer die Aktiengesellschaft von Amts wegen als aufgelöst (Artikel 14/IV).

2. Die Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen

Innerhalb der Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen ist der internen Kontrollstelle bei einer Änderung der Zins- und Rückzahlungsbedingungen von Obligationen gegebenenfalls eine Spezialaufgabe zugewiesen. Das Schweizer Recht kennt von Gesetzes wegen eine Gläubigergemeinschaft für Gläubiger von Anleiheobligationen, die von einem Schuldner mit einheitlichen Anleihebedingungen unmittelbar oder mittelbar durch öffentliche Zeichnung ausgegeben wurden³.

Diese Gläubigergemeinschaft wurde deswegen gesetzlich verankert, um

3 Die gesetzlichen Bestimmungen über die Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen zeigten eine sehr vielseitige Entwicklung. Sie wurden in den Verordnungen des Bundesrats vom 20. Februar 1918, vom 25. April 1919, vom 20. September 1920 und vom 28. Dezember 1920 sowie in den Bundesratsbeschlüssen vom 1. Oktober 1935, vom 20. April 1937, vom 22. Oktober 1940, vom 19. Dezember 1941 und vom 2. Oktober 1942 geregelt. Zwischenzeitlich brachte der zweite Abschnitt des 34. Titels des Obligationenrechts von 1936 Ausführungen über dieses Thema in seinen Artikeln 1157 bis 1186. Diese Artikel wurden jedoch nie in Kraft gesetzt (vgl. Artikel 19 der Schluß- und Übergangsbestimmungen zum OR). Ihre Verankerung im Obligationenrecht erhielten die Vorschriften über die Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen erst durch das Bundesgesetz vom 1. April 1949 betreffend Abänderung der Vorschriften des Obligationenrechts über die Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen, das am 1. Januar 1950 in Kraft trat und damit gleichzeitig die früheren Bestimmungen aufhob (vgl. Oser-Schönberger, Schweizerisches Obligationenrecht, Textausgabe, Zürich 1954 Seite 513/514).

die Beziehungen zwischen Anleihensschuldner und Anleihensgläubigern zu erleichtern⁴. Die Gläubigergemeinschaft trifft, insbesondere bei einer Notlage des Schuldners, die ihr gut scheinenden Maßnahmen (Artikel 1164/I). Die Beschlüsse der Gläubigergemeinschaft werden von der Gläubigerversammlung gefaßt. Die wichtigsten, mit zwei Dritteln des im Umlauf befindlichen Kapitals zu fassenden Beschlüsse betreffen Stundung oder Erlaß von Zinsen, Ermäßigung des Zinsfußes, Verlängerung der Amortisationsfrist, Stundung von Anleihen oder von Teilbeträgen, Ermächtigung zu einer vorzeitigen Rückzahlung des Kapitals, Änderung an den für das Anleihen bestellten Sicherheiten, Zustimmung zu einer Änderung der Bestimmungen über Beschränkung der Obligationenausgabe im Verhältnis zum Aktienkapital, Zustimmung zu einer Umwandlung von Anleiheobligationen in Aktien (Artikel 1170 Ziffer 1—9 OR).

Ein Antrag auf Ergreifung der genannten Maßnahmen darf vom Schuldner nur eingebracht und von der Gläubigerversammlung nur beraten werden auf Grund eines auf den Tag der Gläubigerversammlung aufgestellten Status oder — und hier liegt die Aufgabe der internen Kontrollstelle — einer ordnungsgemäß errichteten und gegebenenfalls von der Kontrollstelle als richtig bescheinigten Bilanz, die auf einen höchstens sechs Monate zurückliegenden Zeitpunkt abgeschlossen ist (Artikel 1175 OR). Hier ist für den Schweizer Bücherexperten sowohl in der Aufstellung des Status als auch der Bilanz eine weitere im Gesetz vorgesehene Aufgabe gegeben. Während bei der Errichtung der Bilanz die Bewertungsmaßstäbe einer normalen Jahresbilanz zur Anwendung kommen — meistens dürfte es sich um diese handeln —, ist beim Status von Liquidationswerten auszugehen⁵.

3. Die Prüfung auf Grund des Seeschiffahrtsgesetzes

Das Bundesgesetz über die Seeschiffahrt unter der Schweizer Flagge vom 23. September 1953 regelt alle in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen wie Behördenorganisation, Gerichtsbarkeit, Registrierung der Seeschiffe, Seebriefe, Betrieb der Seeschiffahrt, Schiffsbesatzung, Verträge über die Verwendung eines Seeschiffes, Unfälle und besondere Ereignisse der Seeschiffahrt, die Anwendung seerechtlicher Bestimmungen für die Binnenschiffahrt, Straf- und Disziplinarbestimmungen etc. Daneben besteht eine Vollzugsverordnung (VV) zum angegebenen Bundesgesetz vom 20. November 1956 sowie eine Reihe einschlägiger Reglemente und internationaler Abkommen. Im Rahmen unseres Themas interessiert die Frage, inwieweit der Revisionsfachmann die Möglichkeit erhält, seine Fähigkeiten innerhalb der zitierten Gesetzgebung anzuwenden.

4 Vetsch, G., Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen, Schweizerische Juristische Kartothek, Karte 268

5 Beck, Die Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen, Bern 1918, Seite 222

Der Schweizer Schiffseigentümer hat sich im Rahmen des Seeschiffahrtsgesetzes jährlich einer Prüfung durch eine Revisionsstelle zu unterziehen, deren Revisionsbericht dem Schweizerischen Seeschiffahrtsamt einzureichen ist. Die Revisionsstellen müssen als solche vom Bundesrat anerkannt sein. Gesuche um Anerkennung sind beim Eidgenössischen Politischen Departement zu Händen des Bundesrates einzureichen (Artikel 4/I VV). Als Revisionsstellen kommen nur Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände in Betracht. Im allgemeinen erfolgt die Anerkennung gemäß der Zulassungspraxis nach Artikel 732 OR. Maßgebend ist das Reglement betreffend die Anerkennung der Revisionsstellen schweizerischer Schiffseigentümer vom 20. November 1956.

Die in Frage kommenden Treuhandgesellschaften haben sich über ein voll einbezahltes Kapital von mindestens FR 100 000.— oder eine entsprechende Bankgarantie oder Haftpflichtversicherung auszuweisen. Die verantwortlichen Revisoren müssen diplomierte Bücherexperten sein (Artikel 3 Regl.). Außerdem muß der unzweifelhaft schweizerische Charakter der Revisionsstellen erwiesen sein (Artikel 2 Regl.). Als weitere Voraussetzung gilt die Unabhängigkeit der Revisionsstellen sowie ihrer Organe und Angestellten von der Geschäftsführung und der Verwaltung der zu kontrollierenden Schiffseigentümerbetriebe. Bei Befangenheit haben die Revisionsstellen beziehungsweise die mit der Prüfung beauftragten Personen in Ausstand zu treten. Als Ausstandsgründe gelten insbesondere: wesentliche Beteiligung an dem zu prüfenden Schiffseigentümerbetrieb oder einem Konkurrenzunternehmen; ein Dienstvertrags- oder Auftragsverhältnis mit dem zu kontrollierenden Schiffseigentümerbetrieb oder einem Konkurrenzunternehmen, das sich nicht auf die Vornahme einer Revision, auf die Durchführung einer Reorganisation oder auf die Beratung in Steuer- oder Wirtschaftsfragen bezieht. Wird dem Bundesrat ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Vollzugsverordnung oder des Reglementes bekannt, so wird die Revisionsstelle auf jeden Fall von der Prüfung der betreffenden Schiffahrtsunternehmen ausgeschlossen. Darüber hinaus kann die Revisionsstelle für bestimmte oder unbestimmte Zeit von der Liste der anerkannten Gesellschaften und Verbände gestrichen werden (Artikel 5 Regl.).

Die Revisionsstelle hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Bedingungen für die Registrierung des Seeschiffes erfüllt sind (Artikel 4/III VV). Anordnungen oder Verfügungen haben die mit der Kontrolle beauftragten Personen nicht zu treffen. Die gesetzlichen Bedingungen und damit die Prüfungsgebiete betreffen Eigentum, finanzielle Mittel, Zulassung zur Seeschiffahrt, Namensgebung und Verfahren (Artikel 17 SeeSchG). Der Schiffseigentümer hat alle zur Prüfung erforderlichen Ausweise und Unterlagen vorzulegen. Besonderes Augenmerk bei der Revision ist darauf zu legen,

daß kein unzulässiger ausländischer Einfluß verdeckt oder verheimlicht wird. Aus diesem Grunde sind die in einem Unternehmen eines schweizerischen Schiffseigentümers oder Reeders investierten finanziellen Mittel in der Bilanz und in den Büchern gesondert auszuweisen. Der rein schweizerische Charakter der unter das Seeschiffahrtsgesetz fallenden Unternehmen wird durch Artikel 20 SeeSchG besonders gewahrt, da nach dieser Vorschrift alle Aktionäre einer Aktiengesellschaft — sämtliche Aktien müssen auf den Namen lauten —, die Seeschiffahrt betreiben will, Schweizer Bürger sein müssen.

Aus dem Revisionsbericht muß hervorgehen, daß den gesetzlichen Bedingungen Genüge geleistet ist. Der Bericht ist vom Schiffseigentümer alljährlich spätestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Schluß des Geschäftsjahres dem Schweizerischen Seeschiffahrtsamt einzureichen. Ist ein Reeder nicht gleichzeitig Eigentümer des Seeschiffes, so überwacht das Amt, ob er die gesetzlichen Bedingungen als Reeder erfüllt. Der Reeder kann jedoch wie ein Eigentümer jährlich einen Revisionsbericht einer anerkannten Revisionsstelle einsenden, womit die Prüfung durch das Amt wegfällt (Artikel 6 VV).

Die Prüfung im Rahmen des Seeschiffahrtsgesetzes ist für den Schweizer Bücherexperten zwar nur ein Randgebiet, interessant daran ist jedoch die gesetzliche beziehungsweise reglementarische Verpflichtung, nur diplomierte Bücherexperten mit der Prüfungsleitung zu betrauen.

4. Die Prüfung auf Grund des Bundesgesetzes über die Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft

Sinn dieses Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1951 (BG) und seiner Vollzugsverordnung vom 11. März 1952 (VV) ist es, den privatwirtschaftlichen Unternehmungen, die aus ihrem Reingewinn eine Arbeitsbeschaffungsreserve bilden, die auf die Einlage in die Reserve entrichtete Wehrsteuer durch den Bund zu vergüten, sofern die Unternehmungen in Zeiten der Arbeitslosigkeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen treffen.

Die jährliche Einlage in die Arbeitsbeschaffungsreserve muß mindestens eintausend Franken betragen. Die Summe aller Einlagen ist nach oben begrenzt, je nach Wahl der Unternehmung, auf fünfzig Prozent der ausbezahlten jährlichen Lohnsumme oder auf fünfzig Prozent des Versicherungswertes von Anlagen und Mobilien (Feuerversicherung) oder auf fünfzig Prozent des Warenlagers (Artikel 3 BG). Sechzig Prozent sämtlicher Einlagen in die Arbeitsbeschaffungsreserve müssen in verzinslichen Schuldscheinen des Bundes angelegt sein. Die Schuldscheine werden mit einer Laufzeit von vier oder acht Jahren ausgegeben. Bei Ende der Laufzeit können die Schuldscheine um die gleiche Laufzeit verlängert oder in Schuldscheine anderer Laufzeit umgetauscht werden. Die Schuldscheine

können von der Unternehmung unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist je auf Ende eines Kalenderjahres beim Delegierten für Arbeitsbeschaffung gekündigt werden. Die Schuldscheine werden unabhängig von ihrer Laufzeit bei Beginn der Arbeitsbeschaffungsaktion zur Rückzahlung fällig (Artikel 4 BG, Artikel 4 VV). Der Beginn einer Arbeitsbeschaffungsaktion wird vom Bundesrat nach Anhören der Kantone und der Spitzenverbände der Wirtschaft bestimmt. Die Aktion kann sich, sofern es die Wirtschaftslage erfordert, zeitweilig auf einzelne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie auf einzelne Wirtschaftsgruppen, Landesteile und ausnahmsweise auf einzelne Unternehmungen beschränken (Artikel 5/I BG). Der Endtermin der Aktion wird gleichfalls vom Bundesrat festgesetzt.

Nach Beginn der Arbeitsbeschaffungsaktion können die Unternehmungen ohne besondere Ermächtigung die nachstehenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchführen:

- a) Erstellung, Erweiterung, Umbau und Renovation von inländischen Betriebs-, Verwaltungs- und Wohlfahrtsgebäuden, Kantinen, Kläranlagen und Kanalisationen sowie Wohnungen für das Betriebspersonal;
- b) Anschaffung von schweizerischen Maschinen, Apparaten, Motoren, technischen Einrichtungen und Transportmitteln der Unternehmung.

Weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können nach besonderer Ermächtigung des Delegierten für Arbeitsbeschaffung vorgenommen werden (Artikel 6 BG, Artikel 11 VV).

Die Rückvergütung entspricht der Differenz zwischen der festgesetzten und entrichteten Wehrsteuer und dem Steuerbetrage, der sich nach Abzug der zur Bildung der Arbeitsbeschaffungsreserve verwendeten Teile des Geschäftsertrages ergeben hätte (Artikel 7 BG). Die Vergütung kann in voller Höhe in Anspruch genommen werden, wenn die Unternehmung für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einen Betrag verwendet hat, der der Arbeitsbeschaffungsreserve entspricht. Findet nur ein Teil der Reserve für die angeführten Zwecke Verwendung, vermindert sich der Anspruch verhältnismäßig. Hat die Unternehmung vor Beginn der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Schuldscheine eingelöst, so erfährt der Anspruch auf Vergütung eine entsprechende Minderung (Artikel 8 BG).

Den Nachweis über die Bildung der Arbeitsbeschaffungsreserve und die vorgenommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat die einzelne Unternehmung zu führen. Anhand von Originalrechnungen und anderer zweckmäßiger Belege ist vor allem folgendes nachzuweisen (Artikel 16 VV):

- a) der Betrag der bei Beginn der Arbeitsbeschaffungsaktion vorhandenen Arbeitsbeschaffungsreserve;
- b) die Höhe des für die Ermittlung des Anspruches maßgebenden Arbeitsbeschaffungsaufwandes durch:

- aa) die Angabe des Zeitraumes, in welchem die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durchgeführt wurde;
- bb) eine Kostenzusammenstellung über die an Dritte vergebenen Aufträge;
- cc) eine Selbstkostenaufstellung über die in eigener Regie durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;
- c) die Bezahlung der Wehrsteuer auf die Einlage in die Arbeitsbeschaffungsreserve, für die eine Vergütung verlangt wird.

Die Unternehmung kann ihren Nachweis durch eine vom Bund anerkannte Revisionsstelle begutachten lassen und deren Prüfungsbericht der Eidgenössischen Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung einreichen, wodurch sie von der Vorlage der Originalrechnungen und Belege befreit wird (Artikel 18/I VV). Als Revisionsstellen werden durch die Eidgenössische Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung in der Regel nur Mitglieder einer der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen angeschlossenen Gruppe anerkannt. Die Anerkennung erfolgt nach Beginn der Arbeitsbeschaffungsaktion auf ein schriftliches Gesuch hin. Mit dem Gesuch hat die private Revisionsstelle die von ihr betriebenen Geschäftszweige bekanntzugeben und den Nachweis zu leisten, daß die mit der Revision und der Aufstellung der Prüfungsberichte beauftragten Personen über gründliche Kenntnisse der Revisionstechnik und Buchhaltung verfügen. Sind von der Revisionsstelle vorsätzlich oder fahrlässig gemachte Angaben geeignet, eine unrichtige Bemessung der Vergütung herbeizuführen, kann ihr die Anerkennung entzogen werden. Eine Anzeige an das Ehrengericht der Kammer sowie der Ausschluß von anderen Revisionsaufgaben, mit denen die Revisionsstelle auf Grund anderer Bundeserlasse betraut ist, bleibt vorbehalten.

Das Bundesgesetz über die Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven geht noch einen Schritt weiter als das Seeschiffahrtsgesetz. Waren bei diesem grundsätzlich nur diplomierte Bücherexperten zu den Revisionen zugelassen, so verlangt jenes prinzipiell die Zugehörigkeit zur führenden Berufsorganisation.

5. Die Prüfung im Rahmen der Alters- und Hinterlassenenversicherung

Durch das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 16. 12. 1946 (AHVG) sowie durch Vollzugsverordnung vom 31. 10. 1947 (VV) zum angegebenen Bundesgesetz soll ein Ausgleich für die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus dem Nachlassen oder Wegfall der Erwerbsfähigkeit im Alter oder aus dem Tod des Versorgers ergeben, geschaffen werden⁶. Demgemäß sind die Leistungsempfänger dieser Versiche-

⁶ Binswanger, Peter, Alters- und Hinterlassenenversicherung, in Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft, Ausgabe 1955, Bern 1955, Band I, Seite 38

rung die Alten (Personen über 65 Jahren) und Hinterlassenen (Witwen und Kinder verstorbener Väter). Das Ziel der Alters- und Hinterlassenenversicherung (im folgenden AHV) kann es nicht sein, einen vollen Ersatz für den Erwerbsausfall zu bieten, vielmehr beschränkt sie sich darauf, den Lebensunterhalt der Betroffenen sicherzustellen. Der Kreis der Versicherten ist sehr groß gehalten, er umfaßt praktisch alle in der Schweiz lebenden oder in der Schweiz erwerbstätigen Personen, wobei die gesetzlichen Ausnahmen sehr gering sind. Die AHV ist nach dem Sozialprinzip aufgebaut, das heißt, die Versicherten mit den niedrigsten Beiträgen erhalten relativ höchste Leistungen. Beitragspflichtig sind grundsätzlich alle Versicherten zwischen dem vollendeten 20. und 65. Lebensjahr, mit Ausnahme der nicht erwerbstätigen Ehefrauen, der im Betrieb ohne Barlohn mitarbeitenden Ehefrauen und der nicht erwerbstätigen Witwen. Außerdem haben Erwerbstätige nach Vollendung des 16. Lebensjahres Beiträge zu entrichten (Artikel 3 AHVG). An Renten kommen zur Auszahlung: Alters-, Witwen- und Hinterbliebenenrenten. Die AHV wird durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, durch Zuwendungen des Bundes und der Kantone sowie aus den Zinsen des Ausgleichsfonds finanziert.

Die Abwicklung der AHV geschieht nicht durch eine zentrale Bundesstelle, sondern durch ein System von drei Ausgleichsstufen. Jedes Mitglied einer einzelnen Stufe rechnet für sich ab, das heißt, es saldiert die Einnahmen (Beiträge) und Ausgaben (Renten) so weit als möglich. Mit der nächsthöheren Stufe werden nur die nicht ausgeglichenen Spitzen verrechnet.

Der ersten Ausgleichsstufe gehören die Arbeitgeber, die anerkannten Versicherungsvereinigungen und die Auslandsvertretungen an, wobei den erstgenannten die mit Abstand größte Bedeutung zukommt. Die Aufgaben der Arbeitgeber, die innerhalb der AHV Organstellung besitzen, erstrecken sich vor allem auf: Festsetzung und Bezug der Arbeitnehmerbeiträge, Auszahlung von Renten an ehemalige Arbeitnehmer beziehungsweise deren Hinterlassene, Abrechnung mit den Ausgleichskassen über die vereinnahmten Beiträge und ausbezahlten Renten. Allerdings ist zu bemerken, daß die Renten aus praktischen Gründen meist von den Ausgleichskassen ausbezahlt werden.

Unter die zweite Ausgleichsstufe fallen die Ausgleichskassen der Verbände, Kantone und des Bundes. Den Verbandsausgleichskassen, zu deren Gründung die Schweizer Berufsverbände, Schweizer oder regionale zwischenberufliche Verbände von Arbeitgebern oder Selbständigerwerbenden oder mehrere solche Verbände gemeinsam befugt sind, sind alle Angehörigen ihrer Gründerverbände angeschlossen. Zu den kantonalen Ausgleichskassen gehören alle Arbeitgeber und Selbständigerwerbenden, die keinem Gründerverband einer Verbandsausgleichskasse angegliedert

sind, sowie die nicht erwerbstätigen und die versicherten Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeber. Innerhalb der Ausgleichskassen des Bundes sind das Personal der Bundesverwaltung und der Bundesanstalten sowie die Auslandsschweizer zusammengefaßt.

Die Ausgleichskassen stellen die wichtigsten Durchführungsorgane der AHV dar. Ihr Aufgabenbereich umfaßt Beitragsbezug und Rentenauszahlung — soweit nicht schon auf der ersten Stufe geschehen —, Abrechnung mit den Arbeitgebern, Selbständigerwerbenden und nicht erwerbstätigen Personen einerseits und der dritten Ausgleichsstufe andererseits, die Erfassung aller Beitragspflichtigen sowie den Erlaß aller zum Vollzug des Gesetzes notwendigen Verfügungen.

Der endgültige Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben wird auf der dritten Ausgleichsstufe vorgenommen. Diese Stufe ist aus Zweckmäßigkeitsgründen in die zentrale Ausgleichsstelle, die mit den einzelnen Ausgleichskassen abrechnet und ein zentrales Register führt, und dem zentralen Ausgleichsfonds, über den der gesamte Zahlungsverkehr läuft, aufgeteilt⁷. Die Aufsicht über die Durchführung der AHV obliegt dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement beziehungsweise dem diesem unterstellten Bundesamt für Sozialversicherung.

Es ist verständlich, wenn die gesetzmäßige Durchführung der AHV nur durch eine eingehende Kontrolle der ausführenden Organe gewährleistet werden kann. Ohne die Tätigkeit der Kontrollorgane wäre überdies eine wirksame Aufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung undenkbar. Das Gesetz sieht periodische Kontrollen für die Ausgleichskassen, deren Zweigstellen und für die an die Ausgleichskassen angeschlossenen Arbeitgeber vor. Die Revisionen haben durch eine Revisionsstelle zu erfolgen, die bestimmte gesetzliche Anforderungen erfüllen muß. Die Prüfung der Arbeitgeber und von Zweigstellen, die nur gewisse Mindestfunktionen ausführen, kann auch durch besondere Abteilungen der Ausgleichskassen vollzogen werden. Bei diesen Prüfungsorganen spricht das Gesetz von internen Revisionsstellen, während die erstgenannten als externe Revisionsstellen bezeichnet werden. Unsere folgenden Ausführungen beziehen sich auf die außerhalb der Ausgleichskassen stehenden externen Revisionsstellen.

Bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung der AHV ist es zwingend nötig, daß der Gesetzgeber an die Qualität der Prüfungsorgane hohe Anforderungen stellt, zumal die Revisionen von nichtstaatlichen Instituten vorgenommen werden. Als erste Voraussetzung ist die Unabhängigkeit der Revisionsstellen vom zu prüfenden Organ festgelegt. Die Revisionsstellen dürfen weder an der Kassenführung beteiligt sein noch für die Gründer-

7 vgl. Schwarzenbach, Hans, Der Rechtsschutz des Versicherten in der eidg. AHV, Dissertation, Zürich 1951, Seite 15

verbände außerhalb der Kassenrevision oder Arbeitgeberkontrollen stehende Aufträge ausführen (Artikel 68/III AHVG). Selbstredend müssen die Revisionsstellen von der Geschäftsführung der Gründerverbände der zu prüfenden Ausgleichskassen unabhängig sein. Bei Befangenheit haben die Revisionsstellen beziehungsweise die mit der Prüfung beauftragten Personen in Ausstand zu treten (Artikel 167 VV). Die Zulassung einer Revisionsstelle durch das Bundesamt für Sozialversicherung ist außerdem von fachlichen Voraussetzungen abhängig. Die externen Revisionsstellen müssen in der Regel — für die ebenfalls zugelassenen kantonalen Revisionsstellen gelten Ausnahmebestimmungen — Mitglieder einer der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen angeschlossenen Gruppe sein. Sie dürfen grundsätzlich nur im Zusammenhang mit der Revisions-tätigkeit liegende Aufträge ausführen. Soweit sie branchenfremde Geschäftszweige betreiben, haben sie diese dem Bundesamt für Sozialversicherung bekanntzugeben und eventuelle Änderungen laufend zu melden. Die leitenden Revisoren müssen regelmäßig im Besitz des eidgenössischen Diploms für Bücherexperten sein. Aber auch die untergeordneten Prüfer müssen über gründliche Kenntnisse der Revisionstechnik, Buchhaltung und der Vorschriften des Bundesgesetzes über die AHV sowie der einschlägigen Verordnungen verfügen. Das Bundesamt wird Ausnahmen, was den Diplombesitz betrifft, nur zulassen, wenn der Revisor andere gleichartige Diplome oder Ausweise besitzt und Erfahrungen auf dem Gebiet der Kassenrevision und Arbeitgeberkontrolle nachweisen kann⁸. Um eine zu weitgehende Zersplitterung des Kontrollwesens zu vermeiden, ist die Zulassung der Revisionsstelle von dem Auftragsnachweis von mindestens zwei Ausgleichskassen oder zehn Arbeitgebern abhängig (Artikel 68/III AHVG, Artikel 165 VV). Die Revisionsstellen sind jeweils bis zu einem von dem Bundesrat festzusetzenden Termin mit der Durchführung der Revision zu beauftragen. Der Auftrag muß auf wenigstens ein Geschäftsjahr lauten (Artikel 168/I VV).

Die Ausgleichskassen werden jährlich einer zweimaligen Prüfung unterzogen, von denen eine unangemeldet während des Geschäftsjahres, die andere nach dessen Ablauf erfolgt (Artikel 159 VV). Die Revisionen beschränken sich dabei nicht auf die Rechnungslegung, vielmehr wird der gesamte Geschäftsverkehr in angemessenem Umfange geprüft. Gesetzliche Prüfungsgebiete sind die Buchführung, der Abrechnungsverkehr, die materielle Rechtsanwendung und die innere Organisation der Ausgleichskasse. Zweckmäßigerweise wird sich die zweite Prüfung auf die Rechnungslegung erstrecken, während das Schwergewicht der ersten Revision auf den anderen Prüfungsgebieten ruhen sollte. Der Umfang der Prüfung bleibt dem Ermessen der Revisionsstelle überlassen. Der Revisionsleiter

⁸ vgl. Binswanger, Peter, Kommentar zum Bundesgesetz über die AHV, Zürich 1950, Seite 265

wird die Kontrollen so weit ausdehnen, daß er von der Gesetzmäßigkeit des zu prüfenden Materials überzeugt ist, wobei er sich die Erfahrungen früherer Revisionen zunutze machen wird.

Die einer Ausgleichskasse angeschlossenen Arbeitgeber sind auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften — wenigstens alle vier Jahre — zu kontrollieren. In jedem Falle ist darauf zu achten, daß allfällige Nachzahlungs- und Rückerstattungsansprüche vor ihrer Verjährung geltend gemacht werden können (Artikel 68/II AHVG, Artikel 162/I VV). Die Prüfungspflichten beziehen sich vor allem auf Erfüllung der Beitragspflicht, ordnungsgemäße Rentenauszahlung, Übereinstimmung der Angaben auf den Abrechnungen mit der Buchhaltung und weiteren Lohnunterlagen. Die Revision soll in der Regel die gesamte Zeitspanne seit der letzten Kontrolle umfassen, kann aber, wo es die Verhältnisse rechtfertigen, auf mehrere Teilperioden beschränkt werden (Artikel 163 VV). Die Arbeitgeber — das gleiche gilt auch für die anderen zu prüfenden Organe — haben der Revisionsstelle Einsicht in ihre Bücher und Belege zu gewähren und alle Aufschlüsse zu erteilen, die zur Erfüllung der Prüfungspflichten erforderlich sind (Artikel 209/I VV). Darüber hinausgehende Rechte stehen den Revisoren nicht zu. Insbesondere sind sie nicht befugt, Verfügungen und Anordnungen zu treffen (Artikel 163/IV VV).

Neben diesen turnusmäßigen Prüfungen können die Revisionsstellen auch andere Prüfungen für den Verband oder den Kanton durchführen, sofern dadurch eine rationellere Arbeit erzielt und die ordentliche Revision nicht beeinträchtigt wird (Artikel 165 VV). Es ist ebenso gesetzlich möglich, daß einem Arbeitgeber oder einer Ausgleichskasse zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Ist dies der Fall, hat sich die Prüfung der Revisionsstelle auch auf diese übertragenen Aufgaben zu erstrecken (Artikel 132 VV), soweit es für die Durchführung der AHV notwendig ist. Darüber hinaus ist das Bundesamt für Sozialversicherung befugt, nötigenfalls ergänzende Kassenrevisionen vornehmen zu lassen (Artikel 171/I VV).

Über die Feststellungen und Ergebnisse ihrer Prüfung haben die Revisionsstellen einen schriftlichen Bericht zu erstatten (Artikel 72/IV AHVG). Die Revisionsberichte können sich nicht mit einem Schlußergebnis begnügen, sie müssen vielmehr auf den Umfang und Gegenstand der vorgenommenen Prüfungen sowie auf festgestellte Mängel und Unregelmäßigkeiten erschöpfend eingehen. Sie haben klar darüber Auskunft zu geben, ob die gesetzlichen und behördlichen Weisungen eingehalten wurden und ob früher beanstandete Mißstände behoben sind (Artikel 169/II VV). Hat die Revisionsstelle einen Mangel anläßlich ihrer Prüfung aufgefunden, so hat sie diesen auch dann im Bericht hervorzuheben, wenn er inzwischen beseitigt wurde⁹. Nur auf diese Weise kann sich das Auf-

⁹ Zeitschrift für Ausgleichskassen, 1952 Nr. 4, Seite 110, ohne Angabe des Verfassers, Redaktion: Sektion AHV des Bundesamtes für Sozialversicherung, Bern

sichtsorgan ein genaues Bild über die Arbeit der einzelnen Durchführungsorgane machen. Der Revisor wird sich dabei vor Augen halten, daß er bei grober Pflichtverletzung einer strafrechtlichen Verantwortung unterliegt¹⁰. Das Bundesamt hat am 16. Oktober 1948 und am 1. Juli 1949 nähere Weisungen über die Abfassung der Revisionsberichte erlassen, die den Revisionsstellen als Grundlage dienen. Die Prüfungsberichte werden in zweifacher Ausfertigung dem Bundesamt für Sozialversicherung und einfach an die Ausgleichskassen und Gründerverbände zugesandt.

Durch die im letzten Kapitel dieser Arbeit behandelten Prüfungen — und hier wiederum besonders durch die Revision im Rahmen der AHV — wird die überragende Stellung der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und ihrer angegliederten Gruppen innerhalb des schweizerischen Revisionswesens klar herausgestellt. Ist die Beauftragung unabhängiger, privater Treuhandinstitute mit der Kontrolle der Geschäftsführung und Rechnungslegung öffentlich-rechtlicher Anstalten eine in der Schweiz nur der AHV eigene und einmalige Lösung, so beweist die vom Gesetzgeber der führenden Berufsorganisation eingeräumte Monopolstellung bei der Revision der Ausgleichskassen die hohe Meinung, die die Schweizer Legislative von der fachlichen und moralischen Qualifikation der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und ihrer Untergruppen besitzt. Wenn auch eine generelle Berufsregelung aus den weiter vorne erörterten Gründen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, so bedeuten die Prüfungsbestimmungen der AHV zweifellos eine vielleicht etwas verspätete, aber nichtdestoweniger längst verdiente und schöne Anerkennung der Leistungen der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und ihrer Mitglieder.

10 Als Sanktion ist Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Buße bis zu Fr. 10 000.— vorgesehen

Quellenverzeichnis

Literatur

- Bachmann, Gottlieb, Der Entlastungsbeschluß der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für die Geschäftsführung der Verwaltung und die Rechnungsprüfung der Kontrollstelle, in Festschrift Georg Cohn, Zürich 1915
- Bachmann, Gottlieb, Die Aktiengesellschaft, in Kommentar Schneider-Fick zum schweiz. OR, Zürich 1915
- Beeler, G., Buchführung nach schweizerischem OR, Zürich 1942
- Biedermann, Der Begriff Betriebsrechnung im neuen OR, in Schweizerische Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung, 1938, Heft 4
- Binswanger, Peter, Kommentar zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, Zürich 1950
- Binswanger, Peter, Alters- und Hinterlassenenversicherung, in Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft, Ausgabe 1955
- Bork, Heinrich, Die allgemeine Bilanzrevision, in Grundriß der Betriebswirtschaftslehre, Band X, Seite 124—170
- Bossard, Ernst, Die Reserven der Aktiengesellschaft im neuen OR, Bern 1940
- Brühlmann, Walther, Kommentar zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen, Weinfelden 1935
- Bürgi, Wolfhart, Obligationenrecht 5. Teil: Die Aktiengesellschaft b), Abschnitt 2—8, 1. und 2. Lieferung, in Kommentar zum Schweiz. Zivilgesetzbuch, Zürich 1947
- Burki, Otto, Pflichtprüfung und Verantwortlichkeit der Pflichtprüfer nach schweiz. Bankengesetz und revidiertem OR, Dissertation, Zürich 1941
- Capitaine, G., Die Genossenschaft, in Schweizerische Juristische Kartothek, Karte 24
- le Coutre, W., Grundzüge der Bilanzkunde, Band I, Leipzig 1922
- Dober, W., Buchprüfung und Berichterstattung, in der Schweizer Treuhänder, 29. Jahrgang 1955, Seite 81
- Egger, A., Das Dividendenbezugsrecht, Berlin 1930
- Egger, A., Zur Revision des schweiz. Handelsrechts, Zürich 1928
- Fehr, Konrad, Die Kommanditaktiengesellschaft, in Schweizerische Juristische Kartothek, Karte 172
- Fehr, Konrad, Die Struktur der Kommanditaktiengesellschaft, Bern 1935
- Felber, Richard, Die Direktion der Aktiengesellschaft, Zürich 1948
- Flury, Hermann, Probleme des Revisions- und Treuhänderwesens in der Schweiz, in Bulletin des VSB, 21. Jhg. 1947, Seite 157
- Flury, Hermann, Buch- und Bilanzprüfung, Zürich 1943
- Folliet, Le bilan dans le sociétés anonymes au point de vue juridique et comptable, Lausanne 1946
- Freuler, Adam, Treuhänderfrühling, in Neue Zürcher Zeitung 12./13. 7. 1947, abgedruckt in Bulletin des VSB, 1947, Seite 116
- Freuler, Adam, Die Stellung des Bücherexperten und Treuhänders im neuen OR, in Bulletin des VSB, 1937, Seite 158
- Funk, Kommentar zum OR, Zürich 1951
- Giroud, Emil, Handbuch der Buch- und Bilanzprüfung in der Schweiz, 3. Auflage, Zürich 1944
- Giroud, Emil, Vor 25 Jahren, in Bulletin des VSB, 1939, Seite 68

- Graner, Paul, Die Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, in Zeitschrift für schweiz. Statistik u. Volkswirtschaft, 1939, Seite 223—239
- Graner, Paul, Das Bankenrecht, in Recht und Wirtschaft, Zürich 1949
- Graner, Paul, Der Geltungsbereich des Bankengesetzes, Zürich 1937
- Graner, Paul, Die Kapitalherabsetzung nach revidiertem OR und Bankengesetz, in Die Schweiz. Aktiengesellschaft, 1937/38, Seite 192
- Graner, Paul, Revidiertes OR und Bankengesetz, Zürich 1938
- Graner, Paul, Die Revision, Überwachung und Kontrolle nach revidiertem OR und Bankengesetz, Zürich 1938
- Graner, Paul, Stellung, Aufgaben und Pflichten der internen Kontrollstelle nach revidiertem OR, Zürich 1939
- Grüniger, Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach deutschem Recht und die Organisation der AG nach schweizerischem geltenden und kommenden Recht, Freiburg 1930, Dissertation
- Guhl, Theo, Das neue Aktienrecht
- Guhl, Theo, Das schweizerische Obligationenrecht, 3. Auflage
- Guhl, Theo, Das neue Genossenschaftsrecht in der Schweiz, Zürich 1937
- Handschin, Hans, Die Genossenschaft, in Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft, Ausgabe 1955
- Heck, Philipp, Ersatzpflicht des Bilanzprüfers, in Archiv für zivilistische Praxis, 1935, Seite 154 ff.
- Heilbrunn, Otto, Die Auskunftspflicht der Verwaltung gegenüber der Kontrollstelle, in Schweiz. Juristische Zeitung, 1937/38, Seite 263
- Heilbrunn, Otto, Die Haftung der Kontrollstelle für ihre Prüfungstätigkeit, in Bulletin des VSB, 1938, Seite 65
- Heilbrunn, Otto, Der Revisionsbericht über den Jahresabschluß der AG, in Schweiz. Zeitschrift für kaufm. Bildungswesen 1938, 32. Jhg., Seite 57
- Heilbrunn, Otto, Geschäftsbericht und Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, Zürich
- Hellmüller, Hans, Die stillen Reserven der AG nach schweizerischem OR, Dissertation, Bern 1947
- Henggeler, J. u. E., Die zivilrechtlichen Verantwortlichkeiten im Bankengesetz und im neuen OR, Zürich 1937
- Herrli, Die Façonwerte in der Bilanz, Dissertation, Bern 1932
- Hintner, Otto, Praxis der Wirtschaftsprüfung, 3. Auflage, Stuttgart 1949
- His, Eduard, Handelsregister, Geschäftsfirmen und kaufmännische Buchführung, in Kommentar zum Schweiz. Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht, Band VII, 4. Abteilung, Bern 1940
- Hofer, Hermann, Die Geschäftsführung der AG nach schweizerischem und deutschen Recht unter Mitberücksichtigung des Aufsichtsrats, Dissertation, Bern 1944
- Hueck, Alfred, Gesellschaftsrecht, 4. Auflage, München und Berlin 1953
- Hug, Walter, Zur Revision des schweizerischen Aktienrechts, St. Gallen 1934
- Janggen-Becker, Die GmbH, in Kommentar zum Schweiz. Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht, Band VII, 3. Abteilung, Bern 1939
- Kaderli, J., Die Entwicklung des Revisionswesens im schweizerischen Bankengewerbe, in Der Bücherexperte in der Schweiz, Zürich 1939, Seite 77—93
- Kaderli, R., Das schweizerische Bankgeschäft, Thun 1954
- Käfer, Pflichteinlagen in den Reservefonds der AG, in Schweiz. Zeitschrift für kaufm. Bildungswesen, 1948, Seite 65
- Keel, F., Zum Revisionsbericht gemäß Artikel 732 OR, in Bulletin des VSB, 13. Jhrg. 1939, Seite 97

- Keller, Theo, Die Beziehungen der Bankleitung und Bankverwaltung zur Revisionsstelle nach Bankengesetz, in *Der Bankbetrieb und seine Revision*, Zürich 1942
- Küng, Robert, Die kaufmännische Buchführung nach dem neuen Obligationenrecht, Aarau 1940
- Landmann, Julius, Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend den Betrieb und die Beaufsichtigung von Bankunternehmungen, 1916
- Metzger, R., Rechnungsführung der schweiz. Eisenbahnen, in *Rechnungsführung in Unternehmung und Staatsverwaltung*, Festgabe für Otto Juzi, Zürich 1946
- Meyer, Eduard, Die Bilanz der AG im künftigen Handelsrecht, Dissertation, Bern 1934
- Mosimann, Bernhard, Die Herabsetzung des Grundkapitals der AG und ihr Einfluß auf die wohlerworbenen Rechte des Aktionärs, Dissertation, Bern 1937
- Munzinger, Motive zum Entwurf eines schweizerischen Handelsrechts, Bern 1865
- Oser-Schönberger, Kommentar zum Obligationenrecht
- Oser-Schönberger, Schweizerisches OR, Textausgabe, Zürich 1954
- Otterli, Max, Die rechtliche Stellung der Revisionsverbände und Treuhandgesellschaften nach Bankengesetz, Dissertation, Bern 1940
- Reichmuth, Anton, Bewertungsgrundsätze für die Bilanz der AG, Dissertation, Zürich 1950
- Ronner, Max, Aufsicht und Prüfung im Recht der AG, in *Züricher Beiträge zur Rechtswissenschaft*, Aarau 1936
- Rossy-Reimann, Kommentar zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen samt Vollziehungsverordnung, 2. Auflage, Zürich 1936
- Röthlisberger, M., Anwendung und Entwicklung der obligationenrechtlichen Vorschriften über die Prüfungspflicht der Kontrollstelle der AG, in *Der Schweizer Treuhänder*, 29. Jhrg. 1955, Seite 152
- Rusterholz, G., 25 Jahre im Revisionswesen, Affoltern a. A.
- Schaffner, J., Zur Auslegung von Artikel 671/II Ziffer 3 OR, in *Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins*, 1941
- Schucany, E., Kommentar zum Schweizer Aktienrecht, Zürich 1940
- Schumacher, Jost, Bilanzprüfung der AG nach revidiertem OR und Bankengesetz, Dissertation, Bern 1940
- Schwander, Willi, Das schweiz. Bankengesetz unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlich wichtigen Bestimmungen, Dissertation, Bern 1939
- Schwarzenbach, Hans, Rechtsschutz des Versicherten in der eidg. AHV, Dissertation, Zürich 1951
- Sillen, Internationaler Überblick über das Revisions- und Treuhandwesen, in *Grundriß der Betriebswirtschaftl.* Band X
- Stähelin sen., Max, Sieben Vorträge zum neuen Obligationenrecht
- Stähelin jun., Max, Zur Frage der Berichterstattung durch besondere Sachverständige (Artikel 723 OR) und durch die Kontrollstelle (Artikel 727 ff.) in *Schweiz. Aktiengesellschaft* 11. Jhrg. 1938/39, Seite 121
- Stähelin jun., Max, Zur Frage der Sicherstellung bei der Herabsetzung des Aktienkapitals, in *Zeitschrift für Schweiz. Recht*, Neue Folge, Band 57, 1938
- Stähelin jun., Max, Die Reserven der AG, in *Zeitschrift für Schweiz. Recht*, Neue Folge, Band 58, 1938, Seite 117 a
- Stammach, Else, Die Aktiengesellschaft in der Schweiz bis zum Erlass des OR, in *Jahrbuch der Basler Juristenfakultät*, XIV—XV Heft, 1935/36

- Stauffer, W., Schluß- und Übergangsbestimmungen des OR, in Kommentar zum Schweiz. Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht Band VII, 7. Abteilung
- Steiger, Fritz von, Wann kann das vereinfachte Kapitalherabsetzungsverfahren des Art. 735 OR angewendet werden?, in Die Schweiz. AG, 13. Jhrg. 1940/41
- Steiger, Fritz von, Sind die Aufgaben der Kontrollstelle bei der Genossenschaft umfassendere als bei der AG?, in Die Schweiz. AG, 13. Jhrg. 1940/41
- Steiger, Fritz von, Das Recht der AG in der Schweiz, 2. Auflage, Zürich 1952
- Töndury, Hans, Die Organisation der Rechnungsprüfung bei Aktiengesellschaften, Zürich 1912
- Tuhr-Siegmart, Kommentar, Allgemeiner Teil des schweiz. OR
- Vetsch, G., Gläubigergemeinschaft bei Anleiheobligationen, Schweizerische Juristische Kartothek, Karte 268
- Viel, J., Berufsrecht und Berufsorganisation der Bücherexperten in der Schweiz, in Fiducia, 27. Jhrg., Seite 120
- Viel, J., Auswüchse der Handels- und Gewerbefreiheit, in Der Schweizer Treuhänder, 28. Jhrg. Seite 190
- Viel, J., Berufsprobleme des Bücherexperten, in Fiducia, 28 Jhrg.
- Voß, Wilhelm, Handbuch für das Revisions- und Treuhandwesen, Stuttgart 1930
- Weber, Max, Aufgaben, Stellung und Probleme des Revisors, in Bulletin des VSB, 1951, Seite 61
- Weber, Max, Die Beziehungen der Revisionsstelle gemäß Bankengesetz zur Bankleitung und Bankverwaltung sowie zur Eidg. Bankenkommission, in Der Bankbetrieb und seine Revision
- Wehrli, Ulrich, Die Entlastung der Kontrollstelle einer AG, in Schweiz. Juristenzeitung, 40. Jhrg., 1944, Seite 310
- Weidmann, Ernst, Bilanzkunde und Bilanzrecht, 3. Auflage, Zürich 1948
- Weyermann, Moritz, Bilanzrecht und Bilanzzweck, in Festgabe Eugen Huber, Bern 1919
- Widmer, Harald, Die Kontrollstelle der AG nach schweiz. Recht, Bern 1934
- Wieland, Alfred, Kritisches zum Kapitel der Grundkapitalveränderungen im neuen Aktienrecht, Zeitschrift für Schweiz. Recht, Neue Folge 57, 1938, Seite 1—50
- Wyler, Berthold, Die Verantwortlichkeit der Kontrollstelle in der AG und der Aufsichtsstelle in der Kommanditaktiengesellschaft, Dissertation, Bern 1940
- Wyss, Heinz, Das Recht des Aktionärs auf Auskunftserteilung unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Unternehmungszusammenfassungen, Dissertation, Zürich 1953
- Zimmermann, Heinrich, Die Jahresbilanz der AG nach deutschem und schweiz. Recht, Dissertation, Zürich 1912
- Zingg, Bernhard, Der Gläubigerschutz bei der Herabsetzung des Aktienkapitals, Dissertation, Zürich 1940
- Zulauf, E., Zur Frage der gesetzlichen Regelung unseres Berufes, in Bulletin des VSB, 1939, Seite 71
- Zulauf, E., Ist ein Berufsschutz für das Revisions- und Treuhandwesen notwendig oder erwünscht?, in Bulletin des VSB, 23. Jhrg. 1949, Seite 187
- Zulauf, E., Der schriftliche Bericht des Bücherexperten, in Bulletin des VSB, 19. Jhrg. Seite 199
- Zulauf, E., 25 Jahre Berufsorganisation im VSB, in Der Bücherexperte in der Schweiz, Zürich 1939
- Zuppinger, Die Kontrollstelle der AG nach schweiz. OR, Leipzig 1916

Zeitschriften

Bulletin des Verbandes Schweizerischer Bücherexperten
Die Schweizer Aktiengesellschaft
Der Schweizer Treuhänder
Fiducia, Zeitschrift für das gesamte Gebiet des Revisionswesens und der Betriebswirtschaft in der Schweiz
Schweizerische Juristenzeitung
Schweizerische Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung
Schweizerische Zeitschrift für Kaufmännisches Bildungswesen
Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
Zeitschrift für Ausgleichskassen
Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft
Zeitschrift für Schweizerisches Recht

Handbücher, Sammelbände und sonstige Quellen

Archiv für zivilistische Praxis
Der Bankbetrieb und seine Revision, Zürich 1942
Der Bücherexperte in der Schweiz, Zürich 1939
Festgabe Eugen Huber, Bern 1919
Festschrift Georg Cohn, Zürich 1915
Grundriß der Betriebswirtschaftslehre
Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Ausgabe 1955
Jahrbücher der Basler Juristenfakultät
Rechnungsführung in Unternehmung und Staatsverwaltung, Festgabe Otto Juzi, Zürich 1946
Schweizerische Juristische Kartothek
Stenogramm Bulletin Nationalrat aus verschiedenen Jahren
Stenogramm Bulletin Ständerat aus verschiedenen Jahren
Entwürfe und Botschaften zu diversen Bundesgesetzen
Jahresberichte der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen und angeschlossener Gruppen
Bundesgerichtsentscheidungen

Lebenslauf

Am 14. Dezember 1931 wurde ich als Sohn des Fabrikanten Ludwig Breitfeld und dessen Ehefrau Maria, geborene Schultes, in Pürstein, Kreis Kaaden, ČSR geboren.

Nach vierjährigem Besuch der Volksschule in Pürstein von 1937 bis 1941 trat ich in die Oberschule in Duppau ein. Nach dem Umsturz 1945 mußte ich meinen Schulbesuch unterbrechen, da es im ehemaligen Sudetenland keine deutschen Schulen mehr gab. Bis zu unserer Ausweisung 1948 arbeitete ich als Hilfsarbeiter in verschiedenen Berufen, unter anderem als Holzfäller und Schlosser. Von 1948 bis 1951 besuchte ich die Oberrealschule Kempten, wo ich im Juli 1951 die Reifeprüfung ablegte.

Im Wintersemester 1951/52 immatrikulierte ich an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, wo ich im Herbst 1954 den Grad eines Diplomkaufmanns erwarb. Im Sommersemester 1955 war ich an der Handelshochschule St. Gallen als Gasthörer eingeschrieben. Seitdem bin ich in einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft als Mitarbeiter tätig.

Horst Reiners, Graphischer Betrieb
Kempten (Allgäu)

